Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Österreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 94 • 1. April 2011
Unparteiisches, unabhängiges und kostenloses Magazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten • **http://www.oe-journal.at**

Alle Parteien gegen Atomkraft

Die aktuelle Atomkraftwerkskatastrophe in Japan hat zu einer emotionsgeladenen Debatte geführt. Die Parteien sind sich einig: Zumindest Europa sollte auf die Atomenergie verzichten.

Foto: Grüne Österreich

Renaissance für die Atomkraftgegner – heute sind diese allerdings in allen im Parlement vertretenen Parteien zuhause.

Am 5. November 1956 wurde mit der Gründung der „Österreichischen Studiengesellschaft für Kernenergie“ der Startschuß für eine – nach damaligem Stand der Dinge geniale – Energiegewinnung auch in Österreich gesetzt. Sauber sollte sie sein, die Kernenergie, unabhängig machen und, in Relation zum Einsatz, langen Nutzen bringen. Zwei Jahre zuvor war rund 100 Kilometer von Moskau entfernt in Obninsk das erste zivile AKW in Betrieb genommen worden. Während in Österreich die ersten legistischen Schritte gemacht wurden, lieferte das AKW Calder Hall erstmals Strom. Österreichs AKW sollte aber nie ans Netz gehen: Am 27. März 1985 beschließen die Gesellschafter des „Gemeinschaftskraftwerkes Tullnerfeld“ nach heftigen Auseinandersetzungen im Land und Investitionen von 13,5 Mrd, Schilling (~ 1 Mrd. Euro) eine „stille Liquidation“ des Kraftwerks. Eine Volksabstimmung setzte einen Schlußstrich unter Österreichs Ausflug in diese Technologie.

Lesen Sie weiter auf der Seite ***3*** ➢

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe unseres Magazins bietet Ihnen eine Fülle an Informationen aus Oberösterreich. Das Land unterstützt unsere Arbeit bereits seit 2004 mit einem Schwerpunktmonat, wofür wir uns bei Landeshauptmann Josef Pühringer und dem Amt der oö. Landesregierung nochmals bedanken dürfen.

Eigentlich müßten unsere Magazine 300 Seiten umfassen, damit wir all das halbwegs unterbringen, was wir Ihnen gerne zur Lektüre vorlegen wollen. Das geht aber leider nicht – so bleibt uns nichts anderes, als irgendwann mit der Aufnahme von Beiträgen aufzuhören, auch wenn noch Interessantes anstünde. Abhilfe schafft hier aber unser Nachrichtenportal unter *http://www.oe-journal.at*

Liebe Grüße, Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 94

Pflegelösung steht, Stabilitästpakt fix 12
150 Jahre frei gewählter Oö. Landtag 17
100 Jahre Kampf um Gleichberechtigung 18
100 Jahre Frauentag 21
Wollen Fortschritte der Türkei sehen 23
Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates 25
Vielfalt schafft Chancen 26
Generalversammlung der Freunde von Yad Vashem im Hohen Haus 28
EU-Donauraumstrategie mit Leben erfüllen 29
Und was hat das mit mir zu tun?
Transnationale Geschichtsvermittlung 31
Schutz und Hilfe für EU-Bürger in Drittländern 33
LH Durnwalder bei »Europa 2020« 35
Nationalpark Stilfser Joch 36

»Burgenland Journal«

Startschuss für den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur 37
Nationalratspräsidentin zu Besuch im Burgenland 38
Gemeindeübergreifende Dorferneuerung 39
Gelebte Waldlandschaft 41
Selektion Vinothek Burgenland 42
»Der Zigeunerbaron« in Mörbisch 43
Lisztomanie 44
Die Geschichte des Burgenlandes 45
Außenhandel 2010 im Aufschwung 55
Konjunktur bleibt trotz steigender Risiken in Schwung 57
Das Weinjahr 2010 58
Erster heimischer Apfelwein mit kontrollierter Herkunftskennzeichnung 59
Kraftvolle Entwicklung im Gesundheitstourismus Oberösterreichs 60
Staatspreis Innovation 2011 63
Oberösterreich bei erneuerbaren Energien führend 64
Freiwillig helfen - Ehrensache im Land Oberösterreich 66
Neugestaltung der Gedenkstätte Mauthausen 70
Die Pummerin läutet wieder 72
Die Geburt eines Urwaldes 74
Zügiger Umbau des Westbahnhofs 76
Edelbrenner des Jahres 2011 80
»Gold« für LH Hans Niessl 81
Ehrung für Brauer und Hutter 82
LH Dörfler dankt Sepp Forcher für sein großes Engagement 83
20 Jahre Mechatronik an der JKU 84
Eiskalter Blick zum Urknall 86
Wie lange schwingt eine Stimmgabel? 88
Alzheimer-Impfung liefert überraschende Ergebnisse 89
OK | HÖHENRAUSCH.2 das erfolgreichste Projekt von Linz 2009 wird fortgesetzt 90
Tirol Panorama eröffnet 92
Karl Korab-Ausstellung im Art Room Würth Austria 95
Ein »erwachsener Bua« … und sein Sohn zeigen ihre Werke 97
Die heilige Krone Österreichs Die neue Schatzlkammer im Stift Klosterneuburg 99
Pfahlbauten im Salzkammergut 104
Don Giovanni in St. Margarethen 107
Serie »K.u.K. Jugendstil« von Prof. Peter Schubert. Diesmal: Die italienischen Gebiete… 108
Diagonale bilanziert positiv 113
Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: Autor, Regisseur, Produzent Walter Reisch 114
»Sieben Sünden« und alle Sinne Wellnessurlauber in Oberösterreich und Niederbayern 117
Urlaub auf Erbhöfen in den Kitzbüheler Alpen 119

Pflegelösung steht, Stabilitätspakt fix S 12

Freiwillig helfen in Oberösterreich S 66

Zügiger Umbau des Westbahnhofs S 74

Die heilige Krone Österreichs S 99

»Sieben Sünden« in OÖ und Bayern S 103

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Veröffentlichung bei Quellenangabe prinzipiell erlaubt – jedenfalls melden an Redaktion@oe-journal.at. Foto auf Seite 1: Grüne Österreich; Fotos auf der Seite 2: Land Oberösterreich; Österreich Journal / Michael Mössmer; Stift Klosterneuburg / Michael Zechany; Weisses Rössl.

Zwei Reaktoren gibt es aber dennoch: den am 25. September 1960 im niederösterreichischen Seibersdorf in Dienst gestellte Forschungsreaktor und den TRIGA-Reaktor des Atominstituts der Technischen Universität Wien, der seit 7. März 1962 durchschnittlich 220 Tage pro Jahr in Betrieb ist.

Fünf Jahre später, 1967, fällt dann der Beschluß der österreichischen Energiewirtschaft, ein Kernkraftwerk in Österreich zu errichten – Zwentendorf im Tullnerfeld wurde als Standort gewählt, die Leistung wurde auf 600-Megawatt ausgelegt. 1969 folgt die politische Willenserklärung, als der Bau des Atomkraftwerks im Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehen war und der Hauptausschuß des Nationalrats einstimmig die Zustimmung zur Beteiligung der staatlichen Verbundgesellschaft an der Kernkraftwerksbaubetriebsgesellschaft gab.

Der nächste Schritt erfolgte am 10. Februar 1970 mit der Gründung der Gemeinschaftskernkraftwerk-Tullnerfeld-Gesellschaft m.b.H., an der sich der Verbund (50%) und die Landesgesellschaften von Tirol (13,34%), Niederösterreich (10,83%), Steiermark (10%), Oberösterreich (8,33%), Kärnten (3,33%), Salzburg (2,5%) und Vorarlberg (1,67%) beteiligen. Nicht beteiligt sind Wien und Burgenland.

Am 30. April 1971 wurde mit dem Bau des AKW mit dem Ziel begonnen, bereits 1976 „Atom-Strom“ ins Netz einspeisen zu können. Verzögerungen beim Bau des AKW verhinderten die geplante Inbetriebnahme. 1976 sah der Energieplan der Regierung den Bau von drei weiteren Atomkraftwerken (bis 1990) vor. Im Oktober startete die Bundesregierung eine Informationskampagne zur Beantwortung von fünf zentralen Fragestellungen zur Nutzung der Atomenergie und ruft in der Folge massive Proteste von AtomenergiegegnerInnen auf den Plan: sie demonstrierten am 24. März 1977 in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt, es folgten Symposien zum Thema „Atomenergie“. Im Juni spricht sich die Regierung für die Nutzung der Atomenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf aus, sollte die Frage der Entsorgung der abgebrannten Brennstäbe gelöst werden können. Da diese Frage – bis heute – ungelöst bleibt, zieht sich die ÖVP von ihrer Bereitschaft zu einer Einigung mit der SPÖ in der Frage der Atomenergie bzw. Zwentendorfs zurück. Dennoch erteilte das Gesundheitsministeriums im Dezember die Bewilligung zur Lagerung von Brennelementen in Zwentendorf, was die Sozialistische Jugend veranlaßte, eine Volksabstimmung zu Zwentendorf vorzuschlagen. Das wird von Bundeskanzler Bruno Kreisky aber abgelehnt.

Die für 10. Jänner vorgesehene und geheimgehaltene Anlieferung von Brennelementen für Zwentendorf aus dem deutschen Hanau platzte, da die IÖAG (Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner) den Liefertermin erfahren hatte und Protestaktionen befürchtet wurden. Eine Woche später erfolgte dann die Anlieferung der Brennelemente per Flugzeug und Hubschrauber. Doch dann lehnte die FPÖ Atomenergie und den Atombericht der Bundesregierung grundsätzlich ab, die ÖVP begrüßte grundsätzlich die Nutzung der Atomenergie, wandte sich jedoch gegen Zwentendorf und den Atombericht auf Grund mangelnder Sicherheitsbestimmungen und Lückenhaftigkeit des Berichts ab. Ein „Atom-Unterausschuß“ sollte die Mängel des Atomberichts beheben, ExpertInnen sollten gehört und Stellungnahmen von BefürworterInnen und GegnerInnen eingeholt werden. Doch der Ausschuß konnte keine Einigung über den Atombericht erzielen. FPÖ und dann auch ÖVP verweigern ihr „Ja“ Ende Mai.

Am 22. Juni fiel im SPÖ-Parteivorstand die Entscheidung, die Frage der Nutzung der Kernenergie einer Volksabstimmung zu unterwerfen, da man befürchtete, im Parlament nun keine Zustimmung mehr zu erhalten. Der Gesamtentwurf zur Volksabstimmung wurde im Parlament einstimmig angenommen. Dann folgten die Gründungen des „Komitees für Zwentendorf“ und auch der Arbeitsgemeinschaft „Nein zu Zwentendorf“. Am 13. September 1978 griff Bundespräsident Rudolf Kirchschläger ein und ordnete eine Volksabstimmung über den Gesetzesbeschluß an. Daraufhin laufen Werbekampagnen und Aktionen der BefürworterInnen und der GegnerInnen des AKW, Parteien, Interessensverbände und Personen des öffentlichen Lebens gaben Wahlempfehlungen ab.

Am Sonntag, dem 5. November, brachte die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks eine herbe Enttäuschung für die Befürworter, allen voran Bundeskanzler Kreisky: 1,576.839 (= 49,33%) stimmen mit Ja, 1,606.308 (= 50,47%) mit Nein, worauf die Generalversammlung der GKT-Gesellschafter die Einstellung der Arbeiten beschloß. Am 13. Dezember folgte die Verabschiedung des Gesetzes über das Verbot des Baus und der Inbetriebnahme von bereits bestehenden Atomkraftwerken in Österreich im Parlament.

Foto: Werner Hölzl / GNU Free Documentation License

Das nie in Betrieb gegangene Atomkraftwerk Zwentendorf hat insgesamt 14 Milliarden Schilling gekostet, 600 davon die Konservierung. Heute ist es ein Museum.

1985, also sieben Jahre später, nahm Bundeskanzler Fred Sinowatz einen neuen Anlauf und kündigte einen SPÖ-Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie an. Hätte sich eine Mehrheit bei der Volksabstimmung für die Kernenergie ausgesprochen, wäre automatisch das Atomsperrgesetz außer Kraft getreten. Der Initiativantrag der SPÖ fand aber weder im zuständigen parlamentarischen Ausschuß (10:10 Stimmen), noch im Nationalrat die erforderliche Mehrheit (91 Ja-Stimmen : 90 Nein-Stimmen). Am 18. März zog Bundeskanzler Fred Sinowatz den endgültigen Schlußstrich unter die Nut-

zung von Kernenergie in Österreich, woraufhin die Gesellschafter des Gemeinschaftskraftwerkes Tullnerfeld am 27. März 1985 eine „stille Liquidation“ des Kraftwerks beschloß.

Zwentendorf hat insgesamt 14 Milliarden Schilling gekostet, 600 davon die Konservierung.

Über viele Jahre hindurch galt das AKW Zwentendorf als teuerste Ruine der Welt, wurde später zum Museum – und kommt heute zu besonderem Interesse internationaler Besucher, ist es doch das einzige AKW, das man völlig gefahrlos besichtigen kann. Doch wesentlicher ist die Tatsache, daß mit 25. Juni 2009 eine Photovoltaikanlage in Betrieb genommen wurde.

„Das ist heute ein symbolträchtiger Schritt für den Klimaschutz in Niederösterreich“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll damals, als in einem ersten Schritt 300 Photovoltaikpaneele an der Fassade des Reaktorgebäudes angebracht wurden, in einem zweiten Schritt 700 Photovoltaikelemente am Freigelände. „Auf diesem Wege wird das Atomkraftwerk Zwentendorf nun über 30 Jahre nach der Volksabstimmung doch Strom für Niederösterreichs Haushalte produzieren.“ Von einem „historischen Tag für den Kraftwerksstandort“ sprach damals auch EVN-Generaldirektor Burkhard Hofer: „Wir sehen diese Photovoltaikanlage am historischen Standort des AKW Zwentendorf als Symbol für eine erneuerbare und umweltfreundliche Energiezukunft.“ Die Anlage erzeugt 180.000 kW/h Sonnenstrom pro Jahr.

Foto: BKA / HBF

Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Erklärung zur Atomenergie am 22. März. Im Bild oben Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, rechts Unterrichtsministerin Claudia Schmied, links Umweltminister Niki Berlakovich.

Prinzipielle Einigkeit, aber...

Prinzipiell blieb die Einigkeit in der heimischen Politik unverändert, was die Nutzung von Kernenergie in Österreich selbst anbelangt. Die Ablehnung von Atomkraft an sich hat nun durch die Debatten in Deutschland, wo es auch „vor Japan“ um Verlängerung von Laufzeiten ging, wesentlich verändert: Alle fünf im Parlament vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und Grüne) sind nun einhellig dafür, nicht nur Importe von Atomstrom nach Österreich zu unterbinden, sondern auch für den Ausstieg aus der Kernenergie und damit die möglichst kurzfristige Abschaltung der Reaktoren in 14 Ländern Europas.

Die Angst vor ähnlichen Katastrophen wie der nach dem Erdbeben und dem Tsunami in Fukushima, die Angst vor einem Supergau und den damit verbundenen unabsehbaren Schäden für zig-Millionen von Menschen ist auch in Österreich spürbar, auch wenn wir selbst „atomfrei“ sind. In unseren Nachbarländern sind Reaktoren am Netz, in denen Störungen nahezu an der Tagesordnung stehen.

Als Vertreter des einzigen „gesetzlich atomfreien“ Landes in Europa sehen sich unsere Volksvertreter einmal mehr legitimiert, auch die anderen Länder von der Notwendigkeit einer Zuwendung zu Neuen Energien zu überzeugen. Daß dies mit ziemlicher Sicherheit in nächsten Zeit nicht fruchten wird, hat Bundeskanzler Werner Faymann am Nachmittag nach der Sondersitzung des Nationalrats am 22. März erfahren, als er den Premierminister der Tschechischen Republik, Petr Neèas, zu einem Arbeitsgespräch am Ballhausplatz empfing: „Eine gute Nachbarschaft verträgt nicht nur viele gemeinsame Themen, sondern auch kontroversielle Fragen, wie etwa die Nuklearenergie. Österreich ist für den Ausstieg aus der Atomenergie als nachhaltige Politik in Europa. Ausgehend vom bekannten tschechischen Standpunkt wird es jedoch nicht überraschen, daß unsere beiden Länder in der Frage der Nuklearenergie gegensätzliche Standpunkte vertreten.“

Faymann stellte fest, daß die aktuellen Bilder aus Japan zeigen würden, daß es sich bei der Nutzung der Atomenergie um keine sichere Technologie handle. Die Risiken seien nicht zu unterschätzen und würden die Lebensbedingungen der Bevölkerungen gefährden. „Ich bin überzeugt davon, daß die Atomenergie letztlich keine beherrschbare und nachhaltige Energieform ist. Was den Ausbau von Temelín betrifft, werden wir dazu mit unseren Nachbarn einen offenen Dialog führen.“ Der Bundeskanzler bei einem Arbeitsbesuch von Tschechiens Premier Petr Neèas in Wien unter anderem, daß auch österreichische Umweltschutzorganisationen in der Umweltverträglichkeitsprüfung zum Ausbau des Kernkraftwerks Temelín Parteienstellung eingeräumt werden. Diese Position werde er auch beim Treffen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso noch einmal verdeutlichen.

Respekt, aber Abfuhr

Premier Neèas sagte dazu: „Wir respektieren den österreichischen Standpunkt in der Atomenergie, wir erwarten jedoch, daß auch unseren Ansichten der gleiche Respekt entgegengebracht wird. Für die tschechische Regierung steht die Sicherheit der Bevölkerung an erster Stelle. Wir würden es nicht zulassen, daß unsere Bevölkerung einem Risiko ausgesetzt wird. Dieser Grundsatz kann als die beste Garantie für unsere Nachbarn gelten. Im Hinblick auf den Ausbau des Atomkraftwerkes Temelín werden wir mit unseren österreichischen Partnern einen offenen und transparenten Dialog führen.“

„Wir freuen uns über die gute Gesprächsbasis mit unseren tschechischen Nachbarn. Dennoch können die Vorkommnisse in Japan dazu führen, Österreichs Verhandlungsposition zu stärken. Die Ereignisse in Japan geben Österreich bessere Chancen, mit seinem Standpunkt besser gehört zu werden und seine Ansichten durchzusetzen“, so Faymann.

Foto: Umweltbundesamt Wien

Kernkraftwerke in Grenznähe zu Österreich, Stand März 2011. Aus österreichischer Sicht sind die in Mochovce, Bohunice, Dukovany, Temelin, Paks und Krsko die gefährlichsten.

Mehr Gehör bei der SPD

Auf offene Ohren hingegen war der Bundeskanzler bei unseren deutschen Nachbarn gestoßen: „Es ist an der Zeit, unser Wort international zu erheben und auf einen Atomausstieg zu drängen. Wir müssen Schulter an Schulter gegen die Atomindustrie kämpfen. Dafür werden wir Unterschriften sammeln und die Menschen mobilisieren. Gegen die Atomlobby kommen wir nur gemeinsam mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung an“, so Faymann, der nach einem Gespräch mit SPD-Vorsitzendem Sigmar Gabriel von gemeinsamen Plänen berichtete. Dieser erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung „Bild“- über die gemeinsamen SPÖ-SPD-Initiative zum Atomausstieg Europas auf die Frage, was Deutschland der Ausstieg nütze, wenn „unsere Nachbarn weiter voll auf Atomkraft setzen?“: „Deshalb haben der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann und ich heute verabredet, daß wir in Europa eine Initiative zum Ausstieg aus der Atomenergie starten wollen.“ Die Bürger Europas sollten entscheiden und nicht die Atomlobbyisten aus den Konzernen und den Regierungen. Dafür gebe es „Gott sei Dank“ ein neues Recht in Europa: eine europäische Volksinitiative. Die allerdings steht erst mit 1. April 2012 zur Verfügung, dazu später mehr.

Am 22. März beschloß der Ministerrat einen „Aktionsplan für den Ausstieg aus der Atomenergie. „Wir gehen auf allen Ebenen Europas entschlossen und konsequent gegen die Nutzung der Atomenergie vor, so Faymann beim Pressefoyer, an dem Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) nicht teilnehmen konnte (er war mit einer Lungenembolie in eine Klinik eingeliefert, aber schon wenige Tage später zur Rehabilitation entlassen worden).

Der Bundeskanzler betonte, es käme Zynismus gleich, wenn in Europa zum Schutz der Umwelt klare Beschlüsse zur CO_2-Reduktion gefaßt würden, während gleichzeitig im Namen der Nachhaltigkeit weitere Atomkraftwerke gebaut würden. „Atomkraftwerke sind nicht sicher und Atomenergie ist nicht billig“. Denn in der derzeitigen Rechnung seien weder die Kosten für menschliches Leid noch Kosten für Haftungen und Katastrophenfolgen enthalten. „Die Atomlobby wird, wie auch schon im Fall Tschernobyls, behaupten, daß Japan ein Einzelfall wäre. Wir in Österreich aber haben uns nicht erst seit der Katastrophe in Japan, sondern bereits 1978 entschlossen, bei der Nutzung von Kernkraft nicht mitzumachen“, so Faymann. Der richtige Weg bei wachsenden Stromerfordernissen sei, in mehr Energieeffizienz und in den Ausbau von erneuerbarer Energie zu investieren.

„Viele europäische Länder denken auf Regierungsebene noch gar nicht an einen Ausstieg, die Menschen in Europa sehen das aber anders“, so Faymann. Die öffentliche Meinung habe sich längst gegen die Lügen der Atomlobby und ihrer politischen Handlanger gedreht. Daher müßten europaweit Wege für den Ausstieg gesucht werden. Europa habe dabei den großen Vorteil im Vergleich zu anderen Regionen, daß hier Regierungen demokratisch gewählt werden. So beschreite beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits einen anderen Weg als noch vor wenigen Monaten. „Wir müssen alle Initiativen für den Ausstieg voll unterstützen.“

Der Weg dorthin wird aber steinig, wollen doch die meisten der EU-Staaten, die Atomenergie erzeugen und nutzen, von einem Ausstieg – derzeit und, so wie es aussieht, auch in nächster Zukunft – nichts wissen.

Am 16. März hat dann die FPÖ einen Antrag auf eine Sondersitzung des Nationalrats eingebracht, der vom BZÖ und den Grünen unterstützt wurde. Thema: das „Versagen der Bundesregierung bei der Anti-Atom-Politik“. Dieser Antrag sei deshalb notwendig gewesen, so FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache, da die Bundesregierung bei der Anti-Atomkraft-Politik völlig versagt habe und an Österreichs Grenzen noch immer zahlreiche Schrottreaktoren in Betrieb seien.

„Aktuelle Perspektiven der österreichischen und europäischen Energiepolitik nach Fukushima“ war dann der Titel der Sonder-

sitzung am 22. März, an deren Anfang Bundeskanzler Werner Faymann appellierte:

Machen wir uns stark für ein Europa ohne Kernenergie

„Wir können angesichts des Ausnahmezustands in Japan nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist gerade jetzt unsere Pflicht, in Europa und weltweit gegen die weitere Nutzung und den Ausbau von Kernenergie einzutreten“, so der Bundeskanzler. „Österreich muß sich in Europa zum Sprecher für einen Ausstieg aus der Atomkraft machen. Regierung und Opposition sind hier gemeinsam aufgerufen, alle Kräfte zu mobilisieren“, sagte Faymann. Nur ein europaweiter Ausstieg aus der Kernenergie könne das Ziel sein und nicht nur die Stilllegung einzelner Kraftwerke. Von Seiten der Atomlobby gäbe es jedoch beharrliche Kräfte, die fälschlicherweise behaupten, es existiere eine sichere und kostengünstige Kernenergie. „Das Schicksal der Opfer in Japan und die weitreichenden Auswirkungen auf Menschen und Umwelt dürfen nicht durch geschickte Marketingstrategien der Atomindustrie wieder in Vergessenheit geraten. Es ist daher gerade jetzt unsere vordringliche Aufgabe, konkrete Szenarien zum Atomausstieg und zur Forcierung von Alternativenergien und mehr Energieeffizienz zu entwickeln“, so Faymann.

Der Bundeskanzler sprach sich deswegen für eine Kostenwahrheit in der Energiepolitik aus. Die „Kostenlüge“, wonach Atomstrom besonders günstig wäre, dürfe in Europa nicht mehr als richtig erachtet werden. „Wenn wir Kostenwahrheit wollen, dürfen wir Haftungskosten bei Unfällen oder die Ausgaben für Zwischenlager von Atommüll nicht vergessen“, hob Faymann hervor. Außerdem sei weltweit die Frage der Endlagerung des Atommülls nach wie vor ungeklärt.

Die Atomkatastrophe in Japan habe zu einem Umdenken der europäischen Bevölkerung geführt. Diese neue Ausgangssituation müsse nun von der Politik mit vereinten Kräften genutzt werden. In den EU-Ländern gebe es allerdings auf politischer Ebene derzeit unterschiedliche Entwicklungen. Nicht in allen Ländern gebe es Bereitschaft zu einer energiepolitischen Wende. Österreich werde jedenfalls diesbezügliche Initiativen aus der Bevölkerung und der zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen. „Die Regierung wird sich deswegen auch für eine Neuinterpretation des Euratom-Vertrags einsetzen. Die europäische Nuklearforschung muß sich künftig auf den Schutz der Bevölkerung konzentrieren. Die Forschungsgelder müssen für den verstärken Einsatz erneuerbarer Energien verwendet werden“, sagte der Kanzler.

Abschließend rief der Bundeskanzler dazu auf, im Kampf für eine nachhaltige Energiepolitik an einem Strang zu ziehen. „Lassen Sie uns gemeinsam und entschlossen auftreten, machen wir uns stark für ein Europa ohne Kernenergie“, so Faymann.

Foto: BMLFuW / HOP-Media / Bernhard J. Holzner

Umweltminister Niki Berlakovich erläutert den zuvor im Ministerrat beschlossenen Fahrplan für den Atom-Ausstieg und Alternativen. Links im Bild Innenministerin Maria Fekter, rechts Bundeskanzler Werner Faymann.

Berlakovich: Streßtest für AKW

Umweltminister Niki Berlakovich (ÖVP) erläuterte den Ministerratsbeschluß vor dem Hohen Haus: „Dieser Schulterschluß unserer Bundesregierung ist ein entscheidender Schritt, damit Österreich auf europäischer und internationaler Ebene geschlossen und schlagkräftig auftreten und etwas bewegen kann. Es ist unerläßlich, nicht gegeneinander sondern miteinander zu arbeiten – insbesondere in dieser essentiellen Frage, in der es um die Sicherheit der Menschen geht“, so Berlakovich. „Unser gemeinsames Ziel ist, daß Europa ‚raus aus Atom‘ kommt. Wer hingegen jetzt parteipolitisches Kleingeld machen will, der hat nichts begriffen“, so der Umweltminister.

Der Aktionsplan für ein „Internationales Umdenken von der Kernenergie hin zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz“ sieht einen konkreten Maßnahmenkatalog vor, den Österreich umsetzen will, um in Europa für mehr Nachhaltigkeit, Sicherheit und sinnvollere Forschung zu sorgen.

So spricht sich die Bundesregierung für eine umfassende Sicherheitsüberprüfung (Streßtests) aller europäischen Kernkraftwerke – nach einheitlichen, höchsten Sicherheitsstandards – aus. Die Einrichtung hoher verbindlicher Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke und die maximale Transparenz und Partizipation Österreichs in AKW-Fragen ist ebenso ein Ziel wie das grundlegende Überdenken der Ausrichtung der europäischen und weltweiten Energiepolitik – weg von Atom.

Fahrplan für Atom-Ausstieg und Alternativen

Weiters vorgesehen ist ein Fahrplan für einen raschen Ausstieg aus Atom und das Aufzeigen von notwendigen Alternativen. Bemühungen für eine Reform des Euratom-Vertrags sollen fortgesetzt werden, wobei der Schutzzweck auszubauen ist. Im Aktionsplan wird außerdem eine Neuorientierung der europäischen Nuklearforschung im Sinne des bestmöglichen Schutzes der Bevölkerung gefordert. Das Potenzial einer nachhaltigen, kernenergiefreien Energiewirtschaft soll im Rahmen des Euratom-Forschungsprogramms ausgelotet werden. Generell sollen die Energieforschung und die diesbezüglichen Mittel mehr im Sinne der Erneuerbaren und der Effizienzsteigerung eingesetzt werden.

Strengere Nuklearhaftung und Kooperation der Anti-Atom-Länder

Außerdem spricht sich die österreichische Bundesregierung für strengere Regelungen im Bereich der Nuklearhaftung aus, wobei Österreichs Atomhaftpflichtgesetz

nicht verwässert werden soll. Mit anderen atomkritischen Staaten – innerhalb und außerhalb der EU – soll es engere Kooperationen geben. Weiters ist vorgesehen, daß sich europäische und internationale Finanzinstitutionen verstärkt der Förderung von Erneuerbaren, Energieeffizienz, Strahlenschutz und Projekten zur Schließung von Kernkraftwerken widmen. Der Bau neuer AKW und die Förderung der Kernenergienutzung sollen verhindert werden, während dem Schutz von Bevölkerung und Umwelt oberste Priorität eingeräumt wird.

Mehr Erneuerbare und Effizienz

Internationale, nachhaltige Energieinitiativen sollen unterstützt werden. Außerdem sind Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren und zur Steigerung der Energieeffizienz vorgesehen. Letzteres ist in allen Sektoren angedacht, ob in Haushalten, öffentlichen Gebäuden, in der Mobilität oder bei der Abwärmenutzung. Mehr Erneuerbare sollen unter anderem in der Stromerzeugung, im Wärmebereich und im Verkehrsbereich Einzug halten. Weiters soll es dafür ausreichende Infrastruktur geben. Der Energieverbrauch soll in allen Bereichen gering gehalten werden, wobei die derzeit noch notwendigen Importe verschiedensten Ursprungs zu sein haben. Generell soll die Energieabhängigkeit vom Ausland gesenkt werden. Außerdem will die Bundesregierung neue Gesetze bzw. Novellen auf ihre energiepolitischen Auswirkungen prüfen.

„Diesen nationalen Schulterschluß erwarten sich die Österreicherinnen und Österreichern zu Recht, denn es geht um die Sicherheit der Menschen. Wir haben klare Vorstellungen, wie das Energiesystem der Zukunft funktioniert: Europa muß raus aus Atom. Wir brauchen mehr Erneuerbare und mehr Energieeffizienz. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Mein klares Ziel ist die Energieautarkie Österreichs“, so Berlakovich.

Auch wenn in der Sache an sich im Hohen Haus seltene Einigkeit darin herrschte, daß sich Österreich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen solle, so ist doch die Vorgangsweise unterschiedlich.

Strache für sofortige Stillegung aller Atomkraftwerke

„Dem japanischen Volk gelten in diesen schweren Stunden selbstverständlich unser Mitgefühl und unsere volle Solidarität“, erklärte Strache. „Aber aus der nuklearen Katastrophe in Japan müssen wir auch den richtigen Schluß für Europa ziehen. Und der lautet: Ausstieg aus der Atomenergie! Stilllegung aller Atomkraftwerke!“ Dazu brauche es politische Konsequenz, und genau die fordere die FPÖ jetzt ein.

Daß unsere Energiepolitik auf dem Kopf stehe, sei den fleißigen Lobbyisten der Atomindustrie zu verdanken, die es geschafft hätten, eine besonders gefährliche Energiegewinnungsform als „sauber“ und klimaschonend zu verkaufen. Die Atomenergie sei aber alles andere als eine praktische Brückentechnologie auf dem Weg zur energiepolitischen Vernunft. „Sie ist teuer und gefährlich“, so Strache.

Heinz-Christian Strache
FPÖ-Parteiobmann
Foto: FPÖ

Die FPÖ habe in Anfragen und Aussendungen immer wieder auf die ungerechtfertigte Bevorzugung der Atomindustrie gegenüber den wirklich sauberen, heimischen Energieträgern aufmerksam gemacht. Die FPÖ habe zudem rechtliche Schritte (Menschenrechtsbeschwerde und Eingabe an die EU-Kommission) gegen die Laufzeitverlängerung deutscher AKWs angestrengt. Die FPÖ habe sich auch nachdrücklich für Sanktionen gegen Tschechien ausgesprochen, sollte dieses auf der Inbetriebnahme des AKW Temelin bestehen. „Tschechische Minister haben das mit Österreich getroffene Melker Abkommen als ‚Fetzen Papier‘ bezeichnet“, erinnerte Strache. „Und von den bisher über 150 Störfällen in dem Schrottreaktor wurde Österreich sehr oft sehr viel später informiert als dies erforderlich gewesen wäre und auch gesetzlich verbürgt ist.“

Was aus einem „Störfall“ werden könne, habe uns Fukushima jetzt wieder sehr deutlich ins Gedächtnis gerufen. In deutschen Atomkraftwerken gab es seit dem Jahr 2000 rund 1300 meldepflichtige Störfälle. Die Gesamtzahl für Europa liegt im fünfstelligen Bereich. „Da kann und darf man nach einem Horrorszenario wie in Japan nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, so Strache. Und man dürfe die politisch Verantwortlichen nicht unerwähnt lassen. Daß SPÖ und ÖVP noch im Liegen umfallen könnten, wenn es darum gehe, Brüsseler Streicheleinheiten für den Verrat an österreichischen Interessen zu erhaschen, wisse man. „Aber was die Grünen auch in diesem Bereich liefern, schlägt dem Faß den Boden aus“, so der freiheitliche Bundesparteiobmann. „Mit ihrem ‚kritischen Ja‘ zum Vertrag von Lissabon haben die ehemaligen Weltverbesserer auch den Euratom-Vertrag akzeptiert, der damit zementiert ist.“ Und in der Präambel des Euratom-Vertrags wiederum finde sich die Absichtserklärung zum Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie. Daran sei den Grünen offenbar gelegen, sonst hätten sie dem Lissabon-Vertrag niemals zustimmen dürfen.

Strache sprach sich für eine substantielle Förderung sauberer, heimischer Energieträger aus. Österreich könnte sich binnen weniger Jahrzehnte völlig autark machen, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre. Das sehe er aber bei Rot, Schwarz und Grün nicht. Hier diene man sich lieber den Oligarchen und Energie-Monopolisten an und transferiere die eigenen Pseudo-Fachkräfte dorthin, z. B. Wolfgang Schüssel zu RWE. Österreichs Energiepolitik brauche deshalb eine dringende Wende, weg von den Konzernen, weg von den zentral gesteuerten Übertragungsleitungen, an denen der ganze Kontinent hänge. Die FPÖ sei bereit, diese Wende herbeizuführen.

Die Importunabhängigkeit im Energiebereich ist laut Strache für Österreich vergleichsweise kurzfristig erreichbar. Unser Land könne sich (dank Wasser- und Windkraft, dank Solarthermie und Photovoltaik, dank Biomasse und Geothermie) selbst versorgen. Und zwar in den Bereichen, Strom, Wärme und Mobilität. Abgestuft binnen längstens 30 Jahren. „Was wir brauchen sind kluge, innovative Projekte, die Arbeitsplätze im Land schaffen und unsere künftige dezentrale, und deshalb krisensichere Versorgung mit sauberen, heimischen Energien sicherstellen.“ Diesen Weg zu beschreiten, sei die FPÖ bereit, denn „Österreich zuerst!“ gelte auch und besonders in allen Fragen unserer Lebensgrundlagen. Und dazu zähle, nach Wasser- und Lebensmittelversorgung, die Energiesicherheit an vorderster Stelle. Japan habe eindrucksvoll gezeigt, wie schnell auch ein vermeintlich unangreifbarer Industriestaat Versorgungsprobleme bekommen könne. „Das muß uns eine Warnung sein“, so Strache.

Bucher: Raus aus der Atomkraft

BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher forderte Bundeskanzler Faymann auf, endlich zu handeln, anstatt „Wischiwaschi-Aktionen" anzukündigen. „Ein EU-weites Volksbegehren gegen die Atomkraft kann frühestens in einem Jahr stattfinden. Bis die EU dann vielleicht Taten setzt, ist es möglicherweise zu spät. Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten sich nach der Nuklearkatastrophe in Japan zu Recht, daß jetzt sofort eine Initiative für einen EU-weiten Ausstieg aus der lebensbedrohenden Kernenergie gestartet wird."

Bucher verwies in diesem Zusammenhang auf Aussagen von Experten, wonach ein vollkommener Verzicht auf die Kernenergie in den kommenden 10 bis 15 Jahren möglich

Josef Bucher
BZÖ-Parteiobmann
Foto: BZÖ

sei. „Um dieses Ziel zu erreichen, muß sofort gehandelt werden. Faymann soll daher endlich konsequent in der EU gegen die Atom-Lobby auftreten, denn hier geht es um die Gesundheit und das Überleben der Österreicher und Europäer", so der BZÖ-Chef.

Der einzig mögliche Weg sei der in Richtung Energieautarkie. „Das BZÖ hat bereits vor zwei Jahren ein fixfertiges Konzept auf den Tisch gelegt und beantragt, das aber leider von der rot-schwarzen Bundesregierung negiert wurde. Es ist zu hoffen, daß nach der Katastrophe in Japan in Österreich, Europa und auf der gesamten Welt umgedacht wird. Österreich könnte in Sachen Energieautarkie eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen", betonte Bucher.

„Die Katastrophe in Japan läßt nur eine Schlußfolgerung zu: Raus aus der Atomenergie! Denn die Kernenergie ist ein systematisches Spiel der Zerstörung der Menschheit und nicht beherrschbar. Wenn den Politikern in Österreich, Europa und auf der ganzen Welt etwas an unserer Jugend liegt, dann gibt es nur den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft. Die Ängste und Sorgen der Menschen müssen endlich ernst genommen werden", so Bucher, der sich in der Sondersitzung erstaunt zeigte, daß sich die SPÖ mit ihrem Verweis auf das Nein der Bevölkerung zum AKW-Zwentendorf im Jahr 1976 von Bruno Kreisky, der das AKW errichten ließ, distanziere. Und Bucher warf SPÖ und ÖVP vor, in Österreich für einen Ausstieg aus der Kernenergie einzutreten, aber in Brüssel unter den Teppich zu kriechen und für den Ausbau zu stimmen. „Die Menschen haben den verlogenen diplomatischen Schöngeist satt und wollen von SPÖ und ÖVP nicht mehr belogen werden. Der von ÖVP-Umweltminister Berlakovich angekündigte Streßtest für europäische Atomkraftwerke ist ein reines Placebo und sorgt maximal bei den Beamten bei der Administration für Streß. Das BZÖ fordert Rot und Schwarz auf, endlich wirkungsvolle Maßnahmen wie ein Veto oder das Einfrieren der EU-Beiträge Österreichs zu setzen."

Der Bündnisobmann verwies auf das BZÖ-Maßnahmenpaket für einen Ausstieg aus der Kernenergie und für eine Energieautarkie des Landes. „Österreich muß als ersten Schritt sofort aus Euratom aussteigen. Wir brauchen die 40 Millionen Euro, die Österreich jährlich nach Brüssel für die Atomkraft zahlt, für den Ausbau der erneuerbaren Energieformen."

Glawischnig: Aktionsplan angesichts Fukushima-Katastrophe zu wenig

„Die Atomindustrie definiert das sogenannte ‚Restrisiko' für nicht beherrschbare Unfälle so, daß statistisch gesehen alle 23 Jahre ein Super-GAU in Kauf genommen wird. Das ist ethisch nicht vertretbar", stellte Eva Glawischnig, Bundessprecherin der Grünen, in der Sondersitzung des Nationalrats fest und brachte ihr Mitgefühl für die Opfer der Katastrophe und höchsten Respekt für jene 50 Arbeiter, die unter Einsatz ihres Lebens immer noch versuchen, die Reaktoren in Fukushima unter Kontrolle zu bringen, zum Ausdruck. „Die schreckliche Atom-Katastrophe in Japan zeigt, daß Atomkraft nicht beherrschbar und der weltweite Ausstieg ohne Alternative ist. Der heute von der Bundesregierung im Ministerrat beschlossene Aktionsplan beinhaltet zwar kleine Schritte in die richtige Richtung, ist aber angesichts der Atomkatastrophe in Japan zu wenig", kritisiert die Grünen-Chefin. „Der Bundesregierung fehlt jede Glaubwürdigkeit. In den vergangenen Jahren wurden keine Initiativen gesetzt und falls doch, so existierten sie nur auf dem Papier und wurden nie umgesetzt. Wenn die Regierung jetzt endlich aus ihrem Anti-Atom-Tiefschlaf aufwacht, so ist das gut und hat unsere Unterstützung. Allerdings ist es fraglich, ob Faymann und Berlakovich den Glaubwürdigkeitstest in Sachen Anti-Atom bestehen. Solange österreichische Energieunternehmen Profite mit billigem Atomstrom machen, solange österreichische Baufirmen wie die

Eva Glawischnig
Bundessprecherin der Grünen
Foto: Die Grünen

Strabag sich am Bau von Atomkraftwerken wie in Mochovce beteiligen, solange Wolfgang Schüssel gleichzeitig im Aufsichtsrat des deutschen Atomriesen RWE und im österreichischen Nationalrat sitzt und solange die Regierung alles tut, um die Ökostrombranche in Österreich zu blockieren und klein zu halten, solange wird ihr Anti-Atom-Engagement unglaubwürdig bleiben", klagte Glawischnig an.

Sie forderte die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß österreichische Atomgeschäfte beendet werden. So sollen Unternehmen wie die Strabag von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden, wenn sie am Bau von Atomkraftwerken beteiligt sind. Die Grünen erneuern ihre Kritik an den geplanten AKW-Streßtests. „Das ist ein trojanisches Pferd der Atomlobby, um Zeit zu gewinnen, bis Gras über die Katastrophe von Japan gewachsen ist", sagte Glawischnig und forderte Bundeskanzler Faymann und Umweltminister Berlakovich auf, sich stattdessen bei den Regierungschefs der österreichischen Nachbarstaaten für die sofortige Abschaltung der Risikoreaktoren einzusetzen und diesen Staaten österreichische Unterstützung und Know-How beim Umstieg auf Erneuerbare Energien anzubieten. Faymann solle sich zudem bei den EU-Regierungschefs für die gleichzeitige Abhaltung von Volksabstimmungen in den EU-27-Staaten über den Atomausstieg stark ma-

chen. „Jetzt ist die große Chance für den Atomausstieg da. Tun Sie endlich etwas und reden Sie nicht nur“, forderte Glawischnig Faymann und Berlakovich auf.

Am 24. und 25. März wurde im Europäischen Rat, dem höchsten politischen Leitungsgremium der EU, unter anderem auch über die Atomenergie verhandelt. In den „Schlußfolgerungen“ ging man an erster Stelle auf die Katastrophe in Japan ein: „Wir bekunden unsere tief empfundene Anteilnahme angesichts der immensen Verluste an Menschenleben in Japan und unsere Solidarität mit dem japanischen Volk und der japanischen Regierung. Die Bürger der EU sind mit ihren Gedanken bei den Tausenden von trauernden Familien und den Hunderttausenden von Menschen, die ihre Existenz und ihr Gemeinwesen neu aufbauen müssen. Wir sind voll der Anerkennung für das rasche und entschlossene Handeln der japanischen Regierung. Wir erinnern an die dauerhafte Freundschaft und die engen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der EU und Japan und sind entschlossen, Japan darin beizustehen, die Herausforderungen, vor denen es jetzt steht, zu bewältigen.“ Die Europäische Union werde Japan in seinen Bemühungen unterstützen, die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen das Land nach dem Erdbeben und dem Tsunami und deren tragischen Folgen jetzt stehe.

Zum Thema Atomkraft in Europa wurde lediglich festgestellt, daß in jeder Hinsicht die Konsequenzen aus diesen Ereignissen gezogen werden müßten und daß die Öffentlichkeit alle erforderlichen Informationen erhalten müsse. Unter Hinweis darauf, daß der Energiemix in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten fällt, ruft der Europäische Rat dazu auf, „daß vorrangig die Arbeit zu den folgenden Aspekten vorangebracht wird:

- Die Sicherheit aller kerntechnischen Anlagen der EU sollte mittels einer umfassenden und transparenten Risiko- und Sicherheitsbewertung („Streßtest“) überprüft werden; die Europäische hochrangige Gruppe für nukleare Sicherheit und Abfallentsorgung (ENSREG) und die Kommission werden ersucht, so rasch wie möglich in einem koordinierten Rahmen unter Berücksichtigung der Lehren aus dem Nuklearunfall in Japan und unter umfassender Einbeziehung der Mitgliedsstaaten den Umfang dieser Tests festzulegen und die Durchführungsmodalitäten auszuarbeiten, wobei das vorhandene Fachwissen (insbesondere des Verbands der westeuropäischen Atomaufsichtsbehörden) umfassend zu nutzen ist; die Bewertungen werden von unabhängigen nationalen Behörden und im Wege der gegenseitigen Begutachtung durchgeführt; ihre Ergebnisse und alle erforderlichen Folgemaßnahmen, die ergriffen werden, sollten mit der Kommission und innerhalb der ENSREG ausgetauscht und veröffentlicht werden; der Europäische Rat wird die ersten Erkenntnisse bis Ende 2011 auf der Grundlage eines Berichts der Kommission beurteilen;
- selbstverständlich muß der Gewährleistung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen auch jenseits unserer Grenzen Vorrang eingeräumt werden; die EU wird fordern, daß vergleichbare „Streßtests“ in ihren Nachbarländern und weltweit sowohl bei bestehenden als auch bei geplanten Anlagen durchgeführt werden; dabei sollte umfassend auf die einschlägigen internationalen Organisationen zurückgegriffen werden;
- höchste Standards für die nukleare Sicherheit sollten in der EU angewandt und ständig verbessert werden und international gefördert werden;
- die Kommission wird den bestehenden Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Sicherheit kerntechnischer Anlagen überprüfen und bis Ende 2011 alle erforderlichen Verbesserungen vorschlagen. Die Mitgliedsstaaten sollten dafür sorgen, daß die Richtlinie über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen vollständig umgesetzt wird. Die vorgeschlagene Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sollte so rasch wie möglich verabschiedet werden. Die Kommission wird ersucht, Überlegungen darüber anzustellen, wie die Nuklearsicherheit in den Nachbarländern gefördert werden kann;
- die Folgen für die Welt und für die EU müssen aufmerksam beobachtet werden; dabei ist – insbesondere im Rahmen der G20 – besonders auf die Volatilität der Energie- und Rohstoffpreise zu achten.“

Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann nach dem zweitätigen Frühjahrsgipfel EU-Rates

Faymann: Die Stärkste Waffe ist die Stimme am Wahltag

„Wir werden in Europa weiterhin einen entschlossenen Kampf gegen die Nutzung der Nuklearenergie führen“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann am 29. März beim Pressefoyer nach der Ministerratssitzung. Die in der EU beschlossenen Streßtests der Atomkraftwerke müßten effektiv von unabhängigen Experten durchgeführt und die Schwachstellen der AKWs dabei schonungslos aufgedeckt werden. Die Ergebnisse sollen bis Ende des Jahres vorliegen. Die Kommission müsse dann auch wirklich dafür Sorge tragen, daß gefährliche Kraftwerke abgeschaltet werden.

Der Bundeskanzler berichtete über die Vorbereitung einer europaweiten Initiative gegen Atomkraft. Damit werde das Thema in der Öffentlichkeit weiter behandelt, während „die Atomlobby viel Geld dafür ausgeben wird, damit die Menschen die Gefahr schnell wieder vergessen“. Dies gelte es mit dieser Initiative nachhaltig zu verhindern, Österreich werde jedenfalls gemeinsam mit NGOs und über Parteigrenzen hinweg Allianzen suchen. „Wir werden auch sehr wachsam sein, wenn etwa Fördermittel indirekt in den Ausbau der Atomenergie fließen“, so Faymann. „Ebenso überprüfen wir die Möglichkeit von Klagen und Sanktionen gegen

Länder mit unsicheren Atomkraftwerken in Grenznähe. Die stärkste Waffe gegen die Atomenergie ist und bleibt aber die Stimme am Wahltag."

Berlakovich: Europas Staats- und Regierungschefs müssen Flagge zeigen

„Wer jetzt noch immer nicht verstanden hat, daß Atomkraft nicht beherrschbar ist, der hat nichts begriffen!" so Umweltminister Niki Berlakovich. „Wir wollen raus aus Atom und rein in erneuerbare Energien. Als Erstmaßnahme geht es um die Sicherheit der Menschen, daher brauchen wir unabhängige, lückenlose Streßtests", fordert Berlakovich, „diese Tests wären einzigartig in der Geschichte Europas, eine völlig neue Entwicklung denn bisher lagen alle AKW-Fragen ausschließlich in der Kompetenz der Nationalstaaten. Diese Zeiten müssen vorbei sein. Sowohl die Sicherheit der AKW als auch die Notfallpläne müssen auf europäischer Ebene behandelt werden". Und eines sei klar: Sollten bei irgendeinem AKW Mängel festgestellt werden, „dann muß es sofort abgedreht werden. Längerfristig bleibt aber natürlich generell unsere Forderung: Raus aus Atom", bekräftigt Berlakovich.

Und weiter: „Es müssen ausnahmslos alle AKW in Europa lückenlos unter breiter Einbindung von unabhängigen Experten überprüft werden. Das erwarten sich die Menschen in Europa zu recht. Und dafür müssen jetzt auch die Staats- und Regierungschefs Flagge zeigen. Und nicht vor der Atomlobby in die Knie gehen."

Glawischnig: Bevölkerung soll in falscher Sicherheit gewogen werden

„Die von der EU geforderten Streßtests sind ein Placebo und nur dazu da, die Bevölkerung in falscher Sicherheit zu wiegen und der Atomlobby Zeit zu verschaffen, bis Gras über die Katastrophe in Japan gewachsen ist", kritisierte Grünen-Bundessprecherin Eva Glawischnig. Der vorliegende Textentwurf des EU-Gipfels bestätige die Befürchtungen der Grünen: Die Tests sollen völlig unverbindlich und ohne Beteiligung unabhängiger ExpertInnen durchgeführt werden. Die Koordinierung und Durchführung der Tests soll federführend bei der Atomindustrie und deren Aufsichtsbehörden liegen. „Das bedeutet: Die Atomindustrie prüft sich selbst. Die Tests sind damit wertlos. Denn die Atomlobby hat nur ein Interesse: möglichst lange möglichst hohe Profite zu machen, die Sicherheit der Bevölkerung spielt eine nachrangige Rolle", so Glawischnig, die Bundeskanzler Faymann und Umweltminister Berlakovich aufforderte, einer solchen Initiative nicht zuzustimmen, sondern sich stattdessen für die sofortige Abschaltung aller Risiko-Reaktoren in Europa einzusetzen. Dazu zählen insbesondere auch die AKW Mochovce, Bohunice, Dukovany, Temelin, Paks und Krsko.

Bundespräsident Fischer: Einstieg in Ausstieg in Angriff nehmen

Auch Bundespräsident Heinz Fischer nahm zur Atomdebatte Stellung, indem er meinte, daß der schrittweise Ausstieg aus dieser Technologie bzw. der Umstieg in erneuerbare Energien trotz aller damit verbundenen Probleme ein politisches und auch ein ethisches Gebot sei. Was die Technik bis heute z.B. nicht könne ist, die Kernenergie in allen denkbaren Situationen so zu zähmen und zu beherrschen, daß das verbleibende Restrisiko vernachlässigt werden kann. Man könne zwar den sofortigen Ausstieg aus der Nukleartechnologie nicht realisieren, aber man muß in seriöser Weise den Einstieg in den Ausstieg in Angriff nehmen und auch durchführen. Zu den ersten Schritten gehörten vor allem strenge, von unabhängigen Experten durchgeführte Sicherheitschecks. „Eine technische Universität ist jedenfalls der richtige Ort, um an die Wissenschaft zu appellieren, mit aller Kraft an realisierbaren Szenarien für den Ausstieg aus der Atomtechnologie zu arbeiten und die Arbeit an neuen, verantwortbaren und praktikablen Formen der Energiegewinnung voranzutreiben bzw. mit Energie sparsam umzugehen", so der Bundespräsident.

Die Europäische Bürgerinitiative

Man wird sehen, inwieweit die Forderungen Österreichs in den anderen EU-Ländern Gehör finden werden. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit sehr gering ist, daß wirklich auf Atomenergie verzichtet werden wird, so bleibt auch die vielfach angesprochene Hoffnung auf die „Europäische Bürgerinitiative", die ab 1. April 2012 als direktes demokratisches Instrument zur Verfügung stehen wird. Es muß von mindestens einer Million Bürgern aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten unterstützt werden. In jedem dieser Mitgliedsstaaten wird die Mindestzahl der benötigten Unterschriften berechnet, indem man die Zahl der Mitglieder dieses Mitgliedsstaats im Europäischen Parlament mit 750 multipliziert. Das Mindestalter derjenigen, die ihre Unterstützung bekunden, entspricht dem Alter, das zur Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament berechtigt. Geplante Initiativen müssen in einem von der Kommission bereitgestellten Online-Register registriert werden. Die Registrierung kann verweigert werden, wenn die Initiative eindeutig gegen die grundlegenden Werte der EU gerichtet ist oder die Kommission den angeregten Rechtsakt nicht vorschlagen kann, weil die Initiative außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs liegt.

Die Unterstützungsbekundungen können in Papierform oder elektronisch gesammelt werden. Nach der Registrierung des Vorschlags durch die Kommission steht den Organisatoren ein Jahr zur Verfügung, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Um die Online-Sammlung von Unterstützungsbekundungen zu erleichtern und zu sichern, wird die Kommission nach der Entwicklung entsprechender technischer Standards quelloffene und kostenlos erhältliche Software einsetzen und unterhalten.

Wie wird die Kommission eine Bürgerinitiative behandeln?

Sobald die Unterschriften gesammelt und von den Mitgliedsstaaten geprüft wurden, muß die Bürgerinitiative der Kommission vorgelegt werden. Von diesem Zeitpunkt an hat die Kommission drei Monate, um die Zulässigkeit der Bürgerinitiative zu prüfen. In der Zwischenzeit werden die Organisatoren von der Kommission empfangen und erhalten zudem die Gelegenheit, ihr Anliegen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung vor dem Europäischen Parlament vorzubringen. Die Kommission wird dann ihre Schlußfolgerungen zur Initiative, ihre etwaigen geplanten Maßnahmen und ihre Gründe öffentlich darlegen.

Mit der Bürgerinitiative wird eine bestimmte Angelegenheit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Das alleinige Recht, Gesetzgebung vorzuschlagen, hat weiterhin die Kommission. Eine Bürgerinitiative verpflichtet die Kommission als Kollegium jedoch, die ihr zugrunde liegenden Anliegen ernsthaft zu prüfen. Wenn sie beschließt, eine Initiative nicht weiterzuverfolgen, muß sie ihre Gründe eindeutig darlegen. Die politische Würdigung einer Initiative und ihres Inhalts durch die Kommission kann nicht angefochten werden. Welche Auswirkungen eine erfolgreiche Bürgerinitiative auf Gesetze haben würde, ist nicht absehbar. Vorrangig dürfte daher sein, ein Umdenken in der Bevölkerung der EU-Staaten auszulösen – selbst wenn Fukoshima ohne schwere Folgen bleiben sollte… ■

Das Atomkraftwerk Zwentendorf: Bau, Proteste, Volksabstimmung

1956

Gründung der Österreichischen Studiengesellschaft für Kernenergie. Sie befaßt sich mit Fragen über Kernkraftwerke in Österreich.

1958

Mai: Die Verbundgesellschaft beauftragt Fachleute mit der Standortsuche für ein Atomkraftwerk in Österreich.

1960

25. September: Österreichs erster Forschungsreaktor wird in Seibersdorf in Betrieb genommen.

1963

Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Kernkraftwerke".

1967

Beschluß der österreichischen Energiewirtschaft, ein Kernkraftwerk in Österreich zu errichten.

1968

1. März: Verbund und Elektrizitätsgesellschaften der Bundesländer gründen die Kernkraftwerksplanungsges.m.b.H.; *November:* Der Standort Zwentendorf wird für ein 600-Megawatt-Kernkraftwerk bestimmt.

1969

Mai: Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht den Bau eines Atomkraftwerks vor; *11. August:* Der Nationalrat verabschiedet das Strahlenschutzgesetz. *28. November:* Der Hauptausschuß verabschiedet einstimmig die Zustimmung zur Beteiligung der Verbundgesellschaft an der Kernkraftwerksbaubetriebsgesellschaft.

1970

10. Februar: Gründung der Gemeinschaftskernkraftwerk-Tullnerfeld-Gesellschaft m.b.H. Daran beteiligen sich der Verbund (50%) und die Landesgesellschaften von Tirol (13,34%), Niederösterreich (10,83%), Steiermark (10%), Oberösterreich (8,33%), Kärnten (3,33%), Salzburg (2,5%) und Vorarlberg (1,67%). Nicht beteiligt sind Wien und Burgenland.

1971

22. März: Die Entscheidung für den Baubeginn des AKW Zwentendorf wird durch die Bundesregierung getroffen. Der kommerzielle Betriebsbeginn ist für August 1976 vorgesehen; *30. April:* Baubeginn des AKW Zwentendorf.

1972

12. Jänner: Das Parlament verabschiedet eine Strahlenschutzverordnung.

April 1972-Jänner 1978

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erläßt 53 Teilbewilligungen und über 1000 Bedingungen und Auflagen zu Bauvorschriften und Schutzvorkehrungen für Bevölkerung und Umwelt im Zusammenhang mit dem AKW-Bau.

1975

Die „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) wird als Dachverband der Anti-Atomkraft-Gruppen gegründet.

1976

Der Energieplan der Regierung sieht den Bau von drei Atomkraftwerken bis 1990 vor. *14. Oktober:* Beginn der Informationskampagne der Bundesregierung zur Beantwortung von fünf zentralen Fragestellungen zur Nutzung der Atomenergie.

1977

24. März: AtomenergiegegnerInnen demonstrieren in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt. *Mai/Juni:* In vier österreichischen Städten finden Symposien zum Thema „Atomenergie" statt. *6. Juni:* Regierungsklausur auf Schloß Hernstein: Nach Vorträgen von Fachleuten spricht sich die Regierung für die Nutzung der Atomenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf aus, sollte die Frage der Entsorgung der abgebrannten Brennstäbe gelöst werden können. *Juli:* ÖVP-Vorsitzender Taus kündigt das Ende der Bereitschaft zu einer Einigung mit der SPÖ in der Frage der Atomenergie bzw. Zwentendorfs an. *Dezember:* Der Regierungsbericht über die Atomenergie wird dem Ministerrat und anschließend dem Nationalrat vorgelegt. *23. Dezember:* Bewilligung des Gesundheitsministeriums zur Lagerung von Brennelementen in Zwentendorf.

1978

Jänner: Die Sozialistische Jugend schlägt eine Volksabstimmung zu Zwentendorf vor, Kreisky lehnt ab. *10. Jänner:* Die für 10. Jänner vorgesehene und geheim gehaltene Anlieferung von Brennelementen für das AKW Zwentendorf aus Hanau (D) platzt, da die IÖAG (Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner) den Liefertermin erfahren hat und Protestaktionen befürchtet werden. *18. Jänner:* Anlieferung der Brennelemente per Flugzeug und Hubschrauber. *Ende Jänner:* Die FPÖ lehnt Atomenergie und den Atombericht der Bundesregierung grundsätzlich ab. *Anfang Februar:* Die ÖVP begrüßt grundsätzlich die Nutzung der Atomenergie, lehnt jedoch Zwentendorf und den Atombericht auf Grund der mangelnden Sicherheitsbestimmungen und der Lückenhaftigkeit des Berichts ab. *Mitte Februar:* Ein „Atom-Unterausschuß" soll die Mängel des Atomberichts beheben. ExpertInnenhearings und Stellungnahmen von BefürworterInnen und GegnerInnen sind geplant. Der Ausschuß kann keine Einigung über den Atombericht erzielen. FPÖ und dann auch ÖVP verweigern ihr „Ja" Ende Mai. *22. Juni:* Der SPÖ-Parteivorstand beschließt, daß die Frage der Nutzung der Kernenergie einer Volksabstimmung unterworfen werden soll. Er befürchtet, im Parlament keine Zustimmung zu erhalten. *28. Juni:* Atomenergiebericht der Regierung wird im Parlament mit den Stimmen der SPÖ angenommen, ebenso der Entwurf des Gesetzes über die friedliche Nutzung der Atomenergie. Der Gesamtentwurf zur Volksabstimmung wird einstimmig angenommen. *6. Juli:* Ablehnung des Gesetzentwurfs durch den Ministerrat. *7. Juli:* Beharrungsbeschluß des Parlaments, hebt Ministerratsbeschluß auf. *25. August:* Gründung des „Komitees für Zwentendorf", Mitglieder sind u.a. der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, der stellvertretende Generalsekretär der Industriellenvereinigung. *30. August:* Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Nein zu Zwentendorf". *13. September:* Bundespräsident Kirchschläger ordnet eine Volksabstimmung über den Gesetzesbeschluß an. *Ab Oktober:* Werbekampagnen der BefürworterInnen und der GegnerInnen des AKW, Wahlempfehlungen der Parteien, Interessenverbände und von Personen des öffentlichen Lebens. *5. November:* Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks. 1,576.839 (= 49,33%) stimmen mit Ja, 1,606.308 (= 50,47%) mit Nein. *9. November:* Generalversammlung der GKT-Gesellschafter beschließt Einstellung der Arbeiten zur Fertigstellung des Kernkraftwerks. *13. Dezember:* Gesetz über Verbot des Baus und der Inbetriebnahme von bereits bestehenden Atomkraftwerken in Österreich wird im Parlament verabschiedet.

1985

8. Februar: Bundeskanzler Fred Sinowatz kündigt einen SPÖ-Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie an. Voraussetzung dafür ist die Aufhebung des Atomsperrgesetzes *20. Februar:* Bundeskanzler Sinowatz übermittelt den Klubobmännern der drei Parlamentsparteien das Angebot der Sowjetunion, ausgebrannte Kernstäbe zu übernehmen. *21. Februar:* Bundeskanzler Sinowatz legt den Sicherheitsbericht der Reaktorsicherheitskommission vor, nach dem Zwentendorf den internationalen Sicherheitsstandards für moderne Kraftwerke entspricht. *6. März:* Die SPÖ bringt einen Initiativantrag zu einem Bundesverfassungsgesetz ein, der die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich beinhaltet; spricht sich eine Mehrheit bei der Volksabstimmung für die Kernenergie aus, tritt automatisch das Atomsperrgesetz außer Kraft. *15. März:* Der Initiativantrag der SPÖ für eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs und damit für die Aufhebung des Atomsperrgesetzes findet im zuständigen parlamentarischen Ausschuß nicht die erforderliche Mehrheit (10:10 Stimmen). *21. März:* Der Initiativantrag der SPÖ zu einer Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf findet im Nationalrat nicht die erforderliche Mehrheit (91 Ja-Stimmen : 90 Nein-Stimmen), bei der Abstimmung ist der Klubzwang aufgehoben. *18. März:* Bundeskanzler Sinowatz kündigt an, keinen Antrag auf Aufhebung des Atomsperrgesetzes einzubringen. *27. März:* Die Gesellschafter des Gemeinschaftskraftwerkes Tullnerfeld beschließen eine „stille Liquidation" des Kraftwerks.

1985

hat Zwentendorf insgesamt 14 Milliarden Schilling gekostet, 600 davon die Konservierung.

(Quellen: Forum Politische Bildung (Hg.): Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte (Sonderband der Informationen zur Politischen Bildung). Studien-Verlag, Innsbruck 1998, S. 158-159; Pelinka, Anton: Die Kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983-1986. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Graz 1993; Der Österreich-Bericht 1985. Zusammengestellt vom Bundespressedienst des Bundeskanzleramtes.

***Danke** an **http://www.demokratiezentrum.org** für die Überlassung dieser Zeittabelle!*

Innenpolitik

Pflegelösung steht, Stabilitästpakt fix

Bund, Länder und Gemeinden kommen überein, den Stabilitätspakt neu zu fassen und damit gleichzeitig den Finanzausgleich um ein Jahr (bis einschließlich 2014) zu verlängern.

Foto: Land Oberösterreich

v.l.: LH-Stv. Josef Ackerl (OÖ), LH-Stv. David Brenner (Sgb.), Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Vizekanzler Josef Pröll, LH Josef Pühringer (OÖ), Gemeindebundpräsident Bgm. Herbert Mödlhammer und LH Herbert Sausgruber (Vbg.)

Durchbruch bei den Verhandlungen in Linz: „Mit dem heutigen Durchbruch steht die Pflegelösung und der Stabilitätspakt ist fixiert“, so Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) am 16. März im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landeshauptmann Josef Pühringer (OÖ, ÖVP), Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ), Landeshauptmann Herbert Sausgruber (SPÖ) und Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer. „Heute ist ein entscheidender Tag für die Republik, aber vor allem für die Menschen, für die Pflegebedürftigen, denen wir mit diesem großartigen Verhandlungsergebnis Sicherheit geben“, wie der Finanzminister klar hervorhob.

Bis 2014 werden 685 Millionen Euro in mehreren Etappen für die Pflegefinanzierung bereitgestellt, verteilt auf Bund, Länder und Gemeinden. „Und wir setzen auch ein klares Signal der Verwaltungsvereinfachung. Derzeit zahlen 280 Stellen Pflegegeld aus. Das bündeln wir jetzt auf eine einzige“, so Pröll, der unterstreicht: „Das ist einfacher für die Betroffenen und günstiger für die Steuerzahler. Ein wichtiger Schritt für die Verwaltungsreform.“

„Auch beim Stabilitätspakt haben wir einen gemeinsamen Durchbruch erzielt“, zeigt sich Josef Pröll zufrieden. 2011 werden die Länder 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Staatshaushalt beitragen, 2012 und 2013 0,6 Prozent sowie 0,5 Prozent im Jahr 2014. „Damit haben wir eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern für gesunde Staatsfinanzen“, so Pröll weiter. Zudem haben die Länder einer starken Rolle für den Rechnungshof sowie der landesrechtlichen Festschreibung von Haftungsobergrenzen zugestimmt. Der Rechnungshof wird in Zukunft bei Überschreitungen seitens der Länder selbstständig aktiv werden. In letzter Konsequenz sind auch Sanktionen gegen jene Länder, die ihre Stabiltätsziele nicht erreichen, vereinbart.

„Insgesamt ist uns heute ein Gesamtpaket gelungen, das sich sehen lassen kann, ein Durchbruch und Meilenstein für die Stabilität Österreichs“, so Pröll, der abschließend klarstellt: „Am wichtigsten ist dieses Paket aber für die Menschen, für jene, die Pflege bedürfen, aber auch für die Pflegenden. Für sie alle nehmen wir Geld in die Hand, leisten gemeinsam unseren Beitrag und geben ihnen Sicherheit für die Zukunft.“

Hundstorfer: Pflegefonds auf Schiene – Finanzierung für die nächsten Jahre gesichert

„Mit der Einigung zum Stabilitätspakt ist auch der Weg für den Pflegefonds geebnet“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. „Dieser Pakt ist im Interesse der 435.000 Pfle-

gegeldbezieherInnen erfolgt. Damit ist für diese Menschen ein würdiges Leben gewährleistet. Mit der Dotierung des Pflegefonds ist das Pflegesystem für die nächsten Jahre gesichert“, unterstrich Hundstorfer. Der Pflegefonds werde die Kostensteigerungen der Länder und Gemeinden für die kommenden Jahre abdecken. Nach dem Finanzausgleichsschlüssel beteiligen sich der Bund zu 2/3, Länder und Gemeinden zu 1/3. Die Gesamthöhe beträgt für 2011-2014 Euro 685 Millionen Euro; für das Jahr 2011 100 Millionen Euro, für das Jahr 2012 150 Millionen Euro, für das Jahr 2013 200 Millionen Euro und für das Jahr 2014 Euro 235 Millionen. Gleichzeitig mit der Schaffung des Pflegefonds soll es zur Reform des Pflegegelds kommen.

„Die Mittel aus dem Pflegefonds dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden“, erläuterte Hundstorfer. Konkret wird das Pflegefondsgesetz die Mittelaufteilung an Länder und Gemeinden, sowie die Mittelverwendung für den Aufbau, Ausbau und die Sicherung von Pflegeleistungen (mobile Dienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Case- und Caremanagement etc.) regeln. Dabei haben die Länder Spielraum in der Schwerpunktsetzung (z.B. mobil vor stationär) entsprechend ihren Aufbau- und Versorgungsplänen. Die Mittelaufteilung auf die Bundesländer erfolgt nach dem im jeweiligen Jahr geltenden Bevölkerungsschlüssel. Die Aufteilung im Innenverhältnis zwischen Land und Gemeinden erfolgt nach tatsächlichen und nachgewiesenen Netto-Aufwendungen für Pflegedienstleistungen.

„Das Pflegefondsgesetz beinhaltet die Schaffung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsstatistik und die Regelung der Auszahlung der Mittel auf Basis von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam fixierter, transparenter Kriterien“, so Hundstorfer. Zudem hat eine Arbeitsgruppe zur Strukturreform im Pflegebereich bis Ende 2012 Ergebnisse vorzulegen, die eine Überführung dieser Lösung in den nächsten Finanzausgleich vorschlägt.

„Mit der Dotierung des Pflegefonds wird rasch das Pflegesystem für die nächsten Jahre gesichert. Die Begleitmaßnahmen ermöglichen eine gute Vorbereitung für eine intensivere Diskussion der Pflegefinanzierung im Rahmen des nächsten Finanzausgleiches“, betonte der Sozialminister.

Verwaltungsreform Pflegegeld

„Die Verwaltungsreform wird ernstgenommen“, so Hundstorfer. Derzeit ist das Pflegegeldsystem zersplittert: 85 Prozent der Pflegebedürftigen erhalten das Pflegegeld vom Bund, der es über 23 Träger – den jeweiligen Pensionsversicherungsträger des Betroffenen – abwickelt. 15 Prozent der Pflegebedürftigen erhalten Landespflegegeld, das sich in den neun Ländern auf 280 Träger aufsplittert.

„Statt der Zersplitterung der Kompetenzen und der vergleichsweise hohen administrativen Belastung kleinerer Träger soll eine Kompetenzbereinigung das Pflegegeld beim Bund konzentrieren“, so Hundstorfer. Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des Landespflegegeldes werden vom Bund übernommen. Hierbei erfolgt eine Kostenerstattung durch die Länder und Gemeinden in Höhe des Jahresaufwandes 2010 (ca. 361 Mio. Euro). Diese Regelung gilt bis zum Inkrafttreten des neuen FAG. Über die Weiterführung wird im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Strukturreform beraten. Bund und Länder werden umgehend die Arbeiten zur legistischen und administrativen Umsetzung beginnen und streben die Übertragung mit 1. Jänner 2012 an.

„Die Ziele liegen auf der Hand: Eine Reduktion der Entscheidungsträger, die Vereinheitlichung der Vollziehung, die Beschleunigung der Verfahrensdauer, die Umsetzung von Rechnungshof-Vorschlägen und eine Verwaltungseinsparung bei Ländern und Gemeinden in Vollzug und Legistik", erläutert der Sozialminister abschließend.

Die Oppositionsparteien FPÖ und Grüne sieht dies freilich anders:

Hofer: Pflegefonds ist Placebo - Goldesel gesucht!

Der freiheitliche Vizeparteiobmann Norbert Hofer bezeichnete die Bundesländereinigung beim Pflegefonds als Placebo, weil es den dafür notwendigen Goldesel nicht gebe, der von Bundes- und Länderseite diesen Fonds speisen soll. „Das wird der Bürger über höhere Steuern und Abgaben zu zahlen haben“, kritisierte Hofer.

Erneut forderte Hofer die Bundesregierung auf, die überfällige Gesundheitsreform anzugehen. „Dort verlieren wir durch suboptimale Organisationstrukturen, der Finanzierung aus mehreren Töpfen und durch ein fehlendes, schlüssiges Gesamtspitalskonzept Milliardenbeträge, die uns im Bereich der Langzeitpflege fehlen“, begründete Hofer.

Österreich gebe für Langzeitpflege 1,2 Prozent des BIP aus. Andere Staaten, wie etwa Dänemark, würden mehr als das Doppelte veranschlagen, so Hofer. „Ohne Gesundheits- und Verwaltungsreform ist der Gesundheits- und Sozialstaat gefährdet“, warnte Hofer. „Die Regierung soll abtreten, wenn sie nicht bereit ist diese wichtigen Zukunftsaufgaben, auch gegen den Widerstand und dem Beharrungsvermögen des Systems und lokaler Parteigrößen, die nur bei niedrigem Sonnenstand lange Schatten werfen, zu beschließen“, so Hofer.

Öllinger: Pflegefonds ist Etikettenschwindel

Für eine genaue und detaillierte Bewertung der Einigung zwischen Bund , Ländern und Gemeinden zum Thema Pflegefonds ist es nach Ansicht des Sozialsprechers der Grünen, Karl Öllinger, noch zu früh: „Da sind auch einige Sachen dabei, die wir schon seit langem gefordert haben, etwa die einheitliche Begutachtung und Administration im Pflegegeldverfahren.“

Eine einfache Rechnung, so Öllinger, genüge aber, um den jetzt verkündeten Pflegefonds als Etikettenschwindel bewerten zu müssen: „Der Bund spart beim Pflegegeld bis 2014 rund 580 Millionen Euro durch verschärfte Zugangskriterien ein und gibt davon jetzt geschätzte 457 Millionen Euro an die Länder und Gemeinden mit dem Mascherl Pflegefonds weiter. Das ist keine nachhaltige Finanzierung der Pflege, das ist ein Schwindel“, so Öllinger.

Ein Pflegefonds braucht eine nachhaltige Finanzierung durch zusätzliche Quellen, etwa Anteile aus vermögensbezogenen Steuern, wie sie die Grünen in Form einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer vorgeschlagen haben, erläutert Öllinger. Ein Pflegefonds muß aber auch die Planung des zukünftigen Pflegebedarfs organisieren und für alle Länder einheitliche Qualitätskriterien durchsetzen: „Da ist noch alles offen, da ist noch sehr viel zu tun“, ärgert sich Öllinger, der mit den Mitteln, die jetzt neu etikettiert auftauchen, nicht einmal sieht, wie der Status Quo bis 2014 aufrechterhalten werden kann.

Dem stehen die Stellungnahmen von Gemeindebund, Städtebund, Wirtschaftskammer, ÖGB, AK, Pensionistenverband und Seniorenbund gegenüber, deren Vertreter zwar noch einige Wünsche äußerten, sich aber alles in allem mit der Lösung zufrieden zeigen.

Mödlhammer: Neue Pflegefinanzierung war nationale Kraftanstrengung

„Mit der Einigung über die neue Finanzierung der Pflege zwischen Bund, Ländern

und Gemeinden haben wir einen wichtigen Etappensieg erreicht“, freute sich Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. „Wir haben unermüdlich über fast zehn Jahre Jahre gekämpft, waren lästig, haben Druck gemacht und nun erreicht, daß die Lasten der Pflegefinanzierung künftig einigermaßen fair verteilt sind, unter Beibehaltung der hohen Betreuungsqualität“, so Mödlhammer.

„Es waren bis zuletzt sehr harte Verhandlungen, die wir mit den Bundes- und Ländervertretern geführt haben“, berichtet Mödlhammer. „Nun ist der Pflegefonds aber unter Dach und Fach.“ In den letzten Jahren waren die Gemeinden, bei denen ein großer Teil der Finanzierung liegt, immer mehr unter Druck geraten. „Wir hatten zweistellige Prozent-Zuwachsraten in jedem Jahr nur im Pflege- und Sozialbereich“, erinnerte Mödlhammer. „Diese Last konnten die Gemeinden alleine nicht mehr stemmen, soviel hätten wir nirgendwo einsparen können. Ich schätze und anerkenne sehr, daß Bund und Länder dies nun eingesehen haben und sich künftig an den Pflegekosten stärker beteiligen.“

Für die Gemeinden bleibe freilich die Herausforderung, in den kommenden Jahren ein Nulldefizit zu erwirtschaften, unverändert groß. „Wir sind ja die einzige Gebietskörperschaft, die – mit Ausnahme von 2009 – die Maastricht-Ziele immer auf Punkt und Beistrich erfüllt hat. Nun, da wir mit den finanziellen Herausforderungen der Pflege nicht allein gelassen werden, haben wir auch wieder eine realistische Chance, unsere Maastricht-Verpflichtungen zu erfüllen“, so Mödlhammer. „Wir waren schon bisher die Sparmeister der Nation und haben vor, diesem Ruf auch künftig gerecht zu werden.“

„Die Menschen in Österreich sehen nun nach langer Zeit wieder einmal ein wichtiges Signal, daß in der Regierungsarbeit doch etwas weitergeht“, so Mödlhammer. „Es liegen freilich noch viele Aufgaben vor uns, als nächstes haben wir eine Verwaltungs- und Aufgabenreform anzugehen, auch das betrifft sowohl den Bund, als auch die Länder und Gemeinden.“

Besonderen Dank sprach Mödlhammer den Hauptverhandlern der Bundesregierung, Finanzminister Josef Pröll und Sozialminister Rudolf Hundstorfer sowie dem Vorsitzenden der Landeshauptleute-Konferenz, LH Josef Pühringer, aus. „Der Herr Finanzminister hat die Sorgen und Anliegen der Gemeinden in dieser Frage immer gut verstanden, er hat bewiesen, daß er ein Mann der Tat ist und eine faire Lösung ermöglicht.“ Unter den nun vereinbarten Rahmenbedingungen wird Mödlhammer auch den Stabilitätspakt unterschreiben. Diese Unterschrift hatte der Gemeindebund-Chef immer von einer Einigung bei der künftigen Pflegefinanzierung abhängig gemacht. „Selbstverständlich werden die Gemeinden ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten, das ist gar keine Frage. Ich hoffe nur sehr, daß man nun auch aufhört, sie mit immer neuen Aufgaben zu belasten“, so Mödlhammer abschließend.

Foto: http://www.bilderbox.biz

Bis 2014 werden 685 Millionen Euro in mehreren Etappen für die Pflegefinanzierung bereitgestellt, verteilt auf Bund, Länder und Gemeinden.

Weninger: Einigung beim Pflegefonds wichtiger Schritt

„Die Einigung über die Errichtung eines Pflegefonds ist Meilenstein für die Absicherung des Pflegesystems und ein erster, wichtiger Schritt, um Österreichs Städte und Gemeinden bei den Ausgaben im Sozialbereich zu entlasten“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Eine erste österreichweite Statistik soll Auskunft über Pflegdienstleistungen bringen, die Mittel sollen nach einheitlich gültigen Regeln ausbezahlt werden.

Die Ausgaben für Pflege waren zuletzt eine der größten Kostenfallen für Österreichs Städte und Gemeinden: Seit 2004 sind die Ausgaben von Städten und Gemeinden für Soziales durchschnittlich um 30 Prozent regelrecht explodiert. Städte und Gemeinden finanzieren über das Landespflegegeld und insbesondere über die Sozialhilfe fast die Hälfte der Pflegeleistungen in Österreich.

Die Kostenaufteilung des Pflegefonds sei grundsätzlich „realistisch und fair“, so Weninger. Wichtige Details seien aber zu klären: „Das Geld muß auch in die Sicherung von bereits erreichten Standards fließen können“, so Weninger, „sonst würden jene Städte und Gemeinden bestraft, die die Pflege bereits vorbildlich ausgebaut haben“. Er

begrüßte die Harmonisierung bei der Administration – das Landespflegegeld soll künftig zentral durch den Bund verwaltet werden. Allerdings: „Trotz gemeinsamer Standards muß es künftig auch möglich sein, flexibel auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Bevölkerung zu reagieren, zum Beispiel stärker auf mobile Dienste zu setzen, wenn dies nachgefragt wird. Diese Steuerungsautonomie muß gewährleistet sein“, so Weninger.

Gleichzeitig mit dem Pflegefonds wurde heute auch eine Punktation über einen neuen Stabilitätspakt beschlossen. Demnach verpflichten sich Städte und Gemeinden zu „ausgeglichenen Haushaltsergebnissen“. Gleichzeitig wurden die Defizitobergrenzen des Bundes und der Länder für 2011 deutlich hinaufgesetzt: Der Bund auf -2,6 Prozent (zuletzt -0,14 Prozent), die Länder auf -0,75 Prozent (zuletzt +0,52 Prozent). "Das Signal, daß die Kommunen weiterhin ein Nulldefizit erreichen müssen, während sich Bund und Länder Ausnahmen genehmigen, ist fatal“, so Weninger. „Städte und Gemeinden werden es trotz sehr sparsamer Haushaltsführung wohl kaum schaffen, durch Erleichterungen bei der Pflege alle gesamtstaatlichen strukturellen Mängel auszugleichen, die zu der schwierigen Finanzsituation geführt haben“. Die neuen Haftungsobergrenzen bezeichnete Weninger als „gute Idee“, es müsse aber gewährleistet sein, daß bei den landesgesetzlichen Regelungen Städte und Gemeinden eingebunden werden. Er warnte auch vor einer „unübersichtlichen Datenflut“ bei der neuen Informationsverpflichtung: „Es kann nicht sein, daß statt Transparenz sinnlos Daten eingefordert werden, die außer einem Mehr an Verwaltung nichts bringen“. Und weiter: „Transparenz der Daten ist eine Seite, wichtiger wäre, Mitentscheidung dort, wo mitgezahlt wird“.

Und abschließend: „Der Pflegefonds kann nur ein erster Schritt sein“, so Weninger. „Mittelfristig brauchen wir dringend Strukturreformen in Österreich, um die Finanzsituation von Städten und Gemeinden auf stabile Beine zu stellen“. Er forderte eine umfassende Aufgabenreform, eine Entflechtung der Transferzahlungen und eine Absicherung und Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben.

Kronberger: Erste Schritte in die richtige Richtung

„Die Finanzvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in bezug auf die Pflegefinanzierung und den Stabilitätspakt bis 2014 sichert die Erbringung von Pflegeleistungen und ist ein erster Schritt zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen. Insbesondere die Finanzen der Gemeinden, sie sind der größte öffentliche Investor, werden durch die nun erzielte Lösung durch zusätzliche Bundesmittel deutlich entlastet, nachdem immer mehr Gemeinden in den vergangenen Monaten in die roten Zahlen gerutscht waren. Ihre finanzielle Gesundung ist im größten Interesse der lokalen Wirtschaft.“ Ralf Kronberger, Leiter der Finanzpolitischen Abteilung der WKÖ, sieht in der nun erfolgten Einigung nicht nur eine Absicherung des öffentlichen Pflegesystems, sondern auch die Verpflichtung zu sinnvollen und realistischen Defizitzielen: „Nach dem Sparpaket des Bundes war es wichtig, daß sich auch die Länder an den Sparbemühungen in Österreich beteiligen und ihre Haushalts-Defizite eindämmen.“ Für wichtig hält Kronberger auch die von Finanzminister Josef Pröll mit den anderen Gebietskörperschaften vereinbarte Überprüfung der Länderbudgets durch den Rechnungshof und eine Sanktionierung bei Überschreitung der ausgehandelten Ziele.

Auch wenn nun als wichtigstes Ziel vereinbart sei, daß Österreich 2012 das gesamtstaatliche Defizit wieder auf die EU-Vorgabe von unter drei Prozent zurückführen will, so habe unser Land aber noch große finanzielle Brocken zu bewältigen, warnt Kronberger. Wenn die ausgelagerten Defizite etwa von Bahn und Spitälern in die öffentliche Verschuldung von der EU eingerechnet werden, steigt der staatliche Schuldenstand mit einem Schlag von 70 auf über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das EU-weit vorgegebene Ziel betrage aber 60 Prozent. Und nicht zuletzt würden möglicherweise in den kommenden Jahren mit den steigenden Zinsen auch die Zinszahlungen für die bereits angehäuften Staatsschulden um Milliarden Euro ansteigen. Kronberger: "Nach dem wichtigen ersten Schritt eines neuen Stabilitätspaktes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir jetzt dringend Systemreformen bei Verwaltung, Pensions- und Gesundheitssystem angehen, sonst werden wir den Sanierungskurs nicht halten und die Staatsschulden nicht reduzieren können."

Achitz: Pflegefonds wichtiger Schritt zur Sozialmilliarde

„Die Einigung auf den Pflegefonds ist ein wichtiger Schritt zur Sozialmilliarde, die der ÖGB vehement eingefordert hat. Die Dotierung von derzeit 700 Millionen Euro muß aber perspektivisch an die steigenden Bedürfnisse angepaßt werden. Bei der konkreten Umsetzung muß das Prinzip Sachleistungen vor Geldleistungen umgesetzt werden. Mit dem Pflegefonds müssen die Defizite bei Pflege und Betreuung beseitigt werden. Ganz wesentlich ist für den ÖGB aber, daß damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden“, sagte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Nun muß im gesamten Pflegesystem verstärkt von Geldleistungen auf Sachleistungen umgeschichtet werden, um die Angehörigen zu entlasten, vor allem die Frauen, bei denen 80 Prozent der innerfamiliären Pflegearbeit hängenbleibt. Der ÖGB fordert bessere Ausbildung und adäquate Bezahlung der Menschen, die im Pflegebereich arbeiten. „Nur wenn die Arbeitsbedingungen passen, wird sich das Problem des Personalmangels in Pflege und Betreuung lösen lassen“, so Achitz.

Tumpel: Pflegefonds gute Nachricht für alle"

„Die Einigung über die Finanzierung eines Pflegefonds ist eine gute Nachricht für die Betroffenen“, erklärt AK Präsident Herbert Tumpel „und ein wichtiger sozialpolitischer Erfolg“. Die Absicherung des Pflegesystems, mehr Transparenz, Verwaltungsvereinfachung, einheitliche Kriterien und Klärung der Kompetenzen sind Verbesserungen für Bund, Länder und Gemeinden. „Daher ist die Einigung ein sozialpolitischer Erfolg für alle“, sagt Tumpel. Jetzt muß als nächstes die Strukturreform des Pflegesystems angegangen werden.

Tumpel fordert, daß statt Geldleistungen verstärkt auf Sachleistungen umgestellt wird. Damit werden vor allem die Belastungen für die pflegenden Angehörigen – in der Mehrzahl Frauen – gemindert. Der Pflegebereich bietet auch die Möglichkeit für mehr Arbeitsplätze. Tumpel: „Diese müssen attraktiv sein. Gute Ausbildung, gute Bezahlung und ein gut organisiertes Arbeitsumfeld sind dafür unerlässlich.“

Blecha: Meilenstein, um den uns die ganze Welt beneidet

Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha bezeichnete die Einigung als „Durchbruch“ und „großen sozialpolitischen Erfolg“. „Nach der Schaffung des Pflegegeldes ist der Pflegefonds ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein, um den uns die ganze Welt beneidet.“ Auch die Bündelung der Landespflegegelder beim Bund ist für Ble-

cha ein „richtiger und wichtiger Schritt". „Dazu ist Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu danken und zu gratulieren", so Blecha.

Khol: Pröll sorgt für sichere Finanzierung der Pflege bis 2014

„Mit der heutigen Einigung … wurden die Seniorenbund-Forderungen (die auch die Forderungen des überparteilichen Seniorenrates waren) zum Teil erfüllt: Finanzierung aus Steuermitteln und endlich nicht mehr die unnötigen 280 für das Pflegegeld zuständigen Stellen – das ist ein erfolgreicher Schritt nach vorne. Allerdings sollte ein Teil jener Ersparnisse, die die Arbeitsgruppe zur Pflegestrukturreform bis Ende 2012 vorlegen wird, unbedingt für die Rücknahme der zuletzt erfolgten Änderungen bei der Pflegegeldeinstufung (jeweils 10 Std. Mehrerfordernis bei den Stufen 1 und 2) eingesetzt werden", erklärt Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes und Präsident des Österreichischen Seniorenrates.

Die Regierung scheint damit den Reformstau anzupacken und auch den Ländern ist unter der Vorsitzführung von Landeshauptmann Josef Pühringer dafür zu danken, daß sie über ihren Schatten gesprungen sind, als sie die Verwaltung der Landespflegegelder ebenso wie die entsprechende Gesetzgebungskompetenz dem Bund übertrugen", so Khol weiter.

„Die angekündigte Arbeitsgruppe zur Strukturreform im Pflegebereich sollte nun möglichst rasch und unter Einbindung aller System-Partner einberufen werden. Denn wenn wir bis Ende 2012 ein für die Pflegebedürftigen gutes und zugleich nachhaltig finanzierbares neues Pflegesystem auf die Beine stellen müssen, so müssen wir die Arbeit umgehend aufnehmen. Denn die zu klärenden Fragen sind zahlreich", ruft Khol zu umgehender konstruktiver Zusammenarbeit auf, wobei er die diesbezüglichen Senioren-Positionen neuerlich bekräftigt: „Pflege muß endlich aus der Sozialhilfelogik heraus und muß Teil der solidarischen Gesundheitsversorgung werden. Pflegegeld muss jährlich valorisiert werden und Pflege muß unabhängig von Wohnort, Familienstand oder Vermögen allen in Österreich im selben sicheren Umfang zur Verfügung stehen!"

Positiv bewertet Khol abschließend auch die Tatsache, daß man sich auch bezüglich des Stabilitätspaktes geeinigt habe. „Wir haben trotz des Sparpaketes vom Vorjahr noch immer große finanzielle Brocken vor uns. Ohne die konsequente Mitarbeit der Länder wird das nicht zu schaffen sein!" ■

Punktation zum neuen Stabilitätspakt

Folgende Eckpunkte wurden fixiert: Die Stabilitätsbeiträge des Bundes betragen für das Jahr 2011 max. 2,6 % des BIP, für das Jahr 2012 max. 2,38 % des BIP, für das Jahr 2013 max. 1,9 % des BIP und für das Jahr 2014 max. 1,6 % des BIP.

Der Stabilitätsbeiträge der Länder betragen für das Jahr 2011 0,75 % des BIP, für das Jahr 2012 0,6 % des BIP und für die Jahre 2013 und 2014 jeweils 0,5 % des BIP.

Der Stabilitätsbeiträge der Gemeinden bestehen in ausgeglichenen Haushaltsergebnissen landesweise. Dieses Ergebnis steht in direktem Zusammenhang mit der Vereinbarung zum Pflege-Gesamtpaket („Sicherung der Pflegefinanzierung & Verwaltungsreform Pflegegeld").

Damit wird gemeinsam gesichert, daß das Ziel des gesamtstaatlichen Konsolidierungspfades erreicht wird.

Diese Stabilitätsbeiträge werden durch einen neu gestalteten Sanktionsmechanismus abgesichert, wobei der Statistik Austria und dem Rechnungshof eine wichtige Rolle zukommt.

Die Stellung des Schlichtungsgremiums, das über eine allfällige Sanktion entscheidet, wird gestärkt.

Zur Verbesserung der Haushaltskoordination wird die gegenseitige Information verstärkt, die Aufgaben des Österreichischen Koordinationskomitees werden erweitert.

Die verstärkte gegenseitige Information über die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung wird im neuen Stabilitätspakt klar definiert.

Gänzlich neu geregelt wird das Thema Haftungsobergrenzen für die Gebietskörperschaften, wobei der Bund für sich, die Länder für sich und ihre Gemeinden rechtlich verbindliche Haftungsobergrenzen festlegen. Durch diese Haftungsregelungen wird auch eine neue Transparenz geschaffen.

Bei einer Änderung der Vorgaben der EU werden die Vertragspartner unverzüglich Gespräche über eine Anpassung des Stabilitätspaktes führen.

Zur Stärkung der Transparenz über die Haushaltsergebnisse der Gebietskörperschaften werden wesentliche Informationen im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt auf der Homepage des BMF veröffentlicht.

Sicherung der Pflegefinanzierung & Verwaltungsreform Pflegegeld

a. Einrichtung eines Pflegefonds

Bund und Länder kamen am 16. März 2011 überein, daß Länder, Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der zu erwartenden Pflegedienstleistungen zusätzlich unterstützt werden. Zu diesem Zweck soll ein Pflegefonds dotiert werden.

Nach FAG-Schlüssel beteiligen sich der Bund zu 2/3, Länder und Gemeinden zu 1/3.

Die Gesamthöhe beträgt für 2011-2014 Euro 685 Millionen, und zwar für das Jahr 2011 Euro 100 Millionen, für das Jahr 2012 Euro 150 Millionen, für das Jahr 2013 Euro 200 Millionen und für das Jahr 2014 Euro 235 Millionen.

Die Mittel dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden. Die Ausschüttung dieser Gelder wird in einem Bundesgesetz auf Basis des § 12 Abs 2 F-VG (Pflegefondsgesetz) geregelt.

Dieses beinhaltet die Schaffung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsstatistik und die Regelung der Auszahlung der Mittel auf Basis von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam fixierter, transparenter Kriterien.

Die Mittelaufteilung auf die Bundesländer erfolgt nach dem im jeweiligen Jahr geltenden Bevölkerungsschlüssel. Die Aufteilung im Innenverhältnis zwischen Land und Gemeinden erfolgt nach tatsächlichen und nachgewiesenen Netto-Aufwendungen für Pflegedienstleistungen.

Eine Arbeitsgruppe zur Strukturreform im Pflegebereich hat bis Ende 2012 Ergebnisse vorzulegen, die eine Überführung dieser Lösung in den nächsten Finanzausgleich vorschlägt.

b. Verwaltungsreform Landespflegegeld

Bund und Länder streben eine Verwaltungsreform im Bereich des Pflegegeldes an. Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des Landespflegegeldes werden vom Bund übernommen. Hierbei erfolgt eine Kostenerstattung durch die Länder und Gemeinden in Höhe des Jahresaufwandes 2010 (ca. 361 Mio Euro). Diese Regelung gilt jedenfalls bis zum Inkrafttreten des neuen FAG (betragsmässig eingefroren auf 2010). Über die Weiterführung wird im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Strukturreform beraten.

Bund und Länder werden umgehend die Arbeiten zur legistischen und administrativen Umsetzung beginnen und streben die Übertragung mit 1. Jänner 2012 an.

c. Dieses Gesamtpaket ist an die Einigung über den neuen Stabilitätspakt gekoppelt.

Innenpolitik

150 Jahre frei gewählter Oö. Landtag

Seit 150 Jahren wird Oberösterreich von gewählten Vertretern regiert. Mit dem »Februarpatent« von 1861 erhielt Oberösterreich das Recht, seinen Landtag selbst zu wählen.

Auf den hohen Stellenwert des Föderalismus bei der Entwicklung des Landes Oberösterreich wies Landeshauptmann Josef Pühringer am 24. März im Rahmen des Festakts „150 Jahre gewählter Oö. Landtag“ hin. „Vor allem wirtschaftlich hat uns der Föderalismus gut getan. Die Länder haben durch ihre eigene Regionalpolitik und durch den Wettbewerb untereinander dafür gesorgt, daß strukturell benachteiligte Gebiete lebenswert geblieben sind. Wäre Österreich ein zentralistischer Staat, hätte Wien heute wahrscheinlich drei Millionen Einwohner und Regionen wie das Mühlviertel wären entvölkert. Das ist nicht passiert, weil die Länder jene Potentiale genutzt haben, die uns ein föderativ strukturierter Bundesstaat gegeben hat.“

Der Auftakt für diese Entwicklung war das „Februar-Patent“ des Jahres 1861, das erste föderale Elemente enthielt. Dazu gehörte auch ein erstmals gewählter Landtag.

Landtagspräsident Friedrich Bernhofer wies auf die hohe Akzeptanz föderalistischer Strukturen bei den Bürgerinnen und Bürgern hin. In einer Umfrage traten 64 Prozent der Befragten dafür ein, daß die Länder ihre Probleme selber regeln. Nur zwölf Prozent sind dafür, daß Problemlösungen zum Bund verlagert werden. „Mit Föderalismus verbinden die Befragten die Begriffe Vielfältigkeit, Buntheit, sinnvolle Verteilung der Aufgaben, Wettbewerb der besseren Ideen, bürgernahe Entscheidungen, Bürger-Mitgestaltung und Gegengewicht zur Bundesebene“, so Pühringer.

Foto: Land OÖ/Stinglmayr

Altbischof Maximilian Aichern, Landtagspräsident Friedrich Bernhofer und Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck (v.l.)

Foto: Oö. Landesarchiv, Panzerschrank, Pa2/VI/93

Das Februarpatent vom 28.2.1861

Landesverfassung im Wandel der Zeit

Seit dem 17. Jahrhundert sank die Macht der Landstände und der Landtage. Erst mit der Landes-Ordnung (Landesverfassung) 1861 wurden die Rechte des Landtags und seiner Vollzugsorgane erneuert und bedeutend verstärkt. Der Landtag übte nun gemeinsam mit dem Kaiser die Gesetzgebung des Landes aus. Zugleich war er oberstes Organ der Landesselbstverwaltung, die von den Mitgliedern des Landesausschusses geleitet wurde.

Im Landtag und im Landesausschuß hatte der vom Kaiser aus der Mitte des Landtages ernannte Landeshauptmann den Vorsitz. Als sich die österreichisch-ungarische Monarchie 1918 auflöste, übernahm der Landeshauptmann vom kaiserlichen Statthalter die Vollziehung der staatlichen Verwaltung. Am 18. März 1919 beschloß die provisorische Landesversammlung das Gesetz über die Gründzüge der Landesvertretung. Diese Landesverfassung behielt den Landtag als Landesparlament bei. Als vollziehendes Organ wurde die Landesregierung mit dem vom Landtag gewählten Landeshauptmann an der Spitze eingerichtet. ■

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/

Internationaler Frauentag

100 Jahre Kampf um Gleichberechtigung

NR-Präsidentin Prammer lädt anläßlich des Frauentags ins Parlament

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott

100. Internationaler Frauentag im Sitzungssaal des Reichsrats: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am Rednerpult

Das 100. Jubiläum der Ausrufung des Internationalen Frauentags gibt Anlaß, das Thema Gleichberechtigung einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Eine Gelegenheit dazu bot sich am Nachmittag des 4. März im Parlament: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lud in Kooperation mit den Plattformen „Frau in der Wirtschaft" (WKÖ), „Frauennetzwerk Medien" und „Österreichischer Frauenring" zu einem vielfältigen Programm, das wesentliche frauenpolitische Themen aufgriff, ins Hohe Haus.

Prammer: Der Frauentag ist keineswegs überholt

Prammer erinnerte daran, daß vor ziemlich genau 100 Jahren im Sitzungssaal des Reichsrats 516 Männer Platz genommen hatten. Daß anläßlich der Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag fast ausschließlich Frauen in ebendiesem Raum zugegen seien, wertete sie als positives Signal. Zwar habe man in den letzten 100 Jahren sehr viel bewegt, doch gelte es auch weiterhin für Chancengleichheit einzutreten, hielt Prammer fest, die in diesem Zusammenhang an den langen Kampf der ÖsterreicherInnen um das Wahlrecht erinnerte.

Diesen Tag zu begehen wäre auch nicht überholt, stellte die Nationalratspräsidentin fest: Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen man frauenpolitisch immer noch stehe, biete er im Gegenteil Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung. Es sei deshalb erfreulich, daß man die heutige Veranstaltung in Kooperation mit Frauennetzwerken und -organisationen ausrichten könne. Sie leisteten ihren Beitrag dazu, daß man das wichtige Ziel dieses Frauentages, „das bunte Leben und Sein" von Frauen in Österreich widerzuspiegeln, auch erreiche.

Heinisch-Hosek: Gesetzlicher Mindestlohn von 1.300 € für alle

Frauenministern Gabriele Heinisch-Hosek meinte im Rückblick auf zahlreiche Errungenschaften vor allem der letzten 30 bis 40 Jahre, heute scheine auf dem Papier, in den Gesetzen und vielleicht sogar in den Köpfen die Gleichberechtigung von Mann und Frau fest verankert zu sein, trotzdem wäre bei weitem noch nicht alles erreicht. So gebe es nach wie vor keinerlei Gleichstellung im Arbeitsleben und bei der Familienarbeit, Frauen würden überdies überproportional in schlecht bezahlten Bereichen arbeiten.

Frauenpolitisch bewege sich einiges, stellte die Ministerin fest, nun gelte es, dem Engagement auch zum Durchbruch zu verhelfen. Als Erfolg verbuchte Heinisch-Hosek die gesetzliche Verankerung der Einkommenstransparenz und betonte, BetriebsrätInnen würden nun ein wirksames Instrument in die Hand bekommen, um gegen ungerechtfertigte unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen vorzugehen.

Zwei Projekte harrten hingegen noch einer Erledigung, der Ball sei, wie es die Ministerin ausdrückte, sozusagen noch „in

der Luft“. Was das Thema Frauen in Führungspositionen anbelangt, sprach sich Heinisch-Hosek für eine Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten staatsnaher Unternehmen aus und setzte im übrigen zunächst auf eine freiwillige Selbstverpflichtung. Handlungsbedarf sah die Ministerin ferner bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wobei sie vor allem auf mehr Kinderbetreuungseinrichtungen in den Bundesländern drängte. Niemandem solle ein Lebensentwurf vorgeschrieben werden, jeder und insbesondere jede solle aber die Möglichkeit haben, das Leben so zu gestalten, wie er bzw. sie es will – und dies unter menschenwürdigen Bedingungen und mit einem Einkommen, von dem man auch leben kann, faßte die Frauenministerin die Leitlinien ihrer Politik zusammen und schloß mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 1.300 Euro.

Hammerl: Was wollen die Frauen?

Die Journalistin und Autorin Elfriede Hammerl leitete ihre Festansprache zum 100. Frauentag mit der so oft mystifizierten Frage ein, was Frauen eigentlich wollen. „Männer wollen die Macht über die Welt, Frauen aber die Macht über die Männer“, zitierte Hammerl und problematisierte in diesem Zusammenhang sogleich alle historischen Frauenbilder, etwa das der erotischen Verführerin, wie sie im Film auf unterschiedliche Weise von Greta Garbo, Marlene Dietrich und Madonna verkörpert werden, oder der Mütter, die ihre Söhne beherrschten – falsche Selbstbilder, die viele Frauen in Abhängigkeit führen, wie Hammerl darstellte.

Was Frauen wirklich wollen, sei jenseits aller Mythen ein erfülltes Leben ohne geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen, gerechte Bezahlung und natürlich auch Lust und Leidenschaft, aber ohne den Preis der Unterordnung. Frauen pochen auf ihre Rechte, sie wollen ihren materiellen Bedürfnisse erfüllen und selbst entscheiden, mit wem sie wie leben und welchen Sinn sie ihrem Leben geben. Frauen wissen, was sie wollen, daher wollen sie mitentscheiden in Kunst, Politik, Wirtschaft und Kultur.

Warum aber ist es so schwer durchzusetzen, was Frauen wollen, fragte Hammerl weiter. Die Rednerin analysierte viele hartnäckig weiterbestehende Rechtfertigungsmuster für die Aufrechterhaltung weiblicher Unterordnung. Männliche Gewalt in Beziehungen werde nach wie vor als etwas betrachtet, das von außen über sie hereinbreche und für das niemand etwas könne. Männer würden gewalttätig, weil sie angeblich weibliche Zurückweisung nicht verkraften könnten, weil sie im Banne weiblicher Anziehung stünden. An anderen Stellen werden Männer als Opfer einer schwierigen Beziehung zu ihrer Mutter entschuldigt. Wo früher biologisch argumentiert wurde, um die Benachteiligung von Frauen zu rechtfertigen, spricht man heute von fehlenden Qualifikationen und leitet daraus Argumente gegen Quotenregelungen ab. Und immer wieder werden Frauen dafür verantwortlich gemacht, wenn Kinder nicht ordentlich lesen können und die Großeltern nicht gut genug versorgt werden, kritisierte Hammerl.

Ihr Appell an die Frauen lautete, mit Solidarität um ihre Rechte zu kämpfen, was bedeute, Diskriminierung nicht erst dann wahrzunehmen, wenn man selbst davon

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott

Erste Reihe v.li. Doris Bures - Verkehrsministerin, Gabriele Heinisch-Hosek - Frauenministerin, Barbara Prammer - Nationalratspräsidentin, Dorothea Schittenhelm - Nationalratsabgeordnete, Giseal Wurm - Nationalratsabgeordnete und Anna Elisabeth Haselbach - Bundesrätin A.D.. Zweite Reihe v.li. Gertrude Aubauer - Nationalratsabgeordnete, Judith Schwentner - Nationalratsabgeordnete, Inge Jäger, Petra Bayr - Nationalratsabgeordnete, Elisabeth Hlavac - Parlamentsdirektion, Eva Glawischnig-Piesczek - Klubobfrau.

Internationaler Frauentag

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott

NR-Präsidentin Barbara Prammer (.) und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

betroffen sei. Denn Frauen werden je nach sozialer Schicht unterschiedlich diskriminiert. Frauen der Oberschicht waren nie auf Kinder und Küche reduziert, erinnerte die Autorin, und die „Versorgungsehe" sei für proletarische Frauen, die an den Arbeitsplätzen oft stärker ausgebeutet werden als Männer, immer nur ein Gerücht gewesen.

Hammerl erinnerte daran, was durch Solidarität alles durchgesetzt werden konnte, und nannte als Beispiel die Familienrechtsreform der 70er-Jahre, die den Müttern erst das Recht gebracht habe, gleichberechtigt mit den Vätern ihrer Kinder Entscheidungen über deren Ausbildung zu treffen. An dieser Stelle warnte Hammerl angesichts der aktuellen Debatte über die „gemeinsame Obsorge" davor, das „Patriarchat durch die Hintertür" wieder einzuführen, indem man Vätern, die am Alltag ihrer Kinder nicht teilnehmen, ein Entscheidungsrecht in wichtigen Erziehungsfragen einräumt.

Nein, wir können uns noch lange nicht zurücklehnen, resümierte Elfriede Hammerl das Ergebnis nach 100 Jahren Kampf um die Frauenrechte. Frauenrechte sind Menschenrechte, sie sind unteilbar und durch nichts zu relativieren, hielt sie fest. Es gehe daher nicht an, den Klimaschutz über Frauenrechte zu stellen oder zu versuchen, die Unterdrückung von Frauen mit kulturellen Traditionen zu rechtfertigen. Verdächtig ist es laut Hammerl auch, wenn Frauen permanent an ihre Stärken, an ihre emotionalen Kräfte, ihre Geduld, ihre soziale Intelligenz oder etwa an ihre besondere Teamfähigkeit erinnert werden.

Denn eigentlich wollen die Frauen keine besonderen Menschen sein, schloß Hammerl und beantwortete damit die eingangs gestellte Frage. Frauen wollen einfach nur Menschen mit normalen Stärken und Schwächen sein – sie wollen aber nicht benachteiligt werden.

Open Space für frauenspezifische Fragestellungen

Im Anschluß an eine von der österreichischen Autorin und Rapperin Mieze Medusa gestaltete, gesellschaftskritische Slam Poetry-Einlage bestand für die VeranstaltungsteilnehmerInnen die Möglichkeit zur Beteiligung an einer der insgesamt fünf Großgruppendiskussionen, die in Ausschußlokalen, Empfangssalon und Abgeordneten-Sprechzimmer stattfanden. Diese befaßten sich mit den Themenkomplexen „Frauen und Politik", „Frauen und Wirtschaft", „Frauen und Sport", „Frauen im öffentlichen Raum" sowie „Frauen und Musik".

Im Budgetsaal diskutierten die Frauensprecherinnen der fünf Parlamentsfraktionen Gisela Wurm (SPÖ), Dorothea Schittenhelm (ÖVP), Carmen Gartelgruber (FPÖ), Judith Schwentner (Grüne) und Martina Schenk (BZÖ) mit ExpertInnen über aktuelle Herausforderungen für Frauen in der Politik. Dabei beschäftigte man sich unter anderem mit der Frage nach geeigneten Förderinstrumenten für Jungpolitikerinnen.

Im Abgeordneten-Sprechzimmer präsentierte sich das neue Vorstandsteam des Netzwerks „Frau in der Wirtschaft Wien" der Wirtschaftskammer Österreich. Kurze Inputs vom Podium gaben dabei Impulse für den persönlichen Austausch mit den VeranstaltungsteilnehmerInnen im Rahmen von Themeninseln.

Eine hochkarätig besetzte Diskussionsrunde, zu der u. a. die ehemalige Spitzensportlerin Mirna Jukiæ und Paralympics-Goldmedaillengewinnerin Andrea Scherney zählten, diskutierte im Ausschusslokal VIII über „Frauen im Sport". Im Zentrum des Gesprächs, das von Seiten des Frauennetzwerks Medien organisiert und von Veronika Stampfl-Slupetzky (ORF) moderiert wurde, standen Geschlechterrollen im Leistungssport.

Im Empfangssalon des Hohen Hauses erwartete die BesucherInnen eine vom Österreichischen Frauenring präsentierte und mit „Traum(a) in Rosa – or: Punschkrapfen for Presidency" betitelte Performance des KünstlerInnen-Kollektivs Rosidant. Vorführung und anschließender Speakers Corner sollten das Publikum dazu animieren, auf eine immer absurder werdende Spurensuche zwischen großmütterlichen Ratschlägen, Zitaten aus Zeitschriften, feministischen Slogans und „Urfrautheorien" zu gehen.

Unter dem Titel „Frauen und Musik by femous" sprach Susanne Rogenhofer (aka Dj Sweet Susie) im Ausschusslokal III mit Mitgliedern des Brunnhilde Djn Kollektivs der Brunnenpassage und Frauen aus Kultur, Politik und Wirtschaft über ihre Lieblingsmusik. Die BesucherInnen konnten hier nicht nur die Kunst des Djing erleben, sondern auch selbst aktiv werden.

An der Veranstaltung nahmen neben Nationalratspräsidentin Prammer und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek auch die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, Doris Bures, die Grüne Klubobfrau Eva Glawischnig-Piesczek, die ehemalige Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach und die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger teil. Unter den Gästen befanden sich außerdem auch ehemalige Regierungsmitglieder, darunter Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales a.D., Eleonora Hostasch, und Bundesministerin für Jugend, Umwelt und Familie a.D., Marilies Flemming. Für die Moderation zeichnete Stefanie Vasold verantwortlich. ■

Internationaler Frauentag

100 Jahre Frauentag

Am 8. März 2011 jährte sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Und auch wenn die wichtigste Forderung der Begründerinnen dieses Tages – die nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen – in Österreich seit Ausrufung der Ersten Republik 1918 erfüllt ist, so gilt dies längst nicht für alle Formen der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Feststeht: In den letzten 100 Jahren ist viel für Frauen passiert – aber es gibt noch viel zu tun.

Der erste Internationale Frauentag fand im März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Mehr als eine Million Frauen beteiligten sich, in Österreich alleine fanden über 300 Veranstaltungen statt. Mehr als 20.000 Frauen und Männer demonstrierten auf der Wiener Ringstraße für die Einführung des Frauenwahlrechts, für bessere Arbeitsbedingungen für Frauen, gleiche Löhne und einen besseren Mutter- und Kindesschutz.

Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht wurde mit der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 erfüllt. Mißstände und Ungleichheit in anderen Lebensbereichen, etwa bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, wurden in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg weiterhin am Internationalen Frauentag angeprangert, der Tag selbst fester Bestandteil im politischen Jahreszyklus.

Foto: Kreisky-Archiv

Wahlrechtsdemonstration der SDAP (sozialdemokratische Arbeiterpartei) in Ottakring 1913

Ein Tag und seine Geschichte

Mit Ausrufung des autoritären Ständestaates im Mai 1934 erfuhr die Tradition des Internationalen Frauentags ein jähes Ende. Öffentliches Feiern und das Fordern von mehr Frauenrechten wurde untersagt, eine Entwicklung, die im Nationalsozialismus ihre Fortsetzung fand. Der Frauentag war von 1938 bis 1945 verboten und wurde durch den Muttertag ersetzt.

Nach 1945 wurde die Tradition des Internationalen Frauentages wieder aufgenommen, 1947 fand erstmals wieder eine Großkundgebung auf der Wiener Ringstraße statt. Doch auch in der Nachkriegszeit wurde noch erwogen, Frauentag und Muttertag zusammenzulegen – ein Zeichen dafür, wie stark das Bild der Frau nach wie vor mit ihrer Rolle als Mutter verknüpft war. Erst in den 1970er Jahren erlangte der Internationale Frauentag wieder verstärkt Bedeutung, die Vereinten Nationen machten im Jahr 1977 den 8. März nun auch „offiziell" zum „Tag für Frauenrechte und internationalen Frieden".

Auch in Österreich waren es die 1970er Jahre, die einige wesentliche Verbesserungen der rechtlichen Situation von Frauen brachten. Im Zuge der Familienrechtsreform 1975 wurde der Gleichberechtigungsgrundsatz im Ehegesetz verankert, der beiden Ehepartnern gleiche Rechte und Pflichten zuschreibt. Auch die „einvernehmliche Gestaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft" sah das neue Familienrecht vor, genauso wie das „Recht auf eigene Persönlichkeitsentwicklung und Berufstatigkeit" der Frau. Ebenfalls 1975 wurde der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen entkriminalisiert (die sog. „Fristenlösung") und Initiativen zur Aufklärung und Empfängnisverhütung gesetzt.

Foto: Foto: SPW

Plakat aus dem Jahr 1928

1979 wurde mit Johanna Dohnal erstmals ein „Staatssekretär (sic!) für Frauenfragen" ernannt und im selben Jahr das Gleichstellungsgesetz verabschiedet, das Diskriminierung in der Privatwirtschaft aufgrund des Geschlechts verbietet. 1984 startete Dohnal die Initiative „Töchter können mehr – Berufsplanung ist Lebensplanung", um Mädchen für technische Berufe zu interessieren und ihnen so den Zugang zu besser bezahlten, bislang „typisch männlichen" Positionen zu ermöglichen. Seit 1989 ist die Elternkarenz für Väter möglich, ein Jahr später wurde die Frauenförderung im Gleichbehandlungsgesetz verankert.

Und heute?

All jene Reformen der 1970er und 1980er Jahren erfüllen viele der Forderungen, die von den Protagonistinnen Internationaler Frauentage in der ersten Hälfte des 20. Jahr-

Internationaler Frauentag

hunderts gestellt wurden. Und obwohl auch die Maßnahmen der 1990er Jahre bzw. im letzten Jahrzehnt – Stichwort Kampagnen für die Erhöhung der Anzahl von Mädchen in technischen Berufen, Quotenregelung im öffentlichen Dienst, einkommensabhängiges Kindergeld – ganz wesentliche „Milestones" waren, so gibt es noch einiges zu tun.

Der Internationale Frauentag sollte daher – wie schon 1911 – unser Augenmerk auf jene Bereiche lenken, in denen die Gleichheit zwischen Männern und Frauen noch nicht Wirklichkeit ist. Auf jene Faktoren zum Beispiel, die Ungleichheit im Erwerbsleben hervorbringen und perpetuieren; die es Frauen schwer bis unmöglich machen, Familie und Beruf zu vereinbaren; und auf all jene Bereiche, in denen Frauen eben noch kein selbstbestimmtes, freies und unabhängiges Leben führen können. Denn dafür steht der Frauentag – 1911 genauso wie 2011.

Quelle: ***http://www.100jahrefrauentag.at*** ■

Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Am 1. März 2011 lud Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek anläßlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentags zu einer Festveranstaltung unter dem Motto »Wir kommen so weit wir gehen« ins EMS-Depot in Wien. Im Bild (v.l.) die Gastgeberin mit Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin Margit.

Geschichtlicher Kurzabriß

27. August 1910: Die über 100 Delegierten der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz beschließen auf Initiative der Deutschen Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentags.

19. März 1911: Erster Internationaler Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA.

1912: Frauen aus Frankreich, Schweden und den Niederlanden feiern erstmals den Frauentag.

1913: Frauen in Russland schließen sich der Idee an und begehen ebenfalls den Frauentag.

8. März 1917: Textilarbeiterinnen demonstrieren in St. Petersburg; immer mehr Menschen schließen sich an, die Unruhen münden in der „Februarrevolution", die das Ende des Zarentums in Rußland bedeutete.

12. November 1918: Ausrufung der Ersten Republik; der Entwurf für die Verfassung der Republik Österreich enthält auch das Frauenwahlrecht.

ab 1921: Einheitliche Begehung des Frauentages am 8. März.

1934-1938: Autoritärer Ständestaat in Österreich; mit wenigen Ausnahmen war das öffentliche Feiern des Frauentages untersagt.

1938-1945: Während der NS-Zeit war der Frauentag verboten, stattdessen der Muttertag gefeiert.

8. März 1947: Erste Großkundgebung auf der Wiener Ringstraße nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

November 1967: Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wird von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen.

1975: Familienrechtsreform, die u.a. den Gleichberechtigungsgrundsatz enthält; Einführung der Fristenregelung.

1979: Johanna Dohnal wird am 5. November als erster „Staatssekretär (sic!) für Frauenfragen" angelobt; das Gleichstellungsgesetz wird verabschiedet.

1977: Die Vereinten Nationen proklamieren den 8. März zum „Tag für Frauenrechte und internationalen Frieden".

1982: Österreich ratifiziert die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau.

1989: Einführung der Väterkarenz.

1990: Frauenförderung wird im Gleichbehandlungsgesetz verankert.

1993: Bundesverfassungsgesetz über die Quotenregelung im öffentlichen Dienst wird verabschiedet.

1997: Frauenvolksbegehren, zentrale Forderungen sind u.a. die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verfassung, die Schaffung von (Chancen-)Gleichheit am Arbeitsmarkt und der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

2004: Strafrechtsreform, die eine Verschärfung der Sanktionen bei diversen Formen sexueller Belästigung bringt.

1. Oktober 2010: Das einkommensabhängige Kindergeld wird eingeführt, das mehr Wahlfreiheit und eine flexible Zuverdienstgrenze für Familien schafft.

8. März 2011: Der Internationale Frauentag feiert sein 100-jähriges Bestehen.

Wollen Fortschritte der Türkei sehen

Außenminister Michael Spindelegger traf seinen griechisch-zypriotischen Kollegen Markos Kyprianou in Nikosia und albanische und serbische Elite im Kosovo.

Außenminister Michael Spindelegger hat die Türkei am 24. März in Nikosia zu weiteren Anstrengungen im Zuge einer EU-Annäherung aufgefordert. „Wir wollen Fortschritte sehen“, sagte Spindeleger im Rahmen eines Besuchs auf Zypern nach einem Gespräch mit seinem griechisch-zypriotischen Amtskollegen Markos Kyprianou. Beide Politiker bekräftigten, daß jedes Land die geforderten Konditionen erfüllen müsse. Auch für die Türkei werde es keinen „Spezialmodus“ geben.

Konkret müsse die Türkei das „Ankara-Protokoll“ von 2005 umsetzen, das als eine der Hürden bei den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU gilt. Darin ist die Ausweitung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei auf die Republik Zypern festgeschrieben. Dadurch müßte die Türkei ihre Flug- und Schiffshäfen auch für die Republik Zypern öffnen. Bisher ist dies aber noch nicht geschehen. Deshalb liegen einige Bereiche der EU-Beitrittsverhandlungen auf Eis. In der Türkei gebe es im Juni Wahlen, meinte Spindelegger, „dann werden wir nach Fortschritten fragen“.

Die griechischen Zyprioten wollen eine Aufnahme der Türkei in die EU solange blockieren, wie die Insel geteilt bleibt. Die Regierung in Nikosia lehnt einen EU-Beitritt der Türkei aber nicht grundsätzlich ab. Kyprianou meinte aber, daß die Bedingungen für alle potentiellen EU-Kandidaten gleich sein müssten. „Egal, ob das Land groß oder klein ist.“

Nach dem Treffen mit Kyprianou wurde Spindelegger in der UNO-Mission auf Zypern (UNFICYP) empfangen, die im ehemaligen „Hotel Ledra“ in der Pufferzone zwischen dem türkischen und dem griechischen Landesteil liegt. Dort gab es neben einem militärischen Briefing auch einen Meinungsaustausch mit dem Zypern-Beauftragen des UNO-Generalsekretärs, Alexander Downer. In der Folge besuchte Spindelegger den „Checkpoint Charlie“ in der Ledra-Straße, der auch als trauriges Symbol der geteilten Stadt gilt. Ein Überschreiten der Grenze in dieser beliebten Einkaufsstraße wurde erst 2008 wieder ermöglicht.

Foto: HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Außenminister Michael Spindelegger (l.) bei seinem offiziellen Besuch mit dem zypriotischen Außenminister Markos Kyprianou

Foto: HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner

v.l.: Außenminister Michael Spindelegger mit dem Colonel Gerard Hughes (Chief of Staff of UNFICYP) und Special Adviser of the Secretary-General of the United Nations on Cyprus, Alexander Downer auf einem Aussichtsturm.

Der Nordteil der Insel ist seit 1974 von der Türkei besetzt, die dortige „Türkische Republik Nordzypern“ wird international nicht anerkannt. Zuletzt gab es dort wegen der Kürzung von Fördergeldern aber auch antitürkische Proteste. Die Insel trat im Jahr 2004 zur Gänze der Europäischen Union bei, doch findet das Regelwerk der EU im türkisch besetzten Norden keine Anwendung. Die Gespräche über eine Wiedervereinigung

brachten bisher keine greifbaren Ergebnisse. Man wolle eine Lösung für die Einheit des Landes finden, sagte Kyprianou, bisher ohne Erfolg. Dafür brauche es aber auch die Mithilfe „der anderen Seite".

Die jüngsten Entwicklungen in Nordafrika und im arabischen Raum kamen auch zur Sprache. Zypern fürchtet sich wie Italien oder Malta vor einem Flüchtlingsstrom, etwa aus Libyen, und fühlt sich von den anderen EU-Staaten nicht genügend unterstützt. Beide Minister betonten, daß der Schwerpunkt in Libyen der „Schutz der Zivilisten" sei.

Dieses Ziel müsse auch von der Arabischen Liga unterstützt werden. Diese hatte an sich die Aktionen für die Errichtung einer Flugverbotszone unterstützt, aber Kritik an den Militärschlägen geübt, nachdem von Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi zivile Opfer gemeldet worden waren. Der zypriotische Minister betonte, am Ende müsse eine friedliche Lösung mit einem Waffenstillstand gefunden werden.

Foto: HOPI-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Außenminister Michael Spindelegger (l.) traf mit dem Kosovarischen Präsidenten Behgjet Pacolli zu politischen Gesprächen zusammen.

Bilateraler Besuch im Kosovo

Spindelegger hat am 25. März seinen bilateralen Besuch im Kosovo begonnen. Nach seiner Visite in der Republik Zypern standen für den Außenminister in der seit Februar 2008 unabhängigen ehemaligen serbischen Provinz nach Treffen mit dem neuen Präsidenten Behgjet Pacolli, Regierungschef Hashim Taci und Außenminister Enver Hoxhaj auch ein Besuch der serbischen Enklave Gracanica auf dem Programm. Der serbisch-orthodoxe Kosovo-Bischof Teodosije hatte in den vergangenen Monaten auch Kritik an der NATO-geführten Kosovo-Schutztruppe KFOR geübt.

Im August bemängelte das für den Kosovo zuständige serbisch-orthodoxe (Eparchie) Prizren und Raska die Entscheidung der KFOR, das Kloster Gracanica künftig durch die kosovarische Polizei schützen zu lassen. Damit würden die heiligen Stätten der serbisch-orthodoxen Kirche in Kosovo-Metohija gefährdet, die „bittere Wahrheit über ernsthafte Verletzungen von Menschenrechten und religiösen Rechten" versteckt, und rückkehrwillige Serben, die nach dem Kosovo-Krieg 1999 vertrieben worden waren, entmutigt werden.

Die KFOR, an der auch das österreichische Bundesheer beteiligt ist, hatte nach elf Jahren der lokalen Polizei die Überwachung des Klosters überlassen. Seitens der Kirche hieß es aber, man könne den Polizisten nicht vertrauen. Nach Angaben des serbischen Kosovo-Ministeriums befinden sich unter den Polizisten aber ohnehin mehrheitlich Serben. Die Kirche des auf der UNESCO-Weltkulturerbe-Liste stehenden Klosters war wiederholt von albanischen Extremisten geschändet und ausgeraubt worden.

Teodosije war im November 2010 zum höchsten serbisch-orthodoxen Würdenträger im Kosovo bestellt worden, nachdem sein Vorgänger Artemije nicht zuletzt wegen undurchsichtiger Finanzgebahrungen in seinem nächsten Umfeld zwangspensioniert worden war. Kosovo und Serbien haben Anfang März in Brüssel erstmals seit drei Jahren wieder Gespräche geführt und dabei kleine Fortschritte erzielt.

Nach übereinstimmender Darstellung ging es um die Themen Luftverkehr, Telekommunikation, Grundbücher, Familienbücher sowie um das Aussehen der Zollstempel. Spindelegger bezeichnete dies als „ermutigend". Es sei auch ein Signal an die Bevölkerung, daß sie in ihrer Heimat durchaus Lebensgrundlagen finden könne. In Gracanica ist der Außenminister auch vom kosovo-serbischen Bürgermeister Bojan Stojanovic empfangen worden.

Bereits am Vormittag stand für Spindelegger in Pristina (Prishtina) ein Treffen mit dem „ungleichen Führungsduo" der Kosovo-Albaner auf dem Programm. Thaci (42) ist Ex-Anführer der Kosovo-Befreiungsarmee UCK und ein erfahrener Politiker. Der Chef der Demokratischen Partei (PDK) Thaci stand schon bisher an der Regierungsspitze. Seine Partei hatte sich bei der Parlamentswahl im Dezember mit 34 von 120 Parlamentssitzen erneut als stärkste politische Kraft bestätigt. Der Geschäftsmann Pacolli (59) gilt hingegen als ein Polit-Neuling.

Thaci war bei den Friedensgesprächen im Rambouillet im Februar 1999 zum ersten Mal auf internationaler Szene als führender kosovarischer Politiker aufgetreten. Der langjährige „kosovarische Gandhi" Ibrahim Rugova, der jahrelang vergeblich gewaltlos um die Unabhängigkeit des Kosovo rang, blieb in seinem Schatten. Nach Kriegsende im Juni 1999 gründete Thaci die Demokratische Partei, die zur führenden Kraft aufstieg. Mitte Dezember 2010 wurde der PDK-Chef dann von seiner Kriegsvergangenheit eingeholt. In einem Bericht des Europarates wurde Thaci als Boß einer kriminellen Gruppe aus der zentralkosovarischen Region Drenica bezeichnet.

Der Selfmademan Pacolli war jahrelang nur als reichster Kosovo-Albaner bekannt, der dank gewinnbringender Bau- und Reparaturaufträge in Moskau und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu seinem Vermögen kam.

Der Kosovo kämpft auch mit dem Problem, daß sogar fünf EU-Länder die Eigenstaatlichkeit noch nicht anerkannt haben. Eines davon ist Zypern. „Es wäre schön, wenn wir in der EU eine einheitliche Haltung finden würden", hat Spindelegger die Hoffnung aber noch nicht aufgegeben. Im Falle Zyperns handle es sich ja auch weniger um ein zypriotisches als um ein „griechisches Problem". Auch Griechenland verweigert die Zustimmung, dazu noch Spanien, die Slowakei und Rumänien. Alle diese Länder haben bedeutsame Minderheiten in ihren Bevölkerungen. *(apa)* ■

Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates

Bericht über die regionale und lokale Demokratie in Österreich verabschiedet

Auf der Tagesordnung der 20. Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) in Straßburg standen in der 12. Woche unter anderem die Reform des Europarates, die lokale Dimension der Menschenrechte und die Lage der Roma in Europa. Weitere Diskussionspunkte waren Berichte über die Lage der lokalen und regionalen Demokratie in der Türkei, in Österreich und in Rumänien.

Landtagspräsident Herwig van Staa, der seit 1995 Leiter der österreichischen Delegation beim KGRE und seit kurzem auch Präsident der Kammer der Regionen im KGRE ist, nahm ausführlich zum Bericht über die lokale und regionale Demokratie in Österreich Stellung. „Als besonders positiv wird in diesem Bericht hervorgehoben, daß sich sowohl das Subsidiaritätsprinzip als auch die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung im bundesstaatlichen Gefüge Österreichs in ausreichendem Maße wiederfinden, und daß der sogenannte kooperative Föderalismus mit dem Konsultationsmechanismus zwischen lokalen Gebietskörperschaften, Ländern und dem Bund ein gut funktionierendes Schlüsselelement dieses österreichischen föderalen Systems ist“, so van Staa.

Aber auch konkrete Optimierungsvorschläge finden sich im Bericht wieder. So wird u.a. kritisch angemerkt, daß die lokalen Gebietskörperschaften in ihrem eigenen Wirkungsbereich zu einem hohen Grad der Aufsicht von Bundes- oder Länderbehörden unterstellt sind, die über eine reine Rechtmäßigkeitskontrolle weit hinaus gehe. Nicht zuletzt der geringe Frauenanteil auf lokaler und regionaler Ebene wird kritisch gesehen und Österreich dazu aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu setzen, um dies zu ändern. „Österreich ist hier sicher bestrebt, eine rasche Änderung herbeizuführen. Wir in der österreichischen Delegation gehen jedenfalls mit gutem Beispiel voran, indem wir bereits bei einem Frauenanteil von exakt 50 Prozent halten“, so LTP van Staa.

Weiters hielt auch der österreichische EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, eine viel beachtete Rede über die Rolle der Kommunen und Regionen auf europäischer Ebene. Seitens der Kommission sei in diesem Zusammenhang eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europarat sehr gewünscht. Bei einem anschließenden Vieraugengespräch mit Hahn sprach der Präsident die Wichtigkeit von weiteren Übergangsregelungen für zukünftig aus dem EU-Regionalförderregime fallende Gebiete wie Osttirol an. Auch die drohende Aufhebung des sektoralen Fahrverbotes durch den EuGH und die Tiroler Bemühungen zur Schaffung einer EU-Makroregion Alpenraum im Anwendungsbereich der Alpenkonvention wurden ausführlich erläutert.

Foto: ER

Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa ist seit 1995 Leiter der österreichischen Delegation beim KGRE und Präsident der Kammer der Regionen im KGRE

Die Südtiroler Landesvolksanwältin Burgi Volgger ging schließlich in einem ausführlichen Debattenbeitrag auf die Rolle der regionalen Ombudsleute in Europa ein.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Der KGRE ist das Organ der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Europarat. Es kann Entschließungen und Empfehlungen an die Parlamentarische Versammlung und an das Ministerkomitee richten, hat also ähnlich dem EU-Ausschuß der Regionen beratenden Charakter. Der KGRE unterteilt sich in zwei Kammern: die Kammer der Gemeinden und die Kammer der Regionen.

Der KGRE setzt sich aus 318 Delegierten und ebenso vielen Stellvertreterinnen und Stellvertretern zusammen (Österreich: sechs Delegierte, sechs Stellvertreter); er hält einmal im Jahr eine Plenartagung in Straßburg ab. Delegierte und Stellvertreter sind stimmberechtigte Mitglieder ihrer jeweiligen Kammern, die ebenfalls zur Zeit der Plenartagung zusammentreten.

Zwischen den Plenartagungen kann der Ständige Ausschuß, der sich aus Repräsentanten der nationalen Delegationen zusammensetzt, gewisse Entscheidungen treffen.

Die Kammer der Regionen tagt an zwei bis drei Tagen während der KGRE-Plenartagung. Sie besteht ebenfalls aus 318 Mitgliedern. ■

http://www.coe.int/congress

Vielfalt schafft Chancen

1. Gemeinsame Konferenz der Vorsitzenden der Länder- und Kantonsversammlungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz

Foto: Land OÖ/Cerpnjak

Kärntens Landtagspräsident Josef Lobnig, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Wolfgang Böhmer, Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer, der Regierungspräsident des Kantons Waadt, Pascal Broulis, Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und Oberösterreichs Landtagsprädident Friedrich Bernhofer (v.l.)

Aus Anlaß des Vorsitzes von Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer in der österreichischen Landeshauptleutekonferenz im ersten Halbjahr 2011 fand erstmals eine gemeinsame Konferenz der Vorsitzenden der Länder- und Kantonsversammlungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Im Landhaus trafen der derzeitige Vorsitzende der deutschen Ministerpräsidentenkonferenz, Ministerpräsident Prof. Wolfgang Böhmer aus Sachsen-Anhalt, Landeshauptmann Josef Pühringer und der Präsident der Konferenz der Schweizer Kantonsregierungen, Pascal Broulis aus dem Kanton Waadt, zusammen, um sich über aktuelle Fragen und Herausforderungen der Länder und Kantone auszutauschen.

Föderalismus – Vielfalt schafft Chancen

Der Föderalismus ist eine der großen Stärken unserer Länder. Er beruht auf einer langen Tradition und steht für Stabilität und Identität, und dies gerade auch in Zeiten schnellen Wandels. Er sorgt für Bürgernähe und hilft, die Potentiale auszuschöpfen, die in den kleinen Einheiten vor Ort stecken. Diese Vielfalt zeigt sich in der Unverwechselbarkeit der Landschaften und Städte, der regionalen Eigenarten und Dialekte, der Wirtschaftsräume und Kulturzentren.

Die Länder und Kantone sind keine untergeordneten, abhängigen Verwaltungseinheiten. Sie alle haben bis heute ihren eigenen Charakter, ihre eigene Identität. Genau das ist auch im 21. Jahrhundert die Stärke Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Europa steht für Vielfalt und kulturellen Reichtum, für Kreativität und Innovationskraft, dadurch auch für Wettbewerb und Austausch von Erfahrungen – kurzum: für Bodenhaftung und so auch für die Nähe der Politik zu den Menschen.

Die föderalen Strukturen in Deutschland, Österreich und der Schweiz stehen vor ähnlichen Herausforderungen, wobei der Föderalismus ihnen in dieser Hinsicht auch viele Vorteile bietet. Eine stabile Demokratie lebt von der Bürgernähe und der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den von ihnen gewählten Vertretern. Die historisch gewachsenen Länder und Kantone sind den Bürgern dabei neben den Gemeinden die nächstliegende Ansprechstelle. Sie können am ehesten zur Lösung konkreter Probleme der Bürger beitragen; daher muß die Subsidiarität Richtschnur allen staatlichen Handelns sein – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Die Vorsitzenden stimmen überein, daß Föderalismus und Subsidiarität für Regionen die Möglichkeit bieten, aus eigenem Antrieb einen Aufholprozeß zu starten und sich zu starken Standorten weiterzuentwickeln. Der fruchtbare Wettbewerb der Länder und Kantone untereinander wird gefördert, Innovationen werden angeregt und die Effizienz bei Problemlösungen gesteigert. Die Regionen spielen auch im europäischen Einigungsprozeß eine entscheidende Rolle, denn in den Regionen wird deutlich, ob Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union praktikabel sind. In den Regionen zeigt es sich, ob die Politik der Europäischen Union von den Menschen akzeptiert wird.

Topthema: Europa der Zukunft

In einer Welt der zunehmenden Internationalisierung und Interdependenz können es sich Länder und Kantone nicht mehr leisten, sich ausschließlich auf ihre innerstaatlichen Angelegenheiten zu konzentrieren. Internationale Aspekte und ihre zunehmend schnellere Entwicklung betreffen auch sie in großem Maß. Die Regionen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz müssen über den Tellerrand schauen und sich ihrer bedeutenden Rolle im internationalen Umfeld und insbesondere in Europa bewußt werden. Sie wollen und werden die Zukunft Europas weiterhin maßgeblich mitgestalten.

Österreich, Europa und die Welt

Die Vorsitzenden sind sich einig, daß es dazu einer stärkeren Vernetzung untereinander und des Lernens voneinander bei wichtigen Zukunftsthemen auch über die Grenzen hinweg bedarf. So können Länder und Kantone zur Schaffung eines Kontinents Europa im Jahr 2020 beitragen, der von Nachhaltigkeit, sozialer Marktwirtschaft, umweltfreundlicher Hochtechnologie, Innovation und hoher Lebensqualität geprägt ist.

Foto: Land OÖ/Cerpnjak

LH Josef Pühringer und die Präsidenten Pascal Broulis (l.) und Wolfgang Böhmer (r.)

EU-Finanzvorschau 2014-2020

Ein Thema, das bereits auf EU-Ebene seine Schatten voraus wirft und daher auch in Linz diskutiert wurde, ist die kommende finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2014 bis 2020. Die Diskussionen innerhalb der EU betreffen insbesondere das Agrarbudget, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Regionalförderung; es geht um ein Budget von mehr als 900 Mrd. Euro, für dessen Verwendung die Weichen schon in diesem Jahr gestellt werden.

Die Verteilungskämpfe der verschiedenen Ressorts und Mitgliedsstaaten stehen dabei zum Teil im Spannungsverhältnis zur Prioritätensetzung der EU in ihrer Strategie Europa 2020. Ministerpräsident Böhmer und Landeshauptmann Pühringer betonen, daß für das kommende Budget insbesondere Krisenbewältigung und Stabilitätssicherung im Vordergrund stehen sollten, und begrüßen die Orientierung der EU-Kohäsionspolitik an der Strategie EU 2020 unter Beachtung des jeweiligen nationalen und regionalen Kontexts.

Finanzpolitisches Umfeld

Die aktuellen Entwicklungen in Europa und insbesondere im Euroraum tragen deutlich die Spuren der internationalen Finanzkrise. Die Wirtschaft und die finanzielle Situation auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz beginnen sich gerade erst zu erholen; die schwierige Zeit ist noch nicht überstanden.

Ministerpräsident Böhmer, Landeshauptmann Pühringer und Regierungspräsident Broulis stimmen überein, daß alle Staaten auf stabile Währungen und ein stabiles finanzpolitisches Umfeld angewiesen sind; nur so kann die Gefahr, die für Staaten, für ihren Wohlstand und ihre Arbeitsplätze von internationalen Finanzspekulationen ausgeht, gedämpft werden.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die neuesten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten zeigen eine konjunkturelle Erholung. Trotz dieser positiven Zeichen stehen Deutschland, Österreich und die Schweiz vor ähnlichen Herausforderungen; die dringendsten sind Jugendarbeitslosigkeit, Fachkräftemangel und der demographische Wandel. In allen drei Staaten werden zum Fachkräftebedarf und einem bevorstehenden oder sogar bereits bestehenden Mangel Überlegungen und Maßnahmen zur Qualifizierung von Fachkräften angestellt.

Die Vorsitzenden der Regierungskonferenzen stimmen darin überein, daß für die Zukunft Europas und des sozialen Wohlstands Europa zum wettbewerbfähigsten Wirtschaftsstandort der Welt werden muß und es neben der Sanierung der Staatshaushalte Investitionen in Innovation, Bildung und Infrastruktur bedarf, um eine Wirtschaft zu ermöglichen, die von zukunftsweisenden Ideen angetrieben wird.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung profitieren von guter Ausbildung, setzen diese fort und schaffen damit wiederum günstige Voraussetzungen für den Wirtschaftsstandort. Nachweislich sind Unternehmen, die auch forschen, stabiler und wachsen schneller als solche, die dies nicht tun. Die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ist daher besonders wichtig; Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunft.

Die drei Vorsitzenden sehen es als positiv an, daß das Bildungssystem weitestgehend in der Länder- bzw. Kantonsverantwortung liegt: dadurch ist die Bildung bürgernah, flexibel und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten. Sie sind sich auch darin einig, daß wissenschaftliche Einrichtungen sich stärker untereinander und international vernetzen müssen, um Synergien zu nutzen.

Klima und Umwelt

Eng verbunden mit dem Thema Energie wurde auch der Bereich Umwelt und Klima diskutiert. Zahlreiche Gemeinden und Regionen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sind in Agenda 21-Prozessen engagiert, in denen ausgehend von den BürgerInnen langfristige, ganzheitliche und nachhaltige Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Die drei Vorsitzenden begrüßen diese Prozesse ausdrücklich und weisen auf die Bedeutung dieses Dialoges zwischen BürgerInnen, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft hin. Jedoch sollte bei Maßnahmen wie beispielsweise Emissionszertifikaten das Risiko von Unternehmensverlagerungen und damit verbundenen geringeren Umweltstandards bedacht werden. Unternehmen, die bereits jetzt mit hohen Umweltstandards produzieren, sollten durch diese Maßnahmen nicht benachteiligt werden.

Die Vorsitzenden betonen die Verantwortung aller für Klima und Umwelt sowie deren Schutz – eine Verantwortung jedes einzelnen, aber auch der Regierungen von Staaten und Ländern nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit, wie es in der UN-Klimarahmenkonvention festgelegt ist. Dazu ist ein international koordiniertes Vorgehen erforderlich. Die Länder, Kantone und Regionen der Staaten der Welt sollten ihren Einfluß nicht gering schätzen und bei den Verhandlungen zu einem neuen weltweiten Klimaabkommen gemeinsam in die Waagschale werfen. ■

Yad Vashem

Wissen um die Vergangenheit als Voraussetzung für die Zukunft – Generalversammlung der Freunde von Yad Vashem im Hohen Haus

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lud am Abend des 21. März zur Generalversammlung des Vereins „Österreichische Freunde von Yad Vashem“ ins Hohe Haus. In ihrer Eigenschaft als Hausherrin und Ehrenpräsidentin des Vereins begrüßte sie unter den zahlreichen Gästen hochrangige VertreterInnen aus Politik und Zivilgesellschaft Österreichs und Israels sowie RepräsentantInnen der jüdischen Gemeinden und Organisationen Österreichs. Prammer dankte insbesondere Günther und Ulrike Schuster für ihren unermüdlichen Einsatz, durch den „Freunde von Yad Vashem“ in kurzer Zeit zu einem wichtigen Mittler zwischen Österreich und Israel werden konnte. Mit der Abhaltung der Generalversammlung im österreichischen Parlament werde nicht nur die vielfältige und wichtige Tätigkeit des Vereins gewürdigt, sondern man setze auch ein politisches Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus, betonte Prammer. Die Republik Österreich bekenne sich zu ihrer geschichtlichen Verantwortung und habe diesem Bekenntnis mit dem Nationalfonds der Republik und dem Entschädigungsfonds auch konkrete Taten folgen lassen.

Der Vorsitzende der Österreichischen Freunde von Yad Vashem, Günther Schuster, bedankte sich bei Prammer für die Einladung, die Generalversammlung im festlichen Rahmen des Budgetsaals des österreichischen Parlaments abzuhalten. Er stellte die Arbeit von Yad Vashem in Jerusalem vor. Die Gedenkstätte habe vielfältige Aufgaben zu bewältigen, um die Erinnerung an die Opfer des Holocaust in würdiger Form an die nachfolgenden Generationen zu vermitteln. Shaya Ben-Yehuda, der Direktor für Internationale Beziehungen von Yad Vashem, betonte die Wichtigkeit der Partnerorganisationen von Yad Vashem für die vielfältigen Tätigkeiten der Gedenkstätte. Diese Einrichtung vermittle durch die Erinnerung an die sechs Millionen Opfer der Shoah der Jugend die Botschaft, daß alle Menschen ein Recht auf ein Leben in Würde haben.

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles / Mike Ranz

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Ruhama Avraham-Balila, Vizepräsidentin der Knesset, und Fritz Neugebauer, Zweiter Nationalratspräsident

Der Botschafter des Staates Israel in Österreich, Aviv ShirOn, hob in seiner Rede hervor, daß sich der Verein der Freunde von Yad Vashem in Österreich durch seine Tätigkeit in kurzer Zeit einen Namen gemacht habe. Nur die Weitergabe des Wissens über die Geschichte garantiere, daß sich die schrecklichen Ereignisse nicht mehr wiederholen können. Fritz Neugebauer, Zweiter Nationalratspräsident, dankte dem Verein ebenfalls für seine wichtige Erinnerungs- und Gedenkarbeit. Die pädagogische Vermittlungsarbeit an die junge Generation trage Früchte, war Neugebauer überzeugt, sie zeige, daß Gedenken nicht rückwärtsgewandt sei, sondern eine zukunftsgerichtete Aufgabe darstelle, um Werthaltungen wie Respekt, Toleranz und Zivilcourage zu vermitteln.

Ulrike Schuster präsentierte die vielfältigen Aktivitäten des Vereins, der seit 2003 besteht und seitdem auf 450 Mitglieder angewachsen ist. Er habe sich zum Ziel gesetzt, sowohl die Tätigkeit von Yad Vashem in Jerusalem zu unterstützen, als auch durch gemeinsame Projekte in Österreich die Erinnerung an die Shoah wach zu halten.

Ruhama Avraham-Balila, Vizepräsidentin der Knesset, sah den Abend im Zeichen der Erinnerung stehen. Man gedenke heute der vielen Millionen Menschen, die nur deshalb, weil sie jüdischer Abstammung oder deshalb, weil sie nach Auffassung der Nationalsozialisten „anders“ waren, ermordet wurden. Für Israel bedeute die Erinnerung an den Holocaust aber auch eine ständige Erinnerung daran, die Gefahren von Rassismus und Antisemitismus ernst zu nehmen und sich der Bedeutung demokratischer Werte bewußt zu sein. Antisemitische Stereotype gehörten nicht der Vergangenheit an, sondern würden heute gegen den Staat Israel gerichtet. In der Leugnung des Holocaust manifestiere sich ein Extremismus, der Israel das Existenzrecht absprechen wolle. Er gefährde die ganze Region und alle Menschen dort, Israelis wie Palästinenser, warnte sie. Die Lösung des Konflikts könne nur in zwei demokratischen Staaten für zwei Völker bestehen, zeigte sich die Rednerin überzeugt. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus und die Erinnerung an die Shoah seien daher wichtige Bestandteile der Erziehung der kommenden Generationen zu Demokratie und Toleranz, unterstrich Avraham-Balila. ■

http://www.yad-vashem.net/

EU-Donauraumstrategie mit Leben erfüllen

BR-Präsident Gottfried Kneifel stellte in Linz diesbezügliche Schwerpunkte vor – Verstärkte Nutzung der Schifffahrt – Donaulimes – Ennshafen als Vorbild

Bundesratspräsident Gottfried Kneifel möchte sich besonders der EU-Donauraum-Strategie annehmen. Über die in diesem Zusammenhang geplanten Maßnahmen informierte er am 8. März zusammen mit Friedrich Bernhofer (Präsident des Oberösterreichischen Landtags) und Christian Steindl (Geschäftsführer der Ennshafen-Gesellschaft) im Rahmen einer Pressekonferenz in Linz.

Foto: Ennshafen

Ennshafen-GF Mag. Christian Steindl und BR-Präsident Gottfried Kneifel (r.)

Maßnahmenkatalog

„Um die auf dem Gebiet der EU-Donauraum-Strategie anvisierten Ziele zu erreichen, wurden und werden zahlreiche Maßnahmen gesetzt", erklärte Kneifel. Dazu habe auch das Drei-Länder-Treffen, das Mitte Februar 2011 stattgefunden und sich der Donau-Moldau-Region angenommen hatte, gezählt. In Aigen und Schwarzenberg am Hochficht trafen die Vorsitzenden der EU-Ausschüsse Österreichs, Deutschlands und Tschechiens sowie regionale PolitikerInnen aus den jeweiligen Landtagen zusammen. Ziel des Treffens sei es gewesen, die im Lissabon-Vertrag festgelegten Rechte der nationalen Parlamente im europäischen Gestaltungsprozeß noch besser durchzusetzen, informierte Kneifel.

Auf seine Initiative habe man außerdem eine Broschüre mit dem Titel „Zukunftsregion Donauraum" erstellt, die dazu diene, das Konzept der Donauraumstrategie vorzustellen. Damit sollte auch die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme ermutigt werden: „Für uns ÖsterreicherInnen ist die Donau mehr als ein Wirtschafts- und Lebensraum", sagte Kneifel, „sie ist Teil unserer Identität und unserer Heimat, wie in unserer Bundeshymne mit ‚Land der Berge, Land am Strome', so trefflich besungen."

Foto: Ennshafen

Gesamtansicht des Ennshafens

Der Vorsitzende der Länderkammer verwies in diesem Zusammenhang auch auf die in Kooperation mit der Interessensgemeinschaft öffentlicher Häfen (IGÖD) und der Wasserstraßengesellschaft des Bundes „via donau" im Parlament abzuhaltende offizielle Donaukonferenz und seine Teilnahme an der 1. Konferenz der Parlamentspräsidenten der Donauländer im serbischen Novi Sad.

In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Linz organisiere man Ende April überdies eine dreitägige Fortbildungsveranstaltung für HAK-LehrerInnen in Enns, die unter dem Titel „Die Donau als Wirtschaftsfaktor" stehen werde.

Verstärkte Nutzung der Schifffahrt zur Erreichung der Klimaziele

„Die Donau verbindet zehn Anrainerstaaten und ist die von der Natur vorgegebene Verbindung zwischen Mittel- und Osteuropa", stellte Kneifel fest. Da Autobahnen und Bahnlinien an ihre Leistungsgrenzen gelangt seien, biete sich die Güterschifffahrt als einzig wirtschaftlich attraktive und ökologisch sinnvolle Alternative an, stand für Kneifel

außer Frage: „Ohne verstärkte Nutzung der Schifffahrt werden die Klimaziele der EU bis zum Jahr 2020 nicht zu erreichen sein."

Auch die Transportwirtschaft schenke der Attraktivierung der Donaulogistik besonderes Augenmerk, da damit nicht nur der zukunftsträchtige Schwarzmeerraum erreicht, sondern auch neue Wege bis nach Asien eröffnet werden können. „Insgesamt liegt mit der Donau-Wasserstraße eine natürlich Infrastruktur direkt vor unserer Haustür, die noch aufnahmefähig ist, ohne teure Investitionen in Schienenstränge oder Autobahnen tätigen zu müssen", unterstrich Kneifel. „Zudem sind die Schleusen der Donaukraftwerke erst zu rund 30 Prozent ausgelastet!"

Donaulimes wird als UNESCO-Weltkulturerbe zum Friedensdenkmal

Der Bundesratspräsident informierte außerdem über den Stand der Vorarbeiten betreffend UNESCO-Weltkulturerbe Donaulimes. Auf seine diesbezügliche, schriftliche parlamentarische Anfrage habe er von Bundesministerin Claudia Schmied die Antwort erhalten, daß die wissenschaftlichen Grundlagen für die Einreichung zu der bei der UNESCO geführten Vorschlagsliste nahezu komplett seien. „Die Kulturdirektionen von Wien, Oberösterreich und Niederösterreich ermöglichten auf Ersuchen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur den Zugang zu den relevanten Datenbanken. Als nächster konkreter Schritt sind Präsentationen von derzeitigen Ergebnissen in den beteiligten Bundesländern vorgesehen", so die Ausführungen Schmieds in der Anfragebeantwortung. Die Abstimmungsgespräche werden laut Kulturministerin im Frühjahr 2011 beginnen, danach könnte die Einreichung für die Eintragung in die Nationale Vorschlagsliste erfolgen.

„Damit steht dem Vorschlag für ein europäisches Friedensdenkmal Limes nichts mehr im Wege – vom ehemaligen Militärobjekt zum Friedensdenkmal Europas! Das bringt enorme Vorteile für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft, Museumspädagogik – und natürlich auch zusätzliche Arbeitsplätze in diesen Sektoren", freut sich Kneifel.

Der Ennshafen als Vorbild: Wünsche im Bereich der Donauschifffahrt

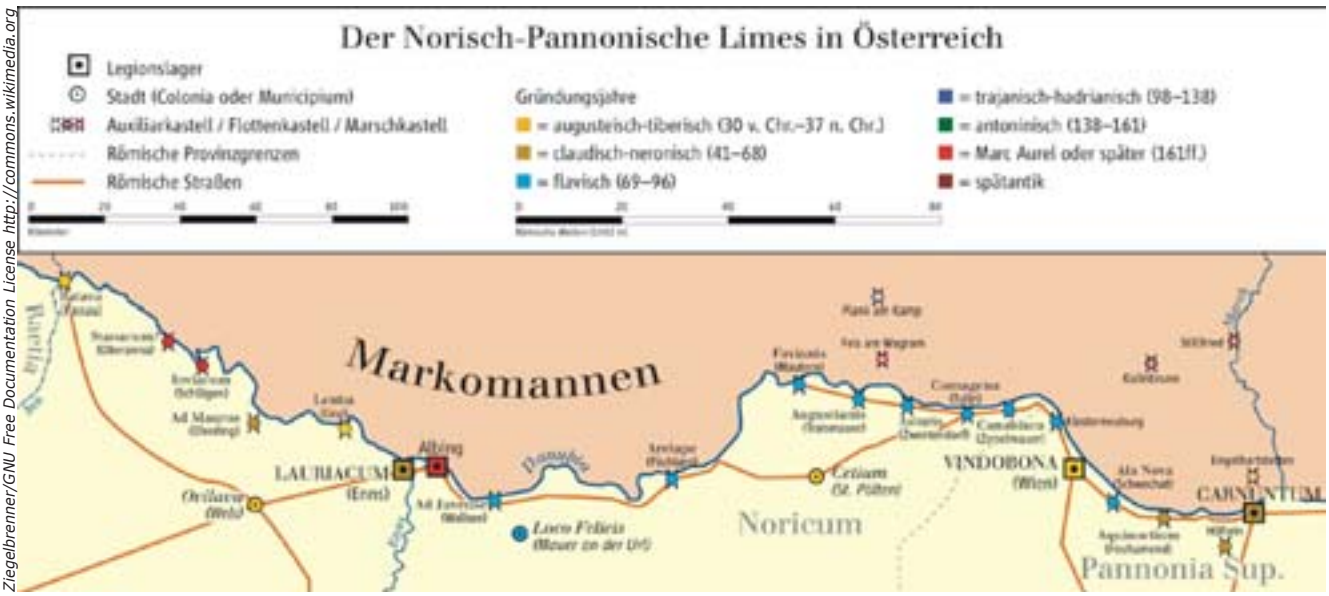
Österreich habe sich bei der laufenden Erstellung der europäischen Donauraum-Strategie sehr aktiv in den Themenbereich Donauschifffahrt eingebracht. Durch die Aktivitäten der Wasserstraßengesellschaft „via donau" übe Österreich seit Jahren eine Leadership-Funktion zur Entwicklung der Donauschifffahrt aus, bemerkte Ennshafen-Geschäftsführer Christian Steindl. „Im Zuge der Umsetzung der Donauraum-Strategie wäre es daher von großem Interesse, daß Österreich eine Koordinierungsrolle für diesen Themenbereich bekommt", forderte er. „Der Ennshafen hat als modernster Donauhafen bereits die Vorreiterrolle in Sachen Infrastruktur übernommen und sollte als Vorbild in Sachen Hardware-Ausstattung für andere Häfen gelten. Beim Containerumschlag haben wir unsere Kompetenz ja längst bewiesen. Nun soll auch ein regelmäßiger Container-Liniendienst an der oberen Donau gemeinsam vorangetrieben werden."

Der Donausteig belebt den Tourismus

Landtagspräsident Friedrich Bernhofer führte aus, daß der Donausteig 46 bayerische und oberösterreichische Gemeinden miteinander verbindet. 41 davon seien Mitglieder der Werbegemeinschaft Donau, die diesen Steig initiiert hat und zusammen mit verschiedenen Partnern in Bayern und Oberösterreich vermarktet.

Der Donausteig ist 450 Kilometer lang und kann von Weitwanderern nördlich und südlich der Donau in maximal 23 Tagesetappen begangen werden. 135 Start-, Rast und Panoramaplätze wurden neu errichtet und mit eigenen Donausteigmöbeln und Informationstafeln ausgestattet. Auf ihnen erfährt man alles über die Donausteiggemeinden, den Wegverlauf, die Tier- und Pflanzenwelt der Donauregion und deren Sagenfiguren. Der Donausteig soll damit neben Europas Radweg Nummer 1, dem Donauradweg, ein zweites kräftiges Standbein für den Donau-Tourismus werden.

Die Werbegemeinschaft Donau hat zudem den ministeriellen Auftrag bekommen, eine Vorreiterrolle in der EU-Donauraum-Strategie zu übernehmen und ihr vorhandenes Know-how im gesamten Donauraum bis hin zum Schwarzen Meer bereitzustellen. ■



Ziegelbrenner/GNU Free Documentation License http://commons.wikimedia.org

Batava (Passau), Stanacum (Oberanna), Ioviacum (Schlögen), Ad Mauros (Eferding), Ovilava (Wels), Lentia (Linz), Lauriacum (Enns) Albing, Ad Juvense (Wallsee), Danubia, Loco Felicis (Mauer an der Url), Arelape (Pöchlarn), Noricum, Favianis (Mautern) Augustianus (Traismauer), Cetium (St. Pölten), Asturis (Zwentendorf), Comagena (Tulln), Canabiaca (Zeiselmauer), Vindobona (Wien), Ala Nova (Schwechat), Aquinoctium (Fischamend), Carnuntum

Und was hat das mit mir zu tun?

Ein Wiener Projekt beschäftigt sich mit transnationaler Geschichtsvermittlung in der postnazistischen Migrationsgesellschaft

*Von Büro trafo.K *)*

Wie können die Shoah, die Verbrechen der Nazis und der Zweite Weltkrieg in der heutigen Migrationsgesellschaft vermittelt werden? Welche Rolle können Jugendliche und SchülerInnen dabei spielen? Wie können nationale Traditionen der Geschichtsschreibung durch transnationale Perspektiven erweitert, aufgebrochen, ergänzt und hinterfragt werden? Und was bedeutet das für die Gegenwart? Seit September 2009 arbeitet ein Projektteam aus VermittlerInnen und WissenschafterInnen rund um das Wiener Büro trafo.K an Fragen wie diesen. Das Projekt „Und was hat das mit mir zu tun?“ wird im Rahmen des Förderprogramms Sparkling Science vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung durchgeführt[1)] und will Beiträge zu derzeit lebhaft diskutierten Fragestellungen in Geschichtswissenschaft, Pädagogik, Museologie, empirischer Sozialwissenschaft und Migrationsforschung liefern.

Zwei Jahre lang gehen SchülerInnen des Brigittenauer Gymnasiums ihren eigenen Fragen an die Zeitgeschichte nach. Zusammen mit WissenschafterInnen, LehrerInnen, VermittlerInnen und GestalterInnen werden Wissensformen ausgetauscht, zusammengeführt und neue Ansätze für Forschung und Vermittlung entwickelt. Die Schule wird dabei nicht nur zum Ort der Untersuchung, sondern auch der Wissensproduktion. Der Standort des Wiener Brigittenauer Gymnasiums selbst hat einen historischen Bezug. In einem Gebäudeteil, einer ehemaligen Volksschule, war im Jahr 1938 ein Gestapo-Gefängnis eingerichtet. Gemeinsam mit den SchülerInnen werden Interventionen in die bestehende Ausstellung/Gedenkstätte in den Kellerräumen des Brigittenauer Gymnasiums erarbeitet, die sich multiperspektivisch mit Nazismus und Shoah beschäftigen.

Foto: trafo.K

Zwei Jahre lang gehen SchülerInnen des Brigittenauer Gymnasiums ihren eigenen Fragen an die Zeitgeschichte nach.

Bisher haben die Jugendlichen sieben Recherchefragen entwickelt. Ihre Bandbreite kann einen sprechenden Einblick in die Bezüge geben, die Jugendliche für sich wählen, wenn sie das Thema, mit dem sie sich beschäftigen möchten, selbst formulieren: Welche Rolle spielte die Türkei im Zweiten Weltkrieg?[2)] Warum begann der Balkankrieg? Gibt es Verbindungen mit dem Zweiten Weltkrieg?[3)] Wer profitierte von den „Arisierungen“ und der Solidarität der „Volksgemeinschaft"?[4)] Was sind die Organisations- und Ausdrucksformen von Rechtsextremismus in Österreich?[5)] Wie funktioniert Propaganda (am Beispiel von Wahlplakaten)?[6)] Wie geht die Gesellschaft mit Homosexualität um (vom „Dritten Reich“ bis heute)?[7)] Wie ambivalent ist Assimilation?[8)] Auf Basis dieser Fragen sind sieben Interventionen in die Gedenkstätte Karajangasse entstanden, die im Juni 2010 präsentiert wurden. Alle Projekte erweitern die Ausstellung insofern sie ihr thematisch und formal etwas hinzufügen. Ziel war es, in Kooperation mit den GestalterInnen Carlos Toledo und Eva Dertschei Ergebnisse zu entwickeln, die die Recherchen der Jugendlichen sichtbar machen und weiterführen. Sie sind ebenso von künstlerischen wie von historisch-visuellen Strategien inspiriert:

Die Frage „Wie geht die Gesellschaft mit Homosexualität um?“ wurde in Form eines Audiobeitrages bearbeitet, der auf einem Interview mit der Queer-Theoretikerin und Aktivistin Marty Huber basiert. Die offene Form des Gespräches machte es möglich, viele Aspekte anzusprechen, die für die Jugendlichen in der Recherche wichtig waren. Sie betrafen sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart, sowohl die Perspektive von Verfolgung als auch jene von TäterInnenschaft im Nazismus.

Zur Frage „Was sind die Organisations- und Ausdrucksformen von Rechtsextremismus in Österreich?“ entstand in Kooperation mit dem Rechtsextremismus-Experten Heribert Schiedel ein Plakat, das sich vor allem mit den Ambivalenzen von Gewalt und Faszination in rechtsextremen Jugendbewegungen beschäftigte. Die Entwicklung der Plakate stellte einen Prozeß dar, in dem auch die Involviertheit und Faszination einiger Jugendlicher der Gruppe zur Sprache kam und diskutiert wurde.

*) Büro trafo.K arbeitet an Forschungs- und Vermittlungsprojekten an der Schnittstelle von Bildung und Wissensproduktion. Dazu gehören Medien- und Jugendprojekte, künstlerische Interventionen, wissenschaftliche Studien, Schulungen, Workshops und Consulting für Museen und Ausstellungen sowie Projekte im öffentlichen Raum. Schwerpunkte sind zeitgenössische Kunst, Wissenschaftsvermittlung und Zeitgeschichte.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Mehmet Emir

Der Standort des Wiener Brigittenauer Gymnasiums selbst hat einen historischen Bezug. In einem Gebäudeteil war im Jahr 1938 ein Gestapo-Gefängnis eingerichtet.

Die SchülerInnen, die sich in dem Projekt mit Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg beschäftigten, hatten, wie oben bereits angesprochen, sehr viel Interesse an ihrem Thema. Es war ihnen sichtlich wichtig und hatte in der Schule ihnen zufolge bisher kaum Platz gefunden. So haben sie etwa zahlreiche Materialien zur Geschichte des Konzentrationslagers in Jasenovac und dem Massaker der Wehrmacht in Kragujevac zusammengetragen, die bis dahin im Schulunterricht unerwähnt geblieben waren. Über die Reklamation dieser marginalisierten Geschichte hinaus ging es ihnen allerdings auch um eine Aktualisierung. Entsprechend lautete ja auch ihre Forschungsfrage: „Warum begann der Balkankrieg? Gibt es Verbindungen zum Zweiten Weltkrieg?“ Die Ergebnisse ihrer Recherchen zu dieser Frage präsentierten sie in einem Gespräch mit dem Historiker Walter Manoschek, das als Video in der Gedenkstätte gezeigt wurde.

Foto: Mehmet Emir

Die Ergebnisse der Recherchen zu den Fragen »Warum begann der Balkankrieg? Gibt es Verbindungen zum Zweiten Weltkrieg?« wurde in einem Gespräch mit dem Historiker Walter Manoschek präsentiert, das als Video in der Gedenkstätte gezeigt wurde.

Ausgehend von der Frage „Wer profitierte von den ‚Arisierungen‘ und der Solidarität der Volksgemeinschaft?“ entstand eine Postkarte, die nach einer historischen Stadterkundung im Bezirk der Schule auf die Topographie der Arisierung aufmerksam macht.

Die Gruppe, die sich der Frage „Welche Rolle spielte die Türkei im Zweiten Weltkrieg?“ widmete, entschied sich für eine Archivbox als Präsentationsform. Dafür entwickelten sie ein Ordnungssystem zur Darstellung ihrer Recherchen.

Zur Frage „Wie ambivalent ist Assimilation?“ entstand eine Installation mit Audio und Diashow: Die SchülerInnen führten ein Gespräch mit Hannah Landsmann (Leiterin der Vermittlungsabteilung am Jüdischen Museum Wien) und stellten das Gespräch historischen und aktuellen Definitionen des Begriffs Assimilation gegenüber.

Mit der Gruppe, die sich mit der Frage „Wie funktioniert Propaganda?“ auseinandersetzte, wurden viele Diskussionen zur Problematik der Reproduktion von Propaganda (vor allem in visueller, aber auch in textueller Form) in Ausstellungen und Schulbüchern geführt. Man fragte sich, inwieweit die Bilder und Worte nicht bloß reflexiv, sondern dennoch auch unmittelbar wirksam werden konnten. Darüber hinaus wurde in der Vorbereitung diskutiert, inwieweit Vergleiche mit aktuellen Slogans und Wahlplakaten zulässig sind. Da die Errungenschaften dabei eher im Prozeß als in einem vorzeigbaren Produkt lagen, entschied sich die Gruppe dafür, eine Diashow zu erstellen, die den Prozeß als Mindmap sichtbar werden ließ.

Alle Projekte zeugen von einem Wunsch der SchülerInnen die Geschichte zu erfahren und zu aktualisieren. So versucht man sich anhand der Fragen der SchülerInnen, dem, was geschehen ist, anzunähern um gemeinsam darüber zu verhandeln, was dies für die Gegenwart bedeutet. ■

http://www.trafo-k.at

[1] Das Projektteam besteht aus Ines Garnitschnig, Elke Smodics-Kuscher, Nora Sternfeld; ProjektleiterInnen sind: Renate Höllwart und Dirk Rupnow.
[2] An dieser Frage arbeiteten Ömer Apaydin, Tanju Ersungur und Mustafa Sahan.
[3] Von Milos Stanišic, Mario Talaic, Paul Schutting.
[4] Von Ali Asghari, Gentiana Kaba, Marijo Kajušic-Pavic.
[5] Von Julia Herko, Maria Li, Daniela Ujhazi, Nicolette Wikgolm, Natascha Wurm.
[6] Von Nina Aichinger, Besiana Grdela.
[7] Von Judith Frühwirth, Patrick Marksteiner, Shivam Subhash.
[8] Von Ahmed El Arby, Nikola Ilic, Baran Sengül.
[9] In Kooperation mit den GestalterInnen Toledo i Dertschei ***http://tid.nextroom.at***

Europa

Schutz und Hilfe für EU-Bürger in Drittländern

In Notfällen und Krisen, wie wir sie in jüngster Zeit in Japan, Libyen oder Ägypten erlebt haben, können sich EU-Bürger an das Konsulat oder die Botschaft jedes beliebigen EU-Staats wenden, wenn ihr Land in dem fraglichen Staat keine Vertretung hat.

Die EU-Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, Bürger anderer EU-Staaten wie ihre eigenen Staatsangehörigen zu evakuieren. Die EU-Verträge und die EU-Grundrechtecharta garantieren dieses Recht, das eine wesentliche Komponente der EU-Bürgerschaft ist. Der konsularische Schutz erstreckt sich auch auf die üblicheren Probleme, wie den Diebstahl des Reisepasses, einen schweren Unfall oder eine ernste Erkrankung. Viele Europäer sind sich allerdings dessen nicht bewußt. Da immer mehr EU-Bürger im Ausland leben oder arbeiten und ins Ausland reisen – jährlich reisen mehr als 90 Mio. Europäer in ein Land außerhalb der EU und rund 30 Mio. EU-Bürger leben außerhalb der EU –, wird eine bessere Information immer wichtiger. In ihrer am 23. März vorgelegten Mitteilung über den konsularischen Schutz in Drittländern listet die Europäische Kommission konkrete Maßnahmen zur Aufklärung der EU-Bürger über ihre Rechte auf. Im kommenden Jahr wird die Kommission Koordinierungsmaßnahmen vorschlagen, die den Konsularschutz der Bürger verbessern sollen. Zudem hat sie eine Website speziell für den konsularischen Schutz eingerichtet. Auf dieser Website sind die Anschriften der konsularischen und diplomatischen Vertretungen in Ländern außerhalb der EU und Links zu den Reisehinweisen aller Mitgliedsstaaten zu finden.

„Die Menschen in Japan und Libyen werden in dieser Zeit des nationalen Notstands tatkräftig von Europäern unterstützt," so Vizepräsidentin Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz. „Inmitten dieser Herausforderungen erleben wir die Solidarität der Europäer in der Praxis. Die Mitgliedsstaaten versuchen mit vereinten Kräften, die Staatsangehörigen aller Mitgliedsstaaten in Sicherheit zu bringen. Da immer mehr EU-Bürger im Ausland arbeiten und dorthin reisen, müssen alle darüber informiert werden, wo und wie sie in Krisen Hilfe erhalten, ganz gleich, wo in der Welt sie sind und welche Staatsangehörigkeit sie haben."

Foto: European Union, 2011

Vizepräsidentin Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz

Die Zahl der EU-Bürger, die in Drittländer reisen, ist von etwas mehr als 80 Millionen im Jahr 2005 auf über 90 Millionen im Jahr 2008 gestiegen. Über 30 Millionen Unionsbürger haben sich in einem Drittland fest niedergelassen, doch in nur drei Ländern (USA, China, Russland) sind alle 27 Mitgliedsstaaten diplomatisch vertreten.

Meinungsumfragen zeigen, daß die Europäer große Erwartungen in die Hilfe im Ausland setzen. 62 % erwarten von den Botschaften eines anderen EU-Landes dieselbe Art von Hilfe wie von ihrer eigenen Botschaft (siehe Anhang). Allerdings wissen viele EU-Bürger und Konsularbeamte nicht, daß die EU-Bürger Anspruch auf einen solchen Schutz haben. Daher wird die Kommission die Betreffenden verstärkt darüber informieren, daß EU-Bürger andere Botschaften bzw. Konsulate um Hilfe ersuchen können, wo sie Hilfe erhalten und welche Leistungen sie in Anspruch nehmen können. Die Mitgliedsstaaten könnten ihren Staatsbürgern bei der Ausstellung neuer Reisepässe entsprechende Informationen an die Hand geben. 20 Mitgliedsstaaten haben dies bereits in die Wege geleitet (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Slowenien, Spanien, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern).

Die jüngsten Ereignisse in Japan, Libyen und Haiti haben gezeigt, wie wichtig in Krisen die konsularische Betreuung Staatsangehöriger anderer Mitgliedsstaaten ist, die im Ausland gestrandet sind. Als die Krise in Libyen losbrach, hielten sich dort 6000 EU-Bürger auf. Doch nur acht Mitgliedsstaaten haben Vertretungen in diesem Land. Am 9. März befanden sich immer noch 1345 EU-Bürger in Libyen. Die Hilfe wurde über Te-

http://ec.europa.eu/consularprotection/index.action

lekonferenzen und gesicherte Websites des Gemeinsamen Lagezentrums der EU koordiniert. Die Mitgliedsstaaten stellten Rückkehrausweise für die Staatsangehörigen anderer Mitgliedsstaaten aus und flogen sie aus Libyen aus. Als Haiti, wo nur die Hälfte der EU-Länder diplomatische Vertretungen hat, 2010 von einem Erdbeben heimgesucht wurde, hielten sich dort rund 2700 EU-Bürger auf. In Japan, wo alle Mitgliedsstaaten außer Malta und Zypern über eine Vertretung verfügen, haben sich rund 1000 Bürger mit den nationalen Konsulaten in Verbindung gesetzt und um Hilfe bei der Ausreise aus Japan gebeten. Deutschland evakuierte eigene Staatsangehörige und mindestens 18 Staatsangehörige anderer EU-Länder mit einem gecharterten Bus aus der Stadt Sendai.

Die europäische Solidarität ist in diesen Notsituationen dringend notwendig. In Libyen handelte die EU schnell und leitete das Verfahren der Zusammenarbeit für den Katastrophenschutz ein, über das die Evakuierungsmaßnahmen koordiniert und die Transportkosten bezuschußt werden. So evakuierte beispielsweise Ungarn 29 Rumänen, 27 Ungarn, 20 Bulgaren, acht Deutsche, sechs Tschechen und sechs Staatsbürger anderer EU-Länder und sonstiger Länder aus Tripolis. Kein EU-Bürger soll zurückgelassen werden. Auch die EU-Delegationen, die zum Europäischen Auswärtigen Dienst gehören, können helfen, die Bürger besser über den Schutz und die Unterstützung zu informieren, den bzw. die die Mitgliedsstaaten bieten. Das haben sie während der Krise im Gazastreifen 2009 bereits auch getan, als dank der Unterstützung durch die Delegation fast 100 Personen in gepanzerten Bussen evakuiert werden konnten.

Der konsularische Schutz ist in einer Krise unerläßlich, aber auch in alltäglicheren Situationen haben die Bürger Anspruch darauf, beispielsweise beim Verlust oder Diebstahl des Reisepasses, bei einem schweren Unfall, einer ernsten Erkrankung oder einem Gewaltverbrechen. Die Mitgliedsstaaten haben allerdings ihre eigenen Konsulargesetze. Je nachdem, an welchen Mitgliedstaat ein Unionsbürger sich wendet, kann der Schutz daher unterschiedliche Formen annehmen. Manche Mitgliedsstaaten gewähren in begrenztem Umfang finanzielle Vorleistungen (z. B. zur Bezahlung eines Heimflugs oder eines Hotelaufenthalts). Ein Hilfe leistender Mitgliedsstaat muß das Heimatland des Betroffenen um vorherige Genehmigung ersuchen. Letzteres Land muß den Betrag dann erstatten und kann später von dem betreffenden Staatsbürger eine Rückzahlung verlangen.

Die Mitgliedsstaaten erhalten auch im Falle der Evakuierung von nicht vertretenen EU-Bürgern einen finanziellen Ausgleich. In der Praxis werden allerdings die Kostenerstattungsregeln oft nicht angewandt. Die Kommission prüft, wie die Erstattung erleichtert und die Verfahren vereinfacht werden können, damit auch die nicht vertretenen EU-Bürger gleichermaßen geschützt werden und die Mitgliedsstaaten darin bestärkt werden, sich in Krisen, in denen ihre eigenen Staatsangehörigen nicht betroffen sind, stärker für die anderer Mitgliedsstaaten einzusetzen.

Die Kommission wird in den kommenden zwölf Monaten Legislativvorschläge vorlegen, die folgendes zum Ziel haben:

- Verbesserung der Rechtssicherheit, was den Umfang des konsularischen Schutzes, die Bedingungen und Verfahren anbelangt, und Optimierung der Ressourcennutzung, auch in Krisenzeiten und die
- Einleitung der Koordinierungs- und Kooperationsmaßnahmen, die zur Erleichterung des üblichen konsularischen Schutzes nicht vertretener EU-Bürger erforderlich sind, und Regelung des finanziellen Ausgleichs für den konsularischen Schutz in Krisensituationen.

Hintergrund

Die EU-Verträge garantieren allen EU-Bürgern das Recht auf Gleichbehandlung, was den Schutz durch diplomatische und konsularische Behörden der Mitgliedsstaaten anbelangt, wenn sie in Länder außerhalb der EU, in denen ihr Land nicht vertreten ist, reisen oder dort leben (siehe Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe c und Artikel 23 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie Artikel 46 der EU-Grundrechtecharta). In kaum einem Land der Welt sind alle EU-Staaten vertreten.

Im Bericht über die Unionsbürgerschaft vom Oktober 2010 erklärte die Kommission ihre Absicht, Legislativmaßnahmen vorzuschlagen und die Bürger über eine Website und durch gezielte Kommunikationsmaßnahmen besser zu informieren, um das Recht der Unionsbürger auf Unterstützung in Drittländern – auch in Krisenzeiten – durch die diplomatischen und konsularischen Behörden aller Mitgliedsstaaten zu stärken.

Artikel 23 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedsstaaten treffen die notwendigen Vorkehrungen und leiten die für diesen Schutz erforderlichen internationalen Verhandlungen ein.

Der Rat kann gemäß eines besonderen Gesetzgebungsverfahrens und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Richtlinien zur Festlegung der notwendigen Koordinierungs- und Kooperationsmaßnahmen zur Erleichterung dieses Schutzes erlassen. ■

Aus Südtirol

Europa 2020

LH Luis Durnwalder bei der Tagung »Europa 2020«: »Wissen, was in der EU passiert, um den richtigen Weg einschlagen zu können.«

Foto: LPA

»Wir müssen wissen, was in der EU passiert, damit wir in Zukunft den richtigen Weg einschlagen können«, so Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bildmitte) bei der Eröffnung der Tagung »Europa 2020« im Palais Widmann in Bozen.

Fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem der Europäische Rat in Brüssel am 26. März 2010 auf Initiative der EU-Kommission die neue Strategie „Europa 2020" verabschiedet hat, lud die Landesabteilung Europa-Angelegenheiten am 25. März zu einer Tagung in den Innenhof des Palais Widmann in Bozen. LH Luis Durnwalder, Europaparlamentarier Herbert Dorfmann und Fachleute aus Brüssel, Rom und Bozen diskutierten über die Zielsetzungen und die spannende Frage, welche Entwicklungschancen sich für Südtirol aus „Europa 2020" ergeben.

Vor zahlreichem und hochkarätigem Publikum wurde über das neue zehnjährige europäische Wirtschaftsprogramm „Europa 2020" diskutiert, das Nachfolgemodell der sogenannten Lissabon-Strategie, das auf ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" in der Europäischen Union abzielt.

Warum es so wichtig sei, sich mit der Zukunft der Europäischen Union auseinanderzusetzen, erklärte Landeshauptmann Luis Durnwalder in seinen Einführungsworten: „Bereits heute hängen 75 Prozent der wirtschaftlichen und ein wichtiger Anteil unserer kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten mit EU-Maßnahmen zusammen. Aus diesem Grund ist es eine wichtige Aufgabe der Europa-Abteilung des Landes – neben der Verwaltungstätigkeit – die Bevölkerung und insbesondere die Entscheidungsträger darüber zu informieren, was in der EU passiert, damit wir in Zukunft den richtigen Weg einschlagen können."

Was die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa in den vergangenen Monaten betrifft, so sei Südtirol dank der größeren Flexibilität durch die Autonomie viel besser davon gekommen als andere Regionen. „Wir bemühen uns den Stabilitätspakt einzuhalten, haben keine Schulden und geringe Arbeitslosenzahlen. Dennoch stehen wir vor einer Herausforderung: Um Vollbeschäftigung zu erreichen, wurden in den vergangenen Jahren viele numerische, aber nicht so viele qualitative Arbeitsplätze in Südtirol geschaffen", so der Durnwalder. „In Zukunft wird es also verstärkt um die Verbesserung der Ausbildung – sowohl der Schul-, als auch der Berufsausbildung – gehen. Weiters wollen wir die Akademikerrate steigern und vermehrt in den Bereich Forschung und Entwicklung investieren, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und eine Abwanderung der Köpfe zu verhindern. Auch die Themen Klimawandel und Energie sowie die Bekämpfung der Armut werden uns in den nächsten Jahren begleiten. Südtirol hat mit 34.662 Euro zwar das höchste BIP pro Kopf in Italien, die Geldmittel sind aber ungleich verteilt."

Die Schwerpunkte von „Europa 2020" zeigte der Südtiroler Europaparlamentarier Herbert Dorfmann in seinem Referat auf. „Bei Europa 2020 handelt es sich um den roten Faden in der Politik der EU in den nächsten Jahren", so Dorfmann, der die Lissabon-Strategie als gescheitert beurteilte. Die derzeitige Situation der Union sei demnach alles andere als rosig. „Eine zweijährige Wirtschaftskrise hat eine 20jährige Konsolidierungsphase in Europa zunichte gemacht. In dieser Situation benötigen wir eine klare Strategie", ist Dorfmann überzeugt.

Um das Ziel von „Europa 2020" – nämlich ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – zu erreichen, hat die EU sechs Kernziele festgelegt: die Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64jährigen von 69 auf 75 Prozent; die Investition von drei Prozent anstatt von bisher nur 1,5 Prozent des BIP der EU in Forschung und Entwicklung; die Erreichung der Klimaschutz-Energieziele 20-20-20, also die Reduktion der CO_2-Emissionen um 20 Prozent, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien um 20 Prozent und die Energieeffizienzsteigerung um 20 Prozent bis 2020; die Verringerung der Schulabbrecherquote in der EU von 15 Prozent auf zehn Prozent; die Erhöhung des Anteils der 30- bis 34jährigen mit Hochschulabschluß von 31 auf 40 Prozent; und die Senkung der Zahl der unter der nationalen Armutsgrenze lebenden Europäer (20 Millionen) um 25 Prozent.

Diesen Kernzielen wurden ebenso viele Leitinitiativen zur Seite gestellt, so Dorfmann. „Im Gegensatz zur Lissabon-Strategie wird damit auch der Weg für die Umsetzung

vorgezeichnet. Jeder Staat ist verpflichtet, dem Europäischen Rat jährlich einen Bericht vorzulegen, der die ergriffenen Maßnahmen auf dem Weg zu Europa 2020 enthält", erklärt der Europaparlamentarier. „Neu ist auch, daß der Rat diesen Bericht absegnen oder zurückschicken und entsprechende Maßnahmen bei Nichteinhaltung ergreifen kann."

Im Anschluß ging Thomas Mathà, Direktor der Landesabteilung Europa-Angelegenheiten, auf die zukünftige Rolle der EU-Strukturfonds in Südtirol ein, während Andrea Zeppa, Ressortdirektor für Innovation, Informatik, Arbeit, Genossenschaften und Finanzen, die Lage der Innovation und Forschung in Südtirol skizzierte. Mit Manuela Geleng, einer gebürtigen Meranerin, die in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission in Brüssel tätig ist und über die Perspektiven des Europäischen Sozialfonds in Österreich und Deutschland sprach, und Prof. Aldo Gandiglio von der Universität Rom 3 war die Veranstaltung mit zwei weiteren Top-Referenten besetzt. Gandiglio stellte unter dem Titel „Europa 2020: Welche Chancen hat Südtirol?" den Bezug zur lokalen Realität her und legte die Entwicklungschancen von „Europa 2020" für das Land Südtirol dar. ■

Nationalpark Stilfser Joch

Vorarbeiten zur Übernahme angelaufen

Das Ansehen, das der Nationalpark Stilfser Joch genießt, zu erhalten, die Parkverwaltung aber neu zu gestalten, damit auch die Bevölkerung den Park akzeptiert: Dies sind die Ziele der Arbeitsgruppe, die den Übergang der Nationalpark-Verwaltung an das Land vorzubereiten hat. Die Gruppe unter der Leitung von Landesrat Michl Laimer hat sich nun zum ersten Mal getroffen.

Im vergangenen Dezember war die Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut, mit der die Parkverwaltung an die betroffenen Länder übertragen wurde, vom Ministerrat in Rom abgesegnet worden. Daraufhin hatte die Landesregierung entschieden, alle Beteiligten in die Vorarbeiten zur Übernahme einzubeziehen und eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden. Diese ist nun von Landesrat Laimer zu ihrer ersten Sitzung einberufen worden, bei der man gleich eine weitgehende Übereinstimmung in der Zielsetzung feststellen konnte: „Wir alle sind uns einig, daß die Neugestaltung behutsam und mit Weitsicht erfolgen muß", so Laimer. Es gelte, das Ansehen, das der Nationalpark über die Grenzen hinweg genieße, zu erhalten und gleichzeitig seine Akzeptanz bei der Bevölkerung zu steigern. „Der Nationalpark soll ein Aushängeschild für den Naturschutz bleiben, zugleich aber auch stärker als Grundlage für die regionale Entwicklung dienen", so der Landesrat.

Foto: erich33 / GNU Free Documentation License http://commons.wikimedia.org

Wasserfall im Nationalpark Stilfser Joch

Bei der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe am 25. März wurden zunächst alle Mitglieder über den Stand der Dinge und die anstehenden Aufgaben informiert. „Die Arbeitsgruppe dient auch dazu, den Informationsfluß zwischen Land und betroffenen Gemeinden sicherzustellen", so Laimer. Letztlich sei das Ziel, in der Nationalparkregion Wege eines modernen Naturschutzes und einer nachhaltigen Regionalentwicklung aufzuzeigen. „Es geht also auch darum, neue Wege in der betroffenen Region, aber auch im Parkmanagement anzudenken", so der Landesrat. Nicht zuletzt sei man bestrebt, eine effizientere und bürgernähere Verwaltung sowie geeignete Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter des Parkmanagements zu schaffen.

Der von Landesrat Laimer einberufenen Arbeitsgruppe gehören die Vizebürgermeister Andreas Schwienbacher (Ulten), Markus Hauser (Laas), Josef Maschler (Martell) und Bürgermeister Hartwig Tschenett (Stilfs) für die Nationalparkgemeinden ebenso an, wie der Direktor des Forstinspektorats Schlanders, Mario Broll, der Direktor des Bezirksamts für Landwirtschaft Schlanders, Markus Joos, sowie Flavio Ruffini, Direktor des Umweltressorts des Landes. ■

http://www.parks.it/parco.nazionale.stelvio/Gindex.php

Auf Schiene

Startschuss für den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur im Burgenland – LH Niessl: Weiterentwicklung des Öffentlichen Verkehrs ein zentrales Anliegen der Landespolitik

Jährlich investiert das Burgenland 15 Millionen Euro in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs im Land – dreimal mehr als noch vor zehn Jahren. Nun soll bis Herbst ein Schienenverkehrsgesamtkonzept erstellt werden. Das sieht eine von Land und Bund geschlossene Absichtserklärung zur Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur im Burgenland vor. „Das ist der Startschuß für den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur im Burgenland für die nächsten zehn Jahre. Wir sorgen für ein umfassendes und attraktives Angebot für unsere Pendlerinnen und Pendler“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Land und Bund fördern jeden Pendler mit 50 Prozent der Fahrtkosten. Ohne Förderung müßte jeder Pendler also das Doppelte für die Benutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel bezahlen. „Der Öffentliche Verkehr muß aber noch attraktiver werden“, erklärten Landshauptmann Hans Niessl und Infrastrukturministerin Doris Bures am 23. März bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung über die Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur im Burgenland in Eisenstadt. „Unser gemeinsames Ziel ist, daß es zu Verbesserungen im Öffentlichen Verkehr kommt, damit die Pendler schneller in die Arbeit und von dort wieder nachhause kommen. Daran arbeiten wir. Die Weiterentwicklung des Öffentlichen Verkehrs ist ein zentrales Anliegen der Landespolitik“, betonte Niessl.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl und Infrastrukturministerin Doris Bures unterzeichneten die Absichtserklärung zum weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur im Burgenland.

Doppelgleisigkeiten vermeiden, Fahrzeiten verkürzen

Bis Herbst soll ein zwischen Land, Bund und den ÖBB akkordiertes Schienenverkehrsgesamtkonzept erarbeitet werden. Derzeit läuft eine Evaluierung des Öffentlichen Verkehrs im Burgenland, in den nächsten Wochen sollen die Ergebnisse auf dem Tisch liegen. „Wir werden uns die Auslastung der einzelnen Verbindungen, die Frequenzen und die Verbindungen wo Bus und Bahn zur gleichen Zeit unterwegs sind genau ansehen. Ein Ziel ist, die Fahrtzeiten zu verkürzen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden“, kündigt Niessl an. Eine genaue Datenlage über den Öffentlichen Verkehr sei notwendig, um das Angebot infolge weiter zu verbessern. „Nur darum geht es, um Verbesserungen, nicht um Einsparungen“, betont Niessl. Ins gleiche Horn stößt Infrastrukturministerin Doris Bures: „Es gibt von mir eine klare Vorgabe an das ÖBB-Management: Die Dienstleistung muß verbessert werden. Geld das auf der einen Seite vielleicht eingespart wird, wird in einem anderem Bereich des Öffentlichen Verkehrs investiert.“

Foto: CI & M / Harald Eisenberger

In der Absichtserklärung enthalten: die Attraktivierung und Elektrifizierung der ÖBB-Strecke Wr. Neustadt (hier im Bild) – Loipersbach-Schattendorf.

Infrastrukturvorhaben

Auf Basis dieses Gesamtkonzeptes beabsichtigen das Land und der Bund die Umsetzung folgender Eisenbahninfrastrukturvorhaben:

- „Schleife Ebenfurth“ (Verbindung der ÖBB-Strecke Wien Meidling – Wr. Neustadt und der ROeEE-Strecke Neufeld a. d. Leitha – Baumgarten unter Zugrundelegung der in einer Vorauswahl einvernehmlich festgelegten Variante 6,
- Attraktivierung und Elektrifizierung der ÖBB-Strecke Wr. Neustadt – Loipersbach-Schattendorf,
- „Schleife Parndorf“ (Verbindung der ÖBB-Strecken Parndorf – Wulkaprodersdorf und Wien Süd – Nickelsdorf zur Herstellung der Direktverbindung Sopron – Eisenstadt – Parndorf – Bratislava) sowie die Errichtung einer Haltestelle zur Bedienung eines Zubringers zum Designer Outlet Parndorf und
- Adaptierung des Bahnhofes Deutschkreutz für den Personenverkehr.

Attraktives Angebot für Pendler

Das Land Burgenland bietet ein attraktives Angebot für PenderInnen. Rund 4,5 Millionen Euro pro Jahr werden für Fahrkarten-Stützungen in den Verkehrsverbünden aufgewendet, Bus- und Bahnverkehr werden mit ca. 5,5 Millionen Euro pro Jahr gefördert, davon fließen 1,4 Millionen Euro in die Anschaffung von modernem Zugmaterial. Für Infrastrukturmaßnahmen (Elektrifizierungen, Bahn-Schleifen etc.) werden jährlich drei Millionen Euro aufgewendet. Dazu kommen Fahrtkostenzuschüsse – eine Arbeitnehmerförderung des Landes, wenn die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zum Beispiel aufgrund der Arbeitszeiten nicht zumutbar ist – mit 500.000 Euro pro Jahr, Studentenermäßigung von 30 Prozent auf die Monatskarte zwischen Heimatort und Universitätsstandort. Darüber hinaus investiert das Land jährlich rund 300.000 Euro in den Bau von Park & Ride Anlagen.

Umwelt profitiert

Es sei wichtig, so Niessl, daß die PendlerInnen gute und zeitgemäße Anbindungen haben und die Öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können. Davon profitiere auch die Umwelt: „Man darf nicht vergessen, daß es sich bei diesen Investitionen auch um Investitionen für den Klimaschutz handelt. Im weitesten Sinne könnte man die Eisenbahn auch als die erste Form der E-Mobilität bezeichnen und nachdem das Burgenland auf dem Sektor der erneuerbaren Energie und in Sachen Klimaschutz an erster Stelle steht, sind solche Investitionen auch Investitionen in unsere Zukunft und die unserer Kinder.“ ■

Nationalratspräsidentin zu Besuch im Burgenland

Landtagspräsident Gerhard Steier empfing Nationaltatspräsidentin Barbara Prammer

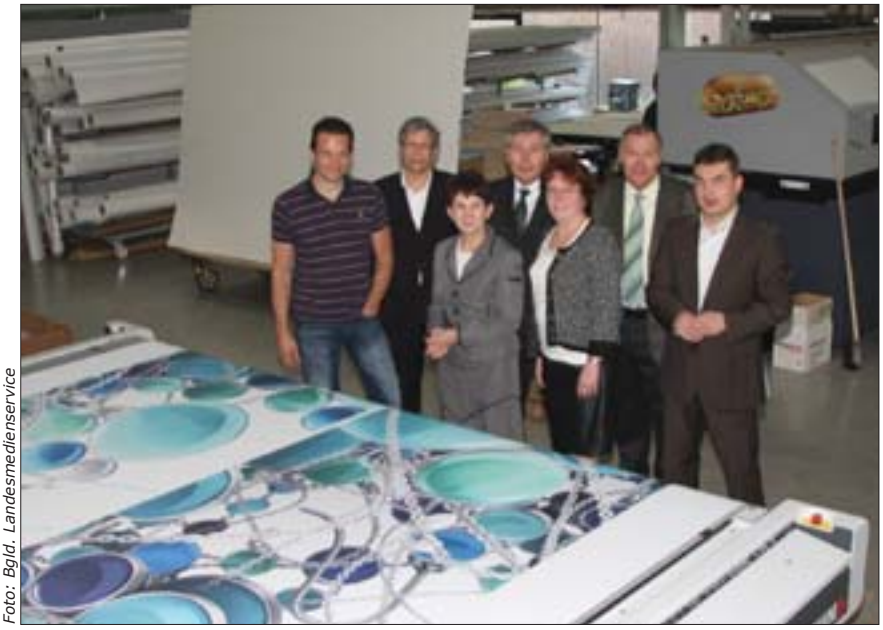


Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsidentin Barbara Prammer (l.) und LT-Präsident Gerhard Steier mit Vertretern der Firma Trevision, Groß.Bild.Technik GmbH beim Betriebsbesuch in Großhöflein

Im Rahmen eines Kurzbesuches im Burgenland traf die Präsidentin des österreichischen Nationalrates, Barbara Prammer, am 2. März mit Landtagspräsident Gerhard Steier und Landesrat Peter Rezar zusammen. Im Mittelpunkt stand dabei die Kontaktnahme mit Vertretern von großen und mittleren Unternehmen, aber auch von Familienbetrieben und kommunalen Einrichtungen.

So besuchte die Nationalratspräsidentin die in Horitschon ansässige Firma Michael Leier International, ein Familienunternehmen, das heute auf internationalen Märkten erfolgreich agiert und derzeit mit 34 operativen Standorten in Österreich, Ungarn, Polen, der Slowakei, Rumänien und Kroatien vertreten ist. Hauptgeschäftsfelder sind die Betonstein- und Fertigteil- sowie die Ziegelindustrie. Weitere Aktivitäten betreffen den Automobilhandel, den Verkauf von Elektrofahrzeugen und Skootern, den Betrieb eines Hotels sowie die Metallbearbeitung und den Formenbau, aber auch die Immobilienbranche.

In der mittelburgenländischen Gemeinde Steinberg/Dörfl wurde Prammer von Bürgermeisterin LAbg. Claudia Friedl und den Besuchern des ortsansässigen Kindergartens in Empfang genommen. Der zweiklassige Kindergarten wird mit Ungarisch und Deutsch zweisprachig geführt.

Auf dem weiteren Programm stand auch ein Zusammentreffen mit Vertretern der Firma Trevision, Groß.Bild.Technik GmbH in Großhöflein. Trevision beherrscht die Kunst der visuellen Kommunikation und ist Komplettanbieter für die Gestaltung beeindruckender Dimensionen. Kooperationen mit Künstlern wie Gottfried Helnwein bzw. mit Firmen, wie beispielsweise Swatch stehen auf der Tagesordnung. Innovation und Entwicklung hinsichtlich Optik und Akustik sind Zukunftsaufgaben.

Den Abschluß dieser Infotour bildete das Weingut Prieler in Schützen am Gebirge.

Die Prielers bewirtschaften einen alteingesessenen Weinbaubetrieb. 1997 begann Silvia Prieler die Eltern bei der Kellerarbeit, beim Marketing und Verkauf zu unterstützen. Seither übernimmt nach und nach die nächste Generation das Ruder. Mit dem Einstieg von Silvia, Michaela und Georg ist das Weingut Prieler ein echtes Family Estate geworden. 2010 erhielt das Weingut Prieler von Falstaff, Vinarium und Weinsalon zahlreiche Auszeichnungen. ■

Gemeindeübergreifende Dorferneuerung

Bad Sauerbrunn und Pöttsching starten das erste gemeindeübergreifende IKZ-Projekt im Rahmen der burgenländischen Dorferneuerung.

Die Gemeinden Bad Sauerbrunn und Pöttsching sind Vorreiter und starten mit dem Projekt „Zukunft gemeinsam – nachhaltig gestalten“ das erste gemeindeübergreifende Projekt im Rahmen der burgenländischen Dorferneuerung. „Die burgenländische Dorferneuerung ist die größte Bürgerinitiative des Landes. Umso mehr freue ich mich, daß die OrtsbewohnerInnen der beiden Gemeinden erkannt haben, wie wichtig gemeindeübergreifende Zusammenarbeit für die eigene Gemeinde sein kann“, so Landesrätin Verena Dunst, zuständiges Regierungsmitglied für Dorferneuerung. Als Anreiz gibt es für gemeindeübergreifende Projekte einen Förderzuschlag aus dem Dorferneuerungstopf.

Gemeindeübergreifende Projekte sind in der Kinderbetreuung – gemeindeübergreifende Kinderkrippen und Kindergärten – nicht neu, in der burgenländischen Dorferneuerung aber ein Novum. Von den Gemeinderäten der Gemeinden Bad Sauerbrunn und Pöttsching wurde nun das erste IKZ-Pilotprojekt – IKZ steht für interkommunale Zusammenarbeit – einstimmig beschlossen. Eine Hürde, die einmal genommen werden muß: „Das ist nicht so einfach. So ein Beschluß bedeutet ja auch Kompetenzen abzugeben. Bad Sauerbrunn und Pöttsching sind hier Vorbilder“, betonte Dunst. Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit macht auch in der Dorferneuerung Sinn, meint Dunst, denn: „Die Verhandlungen mit dem Bund über den Finanzausgleich sind schwierig. Länder und Gemeinden müssen sich darauf einstellen, weniger Geld zu bekommen. Deshalb ist jede Idee willkommen, die Ressourcen sparen hilft und trotzdem Investitionen in die Infrastruktur möglich macht.“ Es sei klug für jede einzelne Gemeinde gemeinsame Projekte zu erarbeiten, nicht nur aus finanzieller Sicht sondern auch deshalb, um sich noch näher zu kommen, meint Dunst.

Höhere Förderung aus dem Dorferneuerungstopf

Für Gemeinden die im Rahmen der Dorferneuerung gemeinsame Projekte erarbeiten gibt es auch ein finanzielles Zuckerl. „Zu den üblichen 30 Prozent Förderung gibt es fünf Prozent drauf“, so Dunst, das gelte für alle Gemeinden die gemeinsam ein IKZ-Projekt umsetzen. Im konkreten Fall bedeutet das, daß sowohl Bad Sauerbrunn als auch Pöttsching den fünfprozentigen Zuschlag aus dem Dorferneuerungstopf auslösen können. „Vielleicht kommen noch weitere Nachbargemeinden dazu, das Projekt ist für alle offen“, so Josef Trummer. Gemeinsam mit Christoph Mezgolits betreut er als Prozeßbegleiter die beiden Pilotprojekt-Gemeinden.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Gemeinsamer Kurs in die Zukunft: Landesrätin Verena Dunst mit den Ortschefs aus Bad Sauerbrunn, Gerhard Hutter (r.), und Pöttsching, Herbert Gelbmann und den beiden Projektbegleitern Josef Trummer (l.) und Christoph Mezgolits (2. v. r.)

Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg

Ein positives Resümee über die bisherige Zusammenarbeit ziehen die Bürgermeister von Bad Sauerbrunn, Gerhard Hutter (LIBS, Liste Bad Sauerbrunn), und Pöttsching, Herbert Gelbmann (SPÖ). „Es gibt viele Aufgabengebiete wo wir Synergien nutzen können. Wir sind verpflichtet, Synergien zu suchen und zu nutzen. Landesrätin Dunst hat ja bereits erwähnt, daß das Geld nicht mehr wird“, sagt Hutter. In die gleiche Kerbe schlägt der Pöttschinger Ortschef: „Jede Möglichkeit einer Kostenoptimierung und einer maximalen Synergiegewinnung muß genutzt werden. Wenn wir für unsere Gemeinden etwas weiterbringen wollen, müssen wir auch über den Tellerrand hinaus blicken.“ Man müsse regional denken und die Projekte auch umsetzen, nicht nur zu Papier bringen, betont Gelbmann: „Dazu braucht es eine Partnerschaft, und diese gehen wir engagiert und ohne Tabus über Parteigrenzen hinweg an. In der Sache haben wir die gleichen Ziele.“ In einem nächsten Schritt wird nun ein gemeinsames strategisches Zukunftskonzept erarbeitet.

Leitfaden für IKZ-Projekte

„Die Dorferneuerung ist eine moderne Zukunftsstrategie und bewegt sich in einem ständigen Entwicklungsprozeß – das beweist das neue, gemeindeübergreifende Projekt in Bad Sauerbrunn und Pöttsching ganz eindrucksvoll“, so Landesrätin Dunst. Die gesammelten Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollen in einem Leitfaden zusammengefaßt werden. Dazu Trummer: „Dieser Leitfaden wird eine Basis für zukünftige IKZ-Projekte sein.“ ■

4 Fürsten – 4 Konzerte

Am 1. Mai 1761 legte Joseph Haydn mit der Unterfertigung seines Dienstvertrages am Hofe Esterházy den Grundstein für seine fulminante Karriere. Aus Anlaß des 250. Jahrestages dieser Besiegelung stellen die Haydn Festspiele 2011 den Zyklus der HaydnAkademie, die 1992 als eigenes Orchester vom Dirigenten und Haydnkenner Anton Gabmayer gegründet wurde und auch musikalisch geleitet wird, unter das Motto: „Haydn & Die Fürsten". Für die Unterstützung dieses Orchesterzyklus konnten Kulturlandesrat Helmut Bieler, Intendant Walter Reicher und Maestro Anton Gabmayer von Raiffeisen GD Marhold einen Scheck in Höhe von 9625 Euro entgegennehmen.

Damit, so Kulturlandesrat Helmut Bieler, wird wieder ein wichtiger Schritt gesetzt, um das Ansehen dieses musikalischen Genies durch die Weitervermittlung seines Erbes entsprechend würdigen zu können: „Unter dem Deckmantel der Haydnpflege wurde Großartiges geschaffen und Hervorragendes geleistet. Wir wollen mit Unterstützung dieser partnerschaftlichen Kooperation auch in diesem Jahr den Weg der gesteigerten Qualität beschreiten und künstlerische Darbietungen auf höchstem Niveau erlebbar machen."

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Intendant Walter Reicher, RLB GD Julius Marhold, Kulturlandesrat Helmut Bieler und Maestro Anton Gabmayer (v.l.)

Anton Gabmayer und seine „HaydnAkademie" bringen neben ausgewählten Symphonien unter anderem auch die „Paukenmesse" und den „March for the Prince of Wales" zur Aufführung. Der vierteilige Zyklus startet am 21. Mai 2011 im Haydnsaal auf Schloß Esterházy.

„Raiffeisen ist nunmehr bereits zum 20. Mal ein nachhaltiger Sponsor der HaydnAkademie. Mit Stolz haben wir bis dato die Entwicklung von einem konzertanten Projekt zu einer kulturellen Institution verfolgt und unterstützt, denn diese künstlerische Visitenkarte ist längst zur musikalischen Botschaft des Burgenlandes in aller Welt geworden", so Raiffeisen GD Julius Marhold abschließend. ■

Benefiz-Suppenessen – »Gegen Gewalt an Frauen«

Seit 1958 findet die „Aktion Familienfasttag" mit dem Benefiz-Suppenessen der Katholischen Frauenbewegung (kfb) bereits in Österreich statt. Mit gutem Grund. Obwohl Frauen gerade bei den Entwicklungsbemühungen vieler Länder eine Schlüsselrolle spielen, sei es in der Gesundheitsversorgung oder in der Nahrungsmittelproduktion, sind sie weltweit benachteiligt. Trotz aller Hilfsversprechen und Bemühungen sind 70 Prozent der Armen dieser Welt Mädchen und Frauen. Der Anteil von Frauen an Entscheidungs- und Führungspositionen liegt bei mickrigen 14 Prozent.

„Insgesamt werden aus den Spendenerträgen der ‚Aktion Familienfasttag' mehr als 100 Projekte in Asien und Lateinamerika gefördert, etwa Alphabetisierungsprogramme für Mädchen und Frauen in Indien, Bildungsprogramme zur Stärkung von Frauen im Kampf gegen Gewalt in Kolumbien oder Gesundheitsvorsorge-Trainings auf den Philippinen", erklärt Imelda Krizan, stellvertretende Leiterin der Katholischen Frauenbewegung Burgenland. „Unsere Projekte sind immer Hilfe zur Selbsthilfe. Nur so ist ein nachhaltiger Erfolg möglich." Die Diözesanleiterin der Katholischen Frauenbewegung, Gabriela Zarits, würdigte, daß es im Burgenland Tradition sei „über Konventionen und Parteigrenzen hinweg zu helfen."

Foto: Bgld. Landesmedienservice

LR Michaela Resetar, Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics, LH Hans Niessl, LH-Stv. Franz Steindl, LR Verena Dunst, Imelda Krizan, stv. Leiterin der kfb Burgenland und SchülerInnen der Tourismusschule Pannoneum in Neusiedl am See

Lobende Worte für die Aktion der kfb kamen auch von Landeshauptmann Hans Niessl. Er beschrieb die Arbeit der Frauen mit einem Zitat von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." Damit ist gemeint: nicht reden sondern handeln. LH-Stv. Franz Steindl verwies auf die vielen ehrenamtlich tätigen Helferinnen, auf die sich die kfb stützen kann. Von ihnen käme, so Steindl, „ein deutlich positives Signal, wichtig sind Taten, nicht Worte." ■

Gelebte Waldlandschaft

Eisenstadt setzt im historisch gewachsenen Hochwald rund um die Gloriette ein weiteres Projekt zur Aufwertung dieses beliebten Naherholungsgebietes um.

Der Waldlehrpfad „Waldfacetten“ beim ehemaligen Fitnessparcours wird erweitert und ein Bildungssegment für Schüler und Erwachsene geschaffen. Damit werden im „Internationalen Jahr des Waldes 2011“ das Bewußtsein für Umwelt und Wald gestärkt und der Stadtwald auf der „Gloriette“ mit sanften Spiel- und Bewegungsangeboten als Erholungsraum nähergebracht.

Im Jahr 2005 hat die Stadtgemeinde den Erlebnislehrpfad „Waldfacetten“ errichtet. Das Angebot, den Wald unter die Lupe zu nehmen, wurde von der Bevölkerung, insbesondere von Familien, sehr gut angenommen. Auch für Bewegungsinteressierte, Natur- und KulturliebhaberInnen bieten die Gloriette und die umgebende Waldlandschaft einen einzigartigen Erholungs- und Erlebnisraum. Im Projekt „Waldkräfte“ soll dieses Angebot nun weiter ausgebaut werden.

„Vor allem Schulklassen sollen die Möglichkeit haben, zeitgemäß und zielgruppengerecht entlang einer kulturhistorischen Waldfläche und eines sportlichen Waldweges lernen zu können“, beschreibt Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel die Zielgruppe. „Der Naturerlebnisweg soll aber auch Familien, Wanderfreunde und Urlaubsgäste anziehen und das Naherholungsgebiet rund um Eisenstadt noch weiter attraktivieren“, freut sich Fraunschiel über die neuen Akzente.

Der Waldlehrpfad »Waldfacetten« beim ehemaligen Fitnessparcours wird erweitert .

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Kinder, aber auch alle Freunde des Waldes, sollen bei einem spielerischen Waldspaziergang wieder ein offenes Auge für das Wesentliche in der Natur bekommen.

Gelebte Waldlandschaft

Lernen am lebenden Objekt – das bietet das sportliche, kulturelle und botanisch aufbereitete Angebot. Ein interaktiver Erlebnispfad, ein Bildungskatalog und eine Projektmappe ermöglichen dem Besucher entweder ein selbständiges Erforschen oder ein gemeinsames Gestalten von Themen mit Erlebnispädagogen. Dazu werden von Förstern Forschungsfelder definiert und markiert. Diese können dann im Rahmen von Führungen oder Projekteinheiten unter unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten wie Gesundheit, Landschaftsästhetik und Waldwissen von Interessierten aktiv mitgestaltet werden.

Die Projektkosten belaufen sich auf rund 40.000, Euro. Von der LAG nordburgenland plus wurde eine Projektförderung in der Höhe von 50 Proeznt der Gesamtkosten genehmigt. Die bauliche Umsetzung des Projektes ist für die Monate April bis Juni 2011 anberaumt. Der Projektabschluß – insbesondere die Entwicklung der Bildungskataloge – ist bis Mai 2012 geplant. Mit der Projektplanung und Umsetzung wurde der Waldpädagoge Hans Peter Killingseder beauftragt.

„Unsere Kinder, aber auch alle Freunde des Waldes, sollen bei einem spielerischen Waldspaziergang wieder ein offenes Auge für das Wesentliche in der Natur bekommen. Der Wald lädt ein, mit den Schätzen der Natur zu spielen, der natürlichen Bewegungsfreude freien Lauf zu lassen und letztendlich auch Fragen zu stellen und darauf am Naturerlebnispfad eine Antwort zu finden“, ist sich Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel sicher, hier einen wichtigen Beitrag für eine naturnahe Weiterbildung geleistet zu haben. ■

Selektion Vinothek Burgenland

Die Weinkultur des Burgenlandes ist um einen Höhepunkt reicher: Am 17. März eröffnete in den historischen Räumen der Kommandantur des Schlosses Esterházy in Eisenstadt die Vinothek & Weinbar Burgenland.

Prächtige Rotweine, ausdrucksvolle Weißweine, edelsüße Gewächse erster Klasse … das Burgenland offeriert einen vinophilen Reichtum, wie er kein zweites Mal in Österreich zu finden ist. Diese einzigartige Vielfalt macht die neue Vinothek Burgenland in Eisenstadt jetzt in allen Facetten erlebbar. Vis-à-vis dem Schloß Esterházy gelegen, ist mit der Kommandantur kaum ein prominenterer Platz denkbar, um Weinbegeisterten und TouristInnen aus aller Welt das Weinburgenland stilvoll schmackhaft zu machen.

Das Gebäude beherbergte einst die Leibgarde der Fürsten Esterházy und ist Teil der Stallungen, die von 1793 bis 1800 nach Plänen des Architekten Benedict Hainrizi (Henrici) errichtet wurden. Die historische Architektur geht in der neuen Vinothek mit Elementen modernen Designs eine einzigartige, zukunftsweisende Liaison ein. So verströmt die Ziegelwand eine echte Weinkeller-Atmosphäre und das ausgeklügelte Beleuchtungssystem führt die BesucherInnen durch die Räume. Die einzelnen Weingebiete des Burgenlandes sind mit unterschiedlichen Farben gekennzeichnet, sodaß die Orientierung einfach und selbstredend wird. Die eleganten Metallregale ermöglichen eine exzellente Übersicht und unterstreichen gleichzeitig das zeitgemäße, moderne Design der Einrichtung.

Den BesucherInnen eröffnet sich ein einzigartiges Angebot von über 600 Weinen aus den Anbaugebieten Neusiedlersee, Neusiedlersee-Hügelland, Mittelburgenland und Südburgenland – das gesamte Burgenland unter einem historischen Dach. Das Sortiment – für das der berühmte österreichische Weinautor und Kritiker Peter Moser als Konsulent gewonnen werden konnte – umfaßt Weiß- und Rotweine, Rosés, Süßweine, Schaumweine, Großformate und eine spannende Auswahl an Raritäten, die es ausschließlich in der Vinothek gibt. Gewächse mit großen Namen sind ebenso in den Regalen präsent wie die Weine von gefragten Aufsteigern, Boutique-Weingütern und kleinen, noch wenig bekannten Familienbetrieben. Der Clou dabei: Alle Flaschen sind zu günstigen Ab-Hof-Preisen erwerbbar.

Selbstverständlich umfaßt das Portfolio der Vinothek auch edle Spirituosen, hochwertige Wein-Accessoires, Gläser aus den renommierten Häusern Riedel und Zalto, geschmackvolle Geschenkverpackungen und Holzkisten verschiedener Größen. Daneben liegt aktuelle Weinliteratur zum Kauf bereit, und wer auf der Suche nach einem exquisiten Präsent ist, wird über die Geschenkgutscheine und Geschenk-Sets sehr erfreut sein.

Foto: Selektion Vinothek Burgenland/APA-Fotoservice/Hautzinger

Ein Bild vom Eröffnungstag: Klaus Egle, Andreas Liegenfeld, Werner Falb Meixner, Elisabeth Kamper, Günter Kovacs, Gerald Lautner und Prof. Antal Festetics (v.l.)

Doch die Vinothek Burgenland bietet noch mehr: die exklusiv gestaltete Weinbar, die zum Verweilen und Genießen in edler Atmosphäre einlädt – mit Blick auf das Schloß Esterházy. Die stattliche Anzahl von 35 burgenländischen Weinen steht glasweise zum Ausschank parat, um die BesucherInnen noch an Ort und Stelle in den Bann des Burgenlandes zu ziehen. Als Spezialität können obendrein zehn „Wine Flights" gebucht werden, kleine reizvolle Weinproben zu einem bestimmten Thema, welche die Vielfalt der Weinkultur des Burgenlandes auf besonders anschauliche Weise erlebbar machen.

Weiters wartet die Weinbar mit ausgewählten, auf die ausgeschenkten Weine abgestimmten Köstlichkeiten auf. Neben frischem Brot mit vorzüglichem toskanischem Olivenöl werden regionale Feinkostprodukte aus bestem Hause kredenzt. Darüberhinaus stehen erlesene, gut gereifte Käse als kongeniale kulinarische Weinbegleiter bereit.

Das Team

Gerald Lautner hat am 1.März seine Tätigkeit als Leiter Selektion Vinothek Burgenland aufgenommen. Er hat die Gastgewerbefachschule in Oberwart besucht und anschließend in Tirol eine Lehre zum Kellner absolviert. Danach war er in mehreren renommierten Hotels im In- und Ausland als Servicefachkraft in der Gastronomie tätig. Seit mehr als acht Jahren ist Gerald Lautner im Shopbereich im Verkauf tätig. Zuletzt als Filialleiter der Filiale Mariahilferstraße von Wein & Co.

Klaus Trischitz (Leiter Weinbar) hat die HLA für Tourismus mit Matura absolviert und 2009 berufsbegleitend das „Diploma in Wines and Spirits" am International Wine and Spirit Centre erworben. Die letzten vier Jahre war er bei der Winzer-Domaine Pöttelsdorf als Verkaufsleiter tätig.

Péter Wetzer, gebürtiger Ungar, war nach seiner Matura am Gymnasium in Sopron zwei Jahre beim ungarischen Denkmalschutzamt tätig. Seit 2001 besucht er umfangreiche Seminare an der Weinakademie in Rust, wo er in Kürze seine Ausbildung zum Weinakademiker abschließen wird. Ab 2005 war er bei Wein & Co. in der Filiale am Naschmarkt tätig – die letzten zwei Jahre als stellvertretender Filialleiter. ■

http://www.selektion-burgenland.at

»Der Zigeunerbaron«

Mit viel Vorfreude stellten Intendant Harald Serafin, gemeinsam mit Präsident Helmut Bieler und Vizepräsident Franz Steindl am 23. März das Sommerprogramm der Seefestspiele Mörbisch vor.

Zum 90jährigen Jubiläum des Burgenlandes hat sich Harald Serafin entschlossen, den Mörbischer Klassiker „Der Zigeunerbaron“ auf den Spielplan zu setzen. Nicht umsonst begann 1957 mit dieser Operette die Geschichte der Seefestspiele, denn die Lage am Neusiedler See, nahe der ungarischen Grenze, bot schon damals die perfekte Kulisse dafür. Schon elf Mal, zuletzt im Jahre 2000, begeisterte die Story um Liebe, Raffgier und Standesunterschiede das Publikum in Mörbisch.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (l.), Intendant Prof. Harald Serafin (M.), und Kulturlandesrat Helmut Bieler (r.) mit den diesjährigen Ensemblemitgliedern bei den Seefestspielen Mörbisch

Leading Team

KS Brigitte Fassbaender möchte das Bühnenwerk von Johann Strauß ein „bißchen näher an die Gegenwart rücken“ und verlegt das Geschehen in die Zeit kurz vor dem ersten Weltkrieg.

Kulturlandesrat und Seefestspiel-Präsident Helmut Bieler: „Brigitte Fassbaender soll mit ihrem Können und ihrem Namen den künstlerischen Aspekt der Seefestspiele noch mehr als bisher in den Vordergrund rücken.“ Die „bekennende Straußianerin“ stellt sich gerne dieser Herausforderung, wie sie bei der Pressekonferenz bekannt gab.

Am Pult steht 2011 der Dirigent Manfred Mayrhofer (alternierend: Günter Fruhmann von der Grazer Oper). Er war langjähriger Opernchef in Linz und Kapellmeister des Brucknerorchesters, an der Volksoper Wien tätig und in den letzten Jahren ebenso erfolgreich an der königlichen Oper Kopenhagen, der Semperoper Dresden und am Nationaltheater Athen.

Das übrige Leading Team setzt sich aus Mörbisch-Routiniers zusammen:

Prof. Rolf Langenfass zeichnet sowohl für das Bühnenbild als auch die Kostüme verantwortlich, Giorgio Madia choreographiert, für die perfekte Akustik sorgt Prof. Wolfgang Fritz und das Lichtdesign wird von Friedrich Rom entworfen.

Besetzung

Katrin Adel, die in die Rolle der Saffi (alternierend: Evelin Novak) schlüpfen wird, fiebert schon dem Sommer in Mörbisch entgegen. Sie gibt ihr Debüt auf der Seebühne, ganz im Gegensatz zu Lucian Krasnecz, der schon 2010 als Zarewitsch begeisterte. Er ist gemeinsam mit Steffen Schantz als Sándor Barinkay zu erleben.

Bei der Pressekonferenz gaben sich noch weiters Wolfgang Bankl (Zsupan) von der Staatsoper Wien und das „Zigeunerbaron-Pärchen“ Iva Mihanovic (Arsena) und Gernot Heinrich (Ottokar) ein Stelldichein. Harald Serafin wird sein komisches Talent als Conte Carnero, der königliche Sittenkommissär, unter Beweis stellen können.

Ab Juni wird dann die gesamte Besetzung, das sind in weiteren Rollen Daniel Serafin (Graf Homonay), Monika Bohinec (Czipra), Linda Plech (Mirabella) und Götz Zemann (Zsupan), mit den Proben beginnen.

Jährlich strömen begeisterte OperettenliebhaberInnen an den Neusiedlersee. Das ist das Resultat einer außergewöhnlichen Erfolgsgeschichte, die 1957 unter KS Herbert Alsen begann. Vor 19 Jahren übernahm KS Prof. Harald Serafin die Leitung der Seefestspiele Mörbisch. Mit einer bemerkenswerten Hingabe rührt er unermüdlich die Werbetrommel und schafft es, jährlich rund 200.000 Besucher zu den Seefestspielen an den Neusiedler See zu locken.

Nicht nur Operette

Nachdem schon im letzten Jahr die angebotenen Zusatzveranstaltungen, durch Vermietung der Seebühne, erfolgreich von vielen Gästen angenommen wurden, gibt es auch 2011 eine bunte Palette von Events zu erleben:

- 27. Mai: Militärmusikfestival anläßlich der Feierlichkeiten zu „90 Jahre Burgenland“,
- 19./20. Juli: Schlagergiganten Hansi Hinterseer, Andy Borg, DJ Ötzi uvm.,
- 26. Juli: Konstantin Wecker,
- 2. August: Semino Rossi und
- 9. August: Austro Pop: EAV, Wolfgang Ambros, Die Seer.

Von diesen rund 30.000 zusätzlichen Gästen erhoffen sich die Seefestspiele auch neues Publikum für die Operette, da sie durch die einzigartige Atmosphäre auf der Seebühne vielleicht ebenso zu einem Besuch der Aufführung animiert werden.

Auf alle Fälle werden sich diese Sonderveranstaltungen positiv auf den Tourismus der Region auswirken. ■

http://www.seefestspiele-moerbisch.at

Lisztomanie

Ausstellungsreigen würdigt den großen Komponisten Liszt

Der Ausstellungsreigen zu Superstar Franz Liszt ist eröffnet. BesucherInnen können sich an verschiedenen Ausstellungsorten im Burgenland auf die Spuren des grossen burgenländischen Komponisten Franz Liszt begeben, seinem Leben und Wirken nachspüren. Am Abend des 16. März wurde im Landesmuseum die Ausstellung „Lisztomanie. Der Hexenmeister am Klavier“ eröffnet. Mit der Schau greift das Landesmuseum Burgenland das Leitthema des Lisztjahres auf. Der historische Begriff „Lisztomanie“ wurde von Heinrich Heine anläßlich der Begeisterungsstürme nach Liszts Konzerten 1841/42 in Berlin geprägt. Er gilt als Synonym für die Faszination, die von dem Virtuosen ausging. Eröffnet wurde die Ausstellung von Bundesministerin Claudia Schmid.

Thematisiert werden die großen europäischen Konzerttourneen zwischen 1840 und 1847 (z.B. Wien, Budapest, Paris, Berlin, St. Petersburg, Konstantinopel), die damit verbundenen Ehrungen, die eigens dafür geschaffenen Kompositionen und Liszts Weltruhm. Die Listzomanie wurde zum geflügelten Wort für den Hype und die Reaktionen der weiblichen Fans. Die Begeisterung des Publikums bei Liszts Auftritten zeigt auch ein Bild auf dem Liszt am Klavier sitzend von den anwesenden Damen bei den Berliner Konzerten mit einem wahren „Rosenregen“ überhäuft wird.

Bundesministerin Claudia Schmid würdigte bei ihrer Eröffnung den großen Burgenländer als Vorbild: „Liszt verkörpert, was sich viele von uns heute wünschen: Das die Jungen Kunst und Kultur von den Besten lernen. Die Ausstellung im Burgenländischen Landesmuseum läßt ein Stück'l erahnen, welchen Hype Liszt ausgelöst hat.“

Kultur ist Motor für Tourismus

„Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren in vielen Bereichen hervorragend entwickelt, auch das Kulturland Burgenland hat sich großartig entwickelt“, betont Landeshauptmann Hans Niessl. „Im Haydnjahr 2009 kamen 435.000 Besucher, und das in einem Land mit 285.000 Einwohnern. Mehr als 700.000 Besucher kommen zu den Festivals des Burgenländischen Kultursommers“, so der Landeshauptmann. Lob gab es von Niessl auch für die vielen Freiwilligen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Zeigten sich von der Ausstellung begeistert: Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Kulturlandesrat Helmut Bieler mit Bundesministerin Claudia Schmid.

und ehrenamtlichen Tätigen: „Wir feiern heuer nicht nur 90 Jahre Burgenland und den 200. Geburtstags von Franz Liszt, sondern auch das Europäisches Jahr der Freiwilligen Tätigkeiten. Über 100.000 Burgenländerinnen und Burgenländern sind ehrenamtlich tätig. Auch die vielen kulturellen Veranstaltungen bauen auf ihr Engagement.“

Verantwortlich für die Ausstellungsorganisation und für Lisztomania 2011 ist die Kultur-Service Burgenland GmbH. „Die Ausstellung zeigt eindrucksvoll das Leben und das Wirken von Superstar Franz Liszt. Die Schau ist wirklich gelungen“, macht Kulturlandesrat Helmut Bieler Lust auf Liszt.

Fächer zum Kühlen, Exponate von Elvis & Co

Eine Besonderheit der Ausstellung sind zum Beispiel ein Fächer, der ein Picknick mit Liszt und befreundeten Künstlerpersönlichkeiten zeigt. Die Damen, die bei Liszts Konzerten reihenweise in Ohnmacht fielen, brauchten den Fächer zum Kühlen. Portraits, seine Virtuosenliteratur, Bühnengarderobe, Presse & Promotion sowie Fanartikel werden Exponaten von Elvis, den Beatles, U2 oder den Rolling Stones gegenübergestellt und sollen so den Bezug zum zeitgenössischen Popstar-Mythos herstellen. „Wir haben viele einzigartige Ausstellungsexponate, die sich in Privatbesitz befinden, zur Verfügung gestellt bekommen. Dafür möchte ich mich bei den Leihgebern herzlich bedanken“, sagt KSB-Geschäftsführer Wolfgang Kuzmits.

Liszt und die Kirche

Die Diözese Eisenstadt würdigt Franz Liszt mit einer Sonderausstellung im Diözesanmuseum. Unter dem Titel „Abbe Liszt – Mensch und Musik im Spannungsfeld des Glaubens“ werden u.a. Liszts Religiosität, seine späte Lebensphase als – nicht zölibatärer – Kleriker und sein reichhaltiger musikalischer Bezug zur Kirche thematisiert.

Von Kindheit an bis ins hohe Alter war der Musiker ein „tief religiöser, zeitweise glühender Katholik“, wie es in einer Aussendung der Diözese Eisenstadt heißt. 1865 empfing Liszt in Rom von Papst Pius IX. die niederen, vorpriesterlichen Weihen. Liszt verfolgte ehrgeizige Pläne, die Kirchenmusik zu reformieren. Schließlich komponierte er auch mehr als 60 Werke wie Messen, Oratorien, Psalmen sowie Klavier- und Orgelstücke. Ein Großteil davon entstand in Rom, wo sich Liszt ab 1861 oft aufhielt.

In einer weiteren Ausstellung in Unterfrauenhaid – in Liszts Taufkirche – werden die Taufe und der Mythos um die Geburt des Wunderkindes thematisiert. ■

http://www.lisztomania.at

Die Geschichte des Burgenlandes

Anläßlich des Jubiläums »90 Jahre Burgenland« im Jahr 2011 setzen wir mit Teil 3 unsere Serie fort: von der Periode der Türken- und Kuruzzenkriege (1529-1711) bis zur Gegenreformation im 17. Jhdt.

Von Michael Floiger, Karl Heinz Gober, Oswald Guber, Hugo Huber und Josef Naray[*)]

Kreuz gegen Halbmond – Die Türken erobern Südosteuropa

Ab der Mitte des 14. Jahrhunderts begannen die Türken (Osmanen) rund um das östliche Mittelmeer ein Reich zu schaffen, das sich später zur „Supermacht" entwickeln sollte. Durch ihr Vordringen gegen Mitteleuropa sahen die europäischen Herrscher die „Christenheit" bedroht. Das Heilige Römische Reich blickte stets gebannt auf die Ungarn, die als Bollwerk gegen diesen islamischen Feind schwere Jahrhunderte erleiden mußten. Besonders harte Bedrängnisse und Nöte erlitten die Menschen in den Grenzgebieten, also auch hier in Westungarn.

»Der König ist tot!«

Das Jahr 1526 war ein Schicksalsjahr der ungarischen und österreichischen Geschichte. Der 20jährige ungarische König Ludwig II. verlor bei Mohacs in Südungarn gegen die Türken Schlacht und Leben. Sein 24.000 Mann starkes Heer hatte keine Chance gegen die sechsfache Übermacht Sultan Suleimans II.

Für die Habsburger eröffnete sich damit die Möglichkeit, den ungarischen Königsthron zu erben. Erzherzog Ferdinand I. war nämlich mit Anna von Ungarn und Böhmen, der Schwester des gefallenen Königs, verheiratet. Maria, die Witwe Ludwigs, war andererseits die Schwester Ferdinands.

Ein Jahr später wählten die Magnaten den Habsburger Ferdinand zum ungarischen König. Sie hofften, er würde die türkischen Einfälle von ihrem Land fernhalten. Sein „Gegenkönig" Johann Zapolya mußte weichen. Die Ungarn irrten sich gewaltig, denn großangelegte Kriegszüge kosteten sehr viel Geld. Der hochverschuldete Ferdinand enttäuschte sie und begnügte sich mit West- und Nordungarn. Siebenbürgen im Osten, das zum Königreich gehörte, wurde von den Türken abhängig. In der Mitte des Landes aber herrschten die Osmanen selbst. Das Land sollte über 150 Jahre lang dreigeteilt bleiben.

Die tapfersten Krieger nannten sich Janitscharen, waren kampferprobte Söldner. Viele waren als Knaben aus ihrer christlichen Heimat verschleppt worden.

Das Türkenreich war jetzt gefährlich nahe an unser Land gerückt, lag doch die „Türkenfront" nicht weiter als einen Tagesritt entfernt.

Die Türken – »Renner und Brenner?«

Es stimmt, daß die Türken auf ihren Streifzügen unseren Vorfahren viel Leid angetan hatten. Sie töteten oder verschleppten Menschen, brandschatzten und plünderten. Waren sie aber deshalb ungebildete, wilde und habgierige Barbaren?

Vorbildliche Verwaltung: dagegen spricht die Tatsache, daß ihr Reich von Beamten vorbildlich verwaltet wurde. Ihre Rechtsprechung war einheitlich im ganzen Reich und zwar auch dort, wo sie als Eroberer herrschten. Sie bemühten sich stets, daß alle besiegten Bewohner – gegen Zahlung erträglicher Tribute (= Steuern) – ein hohes Maß an Selbständigkeit etwa bei der Wahl ihrer Landesfürsten behielten.

Religiös duldsam: Ihre religiöse Toleranz den Christen gegenüber war eindeutig höher als die der christlich-katholischen Fürsten zu den Andersgläubigen. Als Moslems führten die Osmanen „mit Feuer und Schwert" ihre Kriege für Mohammed, der Koran (heiliges

*) Wir haben – mit freundlicher Genehmigung des Burgenländischen Landesarchivs, des Landesschulrats für Burgenland und des Verlags Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien, – Text und Bilder dieser Serie dem Lehrbuch für die Unterstufe „Geschichte des Burgenlandes" entnommen.

Buch) untersagte aber jede gewaltsame Bekehrung zum Islam. Wie man noch lesen wird, war das später bei den katholischen Habsburgern im Umgang mit den Evangelischen in Ungarn nicht so. Kein Wunder, wenn es Menschen gab, die in der Türkenherrschaft das kleinere Übel sahen als bei den Habsburgern und gegen dieses – mithilfe der Türken (!) – rebellierten (wie etwa die Kuruzzen).

Nikolaus Jurisich bewacht noch heute seine Festung in Güns

Chancen für jedermann: Ausnahmslos jeder im osmanischen Staat konnte es „zu etwas bringen" – etwa als Beamter oder beim Militär. Auch hier lag ein gewaltiger Unterschied zum feudalen Ständesystem: Im übrigen Europa entschied die Geburt über den Wert des Einzelnen, dort aber wurden Beamte und Offiziere in hervorragenden Schulen herangebildet. Kultur und Wissenschaft blühten in diesem türkischen Reich.

Schlagkräftiges Militär: Für die erfolgreichen Feldzüge war neben einer gut funktionierenden Wirtschaft ein tüchtiges Heer notwendig. Oberster Feldherr war der Wesir (= Minister), der zweithöchste Mann im Staat nach dem Sultan. In den großen Feldzügen war die gesamte Armee rund 100.000 Mann stark, später sogar mehr als doppelt so groß (zum Beispiel 1683 vor Wien).

Die „Lanzenreiter" mußten – meist mit zusätzlichen Leuten – voll gerüstet erscheinen, wenn der Sultan sie zum Kriegszug rief. Dafür erhielten sie Landgüter vom Staat übertragen, die jedoch nicht ihnen gehörten.

1532 – Güns trotzt den Türken mit Kampf und Krieg

Nach dem gescheiterten Versuch von 1529, Wien zu erobern, versuchte es Sultan Suleiman II. Jahre später abermals. Sein mit etwa 110.000 Mann geführter Aufmarsch kam

von der unscheinbaren Festung Güns ins Stocken. Verbissen verteidigte der Burghauptmann Nikolaus Jurisich (auch Jurischitsch) mit einem angeblich nur über 700 Mann zählenden, schlecht bewaffneten Häuflein seine Burg.

Nach dreieinhalb Wochen einigten sich Jurisich und der Sultan auf einen trickreichen Waffenstillstand. Der Türke zog ab, nachdem der Burgherr versprochen hatte, seinen Aufmarsch gegen Wien nicht weiter zu stören. Dafür mußte er die Festung scheinhalber dem Sultan übergeben, der sie gleichzeitig als „Geschenk" wieder zurückgab. So konnten beide als „Helden" ihr Gesicht wahren.

Inzwischen – und das war sehr wichtig – konnte sich ein Reichsheer von über 80.000 Soldaten vor Wien sammeln. Als auch noch die Janitscharen mit dem Sultan unzufrieden

wurden, lenkte er die Stoßrichtung von Ödenburg und Eisenstadt aus um. Über Wiener Neustadt, Gleisdorf und Graz zog das türkische Hauptheer ab. Die Spuren, die es hinterließ, waren blutig und verheerend.

1664 – Mogersdorf: »Sie schrien immer nur mit lauter Stimme zur heiligen Maria…«

Die Schlacht bei Mogersdorf wird bei uns als wichtiger Sieg über die Türken gedeutet. Schließlich hatte erstmals ein „christliches Heer", in dem neben den kaiserlichen und ungarischen Truppen auch deutsche und französische Soldaten standen, eine große Schlacht gegen den Erzfeind gewonnen.

Doch anders als wir sehen heute noch die Ungarn den Ausgang des Gemetzels. Der damalige Kaiser Leopold I. versäumte es, den angeschlagenen Türken nachzusetzen, um sie restlos aus ganz Ungarn zu verjagen. Im Frieden von Eisenburg (Vasvar) einigte er sich mit ihnen: es blieb fast alles beim alten, ja als Sieger zahlte er sogar hohe Tribute an den Verlierer! Die enttäuschten Ungarn sprachen daher von einem „Schandfrieden". Aufstände gegen das Haus Habsburg lagen weiterhin in der Luft.

Die Schlacht – erzählt von Augenzeugen

Am linken Flußufer der Raab bezog das christliche Heer mit insgesamt 25.000 Mann Stellung. Vor ihnen lag Großdorf – das heutige Mogersdorf – mit 30 Häusern und einer Kirche.

Auf der anderen Seite des Flusses, der an diesem 1. August Hochwasser führte, formierten sich etwa 100.000 Türken – davon etwa 60.000 Streiter – unter dem Großwesir Achmed Köprülü.

Sechs Uhr morgens: Die Janitscharen durchwaten unbemerkt den Fluß und stoßen vor. Graf Raimund Montecuccoli, der Oberbefehlshaber der Verteidiger, handelt mutig. Er selbst berichtet später: *„so sagte ich zu ihnen ... wir müßten den Feind ... angreifen und ... verjagen, und wenn ... nicht, so müßten wir dennoch standhalten und (uns) da ich entweder mit Lorbeer oder Zypressen krönen, den Triumph oder das Grab finden ...)" (gekürzt)*

Todesmutig und mit lautem Geräusch schlagen die Verteidiger zurück. Ein Augenzeuge unter ihnen beschreibt die Verwirrung in den eigenen Reihen:

„So erstaunenswürdige Wirkung eines panischen Schreckens sah ich niemals als damals. Es gab ganze Regimenter, wo sich die Soldaten die Köpfe herabhauen ließen, ohne aus den Gliedern zu weichen und ohne den geringsten Widerstand zu tun; so hatte sie der Schrecken ergriffen; sie schrien immer nur mit lauter Stimme zur heiligen Maria ..."

Um Mogersdorf entwickelt sich ein „heisser Kampf" einer, der dabei war, schildert:

„Auf dem Platz zwischen dem Haus des Franz Wolf und der Kirche (300 m) fielen innerhalb von 3 Stunden 1000 Menschen, die neben dem Haus des Franz Wolf begraben wurden ..."

Das »Weiße Kreuz« in Mogersdorf steht angeblich über einem riesigen Massengrab: »Den im Jahre 1664 gefallenen türkischen Soldaten gewidmet – Friede allen, die hier ruhen.«

Am Nachmittag fällt die Entscheidung. Die Türken weichen zurück. Der französische Graf Coligny sieht dies so:

„Plötzlich sah man kein Wasser mehr, der Bach war ein fließendes Massengrab, in dem sich menschliche Körper, Waffen und Pferde im wilden Durcheinander vorbeiwälzten. Während alle um ihr Leben kämpften, wurden die einen unter ihr Pferd gerissen, die anderen von der reißenden Flut davongetragen, die Dritten stießen, um sich zu retten, den Kameraden ins Wasser, und ertranken selbst".

12.000 bis 14.000 Türken und etwa 2000 Soldaten der christlichen Armee hatten ihr Leben verloren.

Die Begeisterung über den „sagenhaften" Sieg führte auch zu folgender Erzählung: Ein türkischer Heerführer stürzte auf der Flucht mit seinem Pferd in einen angeschwollenen Bach westlich von Mogersdorf. Aus Zorn über sein Mißgeschick soll er geschrien haben: „Du verfluchter Saubach!" Das Becken hat bis heute diesen Namen behalten.

Das Leben an der Türkengrenze

Die Grenze zwischen dem habsburgischen und türkischen Ungarn war keine eindeutige Linie im heutigen Sinn, sondern ein Landgürtel. Eineinhalb Jahrhunderte änderte er sich kaum, bis man 1683 begann, die Türken aus Ungarn zu vertreiben. Burgenland und selbst die Steiermark lagen aber nahe genug für vereinzelte Beutezüge kleinerer Reitertruppen.

Die Grenzsoldaten – Leben auf Kosten der Bauern

Immer wieder überschritten die Grenzsoldaten die jeweils gegnerischen Linien für Raub und Plünderungszüge. Dazu kam für die geplagten Grenzbauern, daß sie von ihren eigenen Schutztruppen gezwungen wurden, ihr Hab und Gut (Vieh, Getreide, Geld) abzuliefern, wenn ihr Sold wieder einmal auf sich warten ließ. Steuern hob man selbst in den Dörfern der „anderen Seite" ein, ansonsten drohte man mit einem Raubzug.

Was kostete die Türkenabwehr?

Die Hauptleidtragenden waren die Bauern. Neben den üblichen „Abgaben" erhöhten der Staat und die Grundherren – besonders in Kriegszeiten – immer wieder die Steuern. Der Adel selbst zahlte wenig. Allein die Erhaltung der Grenzsöldner verschlang bisweilen mehr als die Hälfte (!) aller Gesamteinnahmen des betroffenen Gebietes. Dazu kamen die Kosten und die Verpflegung für die „Privatarmeen", die auch zu Friedenszeiten in den Herrschaften bereitstanden. Für den Ausbau der Befestigungsanlagen mußte man obendrein Robot und Zins leisten.

Ausgesprochen reich wurden – damals wie heute – die Kriegslieferanten und Waffenproduzenten. Aber auch die Söldner waren recht gut bezahlt, erhielten sie doch – neben der Kriegsbeute – etwa zehn bis 15 Gulden (= der Wert einer Kuh) pro Monat. Zu der Zeit verdiente ein gutbezahlter Bergarbeiter rund ein Drittel oder ein Viertel davon.

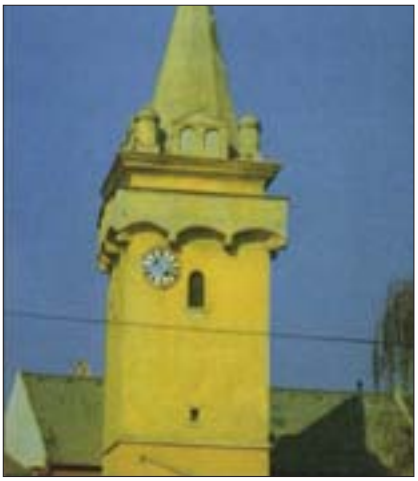
Burgen und andere Wehranlagen

Die Burgen verloren als Wehranlagen allmählich an Bedeutung. Den modernen Kanonen konnten sie schwer widerstehen, boten aber noch immer Schutz vor leicht bewaffneten Scharen. Um die Angreifer schon von weitem abwehren zu können, ergänzte man die verstärkten Mauern mit Bastionen, auf denen man schwere Geschütze postierte. Viele Burgherren holten italie-

nische Baumeister, nach deren Plänen sie ihre Festungen ausbauen ließen. Beispiele dafür sind Bernstein, Lackenbach, Landsee, Deutschkreutz, Lockenhaus, Rechnitz, Schlaining und Güssing.

Daß die Kosten auch in den Ruin führen konnten, zeigt das Beispiel Bernstein, das der Familie Königsberg gehörte. Als 1590 nach 50jähriger Bauzeit der Ausbau vollendet war, waren die Kosten auf 15.000 Gulden angewachsen. Dabei waren aber nur 1500 Gulden ursprünglich geplant! 1644 mußten die Besitzer diese Festung an die Batthyany verkaufen. In Kriegszeiten hat die Burg doch jeder Belagerung standgehalten.

Nikolaus Esterhazy verstärkte im 17. Jahrhundert die Burg Forchtenstein mit starken Basteien. Die Baukosten beliefen sich auf die hohe Summe von 32.000 Gulden, welche die Untertanen aufzubringen hatten. Eine Magd erhielt damals 5 Gulden als Jahreslohn.



Der Wehrturm von Breitenbrunn – Beobachtungstürme wie dieser boten den Orten zusätzliche Sicherheit.

Ringmauern aus dem Mittelalter hatten noch Pressburg, Ödenburg, Güns, Güssing, Schlaining und Eisenstadt. Im 17. Jahrhundert konnten sich solche Ringmauern vor allem die reichen Märkte und Weinbauorte leisten, so etwa Purbach, Rust, Donnerskirchen und sogar das Dorf Oggau.

Ursprünglich dürften fast alle Kirchen in Notzeiten als Wehrbauten gedient haben. Für deren Erhaltung sorgten die Ortsbewohner. Einige „Burgen“ seien hier genannt: Lebern (Wüstung bei Kittsee), Deutsch Jahrndorf, Pama, Neudorf, Parndorf, Gols, Breitenbrunn, Donnerskirchen, Purbach, Eisenstadt (alte Pfarrkirche in Befestigungsanlage einbezogen), Kleinhöflein, Rust (die Fischerkirche als Teil der Stadtbefestigung), St. Margarethen u.v.a.

Dichte Naturhecken an der Rückseite der Höfe sowie Holzverhaue an den Dorfeingängen schützten einigermaßen vor kleinen

Banden. Wälle und Gräben mit Zäunen und Palisaden (= „Schanzen“) sollten zusätzliche Angriffe abwehren. Zogen größere Plünderscharen heran, flüchtete man in die Wälder. Im 16. Jahrhundert errichtete man auch „große Schanzen“. Eine solche „Sperre“ führte beispielsweise von Neusiedl bis zur Donau.

Manchmal wurden schon von vornherein Orte bestimmt, in die die Menschen bei drohender Gefahr fliehen sollten. Solche Orte waren zum Beispiel Rust, Purbach und Eisenstadt. Der Ausbruch von Seuchen war in den überfüllten Fluchtorten nicht selten.

Um die Bevölkerung frühzeitig zu warnen, bediente man sich der Kreutfeuer oder Kreidschüsse (vgl. englisch: cry = schreien) auf weithin sichtbaren Bergrücken. Manche Burgen, wie die von Güssing, dienten der Kreudenfeuersicherung“ der Stadt Wien.

Viele Burgherren holten italienische Baumeister, nach deren Plänen sie ihre Festungen ausbauen ließen, wie zum Beispiel Deutschkreutz (um 1690).

Wer waren die Kuruzzen?

»Die ungerischen hunt« oder Freiheitskämpfer?

„Kruzitürken!“ ist mehr als 300 Jahre lang unseren Vorfahren über die Lippen gekommen, wenn sie sich ganz besonders ärgerten. Das Wort ist aus der Verbindung der Begriffe „Kuruzzen“ und „Türken“ hervorgegangen. Die Kuruzzen waren ungarische Aufständische, die viel Leid über unser Land brachten. Ihr größter Wunsch war die Befreiung Ungarns von den Türken und von der Herrschaft der Habsburger.

Lieber türkisch als habsburgisch!

Über eineinhalb Jahrhunderte erhofften die Ungarn von „ihrer Königin“ in Wien die restlose Vertreibung der türkischen Besetzer. Weil es so lange dauerte, ließen sich viele Magnaten mit ihren Anhängern zu brutal geführten Kriegszügen gegen die Habsburger hinreißen.

Der zweite Grund für die antihabsburgische Haltung hieß Religion. Im 16. Jahrhundert hatte sich die lutherische und kalvinistische Lehre in Ungarn derart verbreitet, daß die erzkatholischen Habsburger nicht selten gewaltsam gegen diese „Ketzer“ vorgingen. Sie taten dies im 17. Jahrhundert mit den ihnen freundlich gesinnten westungarischen Grundherren wie den Esterhazy, Batthyany oder Nadasdy. Zum Dank für deren Hilfe erhielten diese Familien neue Herrschaften übertragen und stiegen zu den höchsten Würdenträger Ungarns auf.

Viele Ungarn sahen nicht im Türken den eigentlichen Feind des Landes. Ihr Gegner befand sich im Westen. Wen wundert es, daß sich tatkräftige, aber machthungrige Magnaten an den Sultan wandten, um den gemeinsamen „Erzfeind“ zu bekämpfen? Aber nicht als „Aufständische“ oder als „Rebellen“ betrachteten sie sich, sondern als „Freiheitskämpfer“.

Der Bocskay-Aufstand (1604-1606)

Die grausame Unterdrückungspolitik Kaiser Rudolfs II., der die Protestanten haßte, einigte in Siebenbürgen die Bewohner. Unter der Führung Bocskays wurden die kaiserlichen Heere nach Westen abgedrängt. In ihrem anfänglichen Erfolgsrausch stießen seine Haiduken bis in den burgenländisch-oststeirischen Raum vor. In ihrem Gefolge befanden sich auch türkische, beutehungrige „Soldaten“.

Um es vorwegzunehmen: etwa 5 bis 20 Prozent der Bevölkerung kamen ums Leben, fast die Hälfte der Siedlungen wurde zerstört. Männer, Frauen und Kinder wurden verschleppt und irgendwo als Sklaven verkauft. Ähnlich wie im Burgenland wüteten die Horden im Schreckensjahr 1605 in der Oststeiermark. Dort zählte man später über 1500 verbrannte Häuser und rund 3500 getötete oder gefangene Personen. 5000 Pferde und 12.000 Rinder waren weggetrieben worden.

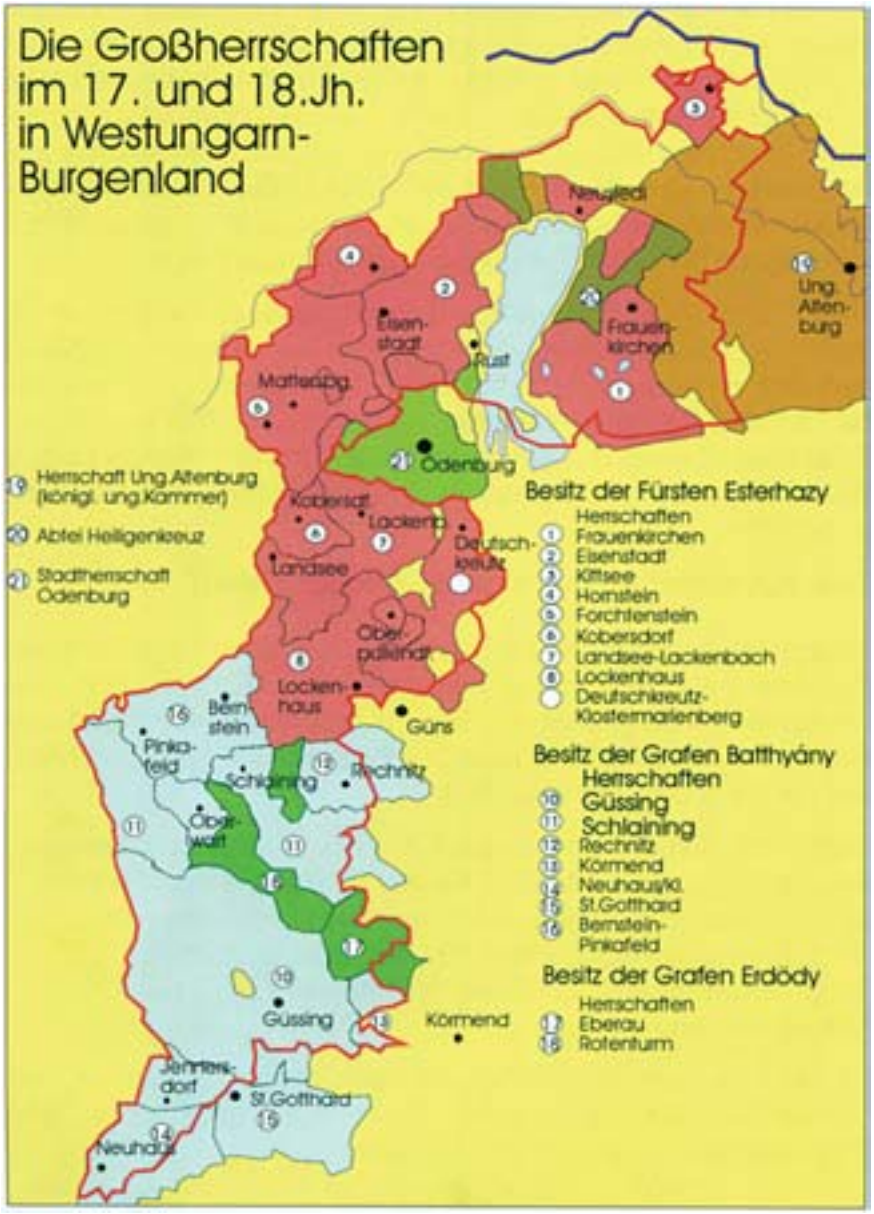
Besonders arg betroffen waren die Orte Breitenbrunn, Purbach, Donnerskirchen, Oggau, Schützen, Oslip, Rust, Mörbisch, St. Margarethen und Marz. Kaum ein Dorf um den See wurde verschont. Zerstörerisch wurde auch der Süden durchzogen. Güssing ging in Flammen auf, Fürstenfeld ergab sich dem Feind.

Im mittleren Abschnitt konnten Lockenhaus, Bernstein, Kirchschlag und Hartberg widerstehen, deren Umgebungen wurden aber schrecklich verwüstet. Dörfer und einzelne Gehöfte waren Jahre später noch immer öd, d.h. nicht wieder besiedelt. Zu ihnen gehörten die Orte Girm, Ober-, Mittel- und Unterpullendorf, Landeck, Deutsch Gerisdorf, Pilgersdorf, Weichselbaum, Rax, Grieselstein, Henndorf, Neustift, Hagensdorf, Rosendorf, Krobotek und Limbach.

Entscheidend für den gesamten Kriegsverlauf war, daß die „Rebellen“ Ödenburg nicht einnehmen konnten. Doch wo waren die kaiserlichen Soldaten geblieben? Abgesehen von kleineren Eingriffen hielten sie sich vornehm zurück: die Löhne waren ihnen nicht ausbezahlt worden. Als sie letztendlich die wütenden Horden vor Ödenburg doch verjagt hatten, holten sie sich auf den Nadasdy-Gütern (Deutschkreutz, Nikitsch, Lokkenhaus) ihren „Sold“. Thomas Nadasdy war nämlich auf der Seite der „Ungarn“ gestanden. 1606 schloß man Frieden. Der Kaiser garantierte den Ungarn Religionsfreiheit, ein Versprechen, das schon bald wieder vergessen war. 14 Jahre später ging es wieder los.

Ein neuerlicher Versuch: der Bethlen-Aufstand

Der Siebenbürgenfürst Gabriel Bethlen mischte sich in den Dreißigjährigen Krieg (1618 bis 1648) gegen die Habsburger ein und brachte auch 1620 deren königlichen Teil (West- und Nordungarn) unter seine Herrschaft. Tausende Bewohner konnten nur durch Flucht ihr nacktes Leben retten.



Als Beschützer des Glaubens und der ungarischen Freiheit erzwang Bethlen von Kaiser Ferdinand II. erneut die Glaubensfreiheit. Die Wiedervereinigung des dreigeteilten Ungarn hingegen war auch ihm nicht gelungen.

Die Magnatenverschwörung – 1670/71

Nach dem Sieg beim Mogersdorf von 1664 schmiedeten selbst bisher treue, katholische Magnaten Umsturzpläne gegen die Habsburgerschaft. Der „Rädelsführer" der Gruppe war Franz Graf Nadasdy, unter anderem Herr über Lockenhaus und Hornstein. Die Verschwörung wurde jedoch in Wien aufgedeckt, und diesmal verzieh der Kaiser nicht. Leopold I. ließ die Anführer 1671 köpfen und enteignen. Die Nadasdy-Güter im Mittelburgenland gingen allmählich auf die Esterhazy über.

Die verfolgten Magnaten einigte die erbitterte Gegnerschaft zum absolutistischen Haus Habsburg. Nun nannten sich die Aufständischen selbst „Kuruzzen". Weil sie auch für den Glauben kämpften, sahen sie sich als „Kreuzfahrer" (lat. Crux = Kreuz).

Der Preis für die Vereinigung Ungarns

Nach der katastrophalen Niederlage der Türken vor Wien 1683 war es soweit: die siegreichen Feldzüge des Reiches gegen den Erzfeind, in denen sich Prinz Eugen von Savoyen besonders auszeichnete, beendeten die Dreiteilung Ungarns. Im Frieden von Karlowitz – ca. 70 km nordöstlich von Belgrad – fiel 1699 ganz Ungarn (mit Ausnahme des Banats) an die Habsburger.

Der Preis für den ungarischen Adel war jedoch, daß er von jetzt an noch mehr vom Haus Habsburg abhängig war. Das zeigte sich auch bei den österreichischen Generälen, die dessen Land nicht als Befreier, sondern als Eroberer behandelten.

Der Rakoczy-Aufstand (1703-1711)

Die freiheitsliebenden Ungarn fanden in Franz II. Rakoczy ihren Mann. Sein Rezept: Aufstand mit Plünderungszügen. Wiederum verheerten schwere Kämpfe ganz Westungarn sowie die Grenzgebiete zu Niederösterreich und der Steiermark.

Diesen achtjährigen Krieg beendete ein Friedensvertrag, der den Ungarn erneut die Religionsfreiheit bestätigt.

Wirtschaft und Gesellschaft im 16. und 17. Jahrhundert

Bereits im Spätmittelalter hatten viele Menschen ihre Höfe in den Dörfern aufgegeben. Die Preise für Getreide waren nämlich derart gefallen, daß sie dort hinzogen, wo es Weinbau gab. Die Nachfrage nach Wein steigerte sich ständig. Besonders im Norden des Landes entwickelten sich im 16. und 17. Jahrhundert reiche Weinbaugemeinden.

Trotz der Türkennot erfuhr das Land zunächst eine bescheidene Wirtschaftsblüte. Die Bevölkerung wuchs im 16. Jahrhundert überall an, in Nord- und Mittelburgenland beinahe bis zum Doppelten. Zuwanderer wurden gerne aufgenommen, denn die Weingartenarbeit erforderte viele Arbeitskräfte. Gleichzeitig belebten sie entscheidend das Handwerk, und einige Weinbauorte entwickelten sogar städtischen Charakter.

Kroaten, Glaubensflüchtlinge, Juden und »Zigeuner«

Die größte Gruppe der Neu- und Zusiedler bildeten die Kroaten. Sie flohen aus ihrer Heimat, weil diese als Grenzgebiet ständig von den Türken bedroht war. Den westungarischen Grundherren waren sie als fleißige Untertanen willkommen. Sie förderten und lenkten die Ansiedlung der Kroaten.

Der Zuzug wurde auch dadurch verstärkt, daß es Menschen gab, die in ihrer alten Heimat als Protestanten oder Täufer (Sekte) verfolgt wurden. Westungarn – Burgenland nahm diese Glaubensflüchtlinge auf. Juden konnten in einigen Orten eine Gemeinde gründen: in Eisenstadt und Ödenburg schon im Mittelalter, jetzt in Mattersburg, Kobersdorf, Lackenbach, Deutschkreutz, Neufeld, Gattendorf, Kittsee, Frauenkirchen, Schlaining, Rechnitz und Güssing. „Zigeuner" tauchten vermehrt im 17. Jahrhundert auf.

Es ist also nicht richtig, daß die Türken unser Land „menschenarm“ gemacht haben! Viele kehrten nach einer Angriffswelle wieder in ihre Dörfer zurück, wo sie mit dem Wiederaufbau ihres Hofes begannen, wenn es notwendig war. Dort aber, wo später die Belastungen durch die Feudalherren (= Grundherrn) fast unerträglich wurden, blieben auch die Menschen aus. Im Süden des Landes, wo die Batthyany regierten, kam es fallweise sogar zu Fluchtbewegungen.

Der »Schwarze Tod« – die Pest im Burgenland

Viele Pestsäulen und Bildstöcke künden noch heute vom „großen Sterben“. Die Pestepidemien in unserem Land – 1409/10, 1600-1644 oder 1713 – rafften weit mehr Menschen dahin als die großen Türkenzüge oder etwa die Bocskay-Unruhen 1605.

Natürlich versuchten die geplagten Menschen – mit allerdings meist unzulänglichen Gegenmaßnahmen – der Pest vorzubeugen. Ihre Häuser beräucherten sie mit Balsam und Fichtenharz, Briefe wurden mit heißem Essig gedunstet, Wege und Brücken versperrt und bewacht. Auf verbotenen Wegen stellte man zur Warnung Galgen auf.

Im Jahr 1600 starb am „schwarzen Tod“ allein in der Herrschaft Ödenburg jeder fünfte oder vierte Bewohner. Mehr als 1000 Häuser waren danach verödet. Oberloisdorf traf es am schwersten: 95 Prozent der Bewohner starben. Nicht viel besser erging es den Menschen in Ritzing und Piringstorf, Steinberg, Strebersdorf, Unterfrauenhaid, Weingraben, Deutschkreutz,…

Die Grundherrschaft – am Beispiel der Batthyany

Die Eigenwirtschaften und ihr »Teufelskreis«

Das Alltagsleben der Menschen wurde in diesen Jahrhunderten von der Dorfgemeinschaft und von der Grundherrschaft bestimmt. Der „Lebensstandard“ eines Bauern richtete sich nicht nach der Größe der „Sessionen“ (= Anwesen, also Haus mit Feldern und Wiesen, die dem Grundherrn gehörten), sondern nach der Größe der Abgaben und Robotleistungen. In den nördlichen Gemeinden taten sich die Bauern leichter, die Robottage mit Geld aus dem Weinverkauf abzulösen. Ihre eigenen Wirtschaften (Alloialgüter, Meierhöfe) ließen die Esterhazy zu einem Gutteil in Lohnarbeit bewirtschaften.

Ganz anders die Batthyany. Sie erkannten nicht nur oder zumindest zu spät den „Teufelskreis“ in ihren Herrschaften, der das Land verarmen ließ: für die steigenden Militärausgaben und sündteure Hofhaltung brauchten sie neue Einnahmequellen. Sie bauten daher ihre eigenen Wirtschaften aus. Das verspürten aber die bürgerlichen Untertanen durch einen erhöhten Abgaben- und Dienstleistungsdruck. Sie mußten mehr Roboten und erhöhte Geld- und Naturalabgaben leisten. Die Folge davon war, daß viele bäuerliche Untertanen Haus und Hof verließen. Manche Lehenbauern (Sessionalisten) wurden zu Söldnern (Kleinhäuslern). Es entstanden die ersten Berghäuser und Bergsiedlungen.

Die Burg Güssing im Jahr 1663

Im 17. und 18. Jahrhundert verarmte die große Masse der Bewohner. Auch die Grundherren verschuldeten, weil der Untertan als „Melkkuh“ immer weniger hergab: Dörfer und einzelne Gehöfte mußten an Kleinadelige verpfändet werden. Nur selten reichte der Sparstrumpf eines Bauern, sich von den grundherrlichen Lasten freizukaufen (um 100 bis 300 fl!). Im 18. Jahrhundert kam es zu Bauernaufständen.

Was war wieviel wert?

Für 1 fl (Gulden) erhielt man um 1650 etwa je:

50 bis 60 Liter Wein
60 bis 80 Liter Kraut
83 Liter (= 1 Güssinger Metzen) Erbsen
1 bis 1,5 Ar Weingarten
7 Gänse
15 Hühner
8 Liter Butter
Ein Pferd kostete ca. 20 bis 30 fl
Eine Kuh kostete ca. 10 fl.
Eine Magd erhielt ca. 5 fl. Jahreslohn

Die Hofhaltung – nicht gerade bescheiden!

Einige Zahlen geben eine grobe Vorstellung davon, wie kostspielig allein die Erhaltung der herrschaftlichen Familie samt dem Personal und den Offizieren der „Privatarmee“ unter Graf Adam Batthyany war: 1647/48 wurden 364 Personen mit Speis und Trank auf der Burg Güssing verköstigt. Allein zum Hofpersonal gehörten 24 Speisenträger, 20 Gesellen und Lehrlinge, sechs Schreiber, acht Köche, 20 Reitknechte, fünf Vorreiter, zwölf Trompeter, Pfeifer und Trommler, 16 Pferdeknechte, elf Handwerker, elf Kutscher, 63 Diener der Herrschaft, 14 „Frauenzimmer“, 25 Diener der Speiseträger, fünf Diener der Musikanten und vier Lakaien.

Je nach Rangordnung saßen die Personen an 14 Tischen. Am „ersten Tisch“ die ranghöchsten Würdenträger, an der letzten Tafel Pferdeknechte, Kutscher und Musiker.

Die grundherrschaftliche Privatarmee – ein »gefräßiger Moloch«

Die Hofhaltung, der Bau von Burgen und Schlössern, Klöstern und Kirchen kosteten Unsummen. Und dennoch: kein Vergleich zu den Kosten für die Soldaten der Grundherren! Sie mußten auch in Friedenszeiten bereitstehen! Die Batthyany besoldeten um 1650 rund 2000 bis 2500 Mann ihrer „Privatarmee“. In der Praxis waren es aber die Untertanen, die fast gänzlich für deren Erhaltung aufkommen mußten.

Besonders gefürchtet waren die sogenannten „Einquartierungen“. Die Bauern mußten Soldaten samt ihren Pferden aufnehmen und versorgen. Dabei mangelte es schon von vornherein an Nahrungsmitteln und Viehfutter für den Eigenbedarf. Dazu schrieb ein Bediensteter 1647: „… habe ich sie zum Quartier eingeteilt, ich weiß aber nicht, wie es die Armen halten sollen, denn Heu gab es nicht, das wenige Nachgras ist dreckig, zu nichts gut, dem eigenen Vieh haben sie nichts zum Vorwerfen … was an Hafer wuchs, essen sie anstelle von Weizen und Roggen selber…!“ Der Grundherr war auch oberster Herr bei schweren Vergehen. Über kleinere Straftaten urteilte der Dorfrichter (= „Bürgermeister“) mit eigenen Geschworenen. Die Bauernhöfe und das dazugehörige Land vergab der Grundherr. Dafür verlangte er Abgaben und Dienstleistungen (Roboten oder Frondienste).

Das Leben in einem Dorf vor 300 Jahren

Das ganze Dorf war eigentlich eine große „Familie“. Hier wurde man geboren, hier fühlte man sich geborgen, und viele lebten hier bis zu ihrem Ende. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag zwischen 35 und 45 Jahren (vergleiche mit heute: knapp 80 Jahre). Die Versorgung der Alten war durch die Familie gesichert, zu der auch die Knechte und Mägde zählten. Es gab kaum ein Kind, das nicht zum Unterhalt der Familie beitragen mußte. In den heutigen Entwicklungsländern ist die Situation der Kinder ähnlich wie jener von damals.

Aber es gab auch reichere, ja vereinzelt reiche Häuser. Sie fand man vor allem in den bedeutenden Weinbaugemeinden rund um den Neusiedlersee. Im Süden des Landes konnte sich kaum eine Familie eines höheren Wohlstandes erfreuen.

Das Haus

Das Wohnhaus und zum Teil auch die Wirtschaftsgebäude waren aus Stampflehm gebaut, gedeckt mit Stroh oder Schilf. In der Küche schwärzte ein offener Herd die Wände, der Rauch zog über eine Öffnung ab (Rauchküche). Die Küche und eine Stube waren die einzigen Schlafstätten der Familie. Inwohner (Knechte, Mägde) schliefen nicht selten im Stall oder in der Scheune. Kleine Ladenfenster – meist ohne Glas und manche mit hin- und herschiebbaren Brettern – ließen kaum Licht in die Räume.

Haushaltsgeräte

Tröge, Fässer, selbst Teller und Löffel waren aus Holz. Schüsseln und anderes Gebrauchsgeschirr fertigte man aus Ton. Gefäße aus Eisen waren teuer und daher fast unerschwinglich. Vornehmer war es bei den Weinbauern am Neusiedlersee, wo sogar Kupfer- und Zinngeschirr sowie versilberte Becher deren Reichtum bezeugten.

Was aßen die »kleinen Leute«?

Was an Lebensmitteln auf den Tisch kam, war vom Ernteergebnis und der Abgabepflicht abhängig. Fleisch war selten vorhanden. Brot (Weizen, Roggen, auch Gerste) galt als Hauptnahrungsmittel. Hirse und Heiden aß man als Brei oder Sterz. Kraut und Rüben waren die wichtigsten Gemüsesorten. Reichlich vorhandenes Obst waren Äpfel, Birnen, Quitten, Zwetschken und Kirschen. Honig diente zum Süßen der Speisen. Wein trank man als Nahrungsmittel. Lediglich Salz und Gewürze mußten zugekauft werden.

Märkte und Städte

Wenn wir zurückblicken auf das Mittelalter und in die frühe Neuzeit, so sehen wir, daß Westungarn eigentlich reich an Städten war. Preßburg und Ödenburg (und Wiener Neustadt) zählten als Großstädte und auch Bruck, Hainburg, Wieselburg, Ungarisch Altenburg, Güns, Fürstenfeld strahlten in die Handelswelt von damals weit aus. Schlaining war unter Andreas Baumkircher neu entstanden, Güssing, Güns und Rechnitz gewannen früh als Herrschaftsmittelpunkte an Bedeutung. Grob vereinfacht sollten wir zwei „Stadttypen“ unterscheiden:
die Bürgerstadt mit wohlhabenden Bewohnern, die als solche auch selbstbewußt auftraten. Zum Beispiel Ödenburg, und
die Herrschaftsstadt wie Güssing oder Eisenstadt. Hier lebten und arbeiteten vornehmlich Angestellte im Dienst des Herrenhofes. Der Herr hatte an der Bildung eines reichen und „stolzen“ Bürgertums wenig Interesse. Schlaining und Rechnitz verkümmerten sogar als (kleinere) Herrschaftssitze der Batthyany.

Wein macht reich und freier

Das wirtschaftliche Um und Auf der westungarischen Städte und Märkte war der

Weinbau. Die Verbundenheit der Weinbauern mit ihren Rebgründen war derartig stark, daß aus ihren Reihen äußerst selten Großhändler hervorgingen. Der Grundbesitz bescherte jährlich, wenn das Wetter stimmte, ein gesichertes und hohes Einkommen. Wie wichtig der Wein war, zeigt auch, daß er über die soziale Stellung des Bürgers in der Stadt oder im Marktort entschied. In jeder größeren Weinbaugemeinde gab es eine Handvoll Familien (ca. 5 Prozent der Einwohner), die wir heute als „Millionäre" bezeichnen würden. Diese „Patrizier" besaßen ein Vermögen von mehr als 5000 Gulden. In manchen Orten entstanden viele Höfe (zum Beispiel Neusiedlersee, Donnerskirchen) mit riesigen Kleinbetrieben. Da die Weinkulturen viele Arbeitskräfte benötigten, lebten in solchen Orten und Höfe viele Knechte als Einwohner (60-65 Prozent der Einwohner). Ihre Anzahl wuchs ständig und übertraf bei weitem die Darlehensbauern (rund 30-35 Prozent der Einwohner).

Der Handel

Ab dem 17. Jahrhundert erkannten die Grundherren, wie gewinnträchtig der Handel sein konnte. Sie pochten auf das Recht, allein die bäuerlichen Produkte kaufen und verkaufen zu dürfen. Das war ein Grund dafür, daß sich eine reiche Händlerschicht nicht entwickeln konnte. Die Juden waren als Händler eine Art Bindeglied zwischen Herrn und Untertanen. Ein Großteil von ihnen war im Klein- oder Kramhandel tätig. Einige wenige wurden so wohlhabend, daß sie sogar Geld gegen Zinsen verliehen. Gegen Bezahlung hoher Geldsummen standen sie unter besonderem Schutz der Grundherrn. Mit dem gepachteten Alleinrecht, die Ernteüberschüsse der Bauern zu vermarkten, und anderen Privilegien (zum Beispiel eigene Gerichtsbarkeit) entstanden mitunter Neid und Verachtung. Hier liegt eine der vielen Wurzeln für den Völkermord an den Juden („Holocaust") des 20. Jahrhunderts!

Das Handwerk

Das Handwerk war in den wohlhabenden Städten Ödenburg, Preßburg und Güns am höchsten entwickelt. In den Herrschaftsstädten arbeiteten viele handwerklichen Dienste oder im Auftrag des fürstlichen Hofes. Die meisten Handwerksberufe waren in Zünften organisiert. Einige Orte schufen sich damals mit der Erzeugung bzw. Verarbeitung bestimmter Produkte einen Namen wie etwa Pinkafeld mit der Weberei und Tuchmalerei oder Stoob und Jabing als Töpferorte.

In kleinen Gewerbebetrieben stellte man in den Dörfern die Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs her. Fast alle dieser „Familienbetriebe" hielten sich Haustiere oder bearbeiteten kleine Weingärten, um ein besseres Auslangen zu finden.

Reformation und Gegenreformation – 16./17. Jahrhundert

Die Voraussetzungen in Ungarn

Auch in Ungarn war man über die Mißstände in der katholischen Kirche verärgert. Die Menschen erwarteten eine Erneuerung

Paul Esterhazy (1635-1713) vollendete das Werk seines Vaters Nikolaus, der mit strenger Härte die Gegenreformation durchgeführt hatte. Nahezu das gesamte Nord- und Mittelburgenland war in den Händen dieses Magnaten.

der Kirche. Viele Geistliche führten ein unwürdiges Leben und waren oft theologisch ungenügend ausgebildet. Dazu kam, daß viele Pfarrstellen wegen der Türkengefahr nicht besetzt waren. Die Priester waren geflohen. Es mangelte auch an Nachwuchs, denn die hohen Abgaben an die Bischöfe ließen wenig vom Einkommen eines Geistlichen übrig.

Der Buchdruck ermöglichte rasche Verbreitung der Lehre Martin Luthers

Vor allem waren es Kaufleute und Studenten, die kurze Zeit nach Luthers Anschlag seiner 95 Thesen (1517) dessen Lehre in Ungarn verbreiteten. Die wichtigste Voraussetzung für die Verbreitung der reformatorischen Gedanken war die Buchdruckerkunst. Flugblätter konnten überall rasch verteilt werden, und die Bibel, Andachts- und Gebetbücher befanden sich in sehr vielen Häusern. Selbst ärmere Familien besaßen ein Buch, das damals im Vergleich zu heute recht teuer war.

»Ketzerische« Bücher…

… Anfangs verboten: Als die ersten Bücher mit evangelischen Inhalten auftauchten, reagierten die Grundherrn streng gegen deren Verbreitung. Zum Beispiel wurde schon im Jahr 1524 ein Buchdrucker samt seinen „ketzerischen" Büchern in Neusiedl bei Güssing auf dem Scheiterhaufen verbrannt.
… dann erlaubt: Eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der neuen Lehre spielten die Grundherren. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die mächtigsten unter ihnen evangelisch (oder kalvinistisch). Als Beispiele seien erwähnt: Hans von Weißpriach (Kobersdorf, Forchtenstein, Eisenstadt), Thomas Nadasdy (Lockenhaus, Deutschkreuz und Nikitsch), Ehrenreich von Königsberg (Bernstein) und der Kalvinist Balthasar Batthyany (Güssing, Schlaining, Rechnitz). Für diese Herren waren natürlich auch die kirchlichen Besitztümer (Stiftungen) interessant, die ihren Herrschaften einverleibt wurden. Trotzdem war ihre tiefe innere Überzeugung in den meisten Fällen ausschlaggebend dafür, die Untertanen zur neuen Lehre zu bewegen. Tüchtige, gut ausgebildete Pfarrer vertieften den Glauben der Menschen.

Doch: »Was war katholisch, was war evangelisch?«

Anfangs kannten die Leute kaum die Unterschiede der verschiedenen Lehren. Wie sollten sie das auch, wußten doch ihre Pfarrer selbst nicht genau Bescheid!

Die wichtigste Erkenntnis für die Kirchen lautete daher: Gründung von Schulen und somit die Ausbildung der Geistlichen und Gläubigen. Reiche Bürgerfamilien schickten ihre Söhne auf Universitäten. In evangelischen Gymnasium wie in Ödenburg oder Güssing wuchsen gebildete Prediger heran. Es war nicht zuletzt ihrer Überzeugungskraft zu verdanken, daß gegen Ende des 16. Jahrhunderts und darüber hinaus das Land fast ausschließlich evangelisch war. Um 1600 begannen aber die Habsburger in den westlichen Ländern die Gegenreformation energisch und streng durchzuführen. Im Burgenland fanden Österreicher, Steirer oder Kärntner als Glaubensflüchtlinge ein neues Zuhause.
… und wieder verboten: Das Drucken oder allein schon der Besitz von Schrift mit reformatorischem Inhalt wurde abermals streng untersagt, als Nikolaus Esterhazy (1601),

Adam Batthyany (1630) und Franz Nadasdy (1643) sich dem katholischen Glauben wieder zuwandten. Adam Batthyany ließ die von ihm verbotenen Bücher beschlagnahmen und schenkte sie den Franziskanern in seinem Herrschaftsort Güssing.

Die Gegenreformation. Die Grund- und Pfandherren werden wieder katholisch (17. Jahrhundert)

Neben der inneren Zuwendung waren auch machtpolitische Vorteile für die westungarischen Magnaten ausschlaggebend dafür, daß sie im 17. Jahrhundert zur katholischen Kirche zurückkehrten. Die habsburgischen Könige – besonders Rudolf II. (1576-1608) und Ferdinand II. (1619-1637) – waren erbitterte Gegner der Reformation. In den Esterhazy, Nadasdy und Batthyany fanden sie nicht nur Bollwerke gegen die Türken, sondern auch Verfechter des Katholizismus. Beiden Seiten war damit geholfen:

»Eine Hand wäscht die andere!«

Im Nordburgenland begann man schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts, die evangelischen „Ketzer“ wieder für die „wahre katholische Lehre“ zu gewinnen. Für Nikolaus und Paul Esterhazy war der Begriff „Religionsfreiheit“ noch fremd. Lediglich in Orten, wo evangelische Kleinadelige saßen oder in der Herrschaft Ödenburg konnten Bewohner ihrem Glauben treu bleiben (Pöttelsdorf, Mörbisch, Loipersbach…).

Im Süden dagegen hatte sich der evangelische Glaube bis zum Übertritt Adam Batthyanys zum Katholizismus (1630) gefestigt. In vielen seiner Dörfer blieb daher – bis heute – das Luthertum erhalten (Schlaining, Pinkafeld, Deutsch Kaltenbrunn, …). Seine Maßnahmen gegen die evangelischen Untertanen waren weit nicht so streng wie der Esterhazy.

»Der Zweck heiligt die Mittel!« Oder: »Ich werde dich katholisch machen!«

Gegen die „starrsinnigen“ Reformierten mussten Maßnahmen ergriffen werden, von denen einige wohl wenig mit „christlicher Nächstenliebe“ zu tun hatten. Zusammengefaßt seien kurz folgende erwähnt:

- Vertreibung der protestantischen Pfarrer und Einstellung katholischer Priester;
- Druck und Besitzverbot evangelischer Bücher und deren Verbrennung;
- bessere Ausbildung der katholischen Geistlichen;
- Missionstätigkeiten zum Beispiel durch Jesuiten und Franziskaner;
- Enteignung von evangelischem Kirchenbesitz und evangelischer Kirchen;
- Einsatz von Militärgewalt in widerspenstigen Dörfern (Esterhazy);
- Androhung von Einquartierung der Soldaten in den Dörfern;
- Verweigerung der katholischen Priester, den Evangelischen die Taufe zu spenden, Hochzeiten oder Bekenntnisse zu zelebrieren.

Der Widerstand der Protestanten

Trotz der harten Maßnahmen seitens der Fürsten blieben sehr viele evangelische Gläubige ihrer Konfession treu. Einige ihrer „Gegenmaßnahmen“ waren:

- „Auslaufen“: Besuch des Gottesdienstes oder Empfang der Sakramente in evangelischen Nachbarorten. Die Eisenstädter zum Beispiel gingen zum evangelischen Pfarrer nach Katzelsdorf;
- Abwandern in Dörfer, die evangelischen Kleinadeligen gehörten;
- Bedrohung oder Vertreibung der neu eingesetzten katholischen Pfarrer (Donnerskirchen, Schützen, Purbach, Oggau, Mattersburg, Güssing,…);
- Einsatz von „Winkelpolitik“: da keine protestantischen Pfarrer mehr vorhanden waren, predigten oft Schulmeister, Gerichtsschreiber, Ratsmitglieder,… (= Prädikanten);

Protestantische Gläubige treffen einander heimlich zum Gebet.

- Heimliche Andachten zum Beispiel in Bauernstuben.

Alle diese Bemühungen halfen allerdings nur wenig, und gegen Ende des 17. Jahrhunderts war die Mehrheit der burgenländischen Bevölkerung wieder katholisch. Zumindest bis zum Toleranzedikt (= Religionsfreiheit durch Kaiser Joseph II.) im Jahr 1781 blieben die Evangelischen Menschen zweiter Klasse.

Hexenglaube und Zauberwahn

Der Glaube, daß Menschen im Bund mit dem Teufel anderen Leuten Schaden zufügen können, ist uralt. Dieser Aberglaube wirkte sich besonders vom 15. bis ins 17. Jahrhundert in ganz Europa schrecklich aus: Man schätzt, daß damals über eine Million Menschen diesem Hexen- und Zauberzeitalter zum Opfer gefallen sind!

Auch aus dem Burgenland sind Hexenprozesse schriftlich belegt. Die damaligen Protokolle zeigen, daß selbst gebildete Menschen an Hexerei glaubten und Angeklagte deshalb einkerkern oder hinrichten ließen. Dabei wurden Männer und Frauen gleichermaßen der bösen Teufelskunst bezichtigt. Ob Katholik oder Protestant, das Vorurteil über den Nachbarn, den Bekannten oder den Fremden, war stärker als die Vernunft oder der christliche Glaube!

Warum die Welt voller Teufel war

Damals suchten Mißernten, Seuchen und Kriegswirren das Land heim. Ihre Armut ließ die Bauern nach „Sündenböcken“ suchen. Wie sollte einer verstehen, daß ein Hagelunwetter gerade seinen Weingarten vernichtet hat, während der des Nachbarn verschont geblieben war? Mit der Vernichtung der Weinernte konnte eine Familie ruiniert sein. Das so entstandene Mißtrauen dem anderen gegenüber führte zu haarsträubenden Zeugenaussagen vor Gericht.

Interessant ist, daß manche „Hexen“ oder „Zauberer“ selbst an ihre übernatürlichen Kräfte glaubten und damit sogar prahlten. Es kam auch vor, daß herumziehende Halunken ein Dorf mit Verhexung drohten und so von den Menschen Hab und Gut erpreßten.

Mit dem Zeitalter der Aufklärung und dem Aufschwung der Naturwissenschaft im 18. Jahrhundert nahm die Zahl der Hexenverfolgungen allmählich ab. Maria Theresia beendete sie bei uns offiziell im Jahr 1768 mit einer Verordnung. ■

Serie

Teil 1: Von den Jägern und Bauern der Steinzeit bis zum Niedergang des Römischen Reiches
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_092.htm
Teil 2: Vom beginnenden Frühmittelalter bis zu Andreas Baumkircher, dem Herrn von Schlaining.
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_093.htm

Bildnachweis

Leopold Banny, Lackenbach; Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt; Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt; Michael Floiger, Loipersbach; GRU-Mediathek Lutzmannsburg, Fotoarchiv Atelier am Berg, Mattersburg; Hugo Huber, Weiden am See, Fotostudio Muik, Güssing; Gerhard Mollay, Neusiedl am See.

Außenhandel 2010 im Aufschwung

Dezember 2010: Ausfuhren um 21,0 % gestiegen

Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2010 wurden Waren im Wert von 113,45 Mrd. Euro eingeführt und im Wert von 109,19 Mrd. Euro ausgeführt, wie von Statistik Austria anhand vorläufiger Ergebnisse errechnet wurde. „Mit Wachstumsraten von mehr als 16% sowohl bei den Ein- als auch Ausfuhren setzte Österreichs Außenhandel im Jahr 2010 ganz wichtige Impulse für die Konjunkturbelebung. Die wichtigsten Handelspartner Deutschland und Italien wurden bestätigt. Bei den Importen liegt allerdings China bereits an vierter Stelle – die österreichischen Exporte dorthin stiegen 2010 um fast 40%“, so Konrad Pesendorfer, Generaldirektor von Statistik Austria.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise und einem somit rückläufigen Gesamtjahr 2009 konnten im ersten Quartal 2010 erstmals wieder positive Veränderungsraten festgestellt werden (Einfuhren: 6,2%, Ausfuhren: 6,1%). Diese Entwicklung setzte sich in den Folgequartalen fort, wobei im dritten Quartal 2010 die höchsten positiven Veränderungsraten in beiden Verkehrsrichtungen verzeichnet wurden (Einfuhren: 20,7%, Ausfuhren: 21,4%).

Während der Berichtsmonat Jänner 2010 noch negative Veränderungsraten aufwies (Einfuhren: -2,1%, Ausfuhren: -2,7%), setzte ab dem Berichtsmonat Februar 2010 eine dynamische Entwicklung ein. Die höchsten Wachstumsraten zeigte der Berichtsmonat August 2010 (Einfuhren: 27,4%, Ausfuhren: 28,8%).

Die bedeutendste Produktgruppe war auch im Berichtszeitraum Jänner bis Dezember 2010 „Maschinen und Fahrzeuge“ (Einfuhren: 36,82 Mrd. Euro, Ausfuhren: 41,23 Mrd. Euro), die ausfuhrseitig einen Anteil von 37,8% einnahm; gefolgt von den Produktgruppen „Bearbeitete Waren“, „Chemische Erzeugnisse“ und „Sonstige Fertigwaren“. Im Detail zeigten in der Ausfuhr die Abschnitte 77 – „Elektrische Maschinen und Geräte“ (+26,5% auf 7,90 Mrd. Euro) und 78 – „Straßenfahrzeuge“ (+19,9% auf 8,68 Mrd. Euro) innerhalb dieser führenden Produktgruppe die größten absoluten Zuwächse.

Den größten Ausfuhrüberschuß erzielte die Produktgruppe „Bearbeitete Waren“ mit einem Aktivum von mehr als 7,12 Mrd. Euro. Diese Produktgruppe gewann in der Ausfuhr an Bedeutung (25,10 Mrd. Euro), die größten absoluten Zuwächse verzeichneten darunter die Abschnitte 67 – „Eisen und Stahl“ (+1,14 Mrd. Euro) und 68 – „NE-Metalle“ (+1,05 Mrd. Euro).

Österreich und seine wichtigsten Handelspartner

Deutschland und Italien waren die beiden wichtigsten Handelspartner. Für rund 70% des gesamten österreichischen Handelsvolumens zeichnete der Warenverkehr mit den EU-Mitgliedsstaaten verantwortlich (Eingänge: 82,20 Mrd. Euro, Versendungen: 76,93 Mrd. Euro). Die Eingänge aus der Gruppe der seit Mai 2004 neu beigetretenen Mitgliedsstaaten stiegen um 28,9%, wobei die größten positiven Veränderungsraten mit Zypern, Rumänien, der Slowakei und Ungarn verzeichnet werden konnten.

Nach Deutschland, Italien und der Schweiz folgten einfuhrseitig China und die Tschechische Republik und ausfuhrseitig die Vereinigten Staaten und Frankreich als wichtigste Partnerländer. Die Ausfuhren nach Griechenland (-11,8%), Irland (-14,5%) und Portugal (-13,9%) gingen zurück.

Zunehmende Ausfuhrdynamik mit Drittstaaten

Noch dynamischer als der Warenverkehr mit den EU-Mitgliedsstaaten entwickelte sich unterdessen der Außenhandel mit Drittstaaten: Importe 31,26 Mrd. Euro (18,9%), Exporte 32,26 Mrd. Euro (18,6%). Auffallend

Der Außenhandel Österreichs nach SITC, Jänner bis Dezember 2010

SITC [1]		2009		2010 [2]		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr		Anteil	
		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
		Mrd. €				Prozent			
	Insgesamt	**97,57**	**93,74**	**113,45**	**109,19**	**16,3**	**16,5**	**100**	**100**
0	Ernährung	6,33	5,22	6,68	5,64	5,5	8,1	5,9	5,2
1	Getränke und Tabak	0,71	1,52	0,86	1,62	20,9	6,6	0,8	1,5
2	Rohstoffe	3,93	2,96	5,81	3,69	47,6	24,4	5,1	3,4
3	Brennstoffe, Energie	9,85	2,98	12,28	3,55	24,7	19,0	10,8	3,3
4	Tier. u. pflanzl. Öle, Fette	0,32	0,13	0,37	0,17	15,2	32,1	0,3	0,2
5	Chemische Erzeugnisse	12,23	12,12	14,43	14,19	18,0	17,1	12,7	13,0
6	Bearbeitete Waren	14,89	21,09	17,98	25,10	20,8	19,1	15,8	23,0
7	Maschinen und Fahrzeuge	32,24	35,29	36,82	41,23	14,2	16,8	32,5	37,8
8	Sonstige Fertigwaren	14,97	11,86	16,44	12,90	9,8	8,8	14,5	11,8
9	Waren, ang.	2,10	0,58	1,79	1,10	-14,7	88,9	1,6	1,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. – Werte werden nicht aus den tabellarischen Einzelwerten ermittelt. – 1) SITC = Standard International Trade Classification. – 2) vorläufige Ergebnisse.

war ein starkes Ausfuhrwachstum mit einigen Staaten außerhalb der EU-27. So stiegen beispielsweise die Exporte nach China, Japan, Brasilien, Mexiko oder in die Türkei um deutlich mehr als 30 Prozent.

Exportseitig fanden sich die drei BRIC-Staaten Brasilien, Russische Föderation und China unter den Top-10 Partnerländern, dicht gefolgt vom vierten, Indien, auf Platz 12. In die Russische Föderation wurden vor allem „Chemische Erzeugnisse“ und „Maschinen und Fahrzeuge“ exportiert. Rund zwei Drittel der Exporte nach China betrafen „Maschinen und Fahrzeuge“ und hier insbesondere die Abschnitte 78 – „Straßenfahrzeuge“ und 77 – „Elektrische Maschinen und Geräte“.

Die wichtigsten Produktgruppen beim Export nach Japan (+32,6% auf 1,02 Mrd. Euro) waren „Maschinen und Fahrzeuge“ und „Bearbeitete Waren“, welche gemeinsam mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhren in dieses Land einnahmen.

Über 70% der Exporte in die Schweiz (+19,6% auf 5,20 Mrd. Euro) fielen auf „Maschinen und Fahrzeuge“, „Bearbeitete Waren“ und „Chemische Erzeugnisse“.

Nahezu die Hälfte der österreichischen Exporte in die Vereinigten Staaten (+22,9% auf 4,96 Mrd. Euro) waren der Produktgruppe „Maschinen und Fahrzeuge“ zuzuordnen, wobei die Abschnitte 71 – „Kraftmaschinen“ und 77 – „Elektrische Maschinen und Geräte ang.“ den größten Anteil ausmachten.

Wie Statistik Austria anhand vorläufiger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Berichtsmonat Dezember 2010 bei 9,69 Mrd. Euro und verzeichnete damit ein Plus von 16,9% gegenüber Dezember 2009. Die Ausfuhren betrugen 9,10 Mrd. Euro und erhöhten sich um 21,0% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Handelsbilanz wies somit ein Passivum von 0,59 Mrd. Euro auf.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im Dezember 2010 Waren im Wert von 6,86 Mrd. Euro und Waren im Wert von 6,14 Mrd. Euro wurden in diese Länder versandt. Gegenüber Dezember 2009 stiegen die Eingänge aus den EU-Ländern um 17,1% und die Versendungen um 19,7%. Das Passivum der Handelsbilanz betrug damit 0,73 Mrd. Euro.

Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich auf 2,83 Mrd. Euro und stiegen gegenüber Dezember 2009 um 16,6%, die Exporte nahmen mit 2,97 Mrd. Euro um 23,8% zu. Das daraus resultierende Aktivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,14 Mrd. Euro.

Mitterlehner: Export-Schwung in mehr Wachstum und Arbeitsplätze umsetzen

„Die heute veröffentlichte Exportbilanz der Statistik Austria stellt den österreichischen Unternehmen ein hervorragendes Zeugnis aus. Der Export ist mehr denn je ein Wachstumstreiber, den wir mit unserer Internationalisierungs-Offensive gezielt unterstützt haben“, freut sich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner über den Anstieg der Ausfuhren um 16,5 Prozent auf 109,2 Milliarden Euro. „Damit haben wir unser Exportziel für 2010 um mehr als neun Milliarden Euro übertroffen. Jetzt geht es darum, diesen Schwung in mehr Wachstum und Arbeitsplätze umzusetzen. Dann können wir beim Exportvolumen vielleicht schon heuer wieder das Vor-Krisen-Niveau erreichen“, betont Mitterlehner.

Im Zuge der Neuausrichtung der Internationalisierungs-Offensive will Mitterlehner noch stärker als bisher die Erschließung neuer Zukunftsmärkte außerhalb der Europäischen Union forcieren. „Wir wollen noch stärker in jenen Ländern präsent sein, die im weltweiten Vergleich am stärksten wachsen. Gleichzeitig können wir durch eine Diversifizierung der Zielländer unabhängiger von Krisen in einzelnen Weltregionen werden“, so Mitterlehner. Wie groß die Chancen dieser Strategie sind, zeigt das Beispiel China, wohin die Exporte im Vorjahr um fast 40 Prozent auf 2,82 Milliarden Euro gestiegen sind. Zudem hat China im Vorjahr erstmals die USA als wichtigsten Überseehandelspartner Österreichs überholt.

Darüber hinaus will Mitterlehner künftig noch mehr kleine und mittlere Unternehmen zu Exportbetrieben machen. „Wir wollen den Schritt von der Exportwilligkeit zur Exportfähigkeit durch gezielte Coachings und Marktsondierungsreisen erleichtern“, bekräftigt Mitterlehner.

Leitl: Export: Statistik Austria bestätigt WKÖ-Prognose

„Die von der Statistik Austria veröffentlichten Außenhandelszahlen für das Gesamtjahr 2010 bestätigen eindrucksvoll unsere bereits vor einem Jahr getroffenen Prognosen, daß die österreichischen Exportunternehmen nach dem Krisenjahr 2009 im Jahr 2010 wieder ordentlich durchstarten und ein Ausfuhrvolumen von mindestens 100 Milliarden Euro erwirtschaften würden“, freut sich Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, denn die österreichischen Exporte legten im Vorjahr um 16,5% auf 109,2 Mrd. Euro. Die Importe stiegen 2010 um 16,3% auf 113,5 Mrd. Euro. Nach einem verhaltenen Start zu Beginn des Jahres 2010, gewannen die Exporte im Jahresverlauf immer mehr an Dynamik. Der stärkste Exportmonat war der August 2010 mit einem Ausfuhrplus von 28,8% gegenüber dem August 2009.

Für 2011 erwartet Leitl eine Fortsetzung des Export-getriebenen Aufschwungs der österreichischen Wirtschaft. So könne es heuer gelingen, den bisherigen Rekordwert bei den Ausfuhren von 117,5 Mrd. Euro Exportvolumen aus dem Jahr 2008 sogar noch zu übertreffen. Leitl: „Unsere Prognose: Die Exporte werden 2011 um rund 10% zulegen. 2012 erwarten wir ein Exportplus von 9%.“ 2009 waren 38.000 Unternehmen im Export tätig. Mit Hilfe der Exportfördermaßnahmen der Außenwirtschaft Österreich (AWO) der WKÖ waren es 2010 bereits 40.000 Exporteure. 2011 sollen weitere 2.000 dazu kommen.

Ausschlaggebend für die tolle Exportperformance der 40.000 österreichischen Exportunternehmen im Jahr 2010 waren die stark gestiegenen Ausfuhren nach Deutschland (+18%), Österreichs wichtigstem Außenhandelspartner. Insgesamt werden rund 70% des österreichischen Handelsvolumens mit EU-Staaten abgewickelt. „Die Ganzjahreszahlen zum Außenhandel bestätigen jedoch auch unsere Strategie, die Exportfördermaßnahmen neben den europäischen Nachbarmärkten verstärkt auf Fernmärkte in Übersee zu konzentrieren“, so Leitl. Die österreichischen Ausfuhren nach Gesamt-Asien stiegen um überdurchschnittliche 19,5%, nach Amerika um 25,8% und in die GUS-Staaten um 22,6% zu.

Leitl: „Nach dem ‚Export-Seuchenjahr 2009‘ mit einem Rückgang der Ausfuhren um minus 20%, gelang 2010 die Trendwende und die österreichische Exportwirtschaft ist wieder zum ‚running horse‘ unserer Wirtschaftsleistung und unseres Wohlstandes geworden.“ Zuwächse im Warenverkehr und ein stabiler Handel mit Dienstleistungen haben im Vorjahr für eine deutliche Erholung der heimischen Außenwirtschaft und einen insgesamt beflügelten Wirtschaftsaufschwung in Österreich gesorgt.

„Unsere Devise, ‚Nicht jammern, sondern handeln‘, hat sich ausgezahlt. Denn ein Grund für die wieder erstarkende Exportwirtschaft ist das Exportförderprogramm der Außenwirtschaft Österreich (AWO) der WKÖ, unterstützt von der gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium umgesetzten Internationalisierungs-Offensive ‚go international‘“, so Leitl. ■

Konjunktur bleibt trotz steigender Risiken in Schwung

Bank Austria Konjunkturindikator im Februar weiterhin auf 3-Jahreshoch

Mit kräftiger Unterstützung aus dem Ausland geht die Erholung der österreichischen Wirtschaft weiter. „Der Bank Austria Konjunkturindikator hat im Februar mit einem Wert von 3,7 das 3-Jahreshoch des Vormonats abermals erreicht“, sagt Chefökonom Stefan Bruckbauer. „Der Aufschwung stabilisiert sich, das Konjunkturklima klart weiter auf.“ Die vorhandenen Risiken wie steigende Rohstoffpreise, Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise in einigen Ländern der Eurozone oder Folgen des Erdbebens in Japan, sollten nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria den Konjunkturaufschwung in Österreich nicht in Gefahr bringen. Dennoch ist die Konjunkturphase mit der höchsten Dynamik mittlerweile voraussichtlich überschritten.

„Angesichts der guten Stimmung in der heimischen Wirtschaft ist damit zu rechnen, daß sich der derzeit so kräftige Aufschwung in den kommenden Monaten fortsetzen wird, wenn sich auch in der Detailbetrachtung eine leichte Verlangsamung der Dynamik ankündigt“, so Bruckbauer. Der Bank Austria Konjunkturindikator hält auf Basis der günstigen Stimmung unter Österreichs Verbrauchern sein hohes Niveau. „Der derzeitige Optimismus der heimischen Konsumenten stärkt unsere Erwartung, daß der private Konsum aufgrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung das Wirtschaftswachstum auch weiter unterstützen wird, allerdings mit abnehmender Kraft im späteren Jahresverlauf“, meint Bruckbauer. Die Budgetkonsolidierung, höhere Inflation und steigende Zinsen werden dem privaten Konsum voraussichtlich nur geringfügig zusetzen, denn die österreichischen Haushalte werden bei weiterhin recht verhaltener Kreditnachfrage ihre traditionell hohe Sparquote leicht reduzieren. Insgesamt ist nach dem Anstieg des privaten Konsums um 1 Prozent real im Jahr 2010 für 2011 ein etwas geringeres Plus von immerhin 0,8 Prozent zu erwarten.

Die Binnennachfrage wird in den kommenden Monaten an Dynamik zulegen können, was kräftigeren Investitionen zu verdanken sein wird. „Der moderate Aufschwung der Investitionstätigkeit seit Mitte vorigen Jahres wird sich beschleunigen“, ist

Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl überzeugt. „Die Kapazitätsauslastung in der heimischen Industrie ist mittlerweile sogar höher als in Deutschland und liegt bereits über dem Vorkrisenniveau. Angesichts stark steigender Neuaufträge und wachsender Auftragsrückstände besteht ein Nachholbedarf, der sich 2011 in einem Plus der Ausrüstungsinvestitionen um über 6 Prozent zeigen wird. Die Bauinvestitionen werden dagegen aufgrund der Zurückhaltung der öffentlichen Hand im laufenden Jahr verhalten bleiben.

Im Sog der dynamischen Auftragslage aus den vornehmlich asiatischen Schwellenländern zeigt mittlerweile auch der innereuropäische Handel klar nach oben. „Die Zuversicht unter Österreichs Industriebetrieben hat sich auf dem höchsten Stand seit mehr als drei Jahren stabilisiert, unterstützt durch das günstige europäische Stimmungsumfeld“, so Pudschedl. Während die positive Stimmung in Italien, Frankreich sowie einigen osteuropäischen Ländern, wie Slowakei und Polen jüngst etwas zurückgegangen ist, steht die Konjunkturlokomotive Deutschland weiterhin unter Dampf. Das komfortable Auftragspolster, sowohl der europäischen als auch der österreichischen Industrie verspricht für die kommenden Monate ein anhaltend solides Produktionswachstum. „Die Auslandsnachfrage wird in den kommenden Monaten jedenfalls die treibende Kraft der heimischen Wirtschaft bleiben, wenn auch der Schwung mittelfristig nachlassen dürfte“, so Pudschedl.

Der Höhenflug der Rohstoffpreise, zusätzlich angefacht durch die Unruhen in der arabischen Welt, hat die Abwärtsrisiken für die globale Wachstumsdynamik erhöht. Zudem steigen die Sorgen hinsichtlich zumindest kurzfristig negativer wirtschaftlicher Folgen der Ereignisse in Japan, die jedoch aufgrund der bisher vorliegenden Datenlage nicht seriös bestimmt werden können. Augenscheinlichste Gefahr für die Entwicklung in Europa bleibt die angespannte Verschuldungssituation der Länder an der EU-Peripherie. „Die am EU-Gipfel am Wochenende vorgeschlagenen Maßnahmen könnten sich erneut als zu gering herausstellen. Mehr Flexibilität wäre ein besserer Garant für die Stabilisierung der Situation“, meint Bruckbauer.

„Bei einem zu etwa gleichen Teilen von der Binnen- und Auslandsnachfrage getragenen Wirtschaftswachstum gehen wir für 2011 von einem Anstieg des BIP um 2,3 Prozent aus. Dies ist sogar ein etwas stärkeres Wachstum als 2010. Allerdings werden sich die Quartalswachstumsraten 2011 gegenüber den sehr starken Zuwächsen der letzten drei Quartale von 2010 etwas abschwächen“, beschreibt Bruckbauer das aktuelle Wachstumsszenario der Bank Austria für das laufende Jahr. Mit Anstiegen um 0,3 bis 0,5 Prozent zum Vorquartal, wird die österreichische Wirtschaft im laufenden Jahr weiterhin recht schwungvoll unterwegs sein. ■

Wirtschaft

Happy End in kleiner Menge

Das Weinjahr 2010 ist geprägt von schwierigen Wetterbedingungen und daraus resultierenden kleinen Erntemengen. Dennoch werden knusprige Weißweine und schlanke Rotweine erwartet.

Der strenge Winter des Jahres 2009 wurde von einem ansprechenden Frühlingsbeginn 2010 abgelöst, dem aber bald naßkalte Perioden folgten. Überhaupt war das Jahr 2010 von hohen Niederschlagsmengen und relativ wenigen Sonnenstunden geprägt. Je nach Rebsorte und Weinbaugegend fiel auch die Hauptblüte der Reben in eine mehr oder minder günstige Wetterperiode, was sich unmittelbar auf die Ertragskraft ausgewirkt hat. Das oftmalige Verrieseln der Fruchtansätze zu diesem Zeitpunkt stellte sich als entscheidender Faktor für einen geringen Traubenbehang oder auch eine geringe Anzahl von Beeren pro Traube heraus und führte letztlich zur geringsten österreichischen Erntemenge seit 25 Jahren. Mit nur 1,737 Mio. hl deckt die Erntemenge 2010 nicht einmal den Inlandskonsum von ca. 2,5 Mio. hl. ab.

Obwohl nicht alle Rebsorten in gleicher Weise von dieser Mengenreduktion betroffen waren, traf es Österreichs weiße Leitsorte Grüner Veltliner in ganz erheblichem Maß, aber auch bei Sorten wie Chardonnay, Traminer, St. Laurent und vielen anderen kam es 2010 zu einer deutlich geringeren Erntemenge. Jedoch auch hier ist auf Gebietsunterschiede zu achten: so wurden in den steirischen Weingefilden etwa nur Ernteeinbußen von rund 12% verzeichnet, während anderswo mehr als 40% der Durchschnittsmenge den Wetterkapriolen zum Opfer fielen.

Foto: BMLFUW/AMA-Bioarchiv/Pichler

Geringer Traubenbehang bzw. geringe Anzahl von Beeren pro Traube führten 2010 zur geringsten österreichischen Erntemenge seit 25 Jahren.

Kein Nachteil ohne Vorteil

Nach der wechselhaften Blüte folgte eine trügerische Hitzephase im Juli, die jedoch von einem kühlen und regnerischen August und einem ebenfalls nicht als Altweibersommer zu benennenden September abgelöst wurde. Ab Oktober gab es aber immer wieder „trockene Zeitfenster“, in denen zu einem sorgfältig gewählten Lesezeitpunkt das Traubengut in trockenem und vor allem gesundem Reifezustand eingebracht werden konnte. Begünstigt wurde die Unversehrtheit des Lesegutes durch den mehrfach beschriebenen, lockeren Behang der Trauben, der den Botrytisdruck verringerte und die Winzer guten Gewissens einige Zeit mit der Lese zuwarten konnten. Auch die kühlen Temperaturen, vor allem die nächtliche Abkühlung, haben zum ungewöhnlichen Phänomen „feuchtes Jahr, doch gesunde Trauben“ wesentlich beigetragen.

Bevorzugt waren auch Winzer mit starkem Nervenkostüm, denn Extraktgehalt und Fruchtnuancen nahmen bei später Ernte gleichsam Woche für Woche zu und führten zu durchaus zufrieden stellenden Resultaten. Bei mehr als ausreichendem zuckerfreien Extrakt präsentieren sich die Weißweine sehr fruchtbetont und von einer rassigen, aber kaum jemals aggressiven Säure begleitet. Die Sortenmerkmale treten meist klar hervor und die Botrytis bleibt – von wenigen Ausnahmefällen abgesehen – im Hintergrund. Grundsätzlich kommt ein derartiges Weißweinjahr einem frischen und schlanken Weintyp entgegen, so daß vielfach wieder von einem „österreichischen“ Jahrgang die Rede ist. Bei entsprechender Geduld (und einer ohnehin kaum zu vermeidenden Mengenreduzierung) konnten jedoch auch durchaus kraftvolle Gewächse mit über 13% Alkoholgehalt, sattem Volumen und gebündelter Struktur geerntet werden, wenn auch in weit geringerer Stückzahl als in den letzten Jahren.

Foto: BMLFUW

Rote Weintrauben am Stock

Knusprige Weiße, schlanke Rote

Kennzeichnend für die Weißweine, etwa aus unserer Paraderebsorte Grüner Veltliner, ist somit ein angenehm animierendes Frucht-Säure-Spiel, ergänzt durch markanten Sortencharakter. Etwas verhaltener präsentieren sich vorerst naturgemäß die Rieslinge, die aber ebenfalls durch hohe Rasse und zum

Teil kristallklare Fruchtaromen punkten und damit beispielsweise Jahrgänge wie 2004 und 2008 überflügeln könnten. Auch bei den Burgundersorten gab es zum Teil erhebliche Mengeneinbußen, aber da und dort sehr ausgewogene und runde Qualitäten aus Weißburgunder wie aus Chardonnay, denen eigentlich keine Sortenattribute abgehen. Ähnliches läßt sich für die sehr pointierten, aber keineswegs zu grasigen Sauvignons und Muskateller behaupten, die speziell in der Steiermark, die von günstigeren Witterungsbedingungen profitierte, gelungen sind. In den drei steirischen Weinbaugegenden wurde schon etwas früher eine höhere Zuckerreife erreicht, ein Glück, da aufgrund der feuchten Verhältnisse und hohen Temperaturen ein plötzlicher Fäulnisdruck entstand, dem man nur mit zügiger Erntearbeit entgegenwirken konnte. Auch die burgenländischen Weißweintypen zeigen die Eigenheiten des Jahrgangs auf und werden durch die etwas kräftigere Säurestruktur sogar für den einen oder anderen Gaumen erfrischender als sonst erscheinen.

Über die Qualität und Quantität der Süßweinernte läßt sich zu einem so frühen Zeitpunkt noch nichts Abschließendes sagen, doch sollten beispielsweise die eisigen Temperaturen der Krampusnacht (5. auf 6. Dezember) schon zu einigen Eisweinen genützt worden sein.

Schwieriger gestaltete sich die Situation auf dem roten Sektor, für den letzten Endes der Zweigelt aufgrund einer durchaus befriedigenden Zuckerreife und eines rotbeerigen, fruchtbetonten Charakters die besten Ergebnisse brachte. Auch Pinot Noir sowie St. Laurent, der aber stark unter dem Mengenverlust litt, sind in ihren Hochburgen bei guter Reife ansprechend gelungen.

Schwieriger waren die Verhältnisse für spät reifende Rebsorten, wie etwa dem Blaufränkisch, für den eine strenge Selektion quasi verpflichtend war, um auf entsprechende Gradationen zu kommen, oder für die französischen Rebsorten Cabernet Sauvignon und Syrah, während der Merlot in einigen Fällen doch etwas besser reüssiert hat. Ob aus diesem Jahrgang unsere Rotweinspezialisten jeweils alle bekannten Kategorien erzeugen oder sich auf einige ihrer wichtigsten Marken- oder Lagenweine konzentrieren werden, hängt wohl von ihrer „Philosophie“ ab und wird die Zukunft weisen. Gegenwärtig reifen ja noch die hervorragenden 2009er Roten in den Fässern, die durch die Bank Großes erwarten lassen. ■

http://www.österreichwein.at

Erster heimischer Apfelwein mit kontrollierter Herkunftskennzeichnung

Foto: BMLFUW/Kern

BM Nikolaus Berlakovich gratuliert Obmann Hans Köstinger von der Genuss Region.

Vinum ex malis carinthia controllatum – kurz VMCC – so lautet die kontrollierte Herkunftsbezeichnung für den ersten sortenreinen österreichischen Apfelwein, der im Kärntner Lavanttal hergestellt wird und europaweit der erste mit dieser Qualitätsauszeichnung ist. Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich gratulierte der „Genuss Region Lavanttaler Apfelwein“ zur Auszeichnung. Er freue sich über „die innovative Weiterentwicklung und die erfolgreiche Kooperation mit der „Genuss Region Österreich“, dem „Genussland Kärnten“ und der Bundesanstalt für Weinbau, erklärte der Minister. Die „Genussregionen“ investieren viel in Qualität, in regionale Klimabesonderheiten und alte standorttypische Sorten sowie die besonders sorgsame Veredelung und nachvollziehbare Qualitätsstandards sind oberste Prämisse für deren nachhaltige Entwicklung.

Zur Vorbereitung eines bundesweiten Prüfnummernsystems für Qualitätsobstwein haben die Experten des Bundesamtes für Weinbau in Eisenstadt die strengen Vorschriften des Weinbaus angewendet. Eine eigene Studie charakterisierte die Apfelweine des Lavanttales – die Produktion konzentriert sich hier auf die Gemeinden St. Andrä, St. Georgen, St. Paul und Lavamünd und die Apfelsorten Lavanttaler Banane, Kronprinz Rudolf, Boskoop, Bohnapfel und Schmidberger. Die Erstellung der geschmacklichen Profile erfolgte auf Grundlage kommissioneller Verkostungen mittels eines speziell für Obstwein adaptierten Kostformulars. Auf dieser Grundlage wurde das Apfelweingütesiegel VMCC mit regionaler Ausrichtung entwickelt, dessen Name an die erfolgreichen DAC-Herkünfte für Qualitäts-Traubenweine mit regionalspezifischen Herkunftsprofilen angelehnt ist. Ziel dieser Anstrengungen ist eine analytische und sensorische Prüfung für sämtliche Qualitätsobstweine, wie dies im Weinsektor seit langer Zeit erfolgreich gehandhabt wird. Die Rechtsgrundlage dafür soll mit einer Verordnung des zuständigen Landwirtschaftsministeriums über die Bezeichnung und Herstellung von Obstweinen geschaffen werden.

Bundesweite Vermarktung angestrebt

28.000 Flaschen des Apfelweines VMCC stehen heuer zum Verkauf. Die 15 Lavanttaler Apfelwein-Hersteller verhandeln bereits mit dem Spezialitätenhandel und der Gastronomie über die Vermarktung ihres Premiumproduktes. Laut Hans Köstinger, Obmann der gleichnamigen „Genussregion“, gibt es Gespräche mit REWE (Billa-, Merkur-, Penny- und ADEG-Märkte) über eine Kärnten-weite Listung. Ziel ist der bundesweite Verkauf zu einem Verbraucherpreis von rund 4,50 Euro. ■

http://www.genuss-region.at

Wirtschaft

Trend zur Gesundheit im Urlaub

Studie belegt kraftvolle Entwicklung im Gesundheitstourismus Oberösterreichs

Wachsendes Gesundheitsbewußtsein bringt positive Nächtigungsentwicklung. Der Trend, daß Menschen auch im Urlaub oder in der Freizeit für die persönliche Gesundheit vorsorgen wollen, wurde in Oberösterreich frühzeitig erkannt und durch die Marketingplattform „Gesundheit“ im OÖ. Tourismus strategisch positioniert. Gemeinsam mit innovativen Betrieben werden hier gesundheitstouristische Angebote zeitgemäß weiterentwickelt und erfolgreich vermarktet. Der starke Fokus auf den Gesundheitstourismus und die Konzentration der Kräfte – sowohl im Marketing als auch im Förderbereich – zeigen Wirkung: 60 Prozent mehr Ankünfte, 23 Prozent mehr Nächtigungen und rund 10 Prozent Zuwächse in der Bettenkapazität wurden von 2003 bis 2010 in den oberösterreichischen Gesundheitsdestinationen verzeichnet.

Aktuelle Gesundheitsstudien bestätigen einmal mehr den richtigen Kurs für Oberösterreich. Qualitativ hochwertige und klar strukturierte Angebote entsprechend der Kernkompetenzen des Einzelnen ergeben langfristig ein marktfähiges Gesamtpaket.

Mit dem Projekt „GesundheitsBureau Oberösterreich“ wurden wichtige Multiplikatoren über das hochwertige Vorsorge- und Gesundheitsurlaub informiert und dabei gewinnbringende Kooperationen für die Zukunft vereinbart.

Foto: OÖ. Tourismus/Erber

Zum Beispiel: Ein erfrischender Kneipp-Guß für den Arm.

Erfolgreiches Gesundheitsland

Der Wunsch, bis ins hohe Alter gesund, fit und aktiv zu sein, entspricht dem Zeitgeist. Immer mehr Menschen nutzen ihren Urlaub oder die Freizeit, um körperlich, geistig und seelisch fit und gesund zu bleiben. „Oberösterreich hat diesen Trend frühzeitig erkannt und das Thema ‚Gesundheit‘ bereits 2003 als zentrales Kernthema in der touristischen Strategie des Landes verankert“, sagt Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Viktor Sigl. Gemeinsam mit touristischen Organisationen und innovativen Gesundheitsbetrieben werden gesundheitstouristische Angebote zeitgemäß weiterentwickelt und erfolgreich vorwiegend am deutschsprachigen Markt positioniert.

Die langfristige Entwicklung der Ankunfts- und Nächtigungszahlen zeigt einen steten Aufwärtstrend: 60 Prozent mehr Ankünfte und 23 Prozent mehr Nächtigungen wurden von 2003 bis 2010 in den oberösterreichischen Gesundheitsdestinationen Aspach, Bad Hall, Bad Ischl, Bad Kreuzen, Bad Leonfelden, Bad Schallerbach, Bad Zell, Bad Mühllacken, Geinberg, Schärding und Wolfsegg registriert. Im Tourismusjahr 2010 (November 2009 bis Oktober 2010) entfielen 352.835 Ankünfte und 1,512.037 Nächtigungen auf diese Gesundheitsdestinationen. Der Anteil an den Gesamtnächtigungen in Oberösterreich ist mit mehr als 20 Prozent enorm hoch.

Mit einem Anteil von 13 Prozent an der Gesamtbettenkapazität in Oberösterreich ist das Thema Gesundheit ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Insgesamt stehen rund 8900 Betten in den Gesundheitsdestinationen zur Verfügung. Auch hier ist im Vergleich zu 2003 ein Anstieg um fast 10 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wurden bzw. werden rund 277 Millionen Euro in den Neu- sowie Um- und Ausbau der touristischen Infrastruktur in den Gesundheitsdestinationen investiert. Einige Beispiele:

- Kneipp Betriebe (Bau Spa Bründl Bad Leonfelden) sowie Qualitätsverbesserung bei den Kneipp Betrieben: 24 Millionen Euro;
- EurothermenResorts: 180 Millionen;
- Hotelneubau Lebensquell Bad Zell: 30 Millionen;

Foto: Marienschwestern/Der Wolf

Nordic Walking mit den Marienschwestern in Aspach

- Villa Seilern Vital Resort in Bad Ischl: 21 Millionen
- Revital Aspach Neu- und Ausbau: 22 Millionen Euro

„Der starke Fokus auf den Gesundheitstourismus und die Konzentration unserer Kräfte – sowohl im Marketing als auch im Förderbereich – zeigen Wirkung. Die Erfahrungen daraus fließen nun auch in die Umsetzung der Vorgaben aus dem ‚Kursbuch Tourismus Oberösterreich 2011 bis 2016' ein", sagt Sigl.

Nachfragepotential im Gesundheitstourismus

Seit Jahren werden gesundheitsorientierte Urlaubsreisen mit großen Wachstumschancen gehandelt. Das zeigt auch die Reiseanalyse 2010 der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (F.U.R.) im Herkunftsmarkt Deutschland: 2009 wurden vier Millionen Urlaubsreisen als Gesundheitsurlaub getätigt, bis 2020 wird ein Anstieg auf etwa sieben Millionen erwartet. Fast 40 Prozent der Befragten gaben an, „im Urlaub etwas für die Gesundheit zu tun" sei besonders wichtig, die darunter verstandenen Motive wiederum variieren. Sowohl „Wellness", aber auch „Kur" und „Fitness im Urlaub" werden genannt.

„Der Markt erfordert somit klar positionierte Angebote. Und genau da punkten Oberösterreichs Gesundheitspartner", ist Karl Pramendorfer, Vorstand des OÖ. Tourismus, überzeugt. Denn jeder Betrieb bündelt seine individuellen Stärken und trägt so zum ganzheitlichen Angebot Oberösterreichs bei. Das sind einerseits die großen Thermenoasen sowie andererseits die familiären Gesundheits- und Wohlfühlhäuser. Die Kneipp-Spezialisten ergänzen mit ihrer modernen Interpretation der traditionellen Naturheilmethode ebenso wie die klassischen Kurhäuser das Gesundheitsangebot der Gruppe.

Qualität durch Weiterentwicklung und Investitionen

Das Kneipp- & Gesundheitszentrum der Barmherzigen Brüder in Schärding nutzt den Trend zu ganzheitlichen Heilmethoden und bietet seit kurzem einzigartig in Oberösterreich die original ayurvedische Reinigungskur Pancha Karma an. Die zweiwöchige Kur erzeugt großes Interesse und wird bereits recht gerne gebucht. Die Marienschwestern vom Karmel setzen 2011 in Bad Kreuzen auf Traditionelle Europäische Medizin (TEM) als Verstärkung des ganzheitlichen Kneipp Konzeptes. Das EurothermenResort Bad Schallerbach läßt im Sommer 2011 den Wasserpark Aquapulco in neuem Glanz erstrahlen. Gemeinsam mit der für Herbst geplanten Eröffnung Österreichs erster „Cabrio Therme" positioniert sich der Standort einmal mehr als Urlaubsparadies für die ganze Familie. Die Therme Geinberg wiederum setzt auf den Ausbau des Thermenhotels mit harmonisch in die Landschaft eingefügten Chalets. In einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstitutes market geht diese übrigens als sympathischste Therme Österreichs hervor. Dicht gefolgt vom EurothermenResort Bad Schallerbach sowie Bad Hall liegen somit drei oberösterreichische Betriebe unter den Top 5 in Österreich.

Nachhaltiges Marketing stärkt Plattform

Sehr erfolgreich wurde Ende 2010 das in der Form einzigartige Projekt „GesundheitsBureau Oberösterreich" abgeschlossen. Zwei Jahre lang informierte eine Key Account Managerin niedergelassene Ärzte, Top-Firmen, themenaffine Organisationen, wie etwa die Apothekerkammer OÖ, sowie Multiplikatoren aus Wirtschaft und Medizin über das Vorsorge- und Gesundheitsurlaubsangebot der Gesundheitspartner. Die daraus entstandenen gewinnbringenden Kooperationen werden 2011 weitergeführt, wie etwa die Zusammenarbeit mit OÖ Ärztekammer, Uniqa Versicherung oder auch dem Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit. Dabei werden gemeinsame Synergien genützt sowie die fachlich hohe Qualität gesichert.

Stärke durch Kooperation

Seit 2005 sind die Marienschwestern vom Karmel mit ihren drei Kneipp Traditionshäusern in Aspach, Bad Kreuzen und Bad Mühllacken Mitglied der Marketingplattform „Gesundheitspartner Oberösterreich". „Der Eintritt in diese Gruppe bedeutete für uns eine Riesenchance, um unser Angebot am Markt bekannt zu machen und auch langfristig zu positionieren", zeigt sich Hans Hermann, Direktor der Marienschwestern vom Karmel, begeistert. Verschiedenste Qualitätskriterien, wie etwa die sanitätsrechtliche Überprüfung aller Partnerbetriebe, sorgen für entsprechende Sicherheit. Die größten Vorteile sieht er im gemeinsamen Auftritt: „Durch die gebündelte Marktpräsenz nutzen wir wertvolle Synergien und positionieren dennoch unsere individuellen Stärken." OÖ. Tourismus ermöglicht uns zusätzliche Kooperationen, wie etwa mit dem „OÖ. Genussland" oder auch dem Produkt Donausteig. Eine Unterstützung in der Pressearbeit bringt uns zudem wichtige Medienkontakte, die wir wiederum gewinnbringend nutzen können", so Hermann.

Teamarbeit statt Einzelkampf

Regelmäßige Gespräche geben wertvolle Impulse. „Fairness und Wertschätzung innerhalb der Gruppe sind sehr wichtige Faktoren. Auch werden die kleinen Häuser gleichermaßen wahrgenommen, wie die großen Thermen", lobt Hermann die Zusammenarbeit. Zudem setzt Oberösterreich seit 2007 verstärkt auf das Thema Kneippen. Die Marienschwestern mit ihren drei Standorten positionieren gemeinsam mit dem Gesundheitshotel Gugerbauer, dem Spa Hotel Bründl,

dem Kurhaus Dr. Petershofer und dem Kneipp- & Gesundheitszentrum der Barmherzigen Brüder das Kneipp Interesse innerhalb der Gruppe sowie am Markt. „Dadurch veränderte sich auch das Controlling bei uns im Haus, denn detaillierte Kennzahlenanalysen gab es vorher nicht."

Moderne Wege als Basis für eine traditionelle Naturheilmethode

Ende 2010 wurde an allen drei Standorten zur traditionellen und unverfälschten Kneipp Therapie ein zusätzlicher medizinischer Schwerpunkt gesetzt. „Impulse für mein Leben" setzt Aspach mit Stressbewältigung, Burn-out-Prävention und Sinnfindung. In Bad Kreuzen verstärkt unter dem Motto „Altes Wissen für meine Kraft" die Traditionelle Europäische Medizin (TEM) das ganzheitliche Kneipp Konzept. In Bad Mühllacken steht „Nahrung für meine Seele" mit Fasten, Entschlacken und bewußter Ernährung im Mittelpunkt. Daß die Marienschwestern damit auf dem richtigen Weg sind, unterstreichen auch die Zahlen: An den drei Standorten wurden 2010 insgesamt 46.300 Nächtigungen registriert, für heuer wird eine Anstieg auf 48.000 erwartet. Im Fünfjahresvergleich verzeichnen die drei Häuser einen Nächtigungsanstieg um 23 Prozent (2005 bis 2010), die Jahresauslastung konnte von 50 auf 73 Prozent erhöht werden. Insgesamt wurden im Zeitraum achteinhalb Millionen Euro in Qualitätsverbesserungen investiert.

Oberösterreichs Top-Gesundheitsanbieter im Überblick

Top-Gesundheitsbetriebe positionieren Oberösterreich als Gesundheitsland, in dem hohe medizinische Kompetenz und ein entspannendes Wohlfühl-Ambiente Hand in Hand gehen. Als „Gesundheitspartner OÖ" bewerben diese Top Betriebe gemeinsam mit dem OÖ-Tourismus ihre jeweiligen Schwerpunkte:

Die drei EurothermenResorts Bad Hall, Bad Ischl und Bad Schallerbach setzen auf großzügige Thermen und direkt angeschlossene Relaxhotels mit zusätzlichen Schwerpunkten je Standort. In Bad Hall ist dies die Jodsole, einzigartig bei Augenbeschwerden und zudem stark stressmindernd. Bad Ischl setzt auf Salz, Sole und Sole-Schlamm zur Entspannung sowie Vorbeugung, Linderung der Atemwege und des Bewegungsapparates. In Bad Schallerbach sorgt Schwefelthermalwasser für einen starken Stütz- und Bewegungsapparat, zudem steht hier Vielfältigkeit und Familienfreundlichkeit im Vordergrund. Die Therme Geinberg bringt wohltuende Behandlungen aus allen Kontinenten ins Innviertel und setzt seit 2010 zudem auf ganzheitliche Anti-Aging-Programme. Das Gesundheitsresort Lebensquell Bad Zell kombiniert heilendes Radon mit der modernsten Ganzkörperkältekammer (-110 Grad) Österreichs zur Behandlung des Bewegungsapparates sowie zur Schmerztherapie.

Daneben verstärken die Gesundheits- und Wohlfühlhotels das Gesundheitsangebot in Oberösterreich. Das 2008 eröffnete Villa Seilern Vital Resort Bad Ischl setzt auf Prävention, Herz-Kreislauf, sowie auf den Mentalbereich. Im gleichen Jahr öffnete das Spa Hotel Bründl in Bad Leonfelden seine Pforten und setzt die Kneipp Tradition auf moderne Weise um. Als weiterer Kneipp Spezialist verstärken die Marienschwestern vom Karmel mit ihren drei Häusern in Aspach, Bad Kreuzen und Bad Mühllacken das ganzheitliche Angebot.

Das Kneipp- & Gesundheitszentrum der Barmherzigen Brüder in Schärding kombiniert Kneipp mit Traditioneller Chinesischer Medizin (TCM) und Ayurveda. Das Gesundheitshotel Gugerbauer nebenan setzt neben Kneipp vor allem auf Ernährung sowie auf die Behandlung des Stütz- und Bewegungsapparates. Seit 2010 gehört das traditionsreiche Kurhaus Dr. Petershofer in Wolfsegg am Hausruck zu den Kneipp Spezialisten in Oberösterreich. Das Kurhaus kümmert sich individuell um Rheuma- und Venenleiden seiner Gäste. ■

http://www.gesundheitsurlaub.at
http://www.oberoesterreich.at

Foto: urothermenResorts

Ausgelassener Wasserspaß kombiniert mit der heilenden Wirkung der Sole im EurothermenResort Bad Ischl.

Staatspreis Innovation 2011

Wirtschaftsminister prämierte Öko-Innovationen aus Oberösterreich und der Steiermark mit Staatspreis – WKÖ-Vizepräsident Schelling überreichte Econovius

Foto: Thomas Preiss

Dietmar Bahn und Klaus Dirnberger von Anger Machining sowie Claus Repnik von der ACC Austria GmbH (v.l.)

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zeichnete am Abend des 22. März Anger Machining mit Sitz in Traun sowie die ACC Austria aus Fürstenfeld mit dem „Staatspreis Innovation 2011“ aus. „Die neuen Staatspreis-Träger leben eindrucksvoll vor, daß Öko-Innovationen der Schlüssel für mehr Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze sind. Durch ihre Entwicklungen ermöglichen sie den effizienteren Einsatz von Energie im Verkehr und im Haushalt“, betonte Mitterlehner bei der Verleihung in der Wiener Aula der Wissenschaften.

Erst zum zweiten Mal in der 31jährigen Geschichte des Staatspreises, der im Auftrag des Wirtschaftsministeriums von der Austria Wirtschaftsservice (aws) abgewickelt wird, kürte die Experten-Jury zwei Unternehmen ex aequo zum Sieger. Die Gewinner wurden aus insgesamt 614 Einreichungen ausgewählt. „Die konstant hohe Teilnehmerzahl ist ein positives Signal für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich“, sagte Mitterlehner.

Die Anger Machining GmbH erhielt den Staatspreis für die Entwicklung der „HCX Technologie“ – einer hoch effizienten Anlage für die Zerspanung von Präzisionsteilen in der Serienfertigung. Damit wird ein Meilenstein für die Produktion der neuesten Generation verbrauchsarmer Getriebe und Motoren gesetzt.

Die Forschungs- und Entwicklungsstätte ACC Austria sicherte sich den Staatspreis mit dem weltweit einzigartigen Kühl-Kompressor „Delta“. Das Herzstück jedes Kühl- und Gefrierschrankes kann bis zu 50 Prozent der Energiekosten einsparen.

Mit einer Nominierung für den Staatspreis zeichnete Mitterlehner die folgenden Unternehmen aus: die DICE GmbH aus Linz für neuartige Radarsensoren, die Luccon GmbH aus Klaus in Vorarlberg für ihre innovativen Lichtbeton, die Isovoltaic GmbH aus Eisenstadt für spezielle Rückseitenfolien für Photovoltaik-Anlagen sowie die Treibacher Industrie AG aus Althofen (Kärnten) für die Entwicklung neuartiger Katalysatoren.

Sonderpreis Econovius an isiQiri interface technologies

Im Rahmen der Staatspreis-Gala wurde auch der Sonderpreis Econovius der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) an ein KMU verliehen, das sich durch besonders innovative Leistungen ausgezeichnet hat. Der diesjährige Econovius ging aus den Händen von WKÖ-Vizepräsident Hans Jörg Schelling an siQiri interface technologies GmbH aus Oberösterreich. „Die ausgezeichneten Firmen sind ein Beweis für die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen und unterstreichen damit, daß der KMU-Bereich der Wachstums- und Jobmotor Österreichs ist“, betonte Schelling. Gerade eine kleine Volkswirtschaft wie Österreich brauche Flexibilität, Unternehmergeist und Innovation, um im Konzert der Großen mitspielen zu können. Schelling: „Die Leistungen der heute ausgezeichneten, wie auch jener für die Preise nominierten Unternehmen, stimmen mich zuversichtlich, daß Österreich auf dem richtigen Weg ist.“

Der WKÖ-Vizepräsident gratulierte allen Gewinnern und Nominierten, da „sie belegen, daß es in Österreichs Wirtschaft nicht an Ideen für neue Geschäftschancen mangelt." Gerade in schwierigen Zeiten seien innovative Unternehmen der Garant für die wirtschaftlich stabile Entwicklung Österreichs. Für den Econovius waren folgende weitere Unternehmen nominiert: Dunst KFZ u. Hydraulik GmbH, IMENDO GmbH, SeaLife Pharma GmbH, YLOG GmbH, Sturm GmbH, Nessler Medizintechnik GmbH und Textilveredelungs GmbH Grabher.

Neuer Sonderpreis prämiert Energie-Innovationen

Zusätzlich zum Econovius etabliert Mitterlehner in Kooperation mit dem Verbund den neuen Sonderpreis VERENA (Verbund E-Novation Award). Damit werden Unternehmen ausgezeichnet, die in den Bereichen Energieeffizienz-/management, erneuerbare Energien, E-Mobilität und Energiesysteme innovative Projekte mit Universitäten, Fachhochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen umgesetzt haben. Entsprechende Projekte können im Rahmen der Ausschreibung für den Staatspreis Innovation 2012 eingereicht werden. „Mit VERENA schaffen wir einen zusätzlichen Anreiz für Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und forcieren gleichzeitig die weitere Umsetzung der Energiestrategie Österreich", sagt Mitterlehner.

Bahnbrechende Innovationen made in Upper Austria

„Um im nationalen, aber auch im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, ist es wichtig, konsequent an neuen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen zu arbeiten und diese auf den Markt zu bringen. Der Anger Machining GmbH ist dies mit der mit HCX Maschinentechnologie eindrucksvoll und mit großem Erfolg gelungen", gratulieren Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer und Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl. Auch das oö. Unternehmen isiQiri war siegreich und räumte den Sonderpreis Econovius ab. Für Pühringer und Sigl eine weitere Bestätigung der strategischen Wirtschaftspolitik durch Oberösterreichs Strategieprogramm „Innovatives OÖ 2010plus", das die oö. Wirtschaft auf vielfältige Weise unterstützt und dafür sorgt, daß die Innovationskraft im Land noch stärker wird. ■

http://www.anger-machining.com
http://www.verdichter.at
http://www.isiqiri.com

Oberösterreich bei erneuerbaren Energien führend

Internationale Delegation zum Informationsaustausch

Foto: Land OÖ/Anzengruber

Landesrat Max Hiegelsberger empfing die Delegation aus Südafrika, Kanada und USA zum Informationsaustausch.

Oberösterreichs Bäuerinnen und Bauern liefern als EnergiewirtInnen grüne Energie in Form von Wärme, Biogas, Strom oder als Treibstoff. Die Zahlen sprechen für sich: Insgesamt 47.000 Biomasseeinzel- und Gemeinschaftsanlagen produzieren in Oberösterreich umweltfreundliche Wärmeenergie. 400 Mio. Liter Heizöl werden damit durch klimaneutrale Biomasse ersetzt. Was wiederum rund 1 Mio. Tonnen CO_2 einspart.

Aber nicht nur bei der Wärmegewinnung aus Biomasse ist Oberösterreich Vorreiter. „Unsere Landwirtinnen und Landwirte beweisen in der Energiegewinnung immer wieder besonderen Innovationsgeist. Pilotanlagen im Bereich Biogas, Bio-Rohstofferzeugung in einer Bioraffinerie und Stromgewinnung durch Holzvergasung sind immer wieder Anziehungspunkte für internationale Delegationen", hob Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger die Vorreiterrolle und Innovationskraft der Landwirtschaft in Oberösterreich hervor. Auch für die Wirtschaft im Bereich Bioenergie-Technologie habe Oberösterreich viel zu bieten. „Im Zusammenhang mit Grüner Energie haben Oberösterreichs Wirtschaft und Landwirtschaft gemeinsam viel erreicht, das international nun Nachahmer findet. Das ist nachhaltiger Umweltschutz und es entstehen Jobs in Oberösterreich."

International findet der oberösterreichische Weg in diesem Bereich großes Interesse, wie diese Woche bei einer internationalen Delegation mit VertreterInnen oberösterreichischer Partnerregionen.

Auf dem Programm der Info-Tour mit Vertreterinnen und Vertretern der südafrikanischen Region Westkap, der kanadischen Region Quebec und dem US-Bundesstaat Georgia stand nach einem Treffen mit Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger unter anderem ein Besuch des Biomasseheizwerks sowie der Biogasanlage in Grieskirchen, bei der Pilotanlage der grünen Bioraffinerie in Utzenaich sowie bei der Holzverstromungs-Pilotanlage in Geiersberg im Bezirk Ried im Innkreis. Bei weiteren Treffen sollen die Beziehungen speziell im Agrar- und Bio-Energiebereich in Zukunft weiter vertieft werden. ■

200 Sommerjobs warten auf Tirols Jugend

Die Tiroler Ferialstellenbörse ist heuer fulminant gestartet. Schon zum Auftakt stehen Tirols Jugendlichen 200 verschiedene Sommerjobs zu Auswahl. „Die Ferialstellenbörse ist wichtig, weil die Wirtschaft junge Menschen braucht, die ihr schulisches Wissen und ihre Einsatzbereitschaft in der Arbeitswelt unter Beweis stellen möchten. Und die Jugendlichen sammeln dabei wertvolle Berufserfahrung", sagt Tirols Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf. Als neuer Partner bei der Tiroler Ferialstellenbörse ist heuer die Wirtschaftskammer eingestiegen. ***http://www.mei-infoeck.at***

Die Schwarzmeerregion

Wirtschaftsentwicklung und Bedeutung für Österreichs Außenwirtschaft

Die Schwarzmeerregion gewinnt als Wirtschaftsraum zunehmend an Bedeutung. Da sich die Volkswirtschaften dynamisch entwickeln, werden sie künftig ein großes Nachfragepotential bilden. Österreichs gute aussenwirtschaftliche Beziehungen zur Schwarzmeerregion könnten noch ausgebaut werden. In der Ukraine ist die Wettbewerbsposition der österreichischen Unternehmen gut, die Exportstruktur Österreichs stimmt in hohem Maß mit der Importnachfrage der Ukraine und der Türkei überein.

Die Länder der Schwarzmeerregion an der strategischen Schnittstelle zwischen Europa, Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten gelegen, gewinnen aufgrund der geographischen Nähe, der Rohstoffvorkommen und wegen des Absatz- und Arbeitskräftepotentials zunehmend an Bedeutung. Wegen der dynamischen Nachfrageentwicklung bilden die Länder der Region, insbesondere die Türkei, in Zukunft ein großes Marktpotential für die österreichische Außenwirtschaft.

Die Schwarzmeerregion (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Türkei) ist kein homogener Wirtschaftsraum, die Volkswirtschaften unterscheiden sich hinsichtlich Geschichte, Größe, Entwicklungsstand und Ressourcenvorkommen. In den 2000er-Jahren verzeichneten alle Länder ein zum Teil hohes Wirtschaftswachstum. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise machte den Aufholprozeß der Schwarzmeerregion teilweise zunichte. Mittlerweile wurden alle Volkswirtschaften der Region vom Aufschwung erfaßt und expandieren kräftig, doch hat das BIP noch nicht in allen Ländern das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Für die weitere Entwicklung liegen keine verläßlichen Prognosen vor, mittelfristig sind aber ähnlich hohe Zuwächse zu erwarten wie vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise. Dank dieser dynamischen Entwicklung bietet die Region weiterhin ein großes Nachfragepotential für die österreichische Außenwirtschaft.

Nach der erfolgreichen Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Ostmitteleuropa bietet sich die Schwarzmeerregion als weiteres Ziel der verstärkten Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft an. Österreich hat gute außenwirtschaftliche Beziehungen zur Schwarzmeerregion, diese können aber noch ausgebaut werden. Die Warenausfuhr in diese Länder machte 2010 mit 1,9 Mrd. Euro 1,8% der gesamten österreichischen Warenexporte aus. Nach dem Einbruch in der Wirtschaftskrise entwickelt sich der Export in die Region wieder sehr günstig. 2010 wuchs die österreichische Warenausfuhr um 33%, somit wurde das Vorkrisenniveau (2007) bereits wieder überschritten. Besonders dynamisch wuchs der Export nach Aserbaidschan (+74,1%) und in die Ukraine (+25,9%). Gemäß vorläufigen Schätzungen entfiel 2009 ein Direktinvestitionsbestand von 4,4 Mrd. Euro auf den Schwarzmeerraum; dies entsprach 3,9% des Gesamtbestandes. Der bisherige Höchstwert war 2007 mit 6,3 Mrd. Euro erreicht worden.

In der Ukraine verfügen die österreichischen Unternehmen über eine starke Wettbewerbsposition, gemessen am Marktanteil im Warenexport. Die große Übereinstimmung der österreichischen Exportstruktur mit der Importnachfrage der Ukraine und der Türkei dieser Strukturübereinstimmungsindex kann als Indikator für kurzfristige Exportpotentiale herangezogen werden deutet auf gute Chancen für die österreichische Warenexportwirtschaft hin. ■

Inflation springt im Februar 2011 auf 3,0%

Die Inflationsrate für Februar 2011 betrug nach Berechnungen von Statistik Austria 3,0% (Jänner 2,4%, Dezember 2,3%). Das war der höchste Wert seit Oktober 2008 (3,1%). Hauptverantwortlich dafür waren starke Preisanstiege bei Treibstoffen und Heizöl (+22% beziehungsweise +30% im Jahresabstand; Einfluß auf die Inflationsrate insgesamt +0,94 Prozentpunkte). Nahrungsmittel verteuerten sich ebenfalls deutlich (insgesamt +4,2%). Ohne Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate 2,1% betragen, ohne Mineralölprodukte und Nahrungsmittel 1,7%. Das Preisniveau des Mikrowarenkorbes, der hauptsächlich Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf repräsentieren soll, stieg im Februar um 4,3% im Vergleich zum Vorjahresmonat. ■

In London ausgezeichnet

Lebensmittel punkten

Hohe Anerkennung gab es für österreichische Produktinnovation bei der wichtigsten britischen Lebensmittelmesse, der IFE 2011, die Mitte März in den Londoner Docklands stattfand. Das berichtete Georg Karabaczek, österreichischer Wirtschaftsdelegierter im AußenwirtschaftsCenter London der Außenwirtschaft Österreich (AWO) der WKÖ. Neben dem „Fresh Ideas Award“, den die Pinzgau Milch für die Produktinnovation „Promilat Vital“ – ein Nahrungsergänzungsgetränk – erhielt, wurden mit „SteirerKren – Always freshly grated“ (Feldbacher Fruit Partners), „Core Pumpkin Seed Beer“ (Kor HandelsgmbH) und „Fruity Fun Drink“ (Klosterquell) drei weitere österreichische Produktneuheiten in den renommierten IFE „New Products Guide“ aufgenommen.

Karabaczek: „Auf der IFE London 2011 präsentierten sich diesmal insgesamt 1.400 Aussteller aus über 50 Ländern vor 24.000 internationalen Fachbesuchern. Am österreichischen Stand der AWO waren zehn Aussteller beteiligt.“ Die IFE London ist die wichtigste internationale Fachmesse für Nahrungsmittel und Getränke im Vereinigten Königreich. Der österreichische Gruppenstand wurde von der Außenwirtschaft Österreich gemeinsam mit dem österreichischen AußenwirtschaftsCenter London organisiert. Die österreichischen Firmen stellten britischen Einkäufern aus Groß- und Einzelhandel, Distributoren, der Gastronomie und Fachjournalisten ihre Fruchtsäfte, Mineralwasser, Bier, Fleisch- und Wurstspezialitäten, Milchmixgetränke, Schnitt- und Hartkäse-Spezialitäten, Süßwaren, Krenspezialitäten und Kürbiskern-Produkte vor.

Im hoch kompetitiven britischen Lebensmitteleinzelhandel versuchen die großen Supermarktketten Zuwächse zu erzielen, indem sie verstärkt in den Convenience-Sektor investieren und kleine Geschäfte eröffnen, die hauptsächlich Lebensmittel verkaufen.

In der jetzigen Wirtschaftssituation spielt auch der Preiswettbewerb unter anderem mit den zunehmend aktiven Diskontern eine bedeutende Rolle. „Chancen für österreichische Nahrungsmittelproduzenten liegen unter anderem im Private Label Sektor – Premium Brand – sowie bei Produktinnovationen“, so der österreichische Wirtschaftsdelegierte abschließend. ■

Der „Internationale Tag der Freiwilligen“ wurde am 5. Dezember 1985 von der UNO-Generalversammlung ins Leben gerufen. Er ist als Gelegenheit gedacht, die Leistungen von Freiwilligen weltweit zu würdigen. Dazu leistet auch das Land Oberösterreich seinen Beitrag. Der Stellenwert der Ehrenamtlichen für eine Gesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wer Zusammenhalt in der Gesellschaft will, braucht ehrenamtliches Engagement. Dieser Einsatz hat viele Gesichter: im Sozialbereich, der Kultur, dem Sport oder im kirchlichen Bereich. Ehrenamtliche sind eine tragende Säule eines funktionierenden Gemeinwesens. Ohne ihr Wirken wäre unser Land um vieles ärmer. Der Weg Oberösterreichs zu einer europäischen Zukunftsregion ist ohne das Engagement dieser Menschen undenkbar. Ihr Beitrag zum Gelingen einer Gesellschaft ist unverzichtbar, aber auch unbezahlbar.

Unverzichtbar, aber nicht unbedankt

Entscheidend ist, daß die Arbeit der vielen Tausenden freiwilligen Helfer in Oberösterreich nicht unbedankt bleibt. Jede und jeder Einzelne, der freiwillig arbeitet, hat das Recht auf entsprechende Wertschätzung und den Dank der Öffentlichkeit. Oberösterreich begrüßt daher, daß die Europäische Kommission das Jahr 2011 zum „Jahr der Freiwilligenarbeit“ deklariert hat und wird sich mit einer Reihe von Aktionen beteiligen. Sie sollen Dank und Anerkennung für Geleistetes ausdrücken, aber auch die Aktivitäten ehrenamtlich Tätiger stärken. Sie sollen dazu beitragen, freiwilliges Engagement als eine der wesentlichen Dimensionen der aktiven Bürgerbeteiligung und der Demokratie ins Bewußtsein zu rücken. Das „Jahr der Freiwilligenarbeit 2011“ soll aber auch zeigen, daß freiwilliges Engagement eine bereichernde Lebenserfahrung darstellt, und damit noch mehr Menschen als bisher für ehrenamtliches Engagement begeistern.

Umfrage »Das Ehrenamt in den Augen der OberösterreicherInnen«

Ziel dieser Untersuchung war es, im Vorfeld des „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011“ die Ehrenamtlichkeit in Oberösterreich demoskopisch zu untersuchen. Die Untersuchung wurde im November 2010 durchgeführt, die Fragen richteten sich an ca. 2000 Personen, die einen statistischen Querschnitt der wahlberechtigten BürgerInnen Oberösterreichs ab 16 Jahren darstellte.

Stellenwert des Ehrenamts

Für die OberösterreicherInnen hat das Ehrenamt, also freiwillige und unbezahlte Leistungen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, einen äußerst hohen Stellenwert. 87 % betrachten diese Art der Tätigkeiten für sehr wichtig, zusätzlich 12 % als ziemlich wichtig. Nur eine Minderheit von 1 % empfindet sie als nicht besonders wichtig. Dieser eindeutige Befund erstreckt sich über alle soziodemografischen Gruppen. Die OberösterreicherInnen sind sich damit der Bedeutung der Freiwilligkeit für unsere Gesellschaft durchaus bewußt.

Nicht nur die Freiwilligenarbeit an sich hat in den Augen der OberösterreicherInnen einen hohen Stellenwert, sondern auch das persönliche Engagement für eine ehrenamtliche Tätigkeit spielt für die Beurteilung einer Person eine große Rolle: 77 % der Bevölkerung reagieren mit Anerkennung und Sympathie auf Personen, die sich in einer Organisation oder einem Verein freiwillig und unbezahlt engagieren.

Potential nach oben bei »gefühlter Wertschätzung«

Wenn jemand behaupten würde, daß Ehrenamtliche in Oberösterreich ausreichend

gewürdigt und anerkannt werden, findet diese Aussage nur bei 17 % der Ehrenamtlichen eine ungeteilte Zustimmung. Darunter sind vor allem Personen im Alter von über 50 Jahren sowie freiwillige Helferinnen und Helfer aus dem Traun- und Innviertel. Weitere 69 % bestätigen die Anerkennung ihrer sozialen Leistungen allenfalls teilweise – eine Minderheit von 10 % hingegen überhaupt nicht.

51 % sind ehrenamtlich engagiert

Bei der Frage, ob man selbst in irgendeiner Form eine freiwillige und unbezahlte Tätigkeit ausübt – also Leistungen erbringt, die andern zugute kommen, in Bereichen wie Feuerwehr, Rettung, Kultur, Umwelt, in kirchlichen, politischen und sozialen Bereichen, in der Bildung oder im Sport, bezeichnet sich jede/jeder zweite in Oberösterreich ab 16 Jahren als ehrenamtlich Tätiger. Unter den 51 % der Landesbürger, die in einem ehrenamtlichen Bereich engagiert sind, befinden sich vor allem Männer, Menschen bis zu einem Alter von 50 Jahren, eher leitende Angestellte und vor allem Personen, die außerhalb des Ballungsraumes wohnen. Besonders auffallend sind folgende demografische Eigenheiten:

- geschlechtsspezifische Unterschiede im Verhältnis 60:42 % sind Männer deutlich engagierter im Ehrenamt als Frauen,
- regionalspezifische Unterschiede im Verhältnis 59:44 % sind die Innviertler deutlich engagierter im Ehrenamt als Städter und
- altersspezifische Unterschiede im Verhältnis 58:45 % sind Personen bis zum 50. Lebensjahr deutlich engagierter im Ehrenamt als ältere Personen.

Warum sieht sich jemand außerstande, ehrenamtlich tätig zu werden?

Befragt man die nicht ehrenamtlich Tätigen (49 %) nach ihren Gründen, nicht ehrenamtlich tätig zu sein, so öffnet sich ein breites Feld an Motiven: Ein Drittel der Bezugsgruppe gibt vor allem gesundheitliche Gründe (16 %) aber auch Altersgründe (17 %) an. Hier liegt für eine im demografischen Wandel befindliche Gesellschaft noch einiges an Potential.

Motive für ehrenamtliche Tätigkeit

Zwei Überlegungen stellen zugleich unabdingbare Voraussetzungen für die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit dar: Zum einen die Freude, anderen Menschen helfen zu können (90 %), zum anderen das Gefühl, etwas Sinnvolles/Nützliches zu tun (89 %).

Auf den weiteren Rängen der Motivleiter folgen mit hoher Zustimmung immaterielle Nutzerwartungen für die eigene Persönlichkeit (83 % engagieren sich, um eigene Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden zu können, 81 %, um neue Erfahrungen zu sammeln). Das Kennenlernen von neuen Menschen wird von jedem Zweiten, weltanschauliche Gründe der Freiwilligenarbeit von fast zwei Fünftel bejaht.

Die Suche nach Anerkennung hat als Motiv für die Freiwilligenarbeit eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

Zugang zum Ehrenamt

Auslöser für eine ehrenamtliche Tätigkeit sind relativ am häufigsten ein spezielles Interesse (37 %) oder die Ermunterung der Freunde (33 %). Für 31 % der Bezugsgruppe hat sich ein schon begonnenes Engagement fortgesetzt. 27 % wurden davon speziell von einer Organisation eingeladen, also konkret auf eine Funktionsübernahme in einem Verein, einer Körperschaft usw. angesprochen.

Auffallend ist, daß Frauen eher durch Einladung von Freunden, Männer eher durch spezielles Interesse, zum Ehrenamt gefunden haben.

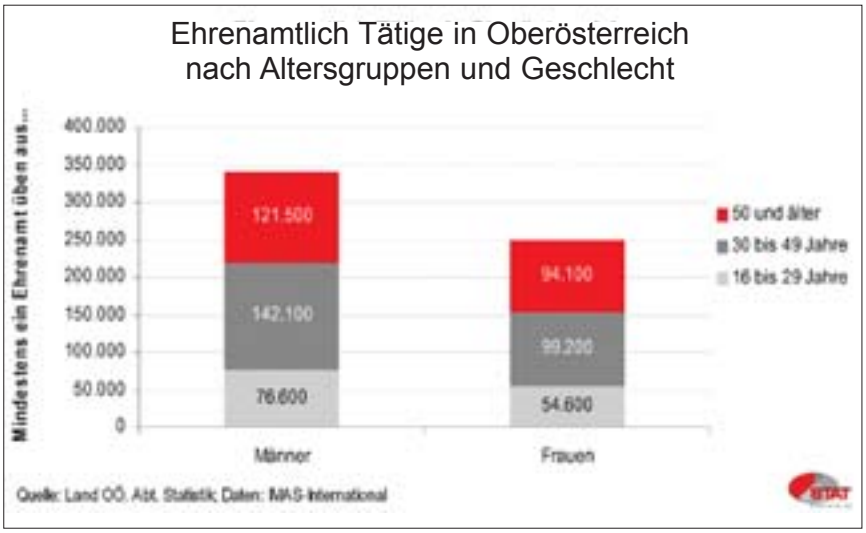
Positive Erlebnisse im Ehrenamt

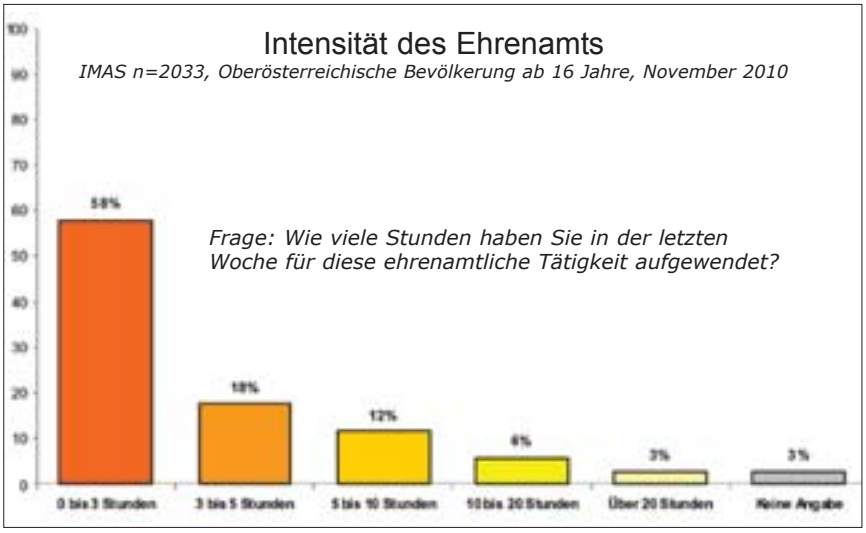
Das positive Erlebnis des freiwillig und unbezahlten Engagements stützt sich auf zwei tief verwurzelte Überzeugungen:

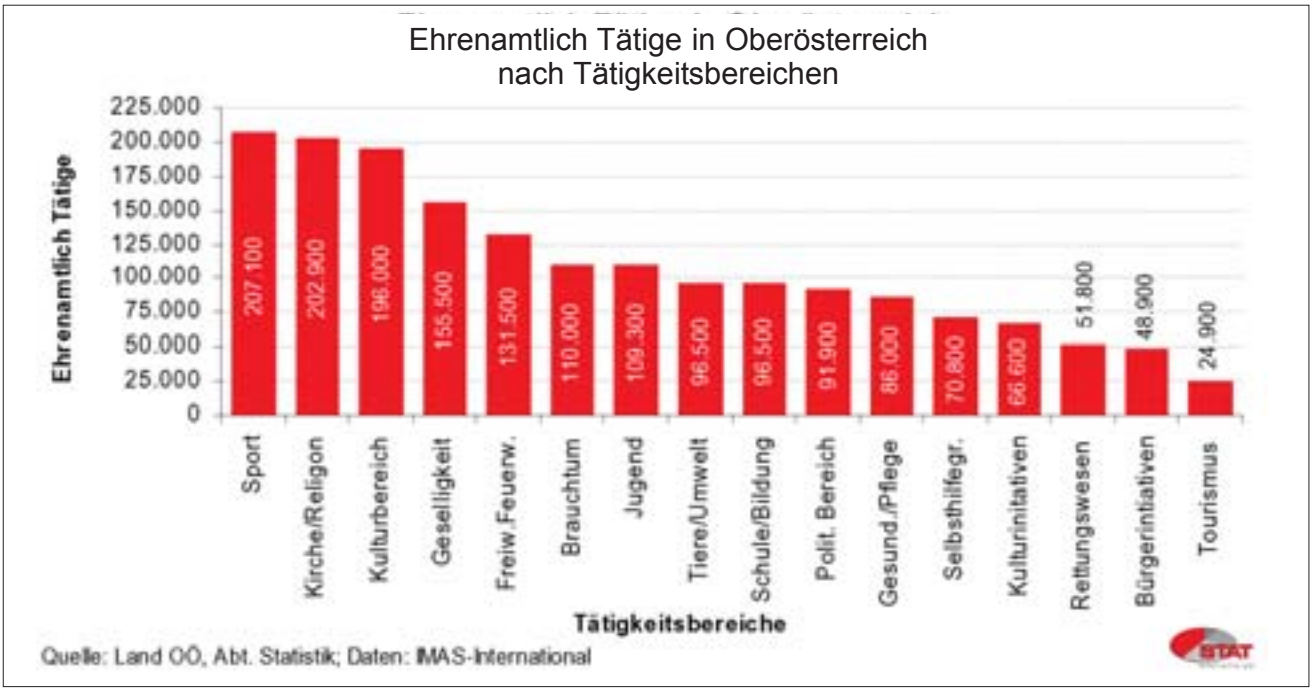
- das Ehrenamt hat Sinn (86 %) und
- man leistet damit einen Beitrag zur Gesellschaft (80 %).

600.000 Ehrenamtliche in Oberösterreich

Jede/r Zweite (50,2 %) der Befragten gab an, „in irgendeiner Form eine freiwillige und unbezahlte Tätigkeit auszuüben, die anderen zugute kommt“. Hochgerechnet ergibt das







fast 600.000 ehrenamtlich Tätige in unserem Bundesland.

Männer sind häufiger ehrenamtlich tätig als Frauen - im organisierten Ehrenamt

Mit einem Anteil von 59,6 Prozent an der männlichen Bevölkerung ab 16 Jahren üben 340.200 Oberösterreicher mindestens ein Ehrenamt aus, bei den Frauen sind es 41,2 Prozent bzw. 247.900 OberösterreicherInnen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Das Ehrenamt in Zahlen

Nach Altersgruppen gegliedert, sind Menschen in mittleren Lebensjahren besonders engagiert:

- Zwei Drittel der Männer (67,1 %) zwischen 30 und 50 Jahren sowie die Hälfte der gleichaltrigen Frauen (48,0 %) sind ehrenamtlich tätig.
- Bei den 16- bis 30jährigen liegt dieser Anteil bei 59,0 Prozent (Männer) bzw. 43,9 Prozent (Frauen).
- Bei den über 50jährigen gehen immer noch gut die Hälfte der Männer (53,6 %) und ein Drittel der Frauen (35,0 %) einem Ehrenamt nach.

Von allen ehrenamtlich tätigen Männern und Frauen sind 22,3 Prozent jünger als 30 Jahre, 41,0 Prozent sind 30 bis 50 Jahre alt und 36,7 Prozent älter als 50 Jahre.

Weiters ist noch interessant, dass ein Drittel (33,1 %) der Freiwilligen die Ausübung eines Ehrenamtes angab. Ein Fünftel ist in zwei Ehrenämtern (21,3 %) und fast die Hälfte (45,6 %) in drei und mehr Ehrenämtern vertreten.

Intensität der Aufgabe der Ehrenamtlichkeit in OÖ

- 58 Prozent der oberösterreichischen Ehrenamtlichen bringen im Durchschnitt bis zu drei Stunden in der Woche für ihren Freiwilligendienst auf.
- 18 Prozent sind im Schnitt 3 bis 5 Stunden tätig.
- 12 Prozent zwischen 5 und 10 Stunden.
- 6 Prozent wenden 10 bis 20 Stunden ihrer Zeit für ihre ehrenamtliche Funktion auf.
- 3 Prozent der Ehrenamtlichen verbringen mehr als 20 Stunden mit freiwilliger Tätigkeit im Dienst der Allgemeinheit.

Spitzenfelder - Sport, Kultur und Kirche/Religion

Die drei größten Tätigkeitsfelder bilden die Bereiche Sport, Kultur und Kirche/Religion. Während im Sport mit 207.100 und im kirchlich-religiösen Bereich mit 202.900 jeweils mehr als 200.000 Landsleute ehrenamtliche Leistungen erbringen, wird im Kulturbereich – darunter vor allem in den Musikvereinen – mit 196.000 Personen diese Marke nur knapp unterschritten.

Frauen dominieren in den familienbezogenen und sozialen Bereichen: Ehrenämter im Gesundheits-/Pflegebereich (70,5 % Frauenanteil), Selbsthilfewesen (65,8 %), kirchlich-religiösen Bereich (59,2 %) und im Schul- und Bildungswesen werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Hingegen dominieren die Männer naturgemäß bei der Freiwillige Feuerwehr (87,6 % Männeranteil) sowie im politischen Bereich (82,5 %).

Interessensgebiete für freiwilliges Engagement

In jungen Jahren werden eindeutig die Freiwillige Feuerwehr (30,4 %), das Rettungswesen (34,4 %) und die Jugendarbeit (32,8 %) favorisiert. Aber auch der kulturelle Bereich (25,9 %) ist bei jungen Leuten ein beliebtes Betätigungsfeld.

Im Gesundheits-/Pflegebereich (51,6 %) und im Selbsthilfewesen (47,3 %) sind es überproportional häufig ältere Menschen, die ehrenamtliche Dienste leisten. Aber auch der kirchlich-religiöse Bereich (39,1 %), der Bereich Geselligkeit (41,0 %) und Bürgerinitiativen (40,9 %) sind bevorzugte Tätigkeitsfelder der 50-plus-Generation.

Im Bereich Bildung/Schule engagieren sich vor allem die Eltern der Kinder und damit dominiert hier die Altersgruppe der 30- bis 50jährigen.

Potential - Bereitschaft zum Ehrenamt

24 Prozent der Menschen, die aktuell keine ehrenamtliche Funktion ausüben, signalisieren eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme einer etwaigen Aufgabe.

Vor allem jüngere OberösterreicherInnen, Menschen mit höherer Bildung scheinen für die Freiwilligenarbeit gewinnbar zu sein.

Auffällig dabei ist, daß von den Menschen, die aktuell nicht ehrenamtlich tätig sind, 26 Prozent angeben, bislang schlicht noch nicht dazu eingeladen worden zu sein.

Vor allem bei Menschen über 50 Jahren, Frauen und Bewohnerinnen und Bewohner von Städten ist das der Fall.

Nachbarschaftshilfe in Oberösterreich

Die Nachbarschaftshilfe ist neben der Ehrenamtlichkeit in Organisationen eine weitere Säule des Zusammenlebens in Oberösterreich. Durch sie machen wir uns stark für unsere unmittelbaren Mitmenschen – unsere Nachbarn. Mit meist einfachen und wertvollen Tätigkeiten bieten wir unbezahlbare rasche Unterstützung und Hilfe.

So geben bei der Befragung 55 Prozent der OberösterreicherInnen an, in der Nachbarschaftshilfe tätig zu sein, und leisten somit einen unbezahlten Beitrag für Menschen außerhalb der eigenen Familie. Ihr Engagement erstreckt sich neben der konkreten Nachbarschaftshilfe auch auf Besuchsdienste, Kinderbetreuung und Hausarbeiten. Vor allem in der Stadt, im Stadtumland und im Innviertel steht die Nachbarschaftshilfe überdurchschnittlich hoch im Kurs. Außerdem ist dies der Fall bei Personen im Alter von über 50 Jahren und bei Männern.

Konkrete Tätigkeiten in der Nachbarschaftshilfe

An der Spitze der konkreten Tätigkeiten in der Nachbarschaftshilfe stehen die Mithilfe bei handwerklichen Arbeiten (55%), diverse Hausarbeiten (54%) und auch Kinderbetreuung/unbezahlte Nachhilfe (49%).

Dazu kommen Besuchs- und Fahrtendienste, die von 45 Prozent der Befragten angegeben wurden, sowie das Erledigen von Schriftsachen oder Amtswegen für andere.

- An Reparaturen aller Art sind vor allem die Männer und Personen von 30 bis 50 Jahren besonders engagiert.
- Diverse Hausarbeiten werden am ehesten von Frauen, Personen über dem 50. Lebensjahr und Bewohnern des Mühl- und Innviertels erledigt.
- Kinderbetreuung/gratis Nachhilfe übernehmen eher Frauen, Personen bis zum 30. Lebensjahr und Menschen mit höherer Bildung.
- Die Betreuung, Besuchs- und Fahrtendienste für hilfsbedürftige Menschen werden am ehesten von Frauen, Personen über dem 50. Lebensjahr und BewohnerInnen des Inn- und Hausruck- viertels geleistet.
- Die Erledigung von Schriftsachen und Amtswegen wird überdurch- schnittlich oft von Männern, der plus 50 Jahre-Generation und von Menschen mit höherer Bildung durchgeführt.

»Den Ehrenamtlichen darf die Ehre nicht abhanden kommen!«

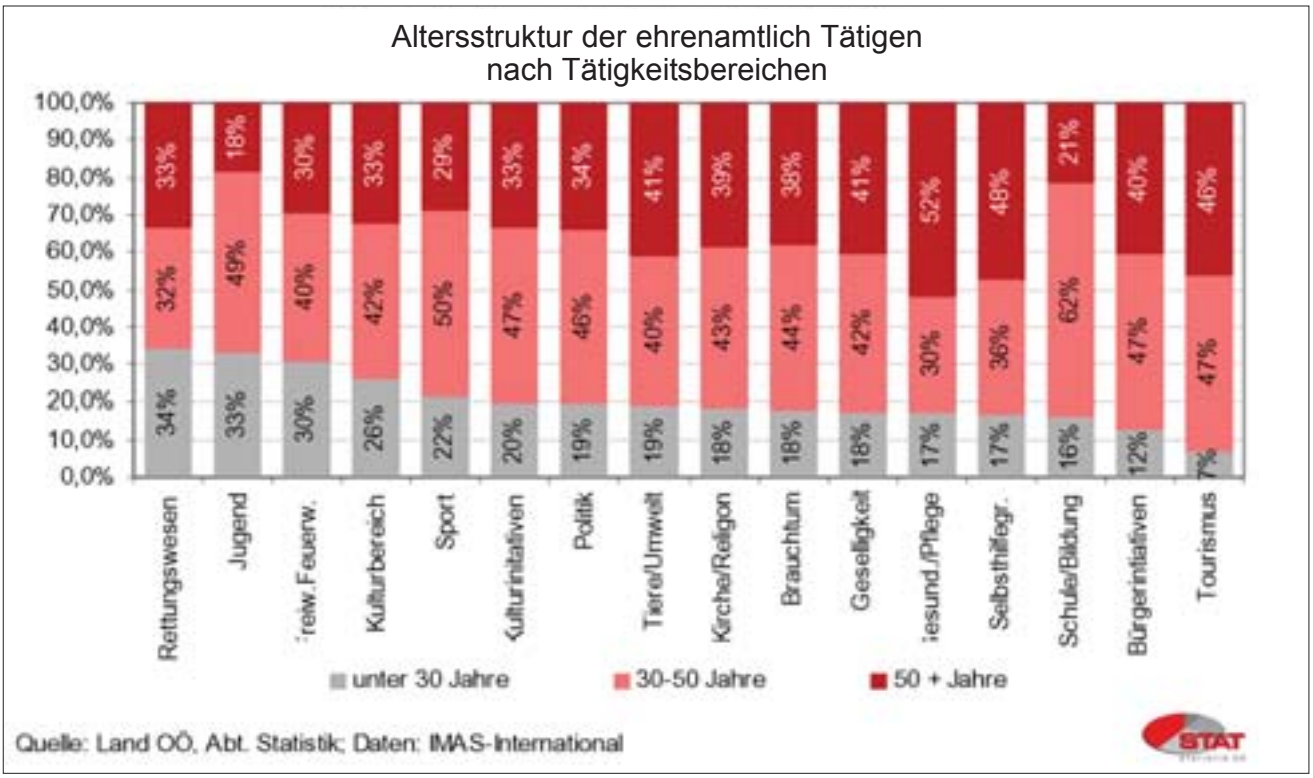
Die „Börse Ehrenamt“ ist eine Plattform, die das Land im Internet bereitstellt, um Organisationen und Institutionen, die ehrenamtliche MitarbeiterInnen suchen, mit interessierten BürgerInnen, die sich engagieren möchten, zu vernetzen. Organisationen können dort ein Profil anlegen, in dem sie ihre Arbeit vorstellen, verschiedene Rubriken zur ehrenamtlichen Mitarbeit angeben (z.B. Administration, Betreuung, Praktische Arbeiten,…) und eine Kontaktperson benennen. Interessierte BürgerInnen können sich alle Organisationen ansehen und über eine Suchfunktion nach Themenbereichen (Familie, Senioren, Rettungswesen, Umwelt- und Tierschutz etc.) und nach dem Bezirk, in dem sie tätig sein möchten, suchen.

Die „Börse Ehrenamt“ wurde zum 1. Jänner 2007 eingerichtet und hat aktuell 236 eingetragene Organisationen. Ansprechpartner für Interessierte sind alle Bürgerservicestellen an den Bezirkshauptmannschaften sowie im Landhaus und im Landesdienstleistungszentrum Linz; dort kann man sich die Funktionsweise der Börse erläutern und bei den ersten Schritten in der Suche beraten lassen.

http://www.boerseehrenamt.at

Eigene Wort-Bildmarke

Das Land OÖ wird im Jahr 2011 einen Schwerpunkt darauf legen, das vielfältige ehrenamtliche Engagement im Bundesland deutlich sichtbar zu machen und noch mehr zu fördern. Mit der Wort-Bildmarke „Ehrensache“ wurde ein Logo geschaffen, das emotionalisiert und das „Wir“-Gefühl der OberösterreicherInnen anspricht. Es soll zeigen, dass Freiwilligenarbeit gegenseitig bereichert und ein Miteinander ist. ■



Chronik

Neugestaltung der Gedenkstätte Mauthausen

Wesentliche Projekte der ersten Phase sind die Sanierung des ehemaligen Reviergebäudes sowie die Gestaltung einer neuen Überblicksausstellung und einer Ausstellung zur Massentötung in Mauthausen.

Eine zeitgemäße Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist ein gesellschaftspolitisches Anliegen und eine Herausforderung, der wir uns seit einigen Jahren stellen“, sagte Innenministerin Maria Fekter bei der Vorstellung des Projekts zur Neugestaltung der Gedenkstätte Mauthausen am 30. März in Wien. „Wir setzen damit ein Zeichen, daß die Republik die nationale und internationale Verantwortung wahrnimmt, an die Opfer des NS-Regimes zu gedenken. Wir setzen auch Zeichen gegen Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus. Die Neugestaltung ist ein wichtiger Baustein in der Wiederbetätigungsprävention.“

Zusätzlich zur Neugestaltung der Überblicksausstellung und einer Ausstellung zur Massenvernichtung werde das pädagogische Angebot ausgebaut, ein Gedenkraum („Raum der Namen“) zum Gedenken an alle Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen eingerichtet und auch der Außenbereich neu gestaltet, erläuterte Fekter.

Die Gesamtkosten für die 1. Phase der Neugestaltung betragen 1,7 Millionen Euro. Die Umsetzung soll Anfang 2013 abgeschlossen sein. Fekter: „Dank zu sagen gilt es auch der Burghauptmannschaft, die die Rahmenbedingungen für die Ausstellung durch Sanierungsarbeiten der Gedenkstätte ermöglicht hat.“

Foto: BM.I - A. Tuma

Richard Steger, Barbara Glück, Innenministerin Maria Fekter, Manuel Schilcher und Siegfried Miedl (v.l.)

Neue Überblicksausstellung zur Lagergeschichte

Ein wesentliches Projekt in der ersten Phase der Neugestaltung ist neben der Sanierung des ehemaligen Reviergebäudes die Gestaltung einer neuen Überblicksausstellung und einer Ausstellung zur Massentötung in Mauthausen. Im Rahmen der Neukonzeption der gesamten Gedenkstätte kommt der neuen Überblicksausstellung eine zentrale Funktion zu. Die Hauptaufgabe der Ausstellung besteht darin, einen Überblick über die Geschichte des KZ-Systems Mauthausen zu geben.

Im April 2010 startete ein europaweiter Wettbewerb, bei dem die Gestalter der beiden Ausstellungen und eines Gedenkraums im ehemaligen Reviergebäude des Konzentrationslagers Mauthausen ermittelt wurden.

Den Zuschlag für das Projekt erhielt die „argeMarie“ der Architekten Siegfried Miedl und Richard Steger und des Künstlers Manuel Schilcher. Vom Team des Archivs der Gedenkstätte Mauthausen, das für die inhaltliche Umsetzung der Ausstellung zuständig ist, wurden einige Forschungs- und

Foto: BMJ/Fotoarchiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Stephan Matyus

Die internationale Fotoausstellung »Das sichtbare Unfaßbare« wird derzeit in der Baracke 11 der KZ-Gedenkstätte Mauthausen gezeigt.

Erschließungsprojekte ins Leben gerufen, um die zukünftige Ausstellung auf dem neuesten Forschungsstand aufbauen zu können. Diese Forschungsprojekte beinhalten unter anderem das Projekt „Regionales Umfeld“, die Sichtung und Aufarbeitung von Oral-History-Interviews wie auch die Erschliessung und Beschlagwortung von schriftlichen Erinnerungsberichten, sowie die Suche nach Gegenständen aus dem ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen und die Katalogisierung der „Dachau Trials“.

Eigener Vermittler-Pool

Ein weiteres wesentliches Projekt der ersten Phase des Neugestaltungsprozesses ist der Aufbau eines eigenen Vermittler-Pools. 2009 und 2010 fanden Ausbildungslehrgänge in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen statt, bei denen historisches Wissen über das KZ und die Gedenkstätte Mauthausen vermittelt wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich dabei mit den pädagogischen Prinzipien des neuen Vermittlungskonzepts auseinander und erprobten die Kenntnisse in der Praxis.

Die Zahl der Vermittlerinnen und Vermittler soll in den nächsten Jahren wachsen und es werden weitere Ausbildungslehrgänge angeboten.

Vereinsjahr 2011 – Vereine unterstützen die Gedenkstätte Mauthausen

Fekter betonte, daß viele Vereine einen wichtigen unverzichtbaren Beitrag für die Gedenkstätte Mauthausen leisten. „2011 ist das europäische Jahr der Freiwilligkeit. Die Gedenkstätte Mauthausen ist ein Beispiel dafür, daß Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenengagement für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind“, sagte die Innenministerin. „Ich darf mich daher auch bei allen Vereinen und ehrenamtlich tätigen Personen, die sich um die Aufrechterhaltung der Gedenkstätte sowie der zahlreichen ehemaligen Außenlager kümmern, herzlich bedanken.“

Fekter legt als Vereinsministerin sehr großen Wert darauf, daß Vereine, die sich in irgendeiner Form um Gedenkstätten kümmern, auch jene Unterstützung erhalten, die sie brauchen, sei es finanziell, organisatorisch oder personell. „Wir wissen aber auch, daß die Republik gefordert, ist ihre Aufgaben in diesem wichtigen Feld nicht ehrenamtlich tätigen Personen allein überlassen darf und kann“, sagte Fekter. „Wir haben daher in den Neugestaltungsprozeß auch den Aufbau eines eigenen so genannten ‚Vermittler-Pools‘ vorgesehen.“

Die Bedeutung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist Österreichs größter Gedenk- und Erinnerungsort an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Jährlich besuchen rund 200.000 Menschen die Gedenkstätte, die sich in den letzten Jahrzehnten auch immer mehr zu einer demokratiepolitischen Bildungseinrichtung entwickelt hat, da der Großteil der Besucher Schüler und Jugendliche sind.

Die Bedeutung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen geht weit über den nationalen Kontext hinaus, da die Mehrheit der Häftlinge aus anderen europäischen Nationen stammte. Somit hat die Gedenkstätte auch eine internationale geschichts- und erinnerungspolitische Bedeutung und wird vom Ausland in ihrer Entwicklung beobachtet.

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist nicht nur ein historischer Ort, an dem die Verbrechen des NS-Regimes, sowie das Überleben und der Widerstand dargestellt werden, sondern vor allem auch ein Friedhof und Gedenkort, der dem Andenken an die Opfer gewidmet ist. Nach wie vor kommen Überlebende und Angehörige von Mauthausen-Häftlingen aus der ganzen Welt an diesen Ort, um zu gedenken. ■

http://www.mauthausen-memorial.at

Stiegenaufgang zum Jourhaus, dem eigentlichen Lagereingang

Fotos: BMI/Fotoarchiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Stephan Matyus

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Blickrichtung Lagertor, zu sehen sind hierbei der Appellplatz, die Baracken 1, 6, und 11 sowie die Dächer der Waschbaracke, Küchenbaracke und des Arrestgebäudes.

Chronik

Die Pummerin läutet wieder

Über 21 Tonnen schwere »Pummerin« hängt im Wiener Stephansdom – am 9. März schlug ein neuer, rund 580 kg schwerer Klöppel an.

Ein ganz besonderes Schmiedeereignis fand am 4. Dezember bei Edelstahl Rosswag im badischen Pfinztal statt: Süddeutschlands größte Freiformschmiede schmiedete einen neuen Klöppel für die größte Glocke Österreichs, die so genannte „Pummerin". Die über 21 Tonnen schwere Bronze-Riesin hängt im Wiener Stephansdom. Seit März erzeugt ein rund 580 kg schwerer Klöppel, gefertigt aus dem von Rosswag extra für Klöppel entwickelten Spezialstahl RSK 100, den Ton in ihr.

Dieser Werkstoff ist, wie die Glocke, den besonderen Belastungen in einem Kirchturm ausgesetzt: „Im Winter kann Kälte von minus 30 Grad herrschen, im Sommer kann es über 40 Grad heiß werden", beschreibt Sven Donisi, technischer Geschäftsführer von Edelstahl Rosswag, die Beanspruchung. Viele Klöppel brechen daher nach Jahren und stürzen durch den Turm ab – „nicht die von uns", so Donisi. Experten von Pro-Bell, dem europäischen Glockenforschungsprojekt mit Sitz an der Fachhochschule Kempten, bestätigen dies: Klöppel von Rosswag seien bruchsicher und in der Glocke kann schonend ein schöner Klang erzeugt werden.

Aufgrund des Werkstoffs, des mehrstündigen Schmiedens des Rohlings in „Handarbeit", der aufwendigen mechanischen Bearbeitung und der sorgfältigen Qualitätsprüfung – auch in Zusammenarbeit mit dem TÜV SÜD – sind diese Produkte aus Baden-Württemberg aber auch teurer als andere Klöppel: „Ein Klöppel von Rosswag kommt wie ein Maybach daher", zieht Alexander Essig, kaufmännischer Geschäftsführer des Unternehmens, einen Vergleich für „die besten Klöppel der Welt" mit dem Luxus-Fahrzeug. Ein „Maybach", der die Kirchengemeinde des Wiener „Steffls" aber nichts kostet: Die Gesellschafter von Rosswag spenden den kompletten Klöppel; den Werkstoff lieferte die österreichische Firma Edelstahl Breitenfeld AG kostenlos und die renommierte Glockengießerei Grassmayr aus Innsbruck, die das ganze Projekt koordinierte, sieht ihr Engagement ebenfalls als Sponsoring.

Diese starke Unterstützung hat Gründe, wird doch die „Pummerin" – weltweit die zweitgrößte freischwingend läutbare Glocke in einem Kirchturm – auch „Stimme Österreichs" genannt. Beim Brand des Domes zu Ende des Zweiten Weltkriegs fiel ihre Vorgängerin von 1683, gegossen nach der Belagerung Wiens aus türkischer Kanonenbronze, zu Boden und zersprang. Die vorhandenen Teile wurden beim Guß der neuen Pummerin wiederverwendet. Damit ist sie ein Symbol für Frieden, Freiheit und den Wiederaufbau. Jedes Jahr zu Silvester erklingt die Pummerin zum Jahreswechsel im österreichischen Fernsehen.

Edelstahl Rosswag gilt als der europäische Spezialist für Großklöppel, insbesondere bei historischen Glocken. Zentrale Unternehmensprodukte sind nach Angaben der Geschäftsführung allerdings hoch belastete Teile, unter anderem für den Maschinen-, Fahrzeug- und Kraftwerksbau oder für die Erdölindustrie. Das im Familienbesitz be-

Foto: Edelstahl Rosswag GmbH

Der Klöppel unter der Schmiedepresse bei Edenstahl Rosswag im badischen Pfinztal

Foto: Edelstahl Rosswag GmbH

Dutzende Schaulustige nahmen am 4. Dezember 2010 die Gelegenheit wahr, bei Edelstahl Rosswag das Entstehen des Großklöppels zu verfolgen.

findliche Unternehmen kann 2011 auf eine hundertjährige Erfahrung zurückblicken. Über 170 Mitarbeiter beschäftigt heute das immer in Kleinsteinbach (heute Ortsteil von Pfinztal) ansässige Unternehmen. Glockenklöppel von Edelstahl Rosswag hängen beispielsweise im Erfurter Dom, in der Dresdner Frauen- und Dresdner Hofkirche, im Dom zu Speyer, im Straßburger Dom oder in der Friedensglocke auf Malta.

Pummerin erklingt zu den üblichen Anlässen

Am Morgen des 9. März, des Aschermittwochs, wurde der neue Klöppel angeliefert und nach dem Absenken des alten auf den Nordturm des Stephansdomes gehoben. Da war das Know-how eines auf Schwertransporte spezialisierten niederösterreichischen Unternehmens gefragt: Um den neuen Klöppel an seinen angestammten Platz im Nordturm in mehr als 50 Meter Höhe zu befördern, wurde von der in Brunn/Gebirge ansässigen Prangl Gesellschaft m.b.H. die Hubarbeit mit einem speziellen Mobilkran erledigt.

Bevor der neue Klöppel vom Boden abheben konnte, mußte allerdings der alte und deutlich schwerere Klöppel aus der Glocke demontiert und abtransportiert werden. Ursprünglich wollte man diese Arbeiten durch ein Fenster des Nordturmes verrichten. Weil man aber dafür einen Teil der Fensterkonstruktion hätte demontieren müssen, fand man eine bessere Lösung. Der alte rund 800 Kilogramm schwere Klöppel wurde mit Seilwinden auf eine danebenliegende Terrasse des Nordturms gebracht und von dort vom Prangl-Kran zur Erde befördert. Auf demselben Weg wurde der neue und nur mehr 600 Kilogramm schwere und drei Meter lange Klöppel zur Pummerin gehoben und montiert. Der bei den Hubarbeiten eingesetzte Mobilkran hat ein Gesamtgewicht von 36,5 Tonnen und mißt im ausgefahrenen Zustand 59 Meter, die bei Überstellfahrten im Strassenverkehr auf 13 Meter reduziert werden können.

Foto: Prangl Gesellschaft m.b.H.

Der bei den Hubarbeiten eingesetzte Mobilkran von Prangl hat ein Gesamtgewicht von 36,5 Tonnen und mißt im ausgefahrenen Zustand 59 Meter.

Im Lauf des Tages wurde der Klöppel durch die Glockengießerei Grassmayr montiert. Dazu werden von Probell (Fachhochschule Kempten) die Analyseinstrumente für die Belastungs-Messung der Pummerin installiert.

Nach der Übergabe der Dokumentation über die Erneuerung des Klöppels an Dompfarrer Toni Faber und Dombaumeister Wolfgang Zehetner im Turm bei der Pummerin erklang die Pummerin mit dem neuen Klöppel erstmals zur Probe um 17.00 Uhr. „Erstmals in liturgischer Funktion ertönt die Glocke nach der Aschermittwochsliturgie. Das ist sonst nicht üblich, aber mit dem neuen Klöppel schaffen wir auch eine neue Tradition“, sagte der Wiener Dompfarrer.

Standardläutezeiten der Pummerin

Die Pummerin läutet pro Jahr etwa 48 Minuten lang zu folgenden Anlässen:
Neujahr: (2x) 8 Minuten
Ostern: (2x) 8 Minuten
Kirchweihtag: 4 Minuten
Pfingsten: 4 Minuten
Fronleichnam: (2x) 8 Minuten
Allerseelen: 4 Minuten
Weihnachten: 4 Minuten
Stephanustag: 4 Minuten
Sonderereignis: 4 Minuten

Der spektakuläre Austausch über den Dächern der Wiener Altstadt war durch das mittlerweile zu hohe Gewicht des alten Klöppels notwendig geworden. Der neue Klöppel soll die Lebensdauer der Pummerin deutlich erhöhen. Die Glocke ist 22 Tonnen schwer und hat einen Durchmesser von mehr als 3 Metern. Übrigens: Edelstahl Rosswag soll der Erzdiözese Wien 2000 (!) Jahre Garantie auf ihre Arbeit gegeben haben! ■

http://www.erzdioezese-wien.at
http://www.edelstahl-rosswag.de
http://www.grassmayr.at
http://www.breitenfeld.at
http://www.prangl.at

Chronik

Die Geburt eines Urwaldes

Nationalpark Kalkalpen – Österreichs Waldnationalpark – Schutz seltener Waldtypen und Baumarten – 3.000.000. Besucher erwartet

Foto: OÖ. Tourismus/Popp

Wildromantische Schluchtlandschaften hat die Natur im Nationalpark Kalkalpen im Südosten Oberösterreichs geschaffen.

Österreich ist zur Hälfte mit Wald bedeckt. Der Wald wiederum ist der artenreichste heimische Lebensraum. Der Erhaltung natürlicher und naturnaher Wälder kommt daher große Bedeutung zu, wenn man die Artenvielfalt in Österreich erhalten möchte.

Aber nur 3 Prozent der österreichischen Wälder sind unbeeinflußt und können als „natürlich" eingestuft werden. 22 Prozent der Waldfläche Österreichs gelten als „naturnah", das heißt, der Mensch hat den Wald nur wenig verändert. Der überwiegende Teil der Waldfläche gilt als verändert bis stark verändert. Der heutige Waldzustand ist das Ergebnis jahrhundertelanger vom Menschen verursachter Veränderungen. Hauptsächlich auf Grund der forstwirtschaftlichen Förderung der Fichte haben viele der Waldtypen große Flächen eingebüßt und gelten nun als gefährdet.

Der Wald ist Rohstofflieferant, Luft- und Wasserreinhalter und Schützer von Siedlungsgebieten. Der Wald muß aber auch vielfältiges Leben erhalten und schützen. Letzteres ist nur durch die Etablierung von grossen Waldschutzgebieten, wie dem Nationalpark Kalkalpen, dauerhaft möglich.

Der Wald ist das landschaftsprägende Element im Nationalpark Kalkalpen

Der Wald hat sich an die kleinräumig wechselnden Umweltbedingungen wie Boden, Klima, Feuchtigkeit, Nährstoffgehalt angepaßt: Etwa 30 unterschiedliche Waldgesellschaften, charakterisiert vor allem durch unterschiedliche Baumarten und krautige Pflanzen, haben sich hier herausgebildet. Die weiteste Verbreitung weist der Buchen- und Fichten-Tannen-Buchenwald auf. Auf sonnigen Hängen tieferer Lagen finden sich besonders artenreiche Ausbildungen trockenwarmer Kalkbuchenwälder. Auch Fichtenwälder nehmen einiges an Fläche ein, wobei viele noch Reste der früheren forstwirtschaftlichen Nutzung darstellen. Kleinflächig treten noch Auwälder, Schneeheide-Kiefernwälder, Hochlagen-Berg-Ahorn-Buchenwälder und Hang- und Schluchtwälder mit Edellaubhölzern wie Berg-Ahorn, Berg-Ulme, Esche und Linde auf. Vereinzelt kommen auch Fichten-Tannenbestände, Lärchenwälder und Moorwälder vor. Die Wälder ihrerseits sind die Heimat von gefährde-

ten Baumarten wie Ulmen, Eiben und Stechpalmen.

Die kleinräumige Vielfalt dieser Landschaft bietet den Lebensraum für eine bunte Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten, die anderswo bereits selten geworden sind. Der Nationalpark Kalkalpen verfolgt im Waldmanagement ganz eigenständige Naturschutz-Zielsetzungen. Waldumwandlung, Urwald, Totholz, Wildnis, Forststraßenauflassung, Dynamik, Nullnutzung. In der Wildniszone werden die Wälder des Nationalpark Kalkalpen nicht mehr bewirtschaftet und es entsteht ein enges Nebeneinander unterschiedlicher Waldtypen und Entwicklungsstufen. Von der Geburt bis zum Zerfall, denn die Lebenszyklen des Waldes sind der Motor der biologischen Vielfalt und wichtigste Lebensgrundlage.

Gerade im Umfeld des Nationalparks werden die forstlichen Maßnahmen oft mit Unverständnis und Besorgnis betrachtet. Doch alles dient nur einem höheren Ziel, der Entstehung eines neuen Urwaldes. Das sind intakte Wald-Lebensräume, die sich durch ungestörte Strukturen und Funktionsabläufe, eine hohe Anpassungsfähigkeit an wechselnde Umweltbedingungen, Widerstandsfähigkeit gegenüber biotischem und abiotischem Streß sowie eine weitgehend vielfältige Artenzusammensetzung auszeichnen. Kerngedanke für Nationalparks ist es, möglichst unverfälschte Natur zu schützen, Gebiete zu reservieren, in denen die Natur walten kann, ohne daß Menschen dazwischenregieren. Wildnisschutz mit einem Wort. Große Wildnisflächen gibt es aber streng genommen in West- und Mitteleuropa nur noch im Wattenmeer und in den höheren Lagen der Alpen. Und weil dem so ist, haben Nationalparks auch die Zusatzaufgabe, heilende, chirurgische Eingriffe einzuleiten: Pflegeschnitte, um den Rückweg zu natürlicher Wildheit zu erleichtern und auch ein wenig zu beschleunigen.

So wurden im Nationalpark Kalkalpen Fichtenforste aufgelichtet, damit sich wieder naturnaher Wald einwurzeln kann. Forststraßen und einige Jagdhütten wurden aufgelassen. Eingriffe dieser Art sind Wegbahnungen. Für eine Zukunft, in der die Natur aus eigener Kraft wieder wild und schön sein kann, sicher vor Verdrahtung, Austrocknung, Zernutzung, Zersiedelung und Abholzung.

Der Nationalpark Kalkalpen wird das internationale „Jahr der Wälder“ dazu nützen um über gefährdete Baumarten und aussterbende Waldtypen zu informieren.

Im Nationalpark Besucherprogramm 2011 spielt der Wald die zentrale Rolle. Erstmals werden auch geführte Touren zum Thema „Geburt eines Urwaldes“ angeboten. Fixtermine sind: 14. Mai; 18. Juni; 12. Juli; 23. Juli, 27. August, 6. September und 4. Oktober.

Foto: Nationalpark Kalklapen

v.l.: Gottfried Schindlbauer, Viktoria Hasler, Josef Pühringer, Johannes Schima, Ulrike Schwarz und Erich Mayrhofer beim Anschnitt der Jubiläumstorte

Foto: Nationalpark Kalklapen

Die kleinräumige Vielfalt dieser Landschaft bietet den Lebensraum für eine bunte Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten, die anderswo bereits selten geworden sind.

3.000.000. Besucher erwartet

Jubiläen soll man feien. Umsomehr, wenn man Grund zur Freude hat: Im Rahmen der 25. Generalversammlung des Nationalpark Kalkalpen hat Landeshauptmann Josef Pühringer als Vorsitzender zu einer Jubiläumstorte eingeladen. Seit der Gründung des Nationalparks wurden alle 120 Grundsatzbeschlüsse einstimmig gefaßt. In diesen 13 Jahren fanden auch 38 Nationalpark Kuratoriumssitzungen statt. Der Erfolg dieser kontinuierlichen und kooperativen Arbeit spricht für sich: Der Nationalpark Kalkalpen konnte sich in wenigen Jahren nach seiner Gründung einen sehr guten internationalen Ruf erwerben. Damit in Zusammenhang steht, daß heuer der 3.000.000. Besucher erwartet wird. ■

http://www.kalkalpen.at

Chronik

Zügiger Umbau

Nach der Wiedereröffnung denkmalgeschützten, renovierten Bahnhofshalle des Wiener Westbahnhofs wird fiberhaft an Fertigstellung der imposanten »BahnhofCity Wien West« gearbeitet – sie soll schon im November 2011 eröffnet werden.

Alle Fotos: ÖBB / Österreich Journal / Michael Mössmer

Der Blick auf die Großbaustelle »BahnhofCity Wien West« von der Kreuzung Gürtel/Mariahilferstraße/Europaplatz

Verkehrsministerin Doris Bures, der Vorstandsvorsitzende der ÖBB-Holding AG, Christian Kern, Bürgermeister Michael Häupl und Stadträtin Maria Vassilakou eröffneten am 22. Dezember im Rahmen eines Festaktes die generalüberholte Bahnhofshalle des Wiener Westbahnhofs. Symbolisiert wurde die Wiedereröffnung durch die Überreichung eines 80 cm großen Schlüssels der Bahnhofshalle an ein Kind aus dem 15. Wiener Gemeindebezirk durch ÖBB-Chef Kern.

Rundum sanierte Bahnhofshalle – erweitertes Shop-Angebot

Seit September 2008 wird der Wiener Westbahnhof unter laufendem Betrieb modernisiert und bis November 2011 zur ersten BahnhofCity Österreichs umgebaut. Nun steht die denkmalgeschützte Bahnhofshalle nach umfangreichen Sanierungsarbeiten und erweitertem Shop-Angebot wieder den Fahr-

Der Umbau der dermalgeschützten Bahnhofshalle erfolgte in enger Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt.

Blick von der Abfahrtsebene auf die Shops in der Halle und den Europaplatz mit der Kirche »Zur unbefleckten Empfängnis«

gästen der ÖBB und den Geschäftskunden zur Verfügung. Auch die Vorplätze (Europaplatz und Felberstraße), das ÖBB-Reisezentrum und die Wartebereiche wurden neu gestaltet.

„Gratulation an das Bauteam zur gelungenen Generalsanierung der Bahnhofshalle – eine tolle Leistung, wenn man bedenkt, daß diese in knapp über zwei Jahren, unter laufendem Betrieb und unter Einhaltung aller Auflagen des Bundesdenkmalamts, bewerkstelligt werden konnte“, so ÖBB-Chef Kern. „Die Wiedereröffnung der Halle ist aber auch ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg in Richtung neue ‚BahnhofCity Wien West. Und vor allem: Es werden Werte für Generationen geschaffen, es entstehen neue Stadtteile. Noch die Enkel der Schüler, die wir heute hier treffen, werden etwas davon haben. Daher bin ich überzeugt: Jeder in diesen Bahnhof investierte Euro zahlt sich aus!“

Infrastrukturministerin Doris Bures: „Ein moderner Bahnhof ist sehr viel mehr als eine Abfertigungshalle für Fahrgäste. Der neue Westbahnhof wird zu einem Mittelpunkt sowohl für die täglich erwarteten 43.000 Reisenden als auch für die Bevölkerung der angrenzenden Wiener Bezirke. Die Bahn ist das sicherste Verkehrsmittel. Und sie ist mit Abstand das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Mit der Modernisierung unserer Strecken und Bahnhöfe, wird sie auch das schnellste und komfortabelste.“

Bürgermeister Michael Häupl: „Die ‚BahnhofCity‘ wertet den für Pendler wichtigen Verkehrsknotenpunkt Westbahnhof deutlich auf und unterstreicht einmal mehr den hohen Stellenwert und die Qualität des öffentlichen Verkehrs in Wien. Die neue ‚BahnhofCity‘ macht Bahnfahren nicht nur wieder ein Stück attraktiver, sondern ist auch ein gelungenes Tor zur Mariahilfer Straße. Die Investitionen, die hier getätigt wurden und werden, sind ein wichtiger Impulsgeber für die Stadtentwicklung Wiens.“

Stadträtin Maria Vassilakou: „Es ist schön, dieses Baudenkmal wiederhergestellt und renoviert zu sehen. Das ist ein klares Bekenntnis, daß der Westbahnhof auch zukünftig eine große Rolle für den Zugverkehr in Wien spielt. Das gilt für regionalen und nationalen Zugverkehr. Vor allem gehe ich davon aus, daß im Interesse der PendlerInnen weiterhin auch Pendlerzüge über Wien Hütteldorf an den Westbahnhof angebunden werden. Kurze Wege, gute Verbindungen sind von zentraler Bedeutung für einen attraktiven öffentlichen Verkehr.“

Der Umbau der Bahnhofshalle erfolgte in enger Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt. So wurden beispielsweise die denkmalgeschützten Natursteinplatten fachgerecht demontiert und saniert. Rund 60 Prozent der Platten konnten komplett wieder verwendet werden. Der Rest wurde aus dem Original-Steinbruch in Adnet (Salzburg) beschafft, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten. Insgesamt wurden in der Bahnhofshalle rund 3000 m² Naturstein verarbeitet. Rund 2600 m² Kunststein wurden verwendet, um den Terrazzo-Boden aus den 50er-Jahren originalgetreu nachzubilden. Im Zuge der Renovierungsarbeiten wurden rund 16.500 m³ Beton und 1700 t Bewehrungsstahl verbaut sowie 80 km Kabel verlegt.

Fertigstellung der »BahnhofCity Wien West« im November 2011

Die Fertigstellung der „BahnhofCity Wien West“ erfolgt im November 2011. Links und rechts der Bahnhofshalle werden zwei neue Gebäude errichtet: Ein Bürogebäude mit einem offenen Atrium (Ecke Äußere Mariahilfer Straße) und ein weiteres, das neben Büros auch das künftige Hotel „Motel One“, beherbergen wird (Ecke Felberstraße) – Wiens erstes Low Budget Design-Hotel der 2*+ Kategorie.

Der gesamte neue Gebäudekomplex, einschließlich Bahnhofshalle, wird von der Äusseren Mariahilfer Straße bis zur Felberstraße um ein unterirdisches Geschoß ergänzt, das alle Gebäudeteile der „BahnhofCity“ verbindet. Auf drei Ebenen stehen dann für Anrainer und Reisende auf 17.000 m² Verkaufsfläche die Bahnhofshalle mit den ÖBB-Serviceeinrichtungen und eine Shoppingmeile mit rund 95 Geschäften und tollem Gastronomieangebot zur Verfügung.

Impuls für die Stadtentwicklung

Nicht nur Fahrgäste kommen voll auf ihre Rechnung, sondern auch Anrainer und Besucher, für die der Bahnhof die Rolle des Nahversorgers übernimmt. Die „BahnhofCity Wien West“ wird damit wichtige Impulse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des 15. Bezirks setzen. Die Wohn- und Lebensqualität wird damit deutlich gesteigert, der gesamte Stadtteil wird aufgewertet. Mit der Um- und Neugestaltung des Westbahnhofs wird die Bahnhofsoffensive fortgesetzt und einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte Wiens auf einen modernen technischen und architektonischen Stand gebracht. Die Gesamtkosten betragen rd. 179 Mio. Euro. ■

http://www.oebb.at

Die Rückseite der neuen alten Bahnhofshalle mit den Bahnsteigen

Dieser Blick gibt einen Überblick über die Größe der »BahnhofCity Wien West«

Der neue Vorplatz des Westbahnhofs

Gastronomie & Kulinarisches

Edelbrenner des Jahres 2011

Internationale Edelbrand-Meisterschaft Destillata 2011 in Bad Ischl

Hochkarätiges Treffen der Meisterdestillateure in Bad Ischl: Aus ganz Österreich, aus Deutschland, der Schweiz, Italien, Ungarn, den Niederlanden, der Slowakei reisten die Destillateure ins Kaiserstädtchen an der Traun und erwarteten mit Spannung die Ergebnisse der Edelbrandmeisterschaft Destillata 2001. Gesamtsieger und damit „Edelbrenner des Jahres 2011 – Gold“ wurde der Niederösterreicher Georg Hiebl, der sich damit zum zweiten Mal nach 2006 gegen die starke internationale Konkurrenz durchsetzen konnte.

Die Silbermedaille holte sich Hans-Gerhard Fink von der Gutsbrennerei Aglishardt in Nellingen auf der Schwäbischen Alb und verhinderte damit einen niederösterreichischen Doppelsieg, denn Bronze ging an Oswald Weidenauer aus Kottes im Waldviertel.

Insgesamt beteiligten sich 171 Betriebe aus 12 Nationen an der heurigen Edelbrand-Meisterschaft Destillata. Destillerien aus Österreich, Deutschland, Italien, Ungarn, der Schweiz, Griechenland, Luxemburg, der Slowakei, Serbien, den Niederlanden, Argentinien und Namibia stellten mehr als 1500 Produkte der verdeckten Verkostung durch die Destillata-Fachjury. Entsprechend groß war damit auch der Konkurrenzdruck an der Spitze.

Neben den „Edelbrennern des Jahres“ Georg Hiebl (Gold), Hans-Gerhard Fink (Silber) und Oswald Weidenauer (Bronze) wurden weitere neun Brennereien im „Kreis der auserwählten Destillerien“ (Teilnehmer mit der höchsten Punktezahl in der Gesamtwertung) ausgezeichnet.

Aus Niederösterreich Brennerdoyen Hans Krenn vom Landgasthof Peilsteinblick in Yspertal und Newcomer Reinhold Fliedl von der Brennerei Perlhof in Gießhübl; aus Tirol Bernhard Leitner (Grins); aus Salzburg die Brennerei Primushäusl von Josef Rieger aus Abersee am Wolfgangsee und schließlich der oberösterreichische Lokalmatador Matthias Gasteiger aus Bad Ischl.

Aus Deutschland plazierten sich vier Brennereien im „Kreis der Auserwählten“: Neben dem Silbermedaillengewinner Hans-Gerhard Fink und dem Kaiserstühler Fridolin Baumgartner aus Vogtsburg schafften auch Gerhard Liebl aus Bad Kötzting im Bayerischen Wald und Christoph Keller von der Brennerei Stählemühle im Oberen Hegau den Sprung unter die Top-Elf des heurigen Wettbewerbs.

Der Sieger: Georg Hiebl (A)

Silber ging an Hans-Gerhard Fink (D)

Fotos: Destillata

Die Teilnehmer mit der höchsten Punktezahl in der Gesamtwertung

Als Newcomer des Jahres 2011 wurde Reinhold Fliedl von der Edelbrennerei am Perlhof in Gießhübl (NÖ) ausgezeichnet, der die höchste Gesamtwertung jener 37 Betriebe erzielte, die heuer erstmals an der Destillata teilnahmen.

Den Landessieger-Bewerb für Deutschland sicherte sich Silbermedaillen-Gewinner Hans-Gerhard Fink vom Hofgut Aglishardt in Nellingen bei Ulm.

Für Ungarn war die Agárdi Pálinkafözde mit Brennmeister Tibor Vértes erfolgreich.

Den Landessieger-Titel Italien holte sich Erwin Leimgruber von der Hofbrennerei St. Urban in Girlan/Eppan.

Geballte Kraft zur Förderung der Edelbrand-Kultur

Unter der Führung des Bundesobstbauverbandes Österreichs hat sich die Edelbrand-Prämierung Destillata als europäisches Forum für Produzenten etabliert und das hohe Niveau der österreichischen Betriebe macht es für Brenner aus anderen Ländern besonders attraktiv sich an diesem Qualitätswettbewerb zu beteiligen. ■

http://www.destillata.at

Personalia

»Gold« für LH Hans Niessl

Großes Goldenes Ehrenzeichen am Bande für den burgenländischen Landeshauptmann

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl ist seit 3. März 2011 Träger einer der höchsten österreichischen Auszeichnungen: Bundespräsident Heinz Fischer verlieh ihm in Anwesenheit zahlreicher Fest- und Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und der hohen Geistlichkeit, mit Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer an der Spitze, in der Präsidentschaftskanzlei in Wien das „Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich".

„Die Burgenländerinnen und Burgenländer können stolz auf die Entwicklung ihres Landes sein. Viele der Erfolge, sei es in der Bildung, am Arbeitsmarkt oder in der Wirtschaft, tragen die Handschrift ihres Landeshauptmannes, Hans Niessl", sagte der Bundeskanzler anläßlich der Ehrung. Der Bundespräsident betonte, daß die Verleihung eine Anerkennung für die persönlichen Leistungen des Geehrten sei, aber gleichzeitig auch eine Auszeichnung für das ganze Burgenland.

Der burgenländische Landeshauptmann habe sich in seiner nunmehr zehnjährigen Amtszeit in vielen wesentlichen gesellschaftspolitischen Bereichen engagiert, so der Bundeskanzler in seiner Laudatio. „Bildung und Beschäftigung gehören dabei zu den ganz zentralen Anliegen von Hans Niessl", so Faymann. Der Erfolg lasse sich am Anstieg der mittleren Einkommen im Burgenland im letzten Jahrzehnt ablesen, was eine Verbesserung im Österreichvergleich vom fünften auf den zweiten Platz gebracht habe. Auch der österreichweit höchste Anteil an MaturantInnen in der Bevölkerung sowie die gute Entwicklung der Beschäftigungszahlen zeige die Wirkung der unter Niessl gesetzten Maßnahmen.

Der Wirtschaftsstandort Burgenland habe sich ebenso stark weiter entwickelt. Ganz besonders stolz könne man auf den hohen Anteil an Grünen Technologien sein. „Der vorbildhafte Einsatz nachhaltiger Energien im Burgenland ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. In einem Zeitalter, in dem weltweit noch immer die Atomkraft dominiert, brauchen wir solche Vorreiter im Einsatz von Alternativenergien", sagte der Bundeskanzler. Vorbildhaft sei das Burgenland schließlich auch im guten Zusammenleben der unterschiedlichen Volksgruppen, das von gegenseitigem Respekt und Solidarität geprägt sei.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bundespräsident Heinz Fischer, Landeshauptmann Hans Niessl und Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Festakt in der Wiener Hofburg

Das heurige Jubiläum, mit dem das 90-jährige Bestehen des Burgenlandes gefeiert wird, sei ein guter Anlaß, um auf die Errungenschaften des Landes zurückzublikken. „Ich bedanke mich bei Hans Niessl für all das, was er für das Burgenland und für Österreich geleistet hat. Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben mit ihm jemanden an der Spitze ihres Landes, auf den sie zählen können. Seine ehrliche, geradlinige Art und sein besonderes Engagement in allen politischen Bereichen werden weit über das Burgenland hinaus geschätzt", so der Bundeskanzler abschließend.

Hans Niessl

wurde am 12. Juni 1951 in Zurndorf geboren. Nach der Volksschule in Frauenkirchen und der Unterstufe am Gymnasium in Eisenstadt absolvierte er 1971 die Matura an einer HTL im fünften Wiener Gemeindebezirk. Danach studierte er an der Pädagogischen Akademie in der Bundeshauptstadt, die er 1973 erfolgreich abschloß. Im Anschluß daran leistete er seinen Präsenzdienst ab. Ab 1974 unterrichtete Hans Niessl an der Hauptschule Frauenkirchen (Deutsch, Geografie und Turnen). Von 1981 bis 1996 war er zunächst Volksschuldirektor und später Hauptschuldirektor in Frauenkirchen.

Im Jahr 1984 wurde er von der SPÖ in den Gemeinderat von Frauenkirchen geholt. Ab 1985 bekleidete er das Amt des Vizebürgermeisters. Von 1987 bis 2000 war er Bürgermeister der Stadtgemeinde. Fünf Jahre hindurch (1993–1998) stand er als Obmann dem Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland vor.

Über eine hohe Anzahl persönlicher Vorzugsstimmen wurde Niessl 1996 als Abgeordneter seines Bezirkes Neusiedl am See in den Burgenländischen Landtag gewählt. Drei Jahre später übernahm er als Klubobmann die Leitung des SPÖ-Landtagsklubs.

Im Sommer 2000 wurde Niessl zum Spitzenkandidaten der SPÖ Burgenland für die im gleichen Jahr stattgefundene Landtagswahl gewählt. Im Oktober erhielt er als neuer Landesparteivorsitzender 100 Prozent der Delegiertenstimmen. Am 28. Dezember 2000 erfolgte seine Wahl zum Landeshauptmann für das Burgenland, zu dem er in den Jahren 2005 und 2010 neuerlich berufen wurde. ■

Personalia

Ehrung für Brauer und Hutter

Wiens Kulturstadtrat Mailath überreichte »Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien« an Vertreter der Wiener Schule des Phantastischen Realismus.

Die Ordenverleihung im Wiener Rathaus am 29. März stand ganz im Zeichen der bildenden Kunst: Die Künstler Arik Brauer und Wolfgang Hutter, Vertreter der Wiener Schule des Phantastischen Realismus, erhielten im Wiener Rathaus das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien".

„Wir ehren heute zwei Künstler, die gleichzeitig weit mehr waren als das und ihr Handwerk auf zahlreiche Sparten der Kunst ausweiteten", betonte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny im Rahmen der Verleihung. „Arik Brauers Schaffensprozeß ist durch bedingungslose Liebe zur Kunst gekennzeichnet und seine überbordende Phantasie. Nicht weniger beeindruckt das Werk Hutters, das durch seine märchenhaften Bilder mit ihrer pulsierenden Stärke besticht. Beide waren mit ihren Werken immer am Puls der Zeit, und doch bleibt ihre Kunst durch ihre Nachhaltigkeit zeitlos", so Mailath.

Foto: media wien

StR Mailath-Pokorny überreicht Arik Brauer das »Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien«

Foto: media wien

Mit Wolfgang Hutter erhielt ein weiterer Vertreter des Phantastischen Realismus das Goldene Ehrenzeichen von StR Mailath-Pokorny verliehen

Arik Brauer zeigte sich von der Ehrung – wenn auch mit dem typisch humorvollen Unterton – gerührt: „Man hat mir aufgetragen, Danke zu sagen. Nun sag ich halt Danke. Und damit es ein bißchen länger wird, sag ich noch was dazu: Wenn Künstler behaupten, Ehrungen wären nicht wichtig, dann stimmt das nicht. Wir freuen uns sehr darüber und sie sind sogar sehr wichtig, gegenüber anderen Künstlern – vor allem auch gegenüber den bereits verstorbenen Künstlern." Auch Wolfgang Hutter bedankte sich für die hohe Auszeichnung und erinnerte an vergangene Kollegen und Größen des Phantastischen Realismus wie Rudolf Hausner.

Arik Brauer

Der Maler, Komponist und Sänger Arik (Erich) Brauer wurde 1929 in Wien geboren. In den Jahren 1942 bis 1945 wurde er vom NS-Regime verfolgt und zwangsarbeitsverpflichtet. Von 1945 bis 1951 studierte Arik Brauer an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei Robin Christian Andersen, Josef Dobrowski, Herbert Boeckl und Albert Paris Gütersloh.

1946 trat Arik Brauer dem Art-Club bei, einer Wiener Künstlervereinigung der Nachkriegszeit, die eine der fortschrittlichsten Plattformen für junge Maler, Bildhauer, Autoren und Musiker im Kampf um die Autonomie der modernen Kunst darstellte. Gemeinsam mit seinen Studienkollegen Ernst Fuchs und Anton Lehmden begründete Arik Brauer mit Wolfgang Hutter und Rudolf Hausner die „Wiener Schule des phantastischen Realismus" die sich, im Unterschied zu abstrakten Strömungen innerhalb des Art-Clubs, an der Technik der Alten Meister orientierte und eine gegenständliche, figurative Kunst entwickelte. 1947-1951 stu-

dierte Arik Brauer zusätzlich Gesang an der Musikschule der Stadt Wien.

Brauer wurde rasch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt – als Maler und als Sänger von Protestliedern im Wiener Dialekt. Mit Liedern wie „Sie ham a Haus baut“ oder „Sein Köpferl im Sand“ griff Brauer, der von manchen als ein Vorläufer des Austropops bezeichnet wird, politische und gesellschaftliche Themen auf. 1986 wird Arik Brauer ordentlicher Hochschulprofessor für Malerei an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. 1991 beauftragt die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft GESIBA Arik Brauer mit der künstlerischen Gestaltung eines neu zu errichtenden Wohnhauses in der Gumpendorfer Straße 134-138. Gemeinsam mit Architekt Peter Pelikan, entwirft Brauer das sechsstöckige Gebäude, das 1994 eröffnet wurde.

Wolfgang Hutter

Wolfgang Hutter wurde 1928 in Wien geboren. Hutter ist der Sohn von Albert Paris Gütersloh und Milena Hutter. Ab 1945 bis 1954 studierte er an der Akademie der bildenden Künste, in der Meisterklasse Prof. Albert Paris Gütersloh. Hutter war Gründungsmitglied des Art-Clubs. 1948 manifestiert sich in der Ausstellung des Art-Clubs in der Zedlitzhalle das erste Mal die Formensprache, die später unter „Wiener Schule des phantastischen Realismus“ zusammengefaßt wurde.

Wolfgang Hutter ist zur „Wiener Schule des phantastischen Realismus“ zu zählen und einer ihrer bedeutendsten Vertreter neben Rudolf Hausner, Ernst Fuchs, Anton Lehmden und Arik Brauer. Zu seinem Werk zählen neben Arbeiten aus dem Bereich Malerei und Grafiken auch zahlreiche der angewandten Kunst zuzuschreibende, wie ein Auftrag für Gobelinentwürfe für das Wiener Burgtheater 1955, die Wandgestaltung im neu erbauten großen Festspielhaus Salzburg 1960, der Mosaikfußboden für das Theater an der Wien 1961 oder zahlreiche Bühnenbilder, wie etwa für das Volkstheater Wien 1966, das Theater an der Wien 1968, u.v.m.

Seit 1966 lehrte Wolfgang Hutter an der Akademie für angewandte Kunst in Wien (heute Universität), deren Meisterklasse für Malerei er ab 1967 und bis zu seiner Emeritierung 1997 leitete. Zu seinen Schülern zählen Gabi Trinkaus, Brigitte Borchhardt-Birbaumer, Marion Elias, René Fehr-Biscioni, Robert Freiberg, Jutta Hölzenbein, Hans Jöchl, Peter Ma(h)ler, Michaela Spiegel und Jolanda Richter. ■

http://www.phantastenmuseum.at

LH Dörfler dankt Sepp Forcher für sein großes Engagement

Freundschaftliches Treffen – Geburtstagsgeschenk an den TV-Publikumsliebling überreicht

Foto: LPD/Raunig

Landeshauptmann Gerhard Dörfler mit Helli und Sepp Forcher in Spittal/Drau

Sepp Forcher ist seit 25 Jahren Präsentator der ORF TV-Sendung des „Klingenden Österreich“. Der gebürtige Südtiroler hat eine bewegte, tief mit der Natur verbundene Lebensgeschichte hinter sich, sie führte ihn vom Hüttenwirt zum ORF-Star. Am 17. Dezember 2010 hatte Forcher seinen Achtziger gefeiert.

Auch für Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist Forcher ein persönlicher Freund. Da er ihn am Geburtstag nicht treffen konnte, wurde dies nun nachgeholt. Das freundschaftliche Treffen in Spittal/Drau organisierte Christian Heu, Chef der Großglockner Hochalpenstraßen AG. Forcher ist auch Mentor der Großglockner Hochalpenstraße. Ebenfalls gekommen waren Forchers Gattin Heli sowie Franz Schenner von der Salzburger Plattform für Wintersport und Tourismus „Netzwerk Winter“.

Dörfler dankte Forcher für sein jahrzehntelanges Engagement und überreichte ihm als Geschenk auch eine Kärntner Spezialität. Es sei faszinierend, wie Forcher Kultur und Natur verbinde, wie er mit dem richtigen Blick auch den kleinen Dingen Bedeutung gebe und aufzeige, daß sie eigentlich groß bzw. wichtig seien. Das „Klingende Österreich“ liefere einmalige Bilder über Berge und Landschaften, die man sehen wolle. Er sei eine herausragende Persönlichkeit der Volkskultur und ein großer Freund Kärntens, betonte Dörfler seine Wertschätzung. Forcher sei ein sehr sympathischer und unkomplizierter Mensch. Die Berge und speziell auch der Großglockner sind für Forcher Lebensinhalt.

Dörfler freut sich, daß eine der nächsten Sendungen von „Klingendes Österreich“ auch das Lesachtal zeigen werde. Aus diesem Anlaß sollte es ein Wiedersehen im Lesachtal geben, waren sich Dörfler und Forcher einig. Der Landeshauptmann hatte Forcher und dessen Gattin übrigens auch im August des Vorjahres in Werfenweng besucht. Beim Treffen in Spittal wurden auch viele Fragen rund um den Themenkomplex „Tourismus, Wintersport und Jugend“ sowie ländlicher Raum ausführlich diskutiert. ■

http://salzburg.orf.at/magazin/studio/stories/413983/

Wissenschaft & Technik

20 Jahre Mechatronik an der JKU

1990 startete die Johannes Kepler Universität in Linz das europaweit erste Vollstudium der Mechatronik – der Beginn einer eindrucksvollen Erfolgsgeschichte.

Seither wurde dieses Exzellenzfeld konsequent erweitert, 13 Institute beschäftigen sich heute unter anderem mit elektrischen Antrieben und Leistungselektronik, Robotik, Regelungstechnik, Strömungslehre, technischer Mechanik sowie Mikroelektronik und -sensorik. Nicht umsonst nimmt der Fachbereich Mechatronik bei der Forschung sowohl national als auch international eine führende Rolle ein. Er gilt weltweit als anerkannte Expertenplattform sowie verläßlicher Partner für technologieorientierte Unternehmen und ist Mitbegründer der Linz Center of Mechatronics GmbH (LCM) und des Austrian Center of Competence in Mechatronics (ACCM). LCM ist Österreichs Nr. 1 in der angewandten Mechatronikforschung und bietet eine Partnerschaft entlang der gesamten Innovationskette – von der Ideenfindung bis zum fertigen Produkt. Im ACCM, einem von österreichweit nur fünf COMET K2 Zentren, wird international vernetzte Spitzenforschung auf höchstem Niveau betrieben. „Das ACCM wurde im Dezember 2007 von den drei Trägern JKU, LCM GmbH und vatron GmbH mit folgenden Zielen gegründet: Anwendungsorientierte Forschung mit international tätigen Unternehmen mit hohem Grundlagenforschungsanteil und grundlagennaher Entwicklung. Weiters wird ein Wissensdialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen von Projekten und Workshops, Seminaren, Symposien und Kongressen in internationalem Kontext durchgeführt“, sagt Univ.Prof. Bernhard Zagar, wissenschaftlicher Sprecher des ACCM und Vorstand des Instituts für Elektrische Meßtechnik.

Die starke Relevanz zur Grundlagenforschung kommt durch die bis dato genehmigten CD-Labors (Christian-Doppler Labors), die jeweils eine Laufzeit von sieben Jahren haben, zum Ausdruck:

Unter der Leitung von Stefan Pirker wurde ein CD-Labor für die Modellierung partikulärer Strömungen gegründet. Schwerpunkt: Numerische Simulation dieser Strömungsvorgänge. Hier werden numerische Methoden entwickelt, um Strömungen mit Partikeln zu untersuchen. Die Anwendungen reichen dabei vom industriellen Umweltschutz (Staubpartikel in Gas) und Prozeßtechnik (Zementstaub im Prozeßgas) bis hin zu Blutströmungen (Erythrozyten im Blutplasma) und Schneeverwehungen (Eiskristalle in der Luft).

Am CD-Labor für Integrierte Radarsensoren (Leitung Univ.Prof. Andreas Stelzer) wird an Konzepten, Schaltungen und Algorithmen für höchstfrequente Radarsysteme in kostengünstiger Silizium-Germanium Technologie geforscht. Anwendungsziele sind der flächendeckende Einsatz von Sicherheitssystemen im Kraftfahrzeug (Abstandswarnradar, Stop-And-Go Assistant, Pre-Crash Detection, Lane Change Assistant, etc.) sowie jegliche berührungslose Positionsmessung in rauen industriellen Umgebungen.

Univ.Prof. Bernhard Zagar, JKU-Rektor o.Univ.Prof. Richard Hagelauer, Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und der Sprecher der Mechatronik, Univ.Prof. Andreas Springer

Foto JKU

Abgeschlossene CD-Labors: Elektromechanische Sensorik und Aktorik (Leitung: Univ.Prof. Reinhard Lerch), Automatisierung mechatronischer Systeme der Stahlindustrie (Leitung: o.Univ.Prof. Kurt Schlacher).

Ende April 2010 wurde mit der Eröffnung des neuen „JKU HOERBIGER Research Institute for Smart Actuators“ die Erfolgsgeschichte der Mechatronik an der JKU um eine Facette reicher. Eingebettet in die breite Forschungslandschaft der Universität beschäftigt sich das von der Schweizer HOERBIGER Stiftung getragene Institut mit Intelligenten Aktuatoren, also elektrischen Antrieben, die sich unterschiedlichen Einflußfaktoren anpassen können.

Auch die Studierenden profitieren von diesen Kooperationen, fließen doch die Ergebnisse der gemeinsamen, angewandten Forschung in die Lehre ein, die eine Ausbildung auf höchstem Niveau garantiert. In den letzten 20 Jahren haben rund 800 AbsolventInnen ihr Studium an der JKU abgeschlossen. Zurzeit haben 642 Studierende das Fach Mechatronik inskripiert, rund 100 Studierende pro Jahr schreiben sich neu ein und jährlich beenden 50 erfolgreich ihr Studium. „Der Ausbau der Mechatronik an der JKU ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir planen gerade die Etablierung eines Instituts für Medizinmechatronik, eine logische Ergänzung des Mechatronikportfolios an der JKU. Auch die kooperative Forschung soll weiter ausgebaut werden. Hier setzen wir auf sogenannte strategische Allianzen, also Kooperationen mit führenden Industrieunternehmen“, so Rektor Hagelauer.

Eine krisensichere Ausbildung

Das Mechatronik-Studium an der JKU bietet Ausbildung auf Weltklasse-Niveau

und genießt einen hervorragenden Ruf. Zahlreiche Kooperationen mit der Industrie und Forschungszentren ermöglichen internationale Spitzenforschung, die auch in der Lehre ihren Niederschlag findet. „Oberösterreich kann stolz sein auf die Linzer Mechatronik. Die Universität Linz hat vor 20 Jahren das weltweit erste volle Universitätsstudium in Mechatronik ins Leben gerufen und damit erkannt, daß die Investition in einen zukunftsorientierten Bereich Aufschwung, Wachstum und neue Arbeitsplätze bringt“, so Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl. „Heute hat die Mechatronik einen ausgezeichneten internationalen Ruf und ist nicht nur ein wichtiger Pfeiler des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Oberösterreich, sondern auch österreichweit eine bedeutende Forschungs- und Ausbildungsstätte. Auch das Wissenschafts- und Forschungsministerium trägt zum Erfolg bei: Mit zusätzlichen Generalsanierungsmitteln von 39 Millionen Euro wurde das erste Science Park-Gebäude für die Mechatronik finanziert und damit ein außerordentlicher Beitrag für deren Weiterentwicklung geleistet.“

Foto JKU

v.l.: Der Vorsitzende des Senats o. Univ.Prof. Hans Irschik, JKU-Ehrenringträger o.Univ.Prof. Peter Weiß, Rektor o.Univ.Prof. Richard Hagelauer und TNF-Dekan Univ.Prof. Erich Peter Klement

Die ausgezeichnete Infrastruktur – optimale Studienbedingungen

Seit der Übersiedlung in den neuen Science Park im Herbst 2009 stehen den Lehrenden und Studierenden modern ausgestattete Räume und eine optimale Infrastruktur für Forschung und Lehre zur Verfügung. Durch die Ausbildung in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik sind Mechatroniker die „Zehnkämpfer“ unter den Technikern und am Arbeitsmarkt sehr gefragt. Sie arbeiten beispielsweise als Forscher, Entwickler, Programmierer, Berechnungs-, Versuchs-, Betriebs-, Mess- und Instandsetzungs- oder auch Verkehrsingenieur, in der technischen Aus- und Weiterbildung oder im Management technischer Unternehmen. So bauen Mechatronikabsolventen moderne Hydraulikantriebe, regeln Walzwerke, entwerfen integrierte Schaltkreise und Roboter oder entwickeln automotive Elektronik. Mechatronik wird an der JKU als Bachelor- und Masterstudium angeboten.

„Aufgrund der ausgezeichneten Studienbedingungen an der JKU kann eine umfassende technische Ausbildung auf höchstem internationalem Niveau angeboten werden. Die Zukunftsaussichten sind exzellent. Unsere Absolventinnen und Absolventen haben beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der Bedarf von Industrie und Forschungseinrichtungen ist höher als das Angebot. Die Betätigungsfelder werden deshalb nicht weniger sondern mehr. Die Entscheidung Mechatronik zu studieren, ist somit eine sichere Investition in die Zukunft, sagt Univ.Prof. Andreas Springer, Sprecher der Mechatronik und Vorstand des Instituts für Nachrichtentechnik und Hochfrequenzsysteme.

Ehrenring an o.Univ.Prof. Peter Weiß

Im Zuge der Festveranstaltung „20 Jahre Mechatronik an der JKU – Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ wurde o.Univ.Prof. Peter Weiß, Begründer der Mechatronik in Linz, der 2. JKU Ehrenring der Johannes Kepler Universität Linz verliehen. Diese Auszeichnung zählt zu den höchsten, die die JKU vergibt. Er wird damit für seine hervorragenden Verdienste in Wissenschaft, Forschung und Lehre und für sein Mitgestalten an der JKU ausgezeichnet. Prof. Weiß ist seit 1969 Mathematikprofessor an der JKU und war damals als erster Vorsitzender der Studienkommission Technische Mathematik maßgeblich an der Einführung dieses Studiums in Linz beteiligt. In seiner Zeit als Dekan der TNF (1987-1989) wurden die wesentlichen Voraussetzungen für das europaweit erste akademische Vollstudium der Mechatronik geschaffen. In den Folgejahren war er als Studienkommissions-Vorsitzender, als Prorektor und als Senatsbeauftragter für die Mechatronik die treibende und prägende Kraft bei der Umsetzung.

Als größte wissenschaftliche Institution Oberösterreichs ist die JKU ein Impulszentrum für Wissenschaft und Gesellschaft und genießt internationales Renommee. Die Kernkompetenzen liegen in den Sozial- und Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie den Technisch- Naturwissenschaften.

Die Johannes Kepler Universität Linz

Die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (SOWI) bietet österreichweit einzigartig das gesamte Spektrum an sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien an. Die SOWI entwickelt ihr Angebot nach den Vorgaben nationaler und internationaler Qualitätsstandards.

Die Aktivitäten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (RE) beschränken sich nicht nur auf den nationalen Bereich. Exzellenzschwerpunkt ist das öffentliche, private und internationale Unternehmensrecht. Durch einen länderübergreifenden Austausch von Lehrenden und Studierenden wird die Kompetenz zur Lösung von Rechtsfragen auf internationaler Ebene vertieft.

Die Vielseitigkeit der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (TNF) zeichnet sich durch internationale Forschungs- und Entwicklungskooperationen und durch ihre Nähe zur Industrie und Wirtschaft aus. Die einzelnen Institute sind auf Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung fokussiert und garantieren eine praxisorientierte und moderne Ausbildung.

Ein Studium an der JKU verbindet eine fundierte theoretische Ausbildung mit der Förderung von Problemlösungskompetenz und der Befähigung, die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in unterschiedlichen Bereichen anzuwenden. ■

http://www.jku.at

Wissenschaft & Technik

Eiskalter Blick zum Urknall

Quantenphysiker der Universität Innsbruck ebnen den Weg zu neuen Materiezuständen in ultrakalten Atomgemischen.

Einen Meilenstein in der Erforschung von Quantengasmischungen haben Forscher des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) in Innsbruck erreicht. Der Gruppe um Rudolf Grimm und Florian Schreck gelang es erstmals, in einem Quantengas zwischen zwei fermionischen Elementen, Lithium-6 und Kalium-40, eine starke Wechselwirkung kontrolliert herzustellen. Ein solches Modellsystem verspricht nicht nur neue Einsichten in die Festkörperphysik, sondern zeigt auch verblüffende Analogien zur Urmaterie kurz nach dem Big Bang.

In den ersten Sekundenbruchteilen nach dem Urknall bestand das gesamte Universum Theorien nach aus einem Quark-Gluon-Plasma. Auf der Erde läßt sich diese „Ursuppe“ in großen Teilchenbeschleunigern beobachten, wenn zum Beispiel Kerne von Bleiatomen mit annähernder Lichtgeschwindigkeit aufeinander geschossen und mit Detektoren die dabei entstehenden Produkte untersucht werden. Nun gelang es Quantenphysikern um Prof. Rudolf Grimm und Florian Schreck vom Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) gemeinsam mit italienischen und australischen Forschern erstmals, Teilchenwolken aus Lithium-6 und Kalium-40-Atomen kontrolliert wechselwirken zu lassen. Sie konnten damit ein Modellsystem etablieren, das sich ähnlich verhält wie das um mehr als 20 Größenordnungen energetisch stärkere Quark-Gluon-Plasma.

Quantengas zerfließt gemeinsam

Bereits 2008 bestimmten die Innsbrucker Physiker in einer Quantengasmischung aus Lithium- und Kaliumatomen sogenannte Feshbach-Resonanzen, mit denen sie die quantenmechanische Wechselwirkung zwischen den Teilchen über ein Magnetfeld beliebig verändern können. Inzwischen haben sie alle technischen Herausforderungen gemeistert und können als weltweit erste auch sehr hohe Wechselwirkungen zwischen den Teilchen herstellen. „Die Magnetfelder müssen dazu auf ein Hunderttausendstel genau justiert und sehr präzise kontrolliert werden“, erklärt Florian Schreck, der im Vorjahr mit dem START-Preis ausgezeichnet wurde.

In dem Experiment präparieren die Physiker in einer optischen Falle die ultrakalten Gase aus Lithium-6 und Kalium-40-Atomen und legen sie übereinander, wobei die kleinere Wolke der schwereren Kaliumatome sich im Zentrum der Lithiumwolke befindet. Nach dem Abschalten der Falle beobachten sie bei unterschiedlich starken Magnetfeldern die Expansion des Quantengases. „Bei starker Wechselwirkung der Teilchen verhalten sich die Gaswolken plötzlich hydrodynamisch“, erzählt Schreck. „Im Zentrum der Teilchenwolke – dort wo die

Rechts: Rudolf Grimm, Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI)

Unten: Der Forschungsgruppe um Rudolf Grimm und Florian Schreck gelang es erstmals, in einem Quantengas zwischen zwei fermionischen Elementen, Lithium-6 (blau) und Kalium-40 (rot), eine starke Wechselwirkung kontrolliert herzustellen.

Foto: Lackner

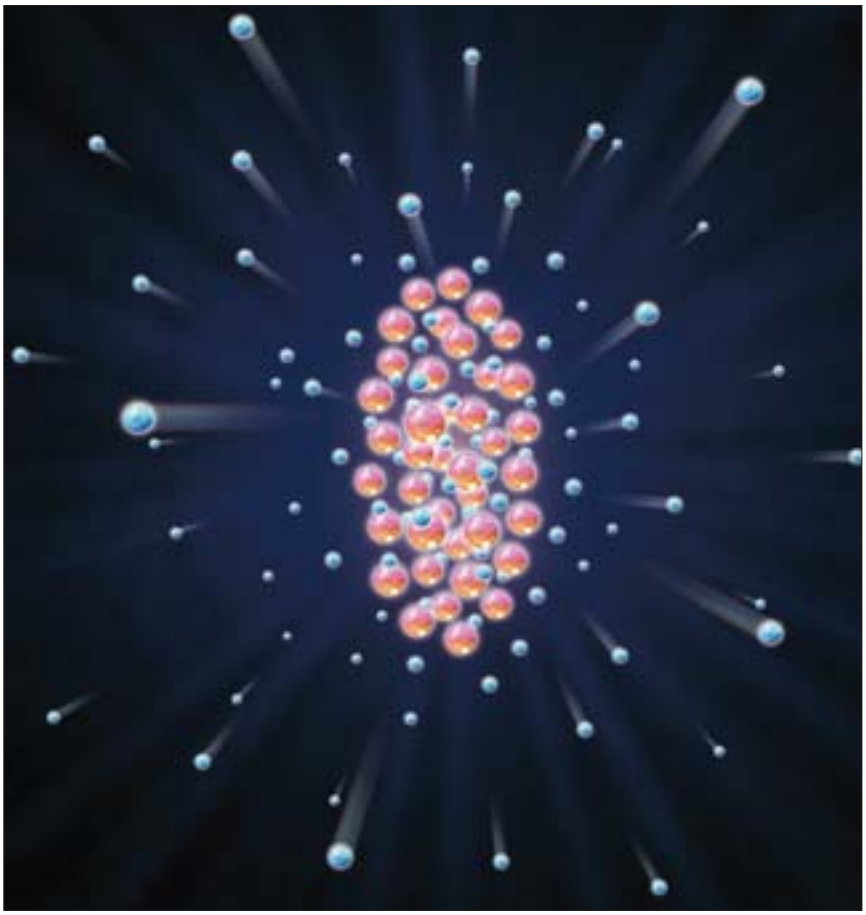


Foto: Ritsch

Kaliumatome mit den Lithiumatomen wechselwirken – bildet sich ein elliptischer Kern. Außerdem passen die unterschiedlich schweren Teilchen ihre Expansionsgeschwindigkeiten aneinander an." Aus der Theorie weiß man, daß beide Phänomene auf hydrodynamisches Verhalten des Quantengases schließen lassen. „Dieses Verhalten ist das auffälligste Phänomen, das in Quantengasen beobachtet werden kann, wenn Teilchen stark miteinander wechselwirken", sagt Rudolf Grimm. „Dieses Experiment eröffnet damit ein neues Gebiet der Vielteilchenphysik."

Tür zu spannenden Experimenten

Auch Hochenergiephysiker machen diese zwei Beobachtungen, wenn sie in Teilchenbeschleunigern Quark-Gluon-Plasmen herstellen. Unter sehr gut kontrollierten Laborbedingungen kann das Innsbrucker Quantengasexperiment damit als Modellsystem für Phänomene im Universum kurz nach dem Urknall gesehen werden. „Wir können daran aber vor allem auch sehr vielen Fragen der Festkörperphysik modellhaft untersuchen", freut sich Rudolf Grimm, der das Quantengasgemisch nun mit seinem Team weiter untersuchen will. „Ein großes Ziel ist es, Quantenkondensate herzustellen, wie z.B. Bose-Einstein-Kondensate von aus Lithium- und Kaliumatomen gebildeten Molekülen. Dies wird unsere Möglichkeiten, neuartige Materiezustände zu realisieren, noch erheblich erweitern."

Foto: Lackner

Florian Schreck, Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI)

Die Physiker berichten in der Fachzeitschrift Physical Review Letters über die neuen Ergebnisse. Unterstützt wurden sie bei ihrer Arbeit vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF durch den Spezialforschungsbereich FoQuS und von der European Science Foundation ESF im Programm EuroQUAM, sowie mit dem Wittgenstein-Preis durch den FWF und das österreichische Wissenschaftsministerium.

Publikation: Hydrodynamic Expansion of a Strongly Interacting Fermi-Fermi Mixture. A. Trenkwalder, C. Kohstall, M. Zaccanti, D. Naik, A. I. Sidorov, F. Schreck, R. Grimm. Physical Review Letters 106, 115304 (2011) DOI: 10.1103/PhysRevLett.106.115304 ■
http://dx.doi.org/10.1103/PhysRevLett.106.115304

Föderalismus-Nachwuchs-Wissenschaftspreis

Am 14. März wurde der vom Institut für Föderalismus ausgeschriebene „Nachwuchspreis für wissenschaftliche Forschung zum Föderalismus" im Beisein von Landesrat Bernhard Tilg und Vizerektor Prof. Tilmann Märk verliehen. Preisträger ist Niklas Sonntag, Universitätsassistent am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre.

„Das Institut für Föderalismus versucht mit der Vergabe eines Nachwuchswissenschaftspreises das Interesse junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Föderalismus zu wecken und dadurch neue Akzente in der Forschung zu setzen", sagt Univ.-Doz. Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Föderalismus.

Die mit dem Preis ausgezeichnete Dissertation von Niklas Sonntag, „Präventive Normenkontrolle in Österreich und Europa", betrachtet die Möglichkeiten einer Gesetzesprüfung vor der Kundmachung, um so mögliche Verfassungswidrigkeiten oder legistische Mängel rechtzeitig abfangen zu können – eine bislang in der Rechtswissenschaft nur wenig beachtete Thematik. Die Bandbreite dafür in Frage kommender Instrumente reicht dabei von der Mitwirkung von Kammern und NGO's im Zuge des Begutachtungsverfahrens bis hin zum Beurkundungsrecht des Bundespräsidenten und präventiver Prüfbefugnisse des Verfassungsgerichtshofes.

Foto: Universität Innsbruck

Univ.-Doz. Peter Bußjäger, Leiter des Instituts für Föderalismus, Preisträger Niklas Sonntag und DI Bernhard Tilg, Wissenschaftslandesrat (v.l.)

Zum Preisträger

Niklas Sonntag, 1980 in Hall in Tirol geboren, absolvierte das Studium der Rechts- und Politikwissenschaft und ist derzeit Universitätsassistent am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck. Er hat Publikationen unter anderem zu den Themen Wahlrecht, Minderheiten und Parlamentarismus veröffentlicht. ■

Wie lange schwingt eine Stimmgabel?

»Quantenmechaniker« der Universität Wien lösen ein klassisches Problem

Sowohl für die Akustik von Musikinstrumenten als auch für die Konstruktion mikromechanischer Bauteile ist die mechanische Dämpfung der Schwingungen eine essenzielle Größe. Doch bisher war es nicht möglich, Dämpfungen vorauszuberechnen, die durch die Aufhängung der Mechanik verursacht werden. Einem Forschungsteam von PhysikerInnen der Universität Wien und der Technischen Universität München ist es nun gelungen, eine Berechnungsmethode zu entwickeln, mit der dies möglich ist. Ihre Ergebnisse präsentiert das Online-Journal „Nature Communications" in seiner aktuellen Ausgabe.

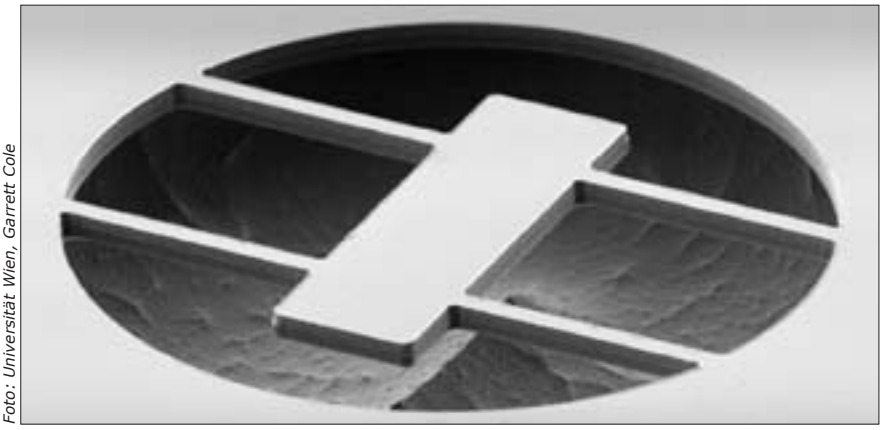


Foto: Universität Wien, Garrett Cole

Mikrobild einer der Resonatoren

Musikinstrumente sind die bekanntesten Beispiele für Resonatoren. Die mechanischen Schwingungen der Klangstäbe eines Xylophons oder einer Gitarrensaite verursachen akustische Schwingungen, die wir als Ton hören. Die Reinheit des Klangs ist eng verknüpft mit dem Rückgang der Schwingungsamplitude durch die mechanische Dämpfung. Zur Beschreibung der mechanischen Verluste nutzen die Wissenschaftler den Qualitätsfaktor „Q", der die Anzahl der Schwingungen beschreibt, bis die Amplitude der Schwingung auf einen Bruchteil des Ausgangswertes abgeklungen ist. Je größer der „Q-Faktor", desto reiner klingt der Ton und umso länger schwingt das System, bis der Ton durch die mechanischen Verluste verstummt.

Auch in der Mikroelektronik gewinnen mechanische Resonatoren zunehmend an Bedeutung. Sie werden eingesetzt als Filterelemente in drahtlosen Kommunikationssystemen oder als Timing-Oszillatoren für kommerzielle Elektronik. Die aktuelle Grundlagenforschung nutzt mikromechanische Resonatoren zur Entwicklung hochempfindlicher biologischer Sensoren, quantenelektronischer und optomechanischer Bauteile. Hierbei sind extrem reine Schwingungen erwünscht, um bestimmte Signale herauszufiltern oder kleinste Frequenzverschiebungen zu messen.

Für viele dieser Anwendungen ist es notwendig, die mechanischen Verluste zu minimieren. Allerdings war es selbst bei einfachen Geometrien bisher nahezu unmöglich, den erreichbaren Gütefaktor Q vorauszuberechnen. Diese Hürde haben die Forschungsteams aus Wien und München (Garching) überwunden. Mit ihrem neuen Berechnungsverfahren auf Basis der Finite- Elemente-Methode können sie nun die designbedingte Dämpfung nahezu beliebiger Resonatorgeometrien vorausberechnen. „So wie man eine Lichtwelle auch als Teilchen beschreiben kann, das sogenannte Photon, können sich auch mechanische Schwingungen wie Teilchen verhalten, die Phononen. Wir berechnen nun, wie die von der Schwingung des Resonators ausgehenden Phononen in den Träger des Resonators abstrahlen", erklärt Garrett Cole, Senior Researcher in der Arbeitsgruppe von Markus Aspelmeyer am Vienna Center for Quantum Science and Technology (VCQ) der Universität Wien. „Damit schaffen wir die Möglichkeit, diese Probleme berechnen zu können. Das ist ein Durchbruch für die gezielte Konstruktion solcher Bauteile."

Maßstabsunabhängiges Verfahren

Die Idee geht zurück auf eine frühere Arbeit von Ignacio Wilson-Rae, Physiker an der Technischen Universität München und Mitglied des Exzellenzclusters Nanosystems Initiative Munich (NIM). In enger Zusammenarbeit haben die Teams in Garching und Wien nun eine einfache numerische Lösung entwickelt, die die Berechnung der mechanischen Verluste auf einem Standard-PC ermöglicht. Die Vorhersagekraft des numerischen „Q-Solver" setzt dem gegenwärtigen Rätselraten und Herumprobieren bei der Gestaltung von mechanischen Resonatoren ein Ende. Besonders stolz sind die Physiker darauf, daß ihr Verfahren maßstabsunabhängig ist und so auf eine breite Palette von Szenarien angewandt werden kann, von nanoskaligen Bauteilen bis hin zu makroskopischen Systemen.

Die Arbeiten wurden unterstützt aus Mitteln der Europäischen Kommission (Marie Curie Stipendium für G. D. Cole, Projekte MINOS, IQOS, QUESSENCE), dem European Research Council (ERC StG QOM), dem Österreichischen Wissenschaftsfonds (Projekte START, L426; SFB Foundations and Applications of Quantum Science, FoQuS; Doktorandenprogramm Complex Quantum Systems, CoQuS), die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (Cluster of Excellence Nanosystems Initiative Munich, NIM). Die Herstellung der Resonatoren erfolgte im Zentrum für Mikro- und Nanostrukturen (ZMNS) der Technischen Universität Wien.
Publikation: Phonon-tunnelling dissipation in mechanical resonators, Garrett D. Cole, Ignacio Wilson-Rae, Katharina Werbach, Michael R. Vanner, Markus Aspelmeyer, Nature Communications, 8 March, 2011, DOI: 10.1038/ncomms1212

Alzheimer-Impfung liefert überraschende Ergebnisse

Der Alzheimer-Impfstoffkandidat AD02 der AFFiRiS AG zeigte bereits in einer klinischen Prüfung der Phase I unerwartete Hinweise auf potentielle Wirksamkeit.

Dies belegt die Auswertung von Daten zu sekundären Studienendpunkten. Schon vor einiger Zeit erreichte die AFFiRiS AG mit dem Nachweis der Sicherheit und Verträglichkeit des Alzheimer-Impfstoffkandidaten AD02 die primären Endpunkte der klinischen Phase I Studie. Es wurden insgesamt 24 Patienten geimpft, 12 erhielten den Impfstoff mit, 12 ohne Adjuvans. Bereits während der laufenden Studie gelang dem Unternehmen ein diesbezüglicher, mehrere hundert Millionen Euro schwerer Lizenzdeal mit dem Pharmaunternehmen GSK Biologicals.

Die nun erfolgte Auswertung sekundärer Studienendpunkte der Behandlung mit AD02 – wie die kognitive Leistungsfähigkeit der Patienten, die Entwicklung ihres Körpergewichts und ihre Immunantworten auf den Impfstoff – gibt erstmals auch deutliche Hinweise auf die potentielle krankheitsverlaufsmodifizierende Wirkung dieses Impfstoffs.

Zu diesem Ergebnis meint Walter Schmidt, CEO und Mitgründer der AFFiRiS AG: „In dieser Phase I Studie haben wir einige positive Überraschungen erlebt. Am wichtigsten war dabei sicherlich die Stabilisierung der kognitiven Fähigkeiten über den gesamten Untersuchungszeitraum von 18 Monaten bei neun von zwölf Patienten, die AD02 in adjuvantierter Formulierung bekommen haben."

Gedächtnisleistung besser als erwartet

Die Stabilisierung der kognitiven Fähigkeiten der Studienteilnehmer war überraschend robust und anhaltend. Tatsächlich fielen sie nicht so ab, wie es krankheitsbedingt zu erwarten war. Eine nachfolgende Auffrischungsimpfung prolongierte diesen positiven Trend weiter.

Die kognitiven Fähigkeiten werden u.a. mit dem MMSE-Test, Mini-Mental State Examination Test erfaßt, in einer Punkteskala von 0-30. Je niedriger der Wert, desto fortgeschrittener die Alzheimer-Krankheit. Setzt man die bei den Studienpatienten erzielten Stabilisierungen der Krankheit mit dem Schweregrad der Erkrankung bei Studienbeginn in Beziehung, so fällt folgendes auf: die Stabilisierung ist bei einem MMSE von 20 aufwärts zu beobachten. Bei geringeren MMSE-Werten griff die Impfung im Rahmen dieser Studie nicht.

Unterstützt werden diese Ergebnisse unter anderem auch durch Befunde zur Entwicklung des Körpergewichts der Patienten. Dieses ist ein potentieller, bisher weitestgehend wenig beachteter Biomarker[1)2)]. Üblicherweise verlieren Alzheimerpatienten

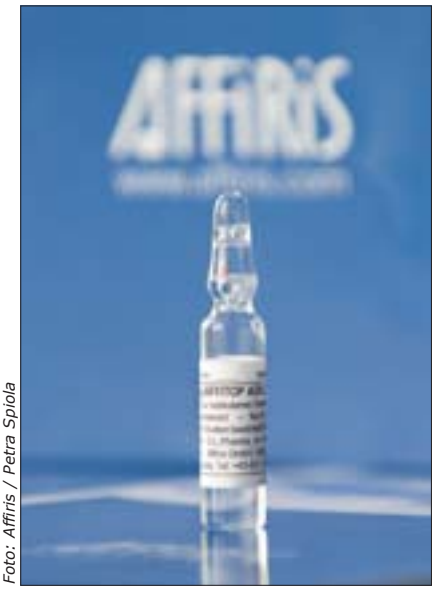


Foto: Affiris / Petra Spiola

krankheitsbedingt an Gewicht, da ihr Geschmackssinn beeinträchtigt sein kann oder sie einfach vergessen zu essen. Bei den geimpften Patienten wurde hingegen eine Stabilisierung des Körpergewichts registriert. Die Auswertungen der immunologischen Daten zu den relevanten Antikörperspiegeln unterstützen den Zusammenhang zwischen diesen Effekten und der Impfung.

Walter Schmidt ergänzt: „Ich muß an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, daß im Rahmen dieser Phase I Studie insgesamt nur 24 Patienten behandelt wurden eine für Phase I Studien übliche, aber letztendlich eine für belastbare, statistisch signifikante Aussagen zu geringe Zahl an Patienten. Deshalb müssen wir unsere Ergebnisse noch unter deutlichem Vorbehalt betrachten und zurückhaltend interpretieren. Die jetzt laufende Phase II Studie von AD02 ist darauf ausgelegt, die beobachteten positiven Trends nun mit mehreren hundert Patienten zu untersuchen und zu bestätigen, und auch die jetzt noch fehlende klinische und wissenschaftliche statistische Signifikanz zu erbringen."

Phase II begonnen

Seit Ende letzten Jahres befindet sich der Impfstoff nun in der klinischen Erprobung der Phase II, der Wirksamkeitsprüfung in Alzheimerpatienten. Das Studiendesign berücksichtigt bereits die richtungsweisenden Ergebnisse der Phase I. Aktuell befindet sich die Studie, die an 30 Studienzentren in Österreich, Deutschland, Frankreich, Kroatien und der Slowakei (Tschechien: in Vorbereitung) durchgeführt wird, in der Rekrutierungsphase. Insgesamt 420 Patienten sollen in die Studie aufgenommen werden:
http://klinische-studien-vienna.info
Erste Ergebnisse zur Wirksamkeit des Impfstoffs werden Ende 2012 erwartet.

Der Mitgründer und CSO der AFFiRiS AG, Frank Mattner, kommentiert die erfolgreiche Entwicklung des Alzheimer-Impfprogramms: „Über die positiven Ergebnisse von AD02 in der ersten klinischen Erprobung sind wir sehr erfreut. Diesen Impfstoffkandidaten hat unsere AFFITOM®-Technologie geliefert. Natürlich müssen die Ergebnisse aufgrund der relativ niedrigen Zahl an behandelten Patienten mit der gegebenen Zurückhaltung betrachtet werden. Dennoch geben sie erste Hinweise darauf, dass Wirkstoffe, die auf unserer AFFITOM®-Technologie basieren, im Menschen Proof of Concept fähig sind. Damit haben wir auch wertvolle Erkenntnisse für unsere Impfstoffe in anderen Indikationen wie Parkinson oder Atherosklerose gewonnen, die ebenfalls von unserer AFFITOM®-Technologie geliefert wurden. Diese Erkenntnisse werden wir jetzt in das Design der entsprechenden klinischen Studien der Phase I einfließen lassen, die im Laufe dieses Jahres begonnen werden sollen." ■

http://www.affiris.com

[1] Low body weight in Alzheimer's disease is associated with mesial temporal cortex atrophy. M. Grundman et al., Neurology, 1996; 46: 1585 – 1591
[2] Weight loss in people with Alzheimer's disease: a prospective population based analysis. D. Cronin-Stubbs, British Medical Journal 1997; 314: 178

Kultur

OK | HÖHENRAUSCH.2

das erfolgreichste Projekt von Linz 2009 wird fortgesetzt – von 12. Mai bis 16. Oktober 2011 im »OK Offenes Kulturhaus OÖ«, Linz

Der Höhenrausch kommt wieder, ab 12. Mai: Mit einem neuen Thema, mit spannenden und spielerischen Kunstprojekten (Luftsprünge und Wasserspiele) und mit Brücken, die sich in den Himmel spannen. Die BesucherInnen werden auf einem erweiterten Parcours über die luftigen Dachlandschaften der Innenstadt geführt.

Mit der Ursulinenkirche konnte ein neuer gewichtiger Mitspieler gewonnen werden.

Der Höhenrausch ist mehr als eine Ausstellung, er ist ein neuartiges Kunstformat. Zwei Kulturhäuser, ein Parkhaus, das Dach des Passage Linz, zwei historische Dachböden aus dem 17. Jahrhundert und 2011 erstmals die Türme und Innenräume der Ursulinenkirche werden zu einem einzigartigen Parcours verbunden. Ein Parcours der Künstler und Künstlerinnen, der heuer thematisch von der Luft und dem Wasser lebt.

Für Oberösterreichs Landeshauptmann und Kulturreferenten Josef Pühringer ist OK | HÖHENRAUSCH.2 „ein Luftkurort der Fantasie“. „Mit spannenden Kunstprojekten und der ungewöhnlichen Architektur hoch über den Dächern der Landeshauptstadt soll,“ so Pühringer, „eine breite Bevölkerungsgruppe auf qualitätsvolle Weise angesprochen und eine Türe für neue Erfahrungen geöffnet werden. Der Höhenrausch ist damit vor allem ein Kulturvermittlungsprojekt: Die Menschen sollen sich spielerisch von der Kunst bewegen lassen! Wenn uns das gelingt, ist viel gewonnen.“

Der Höhenrausch ist eines der Kulturhighlights in Oberösterreich 2011

Die Ausstellung ist auch eines der Zugpferde für den Programmschwerpunkt Natur, der heuer im Zentralraum durch eine breite Zusammenarbeit von Kulturveranstaltern und Natureinrichtungen umgesetzt wird.

Für Erich Watzl, Vizebürgermeister und Kulturreferent der Stadt Linz, bietet der Höhenrausch „die einmalige Chance für Linz und Oberösterreich, sich im österreichischen Veranstaltungskalender mit einem unverwechselbaren Projekt zu positionieren. Ähnlich wie die Klangwolke und die Ars Electronica vor mehr als 25 Jahren kann der Höhenrausch zu einem Markenzeichen für Linz und Oberösterreich werden.“

Spektakuläre Brücken führen in den Kirchenhimmel

Das Weg- und Stegsystem über den Dächern wächst 2011 weiter und wird um zwei spektakuläre Brücken erweitert, die sich in den Glockenturm der Ursulinenkirche spannen und besonders von der Landstraße gut zu sehen sind. Sie wurden vom renommierten Schweizer Brückenarchitekten Jürg Conzett entworfen. Auf dem Rundweg wird nicht nur der Dachboden des Ursulinenhofes wieder geöffnet, sondern erstmals auch der 400 m² große Dachraum über dem Kirchenschiff für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Rundweg endet mit einem Abstieg durch den Glockenturm und den Kirchenraum direkt auf der Landstraße.

Thema Luft und Wasser

Nach dem künstlerisch-spielerischen Höhenflug im Kulturhauptstadtjahr gibt der OK | HÖHENRAUSCH.2 den Elementen

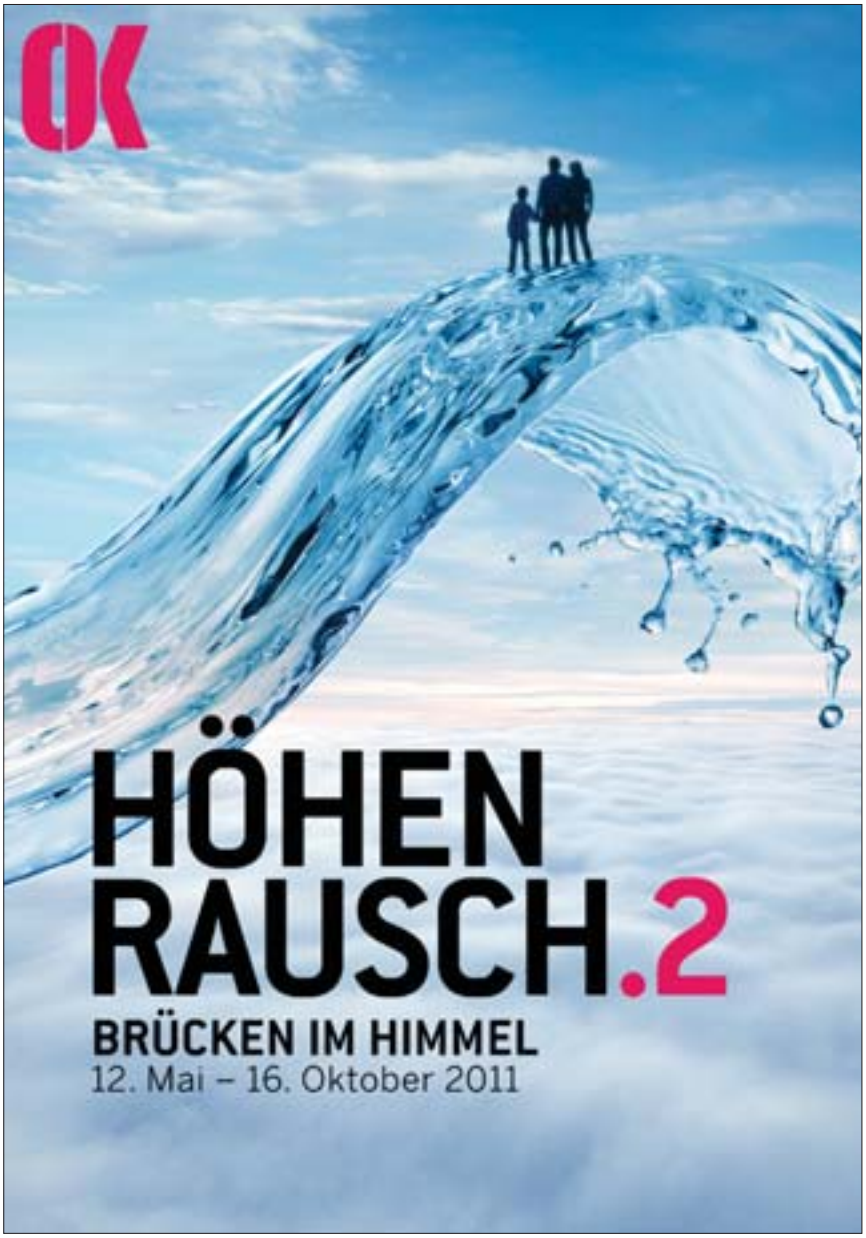


Bild: Createam

Luft und Wasser die gebührende Ehre. Dabei geht es aber weder um den Nutzen, den Luft und Wasser für uns stiften, noch um den Schaden, den wir in ihnen anrichten oder sie uns antun. Es ist kein Projekt über Ressourcen, Umweltschutz oder Umweltzerstörung.

Vielmehr geht es in der Ausstellung um die starke sinnliche Wirkung der Naturkräfte. Es geht um den Erlebnisraum Natur, der uns erregt, entzückt und schaudern macht. Unser Interesse gilt der Luft und dem Wasser als bewegende und elementare Ereignisse, als Orte der Unruhe, der Einbildung und der Anstiftung zur Fantasie.

Foto: OK, Gerald Hauzenberger

Die Lagune von Venedig – Ursula Stalder

Elemente mit seltsamen Eigenschaften

Wasser und Luft sind dafür bestens geeignet, weil sie seltsame Eigenschaften haben: Von allen Elementen ist die Luft am schwersten zu fassen, unsichtbar und unscheinbar. Das Wasser am wandlungsfähigsten, zwischen Hitze und Kälte in ständigem, radikalem Wandel begriffen, fließt und strömt und bleibt nie dasselbe.

Der Stoff, aus dem die Träume sind

Luft und Wasser entziehen sich einer eindeutigen „Fixierung“ und sind doch höchst wirkungsvoll an der Bildung von „Atmosphäre“ und „Atmosphären“ beteiligt. Diese Qualitäten machen Luft und Wasser besonders spannend als Material für die Kunst. Ähnlich wie die Pigmente in der klassischen Malerei lassen sich mit ihnen Objekte, Installationen und Räume „formen.“ Wenn man ihrer habhaft werden will, kann man sie gefangen setzen – wie den Geist in der Flasche, in eine sinnliche Form gießen oder einfach ein- und ausströmen lassen, wie bei Paul Celan: „Das Gedicht: die Spur unseres Atems in der Sprache.“

Heiter bis wolkig: atmosphärische Kunst beim OK | HÖHENRAUSCH.2

Atmosphärisch gestimmte Kunstwerke aus Luft und Wasser sind das Grundgerüst von OK | HÖHENRAUSCH.2. Sie werden entlang des Parcours als künstlerische Erlebnisräume installiert, die direkt auf die BesucherInnen wirken.

Foto: Pepi Mair

Eiszeit

Eine erste Auswahl: Der Schweizer Stefan Banz setzt, als Auftakt den großen Saal des OK unter Wasser. Fujiko Nakaya, die „Grande Dame“ der japanischen Installationskunst verwandelt das Parkhaus in ein Nebelmeer. Auf dem Dach des Passage Linz finden sich die Stegbesucher über der Lagune von Venedig, einem Projekt von Ursula Stalder, wieder und der Dachboden des Ursulinenhofes überrascht mit Eisschlangen des oberösterreichischen Künstlers Pepi Maier.

Die Stimmung dieser Kunst-Räume knüpft, ähnlich wie unser Naturgefühl, an verschiedene Stimmungen an – heiter bis wolkig, leichtfüßig, spielerisch, dramatisch und spektakulär. Dazu gesellen sich auf dem Rundweg kleinere künstlerische Interventionen, Wolkenbilder, Luftschlangen, ein Museumsraum der Elemente, Klangräume und literarischen „Ergüssen“. Die Kunstsammlung des Landes OÖ und die Kunstvereine des Ursulinenhofes kooperieren mit eigenen Beiträgen in der Studiogalerie.

Kunst-Luftsprünge und Wasserspiele statt des roten Riesenrades

Eine besondere Stellung nimmt das Parkdeck 14 ein, wo 2009 das rote Riesenrad über der Stadt schwebte. Der bekannte dänische Künstler Jeppe Hein baut dort einen seiner spektakulären Wasserpavillons und der Oberösterreicher Leo Schatzl lädt in einem überdimensionalen Baukasten zum Schaukeln ein. ■

OK | HÖHENRAUSCH.2
12. Mai – 16. Oktober 2011
http://www.ok-centrum.at

Kultur

Tirol Panorama eröffnet

Am 12. März öffnete das »Tirol Panorama« seine Pforten. Das neue Haus am Bergisel schickt seine BesucherInnen auf eine spannende Zeitreise durch die bedeutenden Stationen der Tiroler Geschichte und Kulturgeschichte.

Foto: Tiroler Landesmuseen

Das »Tirol Panorama« mit dem Kaiserjägermuseum vor der kolossalen Kulisse von Innsbruck, Inntal und Nordkette

Der Bergisel erhält eine gelungene architektonische Attraktion. Für TirolerInnen wird sowohl ein Treffpunkt als auch ein Ausflugsziel für die ganze Familie geschaffen, für BesucherInnen der Stadt Innsbruck ein touristisches Highlight.

„Der Mythos Tirol“ wird im „Tirol Panorama“ aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet und bietet so einen umfassenden Einblick in das spannende und komplexe Thema. Das Riesenrundgemälde bannt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender und atemberaubender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf. Das 1896 geschaffene Gemälde dokumentiert alle Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Es zeigt Landschaften und Menschen, den unbändigen Drang nach Freiheit und den in dessen Folge entbrannten Kampf, die starke Verbindung zu Religion und Gott. Die BesucherInnen des „Tirol Panorama“ werden in den Bann dieses fantastischen Gemäldes gezogen und erleben den Tiroler Freiheitskampf und auch die Zeit, in der er statt fand, hautnah, sie selbst werden Teil dieses historischen Dramas.

„Ein Museum im Museum“ stellt das Kaiserjägermuseum im Gesamtkonzept des „Tirol Panorama“ dar. Mit der Dokumentation der Militärgeschichte Tirols im 18. und 19. Jahrhundert knüpft die historische Sammlung des Museums direkt an das Drama am Bergisel an. Der Bestand des Kaiserjägermuseums bleibt deshalb auch in seiner althergebrachten Präsentation weitgehend unangetastet. Das Haus wurde lediglich behutsam modernisiert. Das Regimentsmuseum der Tiroler Kaiserjäger spiegelt die Entwicklung des altösterreichischen Militärs und der Jägertruppe im 19. Jahrhundert aus der Sicht des Truppenkörpers wider. Thematisiert

Foto: Tiroler Landesmuseen

Landesrätin Beate Palfrader, Landesmuseen-Direktor Wolfgang Meighörner, Landtagspräsident Herwig van Staa, Tirols Landeshauptmann Günter Platter und Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder (v.l.) am Eröffnungstag

Foto: Tiroler Landesmuseen

»Schauplatz Tirol« informiert über die Themen Religion, Natur, Politik und Menschen – hier kann man sich auf Spurensuche nach dem »Mythos Tirol« begeben.

werden neben dem Regimentsleben und den Einsätzen auch herausragende Persönlichkeiten dieser Zeit.

Das Kaiserjägermuseum ist nun auch unterirdisch mit dem „Tirol Panorama“ verbunden. Gleichzeitig beheimatet dieser Verbindungstrakt auch die große Dauerausstellung „Schauplatz Tirol“. Diese behandelt die Themen Religion, Natur, Politik und Menschen und bietet so einen ganzheitlichen Einblick in den „Mythos Tirol“.

Die Religion spielt schon immer eine wesentliche Rolle in Tirol. „Das Heilige Land Tirol“ steht für Frömmigkeit, Aberglaube und religiöse Diplomatie. In der Ausstellung finden sich Objekte, welche die Verkörperung des Heiligen darstellen, wie auch magisch-außerchristliche Elemente, ebenso wie Instrumente für den religiösen Hausgebrauch und den öffentlichen Kultus.

Unter dem Motto „Das Land im Gebirge“ oder die „Schwerkraft der Berge“ wird an das Thema Natur herangegangen. Die Geschichte Tirols ist untrennbar mit dieser Thematik verbunden. Die Berge sind Teil der Tiroler Identität. Die Eroberung der Natur beginnt mit der Besiedlung und der landwirtschaftlichen Nutzung des Territoriums. Im der Ausstellung „Schauplatz Tirol“ erwarten die BesucherInnen daher auch Modelle „charismatischer“ Gipfel, Pflanzen und Tiere. Wissenschaft, Technik, Straßen- und Tunnelbau, Alpinismus, Sport und Transit – all diese Aspekte werden in diesem Teil der Ausstellung aufgegriffen.

Die Politik der Zeit der Freiheitskämpfe, die in den Bergiselschlachten ihren blutigen Höhepunkt fanden, wird im Bereich „Die Tiroler Freiheit: Widerstand und Beschwörung“ thematisiert. Antizentralismus und Traditionalismus sind Triebfedern des Aufstandes von 1809. Die ausgestellten Objekte sind Dokumente der Freiheit, Symbole des Widerstands, sind Insignien der Macht und Zeichen von Stolz und Eigensinn.

„Über die Tiroler“: Was ist echt und was ist falsch, wenn es um den Tiroler als Menschen geht? Für diesen Teil der Ausstellung wurden Kostüme, Requisiten, Typisches und Triviales, Souvenirs und Kitsch sowie Dokumente, Memorabilien bekannter Tiroler zusammen getragen. Sie versuchen die Grenzen zwischen dem realen Tiroler und den fiktiven Fremdbildern aufzuzeigen, aber auch Schnittstellen zwischen diesen beiden Phänomenen sichtbar zu machen.

Das Innsbrucker Riesenrundgemälde und seine Geschichte

Als am 13. Juni 1896 das Innsbrucker Riesenrundgemälde in seiner ersten Rotunde enthüllt wurde, wurde es vom zahlreich erschienen Publikum enthusiastisch gefeiert. Die Eröffnung war ein fulminantes Ereignis.

Knapp vier Monate zuvor hatte der Münchner Maler Michael Zeno Diemer

Foto: Tiroler Landesmuseen

Foto: Tiroler Landesmuseen

Als am 13. Juni 1896 das Innsbrucker Riesenrundgemälde in seiner ersten Rotunde enthüllt wurde, wurde es vom zahlreich erschienen Publikum enthusiastisch gefeiert. Seit 12. März 2011 ist es unter optimalen Bedingungen zu besichtigen.

(1867 - 1939) mit einem gut eingespielten Künstler-Team, zu dem auch der Innsbrucker Maler Franz Burger zählte, damit begonnen, das auf ca. 1000 Quadratmetern Leinwand gebannte Gemälde zu malen. Zuvor hatte er gewissenhafte Recherche betrieben. Er studierte die Kriegsereignisse um 1809 genau, machte sich bei Fahrradtouren einen Eindruck von der Umgebung rund um den Bergisel und lieh sich originalgetreue Trachten, der in der Bergiselschlacht kämpfenden Tiroler, als Vorlage. Zwischen seinem ersten Entwurf und der Fertigstellung des Gemäldes lagen nur zehn Monate.

Ein fulminantes Ereignis

Die für das Gemälde erbaute Rotunde war ein reiner Holzbau im heutigen Innsbrucker Stadtteil Saggen. Am 13. Juni 1896 wurde das Innsbrucker Riesenrundgemälde enthüllt. Die Eröffnung war ein fulminantes Ereignis und das Gemälde wurde vom zahlreich erschienen Publikum enthusiastisch gefeiert. Von der Feier ist eine amüsante Anekdote überliefert: Ein alter Bauer sprang über das Geländer auf den plastischen Vordergrund des Gemäldes und versuchte mit seinem Hut ein Feuer zu löschen, das er für echt hielt. Tatsächlich handelte es sich dabei um ein gemaltes Feuer, welches mit rotem Stanniolpapier versehen, dreidimensional wirken sollte und offensichtlich auch tat. Der Besucherandrang der einheimischen Bevölkerung in den ersten Wochen und Monaten war groß, in Reiseführern und Zeitungen wurde das Panorama als außergewöhnliche Attraktion angepriesen.

1906 ging das Riesenrundgemälde auf Reisen. Es wurde zur Weltausstellung nach London gebracht, wo es auch mit einer Goldmedaille ausgezeichnet wurde. Als das Gemälde wieder nach Innsbruck zurückkehrte, war die Holzrotunde abgebrannt. Der Verdacht auf Brandstiftung konnte nie nachgewiesen werden. Für das Riesenrundgemälde wurde eine neue Rotunde neben der Kettenbrücke errichtet. Doch auch dort sollte es nicht lange bleiben. Während des Ersten Weltkriegs (1914 - 1918) wurde es vor drohenden Angriffen italienischer Fliegerbomben in die Wiener Hofburg in Sicherheit gebracht. 1917 wurde das Gemälde in einer eigens erbauten Rotunde auf der Wiener Kriegsausstellung gezeigt. Zwischen Ende des Ersten Weltkriegs und 1924 wechselte das Gemälde mehrmals den Eigentümer, bis es der Innsbrucker Hotelier Johann Hackl wieder nach Innsbruck holte. Während des Zweiten Weltkriegs (1938-1945) verblieb es in der Rotunde neben der Kettenbrücke. Die vielen Reisen des Riesenrundgemäldes hatten Spuren hinterlassen, weshalb es mehrmals restauriert werde mußte. Ende der 70er Jahre kaufte die Raiffeisenlandesbank Tirol das Gemälde, 2008 ging es an das Land Tirol.

Zurück an den Ursprung

Im Herbst 2010 trat das Innsbrucker Riesenrundgemälde seine bislang letzte Reise an. In einer spektakulären und technisch aufwendigen Translozierung wurde es von der Rotunde in das „Tirol Panorama“ am Bergisel gebracht. Dort wurde das Gemälde sorgfältig und detailgetreu restauriert und ist nun in seiner neuen Inszenierung seit dem 12. März wieder der Öffentlichkeit zugänglich. Mit dem neuen Standort kehrte das Thema des Innsbrucker Riesenrundgemäldes wieder an seinen Ursprung zurück. Auf den Bergisel, dort wo am 13. August 1809 in der dritten Schlacht gegen die bayerische Besetzung alles begann.

Das Kaiserjägermuseum

Im Jahr 1880 wurde das Schützenhaus am Bergisel zu einem Museum ausgebaut. Ziel war es, Erinnerungsstücke aus den Feldzügen der Kaiserjäger, Gegenstände aus der Geschichte des Regiments sowie Porträts von Regimentsangehörigen zu sammeln und auszustellen. Außerdem wurden Waffen und Fahnen der Kaiserjäger gesammelt und schon am 4. Oktober 1880 konnte das Museum feierlich eröffnet werden. 13 Jahre später wurde das Museum um die Andreas-Hofer-Galerie erweitert, mit Memorabilien zu 1809 und Porträts von den bedeutendsten Freiheitskämpfern. Diese stammen teilweise von namhaften Künstlern wie Albin Egger-Lienz oder Franz von Defregger. Das Gebäude wurde bald zu klein und in den Folgejahren mehrmals erweitert. 1943 wurde es teilweise von einer Fliegerbombe zerstört. Im Zuge des Wiederaufbaus wurde das Museum um eine Ehrenhalle erweitert.

In Verbindung mit dem Neubau des „Tirol Panorama“ wurde das Kaiserjägermuseum behutsam saniert, weitgehend aber in seinem bewährten Erscheinungsbild belassen. Ein Aufzug wurde eingebaut und andere Adaptierungen an die Anfordernisse eines modernen Museumsbetriebs durchgeführt. Die Fassade weist nun wieder die Farbgestaltung der Entstehungszeit auf. Der Neubau und das Kaiserjägermuseum sind nun auch unterirdisch miteinander verbunden.

Den Abschluß des Rundgangs durch das „Tirol Panorama“ und das Kaiserjägermuseum bildet der neu geschaffene Europaraum. Medial und interaktiv wird hier an das Thema Europa herangegangen. Auf dem Europatisch wird in 96 Detailgeschichten und 16 großen interaktiven Karten die Frage nach der gegenwärtigen Stellung und Positionierung Europas gestellt und kann vom Besucher selbst beantwortet werden. Das Motiv des Panoramas wird auch an den Stirnwänden des Raumes medial aufgenommen. Auf Leinwände werden verschiedene Panorama-Bilder projiziert. ■

http://www.tiroler-landesmuseen.at

Kultur

Karl Korab

Arbeiten aus der Sammlung Würth und Leihgaben des Künstlers im Art Room Würth Austria von 22. März bis 18. September 2011

Foto: Sammlung Würth

Karl Korab, Mondnacht, 1995/1996, Öl, Holz/Leinwand, 120 x 160 cm, Sammlung Würth Inv. Nr. 3499

Karl Korabs Liebe gehört dem Waldviertel, das ihm Heimat und Inspiration ist. Mit der großen europäischen Kunstsammlung Würth ist der Künstler seit langem verbunden, gehören seine Bilder doch zu den ersten Erwerbungen österreichischer Kunst durch Reinhold Würth.

Die Ausstellung im Art Room Würth Austria ist in enger Zusammenarbeit mit dem Künstler entstanden. Die Sammlung Würth beinhaltet einen großen Werkblock mit Arbeiten von Karl Korab seit den 1960er Jahren. Ergänzt um neue Arbeiten aus dem Atelier des Künstlers umfaßt die Schau mehr als 50 Bilder. Das Farbkonzept der Ausstellung hat Karl Korab selbst entworfen.

Seinen Wohnsitz hat der 1937 als Sohn eines Försters in Falkenstein geborene Karl Korab im kleinen Waldviertler Ort Sonndorf bei Maissau in der Übergangsgegend vom Waldviertel zum Weinviertel. Hier findet er Inspiration für die Bilder, die ihn berühmt machten und einem breiten Publikum bekannt sind. Aus den leuchtenden, in breiten Bahnen auf die Leinwand gebrachten Farben komponiert Korab seine stimmungsvollen Landschaftsbilder mit dem charakteristischen Horizont, der sich durch sein Schaffen zieht. Die großformatigen Arbeiten aus der Sammlung Würth zeigen die Bedeutung des Künstlers für die österreichische Malerei seit den 1960er Jahren.

Das Unternehmen und die Sammlung

Würth Österreich mit Sitz in Böheimkirchen ist als Arbeitgeber für 700 Menschen als best recruiter ausgezeichnet. Würth verwirklicht den Kunstgedanken der Würth-Gruppe in seiner Unternehmenskultur. Das spektakuläre Firmengebäude beherbergt zwei der größten Mosaikarbeiten von Christian Ludwig Attersee und ist seit der Eröffnung im Jahr 2000 ein wichtiger Ort des kulturellen Austauschs in der Region. Im Art Room Würth Austria sind ganzjährig Ausstellungen aus dem großartigen Bestand der Sammlung Würth der Öffentlichkeit zugänglich.

Der globale Handel mit Befestigungs- und Montagematerial ist das Kerngeschäft der Würth- Gruppe. Als weltweit agierender Konzern hat die Firmengruppe über 400 Gesellschaften in 84 Ländern und beschäftigt über 62.000 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die Würth-Gruppe ein vor-

läufiges Geschäftsergebnis von 8.6 Milliarden Euro.

Kunst und Kultur sind gelebte Unternehmenskultur am Stammsitz von Würth im schwäbischen Künzelsau genauso wie in den zehn europäischen Landesgesellschaften. Die Initiative zur Kunstsammlung gab Prof. Dr. h.c.mult. Reinhold Würth, der 1954 die väterliche Schraubengroßhandlung übernahm und zum globalen Unternehmen ausbaute. Seit den 1960er Jahren entstand eine Kunstsammlung, die mit heute 14.500 Objekten zu den größten europäischen Privatsammlungen gehört. Sammlungsschwerpunkt ist die Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Maßgebliche moderne und zeitgenössische Positionen von Picasso bis Niki de St. Phalle sind mit wichtigen Werkgruppen vertreten. Die Sammlung Würth beinhaltet überdies eine wichtige Sammlung österreichischer Kunst.

„Eine Ausstellung wie diese", so Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll im Rahmen der Eröffnung am Abend des 21. März, „führt vor Augen, daß scheinbare Gegensätze in Harmonie zusammengeführt werden können und zwischen Wirtschaft und Kunst eine Symbiose besteht". Das Land Niederösterreich investiere jährlich rund 40 Millionen Euro in die Kulturarbeit, wodurch rund 240 Millionen Euro an Folgeinvestitionen ausgelöst würden. Zudem seien im Bereich Kultur mittlerweile rund 3000 MitarbeiterInnen beschäftigt und es verblieben pro Jahr rund 100 Millionen Euro aus dem Kulturtourismus in Niederösterreich. Karl Korab würdigte der Landeshauptmann als einen der „bedeutendsten Künstler des niederösterreichischen künstlerischen Netzwerkes." „Er zwingt uns", so Pröll, „von der Oberfläche in die Tiefe zu schauen, und ist ein bedeutungsvoller Botschafter Niederösterreichs".

Foto: Sammlung Würth

Karl Korab Weißer Kopf, 1974/75, Sammlung Würth Inv. Nr. 7263

Die aktuelle Karl Korab-Ausstellung im „Art Room Würth Austria" kann bis 18. September dieses Jahres von Montag bis Donnerstag zwischen 7 und 17 Uhr bzw. an Freitagen von 7 bis 14 Uhr besichtigt werden. An Samstagen und Sonntagen sind Besichtigungen nur gegen Voranmeldung möglich. ■

http://www.kultur-bei-wuerth.at
http://www.kunst.wuerth.com

Foto: Würth Handelsges.m.b.H.

Die Firmenzentrale im niederösterreichischen Böheimkirchen – im Zentrum befindet sich der »Art Room Würth Austria«

Kultur

Ein »erwachsener Bua«

… und sein Sohn zeigen ihre Werke – Ausstellung von Peter und Peter Brandstätter auf Schloß Albeck

Foto:

Prof. Peter Brandstätters außergewöhnliche Wahrnehmungsgabe der Umwelt von Landschaften Bäumen und Pflanzen und Menschen lassen seine Bilder in den schönsten Farben erstrahlen. Dieses Aquarell trägt den Namen »Violetter Mantel«.

Auf Schloss Albeck in Sirnitz im Kärntner Gurktal wurde am 12. März eine ganz besondere Ausstellung eröffnet. Vater und Sohn zeigen hier bis 10. Juli ihre Werke, nämlich Peter und Peter Brandstätter. Der Sohn stellt Skulpturen aus verschiedenen Materialien aus, der Vater beeindruckt mit der Leuchtkraft seiner Aquarelle. Der 93jährige Maler hat einige dieser Werke erst vor wenigen Tagen fertig gestellt.

Landeshauptmann Gerhard Dörfler war bei der Ausstellungseröffnung vor allem von den wunderbaren Landschaftsbildern Peter Brandstätters fasziniert. Er sah darin auch die Botschaft, „daß wir unsere Natur nicht be- und abnutzen dürfen“. Es gelte, unsere eigene Lebensweise zu entschleunigen. Kultur, Kunst und die mit ihnen verbundenen Botschaften sollten stärker aufgenommen werden. Dörfler dankte der „wunderbaren und kraftvollen Schloßherrin“ Elisabeth Sickl, die immer Spannendes und Neues nach Sirnitz hole. So freue er sich vor allem schon auf das Kabarett mit Otto Schenk und das Holzbildhauersymposium, das nach Maria Saal erstmals auf Schloß Albeck stattfinden wird.

Seismographen unserer Zeit

Elisabeth Sickl drückte ihre Freude darüber aus, mit Peter Brandstätter den letzten noch lebenden Schüler Leopold Reschs begrüßen zu dürfen. „Wir haben Kunst notwendig. Sie führt uns weiter hinauf, ins Spirituelle. Künstler führen uns vor Augen, daß wir uns auch mehr auf das Geistige besinnen sollten. Sie sind Seismographen unserer Zeit“, begründete sie ihr großes Kunst- und Kulturengagement.

„Ich bin ein erwachsener Bua“, meinte der 93jährige Professor Peter Brandstätter über sich selbst. Er sagte, daß er noch gleich gut und schnell arbeiten könne, wie vor 20 Jahren. „Vor der Staffelei werde ich nie müde.“ Skizzen und Entwürfe habe er noch für 30 Jahre Arbeit. Seine Lebensphilosophie sei es, immer fröhlicher zu werden. Mit seinen Bildern will er Freude machen, nicht provozieren oder andere verärgern. Brandstätter will aber nicht mitschuldig daran sein, wenn die abendländische Kultur kaputt gehe. Daher mache es ihm nichts aus, nicht ins Konzept zu passen: „Ich bin ein lächelnder Widerständler.“

Die Werke und Charaktere von Peter und

Peter Brandstätter wurden von Manuela Maier beschrieben. Der Professor sehe sich nicht als Künstler, sondern als Maler, als bodenständigen Handwerker. Von Leopold Resch habe er gelernt, was er sein ganzes Leben habe nutzen können. Beeinflußt sei er auch von Switbert Lobisser und Guido Zernatto worden. Er sei ein sehr christlicher und traditionsverbundener Mensch, der für seine volkstümlichen Darstellungen und die Leuchtkraft seiner Aquarelle bekannt sei. Zudem würden von ihm über 200 Fresken und Sgraffiti an Gebäuden sowie Entwürfe für Mosaike und Glasfenster stammen. Peter Brandstätter junior arbeite als Bildhauer mit Stein, Ton und Metall. Er habe viele kraftvolle Darstellungen des menschlichen Körpers, vor allem Torsi, geschaffen.

Schloßherrin Sickl verwies noch auf das vielfältige Programm auf Schloß Albeck, auf Lesungen, Ausstellungen und Konzerte junger Musiker. Sie lud zum Albecker Kabarettfrühling mit u. a. Elfriede Ott, Otto Schenk und Gregor Bloeb sowie zur Theateraufführung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung“ ein. Von 6. bis 15. Juli finde das 1. Internationale Holzbildhauersymposion Albeck mit dem Titel „Engel & Dämonen“ statt.

Prof. Peter Brandstätter

Geboren am 31. Dezember 1917 in Spittal an der Drau, hat er nach Abschluß der Pflichtschule das Maler-Handwerk erlernt und während dieser Zeit die Maler-Fachkurse in Villach bei akad. Maler Prof. Leopold Resch besucht. Weitere Fortbildung autodidaktisch. Von 1938 bis 1947 Militärdienst, davon zwei Jahre in Gefangenschaft. Seit der Heimkehr im Jahr 1947 als freischaffender Künstler tätig.

Seine außergewöhnliche Wahrnehmungsgabe der Umwelt von Landschaften Bäumen und Pflanzen, Menschen speziell Kindern, religiöse Themen wie sein großes Talent, lassen seine Bilder in den schönsten Farben erstrahlen.

Die Vielfältigkeit an Techniken und Materialien Ölmalerei, Kohle und Bleistiftzeichnungen sowie Pastell und Aquarell zeichnen seine Werke aus. Seine besondere Liebe gilt der Aquarellmalerei welche das Licht, Leben und die Natur reflektieren.

In rund fünf Jahrzehnten entstanden um die 200 Fresken und Sgraffiti an öffentlichen wie privaten Gebäuden. Entwürfe für Mosaike und Glasfenster ergänzen Brandstätters monumentales Schaffen. 1979 wurde ihm der Berufstitel „Professor“ verliehen.

Peter Brandstätter jun.

Geboren am 25. Juli 1957 in Spittal an der Drau. Im Alter von 17 bis 23 befaßte er sich mit Holzbildhauerei. Es entstanden über 40 traditionelle Perchtenmasken und einige Holzskulpturen. Durch seine Tätigkeit als Bauleiter im In- und Ausland fand er immer weniger Zeit, sich künstlerisch zu betätigen – eine Pause von 25 Jahren war die Folge.

Erst nach seiner selbständigen Tätigkeit in der Bauwirtschaft fand er zur Kunst zurück. Ein vulkanartiger Ausbruch läßt seit 2003 alles hervorbrechen und so entstehen vielfältige Skulpturen, Akte, Portraits und Skulpturen zu zeitgenössischen Themen in Holz, Metall, Zement, Ton und Stein. ■

http://www.brandstaetter.info/
http://www.schloss-albeck.at/

Erst nach seiner selbständigen Tätigkeit in der Bauwirtschaft fand Peter Brandstätter jun. zur Kunst zurück. »In den Wogen« heißt dieser Torso aus Sodalith.

Kultur

Die heilige Krone Österreichs

Ab Mai 2011 wird der Erzherzogshut nicht mehr nur auf der Kuppel des Stiftes Klosterneuburg zu sehen sondern das Original für alle Besucher in der neuen Schatzkammer zugänglich sein.

Der österreichische Erzherzogshut, die „heilige Krone Österreichs“ wird seit 1616 in der Schatzkammer des Stiftes Klosterneuburg „beim Grab des Heiligen Leopold“ – wie in der Stiftungsurkunde verlangt – aufbewahrt. Außer zur „Erbhuldigung“ – quasi der Bestätigung eines Herrschers zum Erzherzog von Österreich – durfte und darf diese Krone auch nicht – unter Androhung des Kirchenbannes – weggebracht werden.

Gezeigt wurde die Krone bisher nur ganz selten, denn die Schatzkammer war für eine allgemeine Besichtigung nicht geeignet. Doch nun wurde die Schatzkammer verlegt und vergrößert, ab Mai 2011 wird sie dann allen Besuchern zugänglich sein.

Schatzkammer neu

Die neuen Räumlichkeiten befinden sich auf der Ebene der Sala terrena und entsprechen den modernsten Sicherheitskriterien und konservatorischen Anforderungen mit Vitrinen aus Stahl und Glas – und trotzdem bleibt das Ambiente der alten geschnitzten Sakristeischränke auch erhalten.

„Eine Modernisierung war notwendig. Einerseits um die Sicherheit zu erhöhen und andererseits diese einzigartigen Kunstgegenstände in einem würdigen Rahmen erscheinen zu lassen. Der Gedanke der Öffnung der Schatzkammer für alle Besucher ist uns sehr wichtig. Wir freuen uns, den Besuchern diese neue Attraktion präsentieren zu dürfen,“ erklärte der Wirtschaftsdirektor des Stiftes, Andreas Gahleitner.

Schätze von europäischem Rang

Tatsächlich sind die in der neuen Schatzkammer ausgestellten Gegenstände Attraktionen erster Güte: Sie bewahrt Objekte, die für die Geschichte Österreichs von größter Bedeutung sind. Dazu zählen der nicht nur der österreichische Erzherzogshut oder die Markgrafen-Stoffe, von denen sich das Niederösterreichische Landeswappen herleitet.

Darüberhinaus enthält sie zahlreiche Kunstwerke von europäischem Rang.

Erlebbar wird aber auch ein in seiner historischen Geschlossenheit einzigartiges Ensemble. Etliche Gegenstände wurden schon im Mittelalter für das Stift angefertigt oder vom Stift erworben und haben den Verband der Schatzkammer seither nie verlassen. Die Hauptstücke werden bis heute in den Schränken, die im späten 17. Jahrhundert für sie gebaut wurden, bewahrt und auch präsentiert.

Der Ursprung

Der Ursprung der Schatzkammer von Klosterneuburg ist bezüglich der Reliquien bis in die Anfangszeit des Stiftes zurück zu verfolgen. Schon vom Sohn Markgraf Leopolds III., Otto, dem späteren Bischof von Freising, wird berichtet, er habe von seinem Studium in Frankreich kostbare Reliquien mitgebracht und seinem Vater für dessen Stiftung Klosterneuburg übergeben. Der Status einer Kirche oder eines Klosters hing nicht zuletzt von seinem Reliquienbesitz ab und so war jedes wohlhabende Kloster bestrebt, neue Reliquien für seine Schatzkammer zu erwerben. Daneben sammelten sich im Laufe der Jahrhunderte kostbares liturgisches Gerät, also Kelche, Ziborien, Hostienschalen und sakrale Gewänder an.

Foto: Stift Klosterneuburg/Verlag Janos Stekovics

Der Erzherzogshut ist die offizielle Krone des Erzherzogtums Österreich, das sind die heutigen Bundesländer Nieder- und Oberösterreich.

Foto: Stift Klosterneuburg/Verlag Janos Stekovics

Die Schleiermonstranz aus 1714 ist die größte und prächtigste unter allen barocken Monstranzen Österreichs.

Als älteste Reliquie im Schatz von Klosterneuburg wird die Kreuzpartikel angesehen, die heute das Zentrum einer der beiden spätgotischen Prunkmonstranzen bildet.

Nach der Heiligsprechung des Klostergründers, Markgraf Leopold III., im Jahr 1485 wurden seine Gebeine zum Gegenstand der höchsten Verehrung im Stift Klosterneuburg und ließen alle anderen Reliquien naturgemäß in den Schatten treten. Neben die hochverehrte Schädelreliquie und den angeblichen Schleier seiner Frau Agnes traten im Laufe der Zeit eine Reihe anderer Gegenstände, die man auf Leopold zurückführte: Sein Gewand, sein Schreibzeug, sein Reisekelch.

Als Schatzkammer diente seit alters her die Nikolauskapelle, ein romanischer Bau, der sich unmittelbar an den Kapitelsaal im Bereich des Kreuzganges anschloß. Unmittelbar vor ihrer Schwelle wurde das Grab Leopolds eingerichtet. So wurde dieser Platz dann auch zum vornehmsten Punkt der Heiligenverehrung. Für diese Kapelle wurden 1677 die barocken Schränke angefertigt, die auch an ihrem neuen Aufstellungsort nach wie vor das Kernstück der Klosterneuburger Schatzkammer bilden. Als die Nikolauskapelle im Zuge der Bauarbeiten für die Vollendung des Kaiserhofes unter dem Architekten Joseph Kornhäusel 1837 abgetragen wurde, mußte die Schatzkammer in den barocken Kaisertrakt übersiedeln. Die Schränke wurden in einem längsrechteckigen Saal in einer Front aufgestellt. 1980 erfolgte eine neuerliche Übersiedlung. Damals wurde ein Ensemble geschaffen, bei dem die Schränke alle vier Wände eines quadratischen Raumes komplett auskleiden, was einen wesentlich harmonischeren Eindruck ergab als vorher. Diese Aufstellung wurde im großen und ganzen auch in die neue Schatzkammer übernommen, allerdings durch zwei modern gestaltete Räume, die musealen Charakter haben, ergänzt.

Man betritt die Schatzkammer durch ein 2010 geschaffenes Portal mit dem Wappen des Propstes Bernhard Backovsky (regierend seit 1995). Im Raum dahinter öffnet sich die historische Schatzkammertür aus dem 17. Jahrhundert in den ersten der drei Räume.

Mittelalter

Im ersten Raum befinden sich die wertvollsten Stücke des mittelalterlichen Stiftsschatzes. Einige Objekte werden, wie bereits erwähnt, von der Überlieferung mit der Person des Klostergründers Leopold III. in Verbindung gebracht. Allerdings stammt das wenigste davon auch tatsächlich aus seiner Zeit. Trotzdem verdienen diese Objekte besondere Beachtung, denn sie genossen zu allen Zeiten außerordentliche Wertschätzung und Verehrung.

Heute sind die Stoffreste des sogenannten „Markgrafenornats“ wieder zu einem größeren Ensemble zusammengeführt. Zwischenzeitlich war der Ornat in zahlreiche kleinere und größere Stoffmuster aufgeteilt. Der Tradition nach wurde dieser Ornat, dessen Stoffe von Gewändern des heiligen Leopold und seiner Frau stammen sollten, vom Propst des Stiftes bei besonders feierlichen Anlässen getragen, besonders wenn er den Landesherrn in seinem Haus begrüßen konnte. Der Ornat ist bereits 1371 im Stift dokumentiert.

Das sogenannte Schreibzeug des heiligen Leopold ist ein massives Elfenbeinkästchen, das zusammen mit mehreren Einsätzen und dem Schiebedeckel aus einem einzigen Stück geschnitzt wurde. Ursprünglich handelte es sich bei diesem Objekt wohl um eine Schatulle, in der ein Goldschmied oder Apotheker seine Balkenwaage zusammen mit ihren Gewichten aufbewahrt hat. Im Stift ist es bereits sehr früh als Reliquienkästchen dokumentiert. Schon bald brachte es die Tradition mit der Person des Stiftsgründers in Verbindung. Neuesten Forschungen zufolge stammt dieses Stück aus Spanien und ist in die Zeit des Kalifats von Cordoba zu datieren, also ins 10./11. Jahrhundert.

Der sogenannte Reisekelch des heiligen Leopold schließlich stammt definitiv aus

Fotos: Stift Klosterneuburg/Verlag Janos Stekovics

Als besonderer Schatz unter den textilen Schätzen ist der Marienornat aus dem Jahr 1911 anzusehen. Er gilt als unbestrittenes Meisterwerk der Sakralkunst des Wiener Jugendstils. Das Bild unten zeigt einen Ausschnitt aus dieser Darstellung.

dem 14. Jahrhundert. Diese Messgarnitur im Miniaturformat besticht durch ihre Praktikabilität: Alle Teile können ineinander gesteckt und verschraubt werden, sodaß eine kleine, handliche Büchse entsteht, die man problemlos in jede Tasche stecken kann.

Zentral im Raum platziert sind zwei Vitrinen mit herausragenden Objekten. Ein Hostienziborium, das aus Konstanz am Bodensee stammt und in die Zeit um 1310/20 datiert wird, gehört zum Besten, was die mittelalterliche Goldschmiedekunst im süddeutsch-österreichischen Raum geleistet hat.

Das Vortragekreuz, das auch heute noch bei feierlichen Hochämtern in der Stiftskirche als Kapitelkreuz verwendet wird, ist eine venezianische Arbeit aus dem frühen 15. Jahrhundert. Es hat zwei Schauseiten, weswegen es auch in einer frei im Raum stehenden Vitrine ausgestellt wird.

Das älteste Objekt der Schatzkammer ist ein byzantinisches Elfenbeintäfelchen mit der Darstellung des Marientodes. Es stammt aus dem späten 10. Jahrhundert. Die Darstellung folgt dem in der byzantinischen Kunst geläufigen Schema: Im Moment des Todes erscheint Christus am Bett der Gottesmutter und nimmt ihre Seele in Gestalt eines

Wickelkindes in Empfang. Aus der himmlischen Sphäre nähert sich ein Engel, um die Seele empor zu tragen.

Aus der Mitte des 14. Jahrhunderts besitzt die Schatzkammer einen Kelch und eine Patene. Der Kelch von 1337 ist an Knauf und Fuß ungewöhnlich reich mit Edelsteinen, Perlen und Emails geschmückt, die Kreuztragung, Kreuzigung und Auferstehung Christi zeigen.

Am Ende dieses Raumes stehen in einer Vitrine zwei Reliquienmonstranzen, die zu den absoluten Höhepunkten der Schatzkammer zählen. Eine birgt einen Dorn von der Dornenkrone Christi, die andere eine Kreuzpartikel. Bis zur Heiligsprechung Leopolds im Jahr 1485 waren dies die kostbarsten Reliquien, die das Stift besaß. Entsprechend aufwendig wurden sie gefaßt. Die beiden Monstranzen zählen zu den bedeutendsten Werken spätgotischer Goldschmiedekunst überhaupt. Sie wurden um 1425 - 1440 in einer Wiener Goldschmiedewerkstätte hergestellt.

Das Barock

Der zweite Raum ist hauptsächlich dem Barock gewidmet. Hier stehen die sakralen Textilien, die Paramente, im Mittelpunkt, deren Farbenpracht den Raum beherrscht. Doch auch weitere herausragende Stücke der Goldschmiede- und Elfenbeinkunst sind hier ausgestellt.

Gleich hinter dem Eingang befindet sich in einer Vitrine eine Meßgarnitur aus Silberfiligran und böhmischen Granaten, bestehend aus einem Kelch und einem Ziborium. Sie wurde von Bernhard Adolf Graf Martinitz, dem Oberstburggraf von Böhmen, im Jahr 1676 dem Stift als Huldigung der böhmischen Länder an den Landespatron, den heiligen Leopold, geschenkt.

Ein silbernes Relief mit der Kreuzabnahme Christi ist das Werk des in Augsburg tätigen Goldschmieds Jan de Vos (um 1578 - nach 1619). Die Komposition geht auf eine Zeichnung von Michelangelo Buonarroti zurück.

Der große barocke Abtstab – quasi der Nachfolger des elfenbeinernen Stabes aus dem ersten Raum – stammt vom Wiener Goldschmied Johann Caspar Holbein aus dem Jahr 1729. Die glatte Krümme aus vergoldetem Silber ist ganz mit Rankenwerk aus Silberdrahtarbeit überzogen, kleine, kunstvoll eingedrehte Blätter ragen daraus hervor. Auch dieser Stab wird bis heute bei feierlichen Hochämtern in der Stiftskirche verwendet und kann daher fallweise in der Schatzkammer fehlen.

Foto: Stift Klosterneuburg/Verlag Janos Stekovics

Der große barocke Abtstab stammt vom Wiener Goldschmied Johann Caspar Holbein aus dem Jahr 1729.

Die Korallenkrippe aus dem 17. Jahrhundert stammt zweifelsfrei aus Trapani in Sizilien. Rund um die eigentliche Geburtsszene ist eine aufwendige Ruinenarchitektur aus teilweise vergoldetem Silber errichtet, die von phantastischen Blüten aus Email hinterfangen wird. Traditionsgemäß wird diese Krippe in der Weihnachtszeit im Refektorium, dem Speisesaal der Chorherren, aufgestellt.

In einer Vitrine werden Meßkelche aus verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Stilen gezeigt, die einmal mehr den großen historischen Reichtum der Klosterneuburger Schatzkammer verdeutlichen. Eine umfangreiche Garnitur bestehend aus Kelch, Meßkännchen mit zugehöriger Tasse und einem überaus fein gearbeiteten Standkreuz ist zwischen 1623 und 1628 entstanden und vom Wiener Hofgoldschmied Johann Melchior Sibmacher signiert. Sie vertritt beispielhaft die Renaissance. Die gesamte Garnitur besteht aus purem Gold (türkischem Dukatengold) und ist mit Emails geschmückt.

Gut dokumentiert sind die großen Ornate, unter denen vor allem der Leopoldi-Ornat von 1729 herausragt. Er wird im dritten Raum in einem der historischen Schränke aufbewahrt. Als besonderer Schatz unter den textilen Schätzen ist aber der Marienornat aus dem Jahr 1911 anzusehen. Er gilt als unbestrittenes Meisterwerk der Sakralkunst des Wiener Jugendstils. Nach dem Entwurf des damals erst dreiundzwanzigjährigen Anton Hofer wurde der Ornat von den Studentinnen der Textilklasse der k.u.k. Kunstgewerbeschule (der heutigen Universität für angewandte Kunst) in nur einjähriger Arbeit angefertigt.

Foto: Stift Klosterneuburg/Michael Zechany

Die historische Schatzkammer

Der dritte Raum ist die eigentliche historische Schatzkammer. Alle Wände dieses Raumes werden von den Schatzkammerschränken aus Walnußholz aus dem Jahr 1677 ausgekleidet. Sie sind das Werk des Laienbruders Marzellin Ortner, der sie mit vier Gehilfen schuf. Die reich geschnitzten Bekrönungen zeigen die Wappen des Stiftes und des auftraggebenden Propstes Adam Scharrer (regierend 1675 - 1681). Durch die mehrmalige Übersiedlung wurden die Schränke im Inneren mehrfach umgebaut und verändert. Die Fronten sind aber weitgehend original aus dem 17. Jahrhundert erhalten. Das betrifft auch die Beschläge und Schlösser der Türen.

In einer Hochsicherheitsvitrine in der Mitte des Raumes befindet sich der Österreichische Erzherzogshut. Er ist die offizielle Krone des Erzherzogtums Österreich, das sind die heutigen Bundesländer Nieder- und Oberösterreich. Der Hut ist eine Stiftung Erzherzog Maximilians III. (1558-1618), Hochmeister des Deutschen Ritterordens und Regent von Tirol, der ein großer Verehrer des heiligen Leopold war. Dieser übergab 1616 dem Stift Klosterneuburg zwei kostbare Geschenke: eine silberne Reliquienbüste des heiligen Leopold und den Erzherzogshut. In der Stiftungsurkunde wird festgelegt, daß diese Krone immer im Stift Klosterneuburg aufbewahrt werden muß und nur zur Erbhuldigung (das war die offizielle Amtseinsetzung eines neuen Landesfürsten) nach Wien gebracht werden dürfe, aber niemals länger als 30 Tage außer Haus bleiben dürfe. Papst Paul V. bestätigte diese Stiftung und bedrohte jeden Zuwiderhandelnden mit der Exkommunikation, dem Kirchenbann. Die Krone sollte nach dem Willen des Stifters nämlich als Heiligtum betrachtet werden. So wie Ungarn die Stephanskrone und Böhmen die Wenzelskrone hat, sollte Österreich eine Leopoldskrone haben. Zum ersten Mal wurde sie 1620 bei der Erbhuldigung gebraucht, zum letzten Mal 1835. Später gab es diese Zeremonie nicht mehr.

Der Erzherzogshut ist ein roter Samthut mit hochgeklappter Hermelin-Krempe. Dieses Rangabzeichen trugen auch die Kurfürsten. Er ist darüberhinaus bereichert durch eine aufgesetzte Zackenkrone und zwei gekreuzte Bügel. Die goldenen Teile sind reich geschmückt mit Email, Perlen und Edelsteinen. Während die Diamanten und die kleinen Steine feinen, zeitgenössischen Schliff zeigen, haben die großen Edelsteine (Rubine, Smaragde und der krönende Saphir) noch den mittelalterlichen, einfachen Mugelschliff. Man hat offenbar absichtlich mittelalterliche Kleinodien verwendet, um anzudeuten, daß es sich um eine alte Würde handelt, obgleich der gegenwärtige Hut erst 1616 angefertigt wurde.

In einem tabernakelartigen Innenschrank aus dem frühen 18. Jahrhundert steht die Schleiermonstranz, die größte und prächtigste unter allen barocken Monstranzen Österreichs. Sie wurde vom Stift anläßlich des 600. Gründungsjubiläums im Jahr 1714 bei dem Wiener Hofgoldschmied Johann Baptist Känischbauer von Hohenried nach einem Entwurf des bedeutenden Künstlers Matthias Steinl, der damals auch Entwürfe für den Hochaltar und das Chorgestühl in der Stiftskirche lieferte, in Auftrag gegeben.

In einem weiteren Schrank befindet sich die Schädelreliquie des hl. Leopold. Sie wird in einer prachtvollen Fassung aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufbewahrt und trägt eine Nachahmung des Erzherzogshutes, die nur aus Samt und Perlen besteht. Sie wird allerdings nur rund um den Leopolditag, den 15. November gezeigt. ■

http://www.stift-klosterneuburg.at

Kultur – »Das Denkmal des Monats«

Ein Fenster ins Neolithikum

Die sogenannten Pfahlbauten gehören zu den ergiebigsten archäologischen Fundstellen überhaupt. Nicht Schätze aus Gold oder Silber machen ihren besonderen Reichtum aus, sondern außerordentlich gut erhaltene organische Materialien.

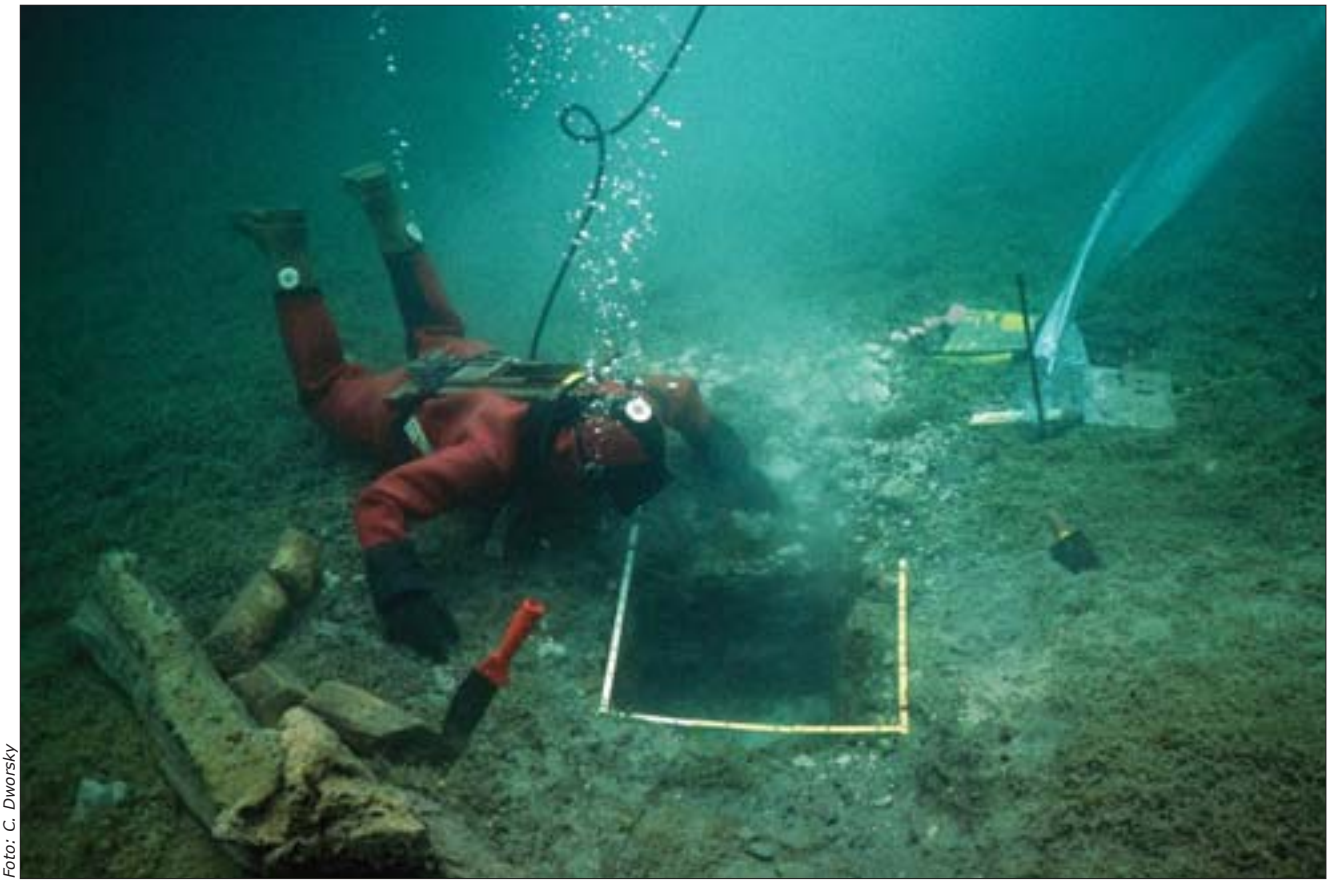


Foto: C. Dworsky

Im Salzkammergut liegen die Reste der Pfahlbauten in einer Tiefe zwischen 1 und 8 Metern unter der heutigen Seeoberfläche.

So finden sich hier Holzgeräte oder Pflanzen- und Nahrungsreste, die einen tiefen Blick in die Vergangenheit erlauben. Dieser sehr speziellen Qualität der Pfahlbauten war man sich bereits 1853 bewußt, als es in der Schweiz erstmals gelang, die zahlreichen Pfosten im Seeboden als Reste neolithischer Bauten zu erkennen. Nach Sensationsberichten in den Medien wurden die Ufer der europäischen Seen und Flüsse abgesucht. In der Schweiz kannte man 1864 bereits etwa 200 Pfahlbauten. Heute sind mehr als 1000 dieser bemerkenswerten Fundstellen in den Seen und Mooren des Alpenraumes, von Frankreich bis nach Österreich, bekannt und es werden immer noch neue entdeckt.

1864 war auch für die österreichische Pfahlbauforschung ein entscheidendes Jahr: Zum einen fand man einen prähistorischen Pfahlbau im Keutschacher See, südwestlich von Klagenfurt in Kärnten. Zum anderen beauftragte die kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien Untersuchungen in den Salzkammergutseen. Schnell wurde man fündig: 1870 konnte der erste Pfahlbau im Salzkammergut bei Seewalchen am Attersee, unmittelbar am Austritt der Ager, nachgewiesen werden. 1872 wurde bei Au ein weiterer Pfahlbau am Ostende des Mondsees beim Austritt der Seeache entdeckt.

Im Salzkammergut liegen die Reste der Pfahlbauten in einer Tiefe zwischen 1 und 8 Metern unter der heutigen Seeoberfläche. Aus diesem Umstand und auf Grund von Beispielen aus der Völkerkunde ging man davon aus, daß die Pfahlbauten in tiefem Wasser errichtet worden waren. Man stellte sich Wohnhäuser auf Plattformen vor, die auf in den Seeboden geschlagenen Pfählen ruhten. Erreichbar waren diese Konstruktionen entweder über Brücken oder nur mit Booten. Lange Zeit haben diese Vorstellungen das Bild der Pfahlbauten geprägt. Es entstanden nicht nur zahlreiche graphische Darstellungen, sondern auch Filme in entsprechenden Kulissen. Nicht vergessen werden soll auch das Kinderbuch von Th. Sonnleithner, „Die Höhlenkinder“, das, 1918 erstmals erschienen, bis heute aufgelegt wird.

Mittlerweile ist das Wissen über die Pfahlbauten beträchtlich angewachsen: Durch Ausgrabungen in ausgetrockneten Mooren und in Ufergebieten wurde bekannt, daß es sehr unterschiedliche Formen von Pfahlbauten gegeben hat. Seit man bei der Erforschung unter Wasser Tauchgeräte einsetzen kann, ist es möglich, genaue Lagepläne anzufertigen und die Konstruktion jedes einzelnen Pfahlbaus zu bestimmen, auch wenn dieser – wie die Pfahlbauten des Salzkam-

mergutes – manchmal heute in tiefem Wasser liegt. Wie in dem abgebildeten Plan des Pfahlfeldes von See im Mondsee deutlich, trifft man unter Wasser nämlich auf ein Gewirr aus stehenden und liegenden Pfählen und einigen dazwischen liegenden Bohlen. Die Pfähle haben lediglich eine Dicke zwischen 2 und 20 cm und sind wohl zu schwach, um überhaupt große Gewichte zu tragen. Johann Offenberger, der zwischen 1970 und 1986 die österreichischen Pfahlbauten betauchte und vermaß, hat für die Pfahlbauten des Neolithikums im Mondsee und im Attersee eine auf Beobachtungen unter Wasser basierende Rekonstruktion vorgeschlagen. Er konnte nachweisen, daß die Siedlungen nicht im tiefen Wasser, sondern am Seeufer, unmittelbar an der Wasserkante angelegt wurden. Seiner Ansicht nach ruhten die einzelnen Plattformen, auf denen später die Häuser errichtet wurden, selbst auf Bohlen, die mit Hölzern unterschiedlicher Dicke am Boden fixiert wurden. Diese Hölzer sind jene Pfähle, die man heute noch sehen kann. Über diese Bohlen wurden dann Bretter gelegt, die den Boden der Häuser bildeten. Die Hauswände bestanden wahrscheinlich aus einer Konstruktion aus liegenden Hölzern, in denen ein Flechtwerk aus Zweigen verzapft war. Zur Abdichtung dieses Geflechts wurde der am Seeufer reichlich vorhandene Lehm verwendet. Die Häuser dürften eine Länge von 6 bis 8 m und eine Breite von 2 bis 3 m gehabt haben. Daß die Fundstellen heute unter Wasser liegen, hat mit dem Anstieg des Wasserspiegels der Seen seit dem Neolithikum zu tun. Die Funde stammen aus den Schichten, die sich zwischen den Pfählen abgelagert haben.

Schon seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts ist klar, daß es sich bei den Pfahlbauten nicht um ein einheitliches Phänomen handelt. Der Vergleich der Fundstücke zeigt, daß wir es mit verschiedenen regionalen und zeitlichen Erscheinungen zu tun haben. Tatsächlich wurden die ersten Pfahlbauten in der Schweiz bereits am Ende des Altneolithikums etwa um 4400 v. Chr. errichtet. Auch aus allen anderen Perioden der Geschichte sind mittlerweile Pfahlbauten nachgewiesen worden. Besonders berühmt ist die Fundstelle La Tène aus der Jüngeren Eisenzeit (um 300 vor Christus), die namengebend für die Kultur der Kelten geworden ist. Wir kennen mittlerweile ganz verschiedene Formen von Pfahlbauten, darunter auch solche, die tatsächlich in tiefem Wasser errichtet worden sind. Einige waren mit Stegen vom Ufer aus erreichbar, andere nur mit Einbäu-

Foto: C. Dworsky

Seewalchen, Unterwasserarchäologe beim Zeichnen der Grundschwelle unter Wasser

Foto: C. Dworsky

Seewalchen, aus dem Seeboden ragende Pfähle

Foto: Ch. Mayer, BDA

Seewalchen, im Hintergrund das Schloss Kammer, im Vordergrund – auf dem Seegrund – der Pfahlbau

men. Einige wenige hatten sogar Befestigungen in Form von Zäunen oder Palisaden.

In Österreich sind die Pfahlbauten mit dem Begriff der Mondsee-Kultur verbunden. Diesen Namen wählte man, weil aus dem Pfahlbau beim Weiler Au am Mondsee besonders ausdrucksvoll verzierte Keramik geborgen wurde. Die Mondseekultur läßt sich leicht an der Verzierung ihrer Gefäße erkennen: Mit einem spitzen Knochen oder Holzstück wurden Muster – Spiralen, konzentrische Kreise, Linien – in den weichen Ton gedrückt und mit einer weißen Paste aus Kalk und gemahlenen Knochen ausgefüllt. Sie stammen aus einer Zeit zwischen 3700 und 2700 vor Christus. Sie sind damit etwas älter als der berühmte Mensch vom Hauslabjoch, der Ötzi. Die Menschen der Mondseekultur waren Bauern und Viehzüchter, die gelegentlich auch auf die Jagd gingen. Die erhaltenen Pflanzenreste belegen, daß sie Emmer und Einkorn, das sind Weizenarten, Gerste, Hirse und Erbsen angebaut sowie Wildäpfel, Wildbirnen, Kirschen, Erdbeeren und Himbeeren gesammelt haben. Auch konnte in den Fundstellen Flachs, der zur Herstellung von Kleidung diente, nachgewiesen werden. Unter den Geräten fanden sich auch solche, die zum Schmelzen von Kupfer verwendet wurden. Sie gehören zu den bislang ältesten Nachweisen der Kupferverhüttung im Ostalpenraum.

Die Menschen der Mondseekultur waren aber nicht die einzigen in Österreich, die Pfahlbauten errichtet haben. Die Bewohner des Pfahlbaues am Keutschacher See werden einer anderen, etwa etwas älteren Kultur zugerechnet. Nach dem Ende des Neolithikums wurden weiterhin Pfahlbauten errichtet: Aus Abstdorf und Weyregg, beide im Attersee, stammen Funde der Bronzezeit, aus Traunkirchen im Traunsee ist ein Pfahlbau der Hallstattkultur (Ältere Eisenzeit) bekannt. Aus nachrömischer Zeit stammt eine Pfahlkonstruktion aus dem Fuschlsee, dieser dürfte aber kein Wohnbau gewesen sein.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Holzreste und die Pollen, die sich in den Schichten am Seeboden zwischen den Pfählen abgelagert haben. Die Pflanzenpollen erlauben eine sehr genaue Rekonstruktion der Umwelt des Menschen. Aus den Baumringen der Pfähle lassen sich klimatische Veränderungen ableiten. Damit leisten die prähistorischen Pfahlbauten einen wesentlichen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um den Klimawandel. Die Bedeutung der Pfahlbauten als biogenes Archiv reicht somit bei weitem über die Archäologie hinaus.

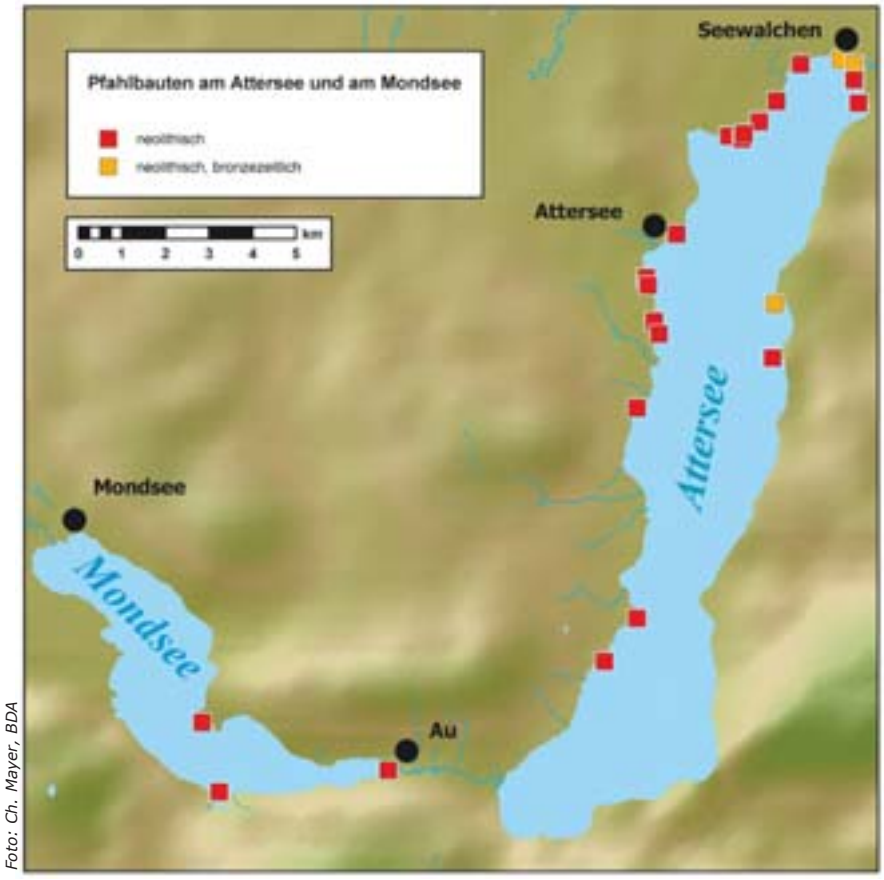


Foto: Ch. Mayer, BDA

Dieser Beitrag wird als so bedeutend eingeschätzt, daß die alpinen Pfahlbauten von den Alpenstaaten Frankreich, Schweiz, Italien, Deutschland, Slowenien und Österreich als Weltkulturerbe eingereicht wurden ***http://www.palafittes.ch*** Eine Eintragung in die Liste des UNESCO Weltkulturerbes steht für das Jahr 2012 bevor.

Hinweise:

Die österreichischen Pfahlbauten sind nicht zugänglich, weil sie alle im See liegen. Betauchungen durch Laien sind nicht erlaubt. Man kann aber drei dieser Fundstellen vom Ufer aus gut sehen:

- *Seewalchen am Attersee:* von der Brücke über die Ager bis zum Strandbad.
- *Attersee:* von der Schiffsanlegestation aus kann man bei klarem Wasser die neolithischen Pfähle am Seegrund erkennen.
- *See am Mondsee:* Dieser Pfahlbau beim Weiler Au im Mondsee ist zwar schlecht sichtbar, kann aber von der Wiese zwischen der Brücke der Bundesstraße über die See und der Kreuzung der Bundesstraße aus betrachtet werden.

Museen

In Österreich gibt es ein Spezialmuseum im Schloß von Mondsee (Heimat- und Pfahlbaumuseum Mondsee). Funde aus den Pfahlbauten können unter anderem in der Prähistorischen Abteilung des Naturhistorischen Museums in Wien und im Oberösterreichischen Landesmuseum betrachtet werden. ■

http://www.bda.at
http://www.nhm-wien.ac.at
http://www.landesmuseum.at
http://www.mondseeland.org

Literatur:
O. Cichocki und C. Dworksy, ***Unterwasserarchäologie in Kärntner Seen.*** *In: A. Krenn-Leeb, K. Grömer, P. Stadler (Hrsg.), Ein Lächeln für die Jungsteinzeit, Festschrift für Elisabeth Ruttkay, Archäologie Österreichs 17/2, 2006, 90-95.*
C. Dworsky und Th. Reitmaier, ***Moment, da war noch was! Neues zur Pfahlbauarchäologie im Mond- und Attersee.*** *1854-2004: 150 Jahre Entdeckung der Pfahlbauten, Archäologie Österreichs 15/2, 2004, 4-15.*
P. Gleirscher, ***Ertauchte Geschichte. Zu den Anfängen von Fischerei und Schifffahrt im Alpenraum.*** *Katalog zur Sonderausstellung im Landesmuseum Kärnten 5. Mai bis 3. September 2006, 21-23.*
H. Schlichtherle (Hrsg.), ***Pfahlbauten rund um die Alpen,*** *Stuttgart 1997 (=Archäologie in Deutschland Sonderheft 1997).*

Kultur

Don Giovanni

Das Opern-Highlight im Steinbruch St. Margarethen 19. Juli - 28. August 2011

Foto: Opernfestspiele St. Margarethen

Das Bühnenbild stammt von Paul Zoller, der schon für viele Ausstattungen für internationale Opern- und Theaterproduktionen verantwortlich zeichnete und auch als bildender Künstler arbeitet.

Zum ersten Mal steht in St. Margarethen Mozarts Oper „Don Giovanni“ auf dem Programm. Den einzigartigen Rahmen bietet die Naturkulisse des südlichen Steinbruchs. Dort finden rund 2100 Besucher Platz, die an 20 Abenden von 19. Juli bis 28. August 2011 dieses großartige Werk der Musikliteratur – die „Oper der Opern“ – erleben werden.

Stefan Ottrubay, Leiter der Esterházy Privatstiftung, freut sich außerordentlich, daß diese Opernproduktion ein höchst professionelles Team gestaltet: „Unter der Federführung des neuen künstlerischen Leiters Joachim Arnold beschreiten wir in Kooperation mit den Opernfestspielen St. Margarethen im Jahr 2011 mit der Produktion ‚Don Giovanni‘ neue Wege. Opernfans dürfen sich auf eine herausragende und zeitgemäße Inszenierung von Mozarts einzigartiger Oper freuen.“

Begeisterung verspürt auch Wolfgang Werner: „Daß auf der ‚freien‘ Bühne im kommenden Jahr in St. Margarethen Oper gespielt wird, kann unser treues Publikum nur begeistern! Die Naturkulisse in diesem Areal ist charmant, die Besucher werden das Geschehen auf der Bühne ‚hautnah‘ erleben! Ein idealer Rahmen für ‚Don Giovanni‘ – die Geschichte um den wohl bekanntesten Frauenhelden der Opernliteratur.“

Joachim Arnold, der sich für die künstlerische Leitung verantwortlich zeichnet, hat ein in Europa bekanntes Leitungsteam zusammengestellt. Mit Thilo Reinhardt konnte er einen Opernregisseur gewinnen, der regelmäßig an der Komischen Oper Berlin inszeniert. Thilo Reinhart steht für sinnliche Effekte und drastische Sichtweisen. Dabei verlieren seine Inszenierungen aber nicht an der Qualität des lustvollen Theaters. Der Tiroler Bühnenbildner Paul Zoller schafft hierfür den imposanten Rahmen, in dem das Geschehen rund um Verführung, Liebe und Tod seinen Lauf nimmt. Mit mehr als 150 Produktionen und 20 Jahren Erfahrung zählt Fabrice Kebour zu den führenden Lichtdesignern in Europa.

„Wir wollen opulentes und spannendes Musiktheater machen und das Publikum aufwühlen, berühren und begeistern!“, meint Joachim Arnold und fügt hinzu: „Begeistern wird auch das Sänger-Ensemble. Alle Rollen sind mit hervorragenden Stimmen besetzt und die Sängerinnen und Sänger bestechen durch ein hohes Maß an Persönlichkeit und Spielfreude.“

Die musikalische Leitung liegt in den Händen dreier ganz unterschiedlicher Dirigenten: Johannes Wildner – erfahren, Ex-Wiener Philharmoniker und Ur-Österreicher; Radoslaw Szulc – gebürtiger Pole, Konzertmeister des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks, als Dirigent ein geschätzter „Geheimtipp“ in der Szene; Daniel Raiskin – gebürtiger Russe, aus dem Konzert kommend, aber auch sehr opernaffin. Für die ersten vier Spielwochen wird ein Festivalorchester gebildet werden, das sich aus hochtalentiertem Nachwuchs und sehr erfahrenen Orchestermusikern aus Ost und West zusammensetzt. Diese Akademie versteht sich als eine grenzüberschreitende Schnittstelle zwischen Ost und West. Die letzten zwei Spielwochen übernimmt das Minsk Orchestra den musikalischen Part. Statisten und Chor werden gemeinsam rekrutiert werden und die musikalische Leitung freut sich auf zahlreiche Bewerbungen von begeisterten ChorsängerInnen aus dem Burgenland und dem Gebiet um Wien. ■

http://www.ofs.at

Serie K.u.K. Jugendstil

Prof. Peter Schubert – der Autor dieser neuen Serie – beschäftigt sich seit mehr als 10 Jahren intensiv mit dem Jugendstil. Er hat zwei Bücher darüber verfaßt und fotografierte inzwischen wahrscheinlich das größte internationale Fotoarchiv zu diesem Thema: Es umfaßt derzeit mehr als 7000 digitale und 500 analoge Fotos aus 15 europäischen Ländern. In dieser Folge:

Die italienischen Gebiete…

Das Plakat für das Seebad Grado entwarf Josef Maria Auchenthaller zwar vor 105 Jahren, aber es gehört bis heute zu den bekanntesten Plakaten überhaupt und wird als Postkarte und Buchcover noch immer gerne verwendet. Auchenthallers Karriere und Leben verliefen zwar untypisch – kann aber gerade deshalb fast als symptomatisch gelten: Seine Familie stammte aus Südtirol, geboren wurde er aber in Wien. Er studierte in Wien, ging nach München und war dort maßgeblich an der Zeitschrift „Jugend" – die dem Jugendstil den Namen gab – beteiligt. Nach Wien zurückgekehrt, gehörte er an führender Stelle zur Secession, bis er sie dann mit seinem Freund Klimt und den anderen Mitgliedern der „Klimtgruppe" verließ.

1903 übersiedelte er nach Grado, baute sich dort ein Hotel, das mit einem Fresko aus seiner Hand versehen war und entwarf 1906 das berühmte Grado-Plakat. Sein Hotel wurde zu einem Treffpunkt der Wiener Gesellschaft und er trug damit wesentlich zum Aufstieg des „Seebades im österreichischen Küstenland" bei. Doch dann geriet der phantastische Plakatkünstler und Grafiker in Vergessenheit – bis ihn 2009 das Leopold-Museum „wiederentdeckte".

Auchenthallers Hotel in Grado existiert noch – aber das Fresko ist im Zuge einer Renovierung verschwunden. Genauso ein Opfer der Modernisierungen und Erweiterungen wie die meisten Jugendstilelemente dieses Ortes. Nur ein vergessener und mit Vorhängeschloß versperrter Badzugang von den Ville Bianchi trägt noch den Doppeladler in der Jugendstil-Fassung…

Im ehemaligen „österreichischen Küstenland" – inklusive der damaligen Grafschaft Görz-Gradisca – haben zwei Weltkriege und die Modernisierung nur wenig Jugendstil übrig gelassen. Eine Ausnahme bildet dabei nur der ehemalige österreichische Haupthafen Triest. Anders ist es im zweiten ehemals österreichischen und seit 1918 italienischen Gebiet, in Südtirol – dort blieb vor allem in Meran viel erhalten – und im Trentino. Und gerade dort prallen auch zwei unterschiedliche Richtungen des Jugendstils aufeinander: Die süddeutsch/

Triest, Wohnhaus und Kino-Theater, 1908, G. Sommaruga

Münchner/Wiener Ausrichtung und die italienische Version.

Ähnlich wie in den anderen Grenz- und Mischgebieten der Nationalitäten der Doppelmonarchie – wie etwa in der Slowakei – war auch in den heute italienischen Gebieten die Baurichtung des Jugendstils ein politisches Bekenntnis: Im tirolerischen Meran wurde natürlich im Münchner und Wiener Jugendstil gebaut, in Rovereto in der italienischen Version, die Elemente der Renaissance wiederbelebte und etwa auf ein De-

Alle Fotos: Prof. Peter Schubert

korband knapp unter dem Dach – oft mit bunter Keramik – zurückgriff. Dieses findet man dafür in der Toskana genauso wie eben in Rovereto. (Wo es teilweise durch die engen Gassen praktisch nicht zu fotografieren ist.) Außerdem haben sich in Rovereto einige Geschäftsportale im Jugendstil italienischer Prägung erhalten.

Meran gehörte nach der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert zu den beliebtesten Kurorten der Donaumonarchie und plante ein neues Kurhaus. Friedrich Ohmann, der in Wien vielfältig tätig war und in der Reichs-Haupt- und Residenzstadt etwa das Palmenhaus im Burggarten entworfen hatte, erhielt den Auftrag. Geplant war eine riesige Anlage – doch bei einem Baubeginn 1911 war bis 1914 nur ein Teil mit Festsaal und Kuppel fertiggestellt – dann hinderte aber der Erste Weltkrieg die weiteren Pläne. Aber auch das Fragment ist beachtlich.

Bereits fertig war das 1899 begonnene Stadttheater des deutschen Architekten Martin Dülfer: Das 1900 vollendete Theater von Meran war der erste derartige Bau des Architekten, dem später vier weitere Theater in Deutschland folgen sollten. Fertig waren auch die Postbrücke und zahlreiche Hotels, die mit Jugendstilfassaden glänzen. Ein besonderes Schmuckstück ist darunter die heutige Fachoberschule für Soziales Marie Curie. Das Gebäude wurde 1907-08 von der Firma Musch & Lun als „Hotel Frau Emma“ errichtet und der Fassadendekor erinnert stark an Münchner Vorbilder. Was nicht erstaunt: Architekt Josef Musch (1852-1928) war politisch engagiert, baute den neuen Bahnhof und entwarf zahlreiche Meraner Hotels. Sein Schwager Carl Lun (1883-1925) hatte in München studiert und war hauptsächlich als Baumeister der gemeinsamen Firma tätig und somit für die „Endfertigung“ verantwortlich.

Rovereto, Geschäftsportal

Jugendstil findet sich auch in Brixen und in Bozen und in Riva und Arco im Gardaseegebiet. Allerdings bietet Riva auf diesem Sektor weniger als die Tourismus-Verantwortlichen versprechen, denn einige der gepriesenen Gebäude entpuppen sich als nicht besonders qualitativ hochstehende Historismus-Bauten. Und das schönste Jugendstilgebäude der Region ist eindeutig das Hotel Laurin in Salo – also außerhalb des tirolerischen Gardaseebereiches.

Im übrigen Südtirol stechen vor allem noch einige alte Großhotels hervor, die häufig zwischen Südbahn-Stil, Heimatstil und Jugendstil schwanken. So etwa das Grandhotel in Toblach oder das Hotel Karersee, das von dem schon aus Meran bekannten Architekten Josef Musch stammt.

Als ergiebigstes Feld auf der Suche nach Jugendstilgebäuden im ehemals österreichischen Italien erwies sich Triest – wenn auch einige Häuser nur schwer zu finden und bei den Verkehrsverhältnissen wahrscheinlich nur von einheimischen Mopedfahrern erreichbar sind.

Dafür treffen sich in Triest die unterschiedlichsten Strömungen des Jugendstils und bekannte Architekten aus verschiedenen Ländern: Max Fabiani – in Wien etwa für das Zacherl-Haus verantwortlich – baute in Triest an prominenter Stelle – am Börsenplatz – ein Wohn- und Geschäftshaus mit einem eigenartigen Rasterdekor. Fabiani, der 1865 in San Daniele unweit von Triest geboren wurde und in dessen Familie Deutsche, Italiener und Slowenen vorkamen, leitete nach dem Ersten Weltkrieg den Wiederaufbau des von den Isonzoschlachten zerstörten Görz und fiel schließlich durch seine Nähe zum italienischen Faschismus in seinen letzten Lebensjahren in Ungnade (gestorben ist er fast 100jährig im Jahr 1962).

In der viale XX Settembre 35 hingegen bestechen zwei gewaltige Nackte, die den Eingang zu einem Kino anzeigen. Architekt

Bild auf der Seite 111: Grado, Eingang zum Strandbad bei den Ville Bianci

Serie K.u.K. Jugendstil

dieses Hauses war Giuseppe Sommaruga, als dessen bekanntestes Werk in Mailand der Palazzo Castiglioni gilt.

Ganz anders hingegen ein Haus in der via Tigor 12: An der Fassade eher Secessionismus als Jugendstil – und weit entfernt vom italienischen Liberty-Stil – und in der Einfahrt geradezu klassizistische Figuren, die man eher in einem Palazzo der Renaissance erwarten würde. Es ist ein leider ziemlich herabgekommenes Gebäude von Carlo Mosco.

Dazwischen gibt es in Triest fast alle Spielarten des Jugendstils, wobei an der, auf den Karst hinaufführenden, via Commerciale 25 ein Haus von E. Zaninovich durch seinen reichen Figurenschmuck besonders auffällt. Ebenso wie im Corso Italia 22 ein Haus von R. Depaoli. Und: Wer des Italienischen mächtig ist, findet in der Buchhandlung Italo Svevo – schräg gegenüber von dem zuletzt erwähnten Gebäude – auch entsprechende Literatur. Der namensgebende Italo Svevo, dessen schriftstellerisches Werk wahrscheinlich die beste Darstellung Triests in der ausgehenden Donaumonarchie bietet, hätte allerdings sicher lieber in einem Jugendstilgebäude „seine" Buchhandlung gehabt…

Tausende Fotos zur Jugendstil-Architektur im Leopold Museum

Aus Peter Schuberts mehr als 10.000 Fotos umfassendem Archiv präsentiert das Leopold Museum nun erstmals 72 Arbeiten aus 15 europäischen Ländern. Im Atrium des Hauses ermöglicht das Museum einen faszinierenden Rundgang durch die Jugendstilarchitektur Europas, der von Barcelona und Brüssel bis in das rumänische Constanta und das galizische Lemberg (Lwiw, Ukraine) führt, aber auch eine Reihe von nahen Punkten berührt, etwa Brunn am Gebirge am Rande Wiens, Bratislava oder Budapest.

Meran, Neues Kurhaus, 1912-14, Friedrich Ohmann

…und in abgewandelter Form … Wien 14, Kirche St. Leopold am Steinhof, 1905-1907

Bei allen unterschiedlichen Richtungen dieses kaum 25 Jahre dauernden Stils, der in Frankreich und Österreich spezielle Ausprägungen erfuhr und sich in Ungarn oder Finnland zum Nationalstil entwickelte, weist er doch grundlegende Gemeinsamkeiten auf, die über die heutigen Ländergrenzen hinaus wirken. Peter Schubert sieht Jugendstil, Secessionismus, Art Nouveau, Stile Liberty oder wie auch immer dieser internationale Stil genannt wurde, als europäisches Bindeglied, als wunderbare Vielfalt aus der doch eine klar erkennbare harmonische Einheit entstand.

Die Wahl des Ausschnitts ist Professor Schubert in seinen Dokumentationen wichtig. Man kennt vielleicht die Orte und die Gebäude – aber man hat sie noch nie so wahrgenommen.

Peter Schubert richtet den Blick auf die Details, wie Fensterformen, und ihre Entstehung. So ergibt etwa ein mit einem Kreis kombiniertes Rechteck eine an den griechischen Buchstaben Omega erinnernde Form. Verblüffend die unterschiedliche Umsetzung derselben: einmal wurde die komplizierte Struktur in Glas geschnitten und in Fenster-

Serie K.u.K. Jugendstil

oben: Otto Wagner, Kirche St. Leopold am Steinhof, Wien, 1905/07

rechts: Josef Maria Olbrich, Haus Glueckert 1900

rahmen eingepaßt, ein anderes Mal findet man die Form nur in der Stuckumrahmung des Fensters. P***Die Fotos oberhalb und rechts sind in dieser Ausstellung zu sehen.***

Peter Schubert: Fotograf, Sammler, Autor, Pressesprecher

Prof. Dr. Peter Schubert (*1949) ist Fotograf aber auch Autor und Ausstellungsgestalter. Als „gelernter" Historiker mit Schwerpunkt Zeitgeschichte beschäftigt er sich seit Jahrzehnten mit der Zeit um 1900. Er verfaßte und fotografierte 56 Bücher, wurde mit dem Titel Professor ausgezeichnet und arbeitet als Pressesprecher, Verlagsleiter und Ausstellungskurator im Stift Klosterneuburg. Sein Fotoarchiv zur Architektur des Jugendstils umfaßt derzeit mehr als 10.000 Fotos aus 19 europäischen Ländern, die auf Wanderungen und Reisen gemeinsam mit seiner Frau entstanden sind.

Als Pressesprecher beschäftigt sich Prof. Schubert mit Fragen rund um die Generalrenovierung des Stiftes, das Wohl der Wirtschaftsbetriebe, um Kirche und Pächter oder die Zukunft des Leopoldsberges. Er betreut die Kunst- und Kultur- Ausstellungen des Stiftes und trotz dieser intensiven Tätigkeit bliebt immer Zeit für seine wahre Leidenschaft, den Jugendstil. Die Ausstellung im Leopold Museum ist nicht die erste, aber sicher die prominenteste Übersicht über das Fotoarchiv Prof. Schuberts und eine interessante Ergänzung der aktuellen Ausstellung zum europäischen Jugendstil – **verlängert bis 25. April 2011!** ■

http://www.leopoldmuseum.at

Vom Autor dieser Serie sind drei Bücher zum Thema Schmuck von Hausfassaden erhältlich:

Barbara und Peter Schubert
Die Ringstraße des Proletariats.
Hausschmuck der Gemeindebauten 1923-1933.

Peter Schubert
Jugendstil & Co.
Hausschmuck in Floridsdorf 1880-1930.

Werner Kitlitschka / Peter Schubert
Zeit des Jugendstils in Niederösterreich.
Fassadenschmuck um 1900.

Jeder Band: 115 x 210 mm, fest gebunden, 96 bzw. 112 Seiten mit ca. 80 z.T. färbigen Fotos, € 14,40; zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag Stift Klosterneuburg verlag@stift-klosterneuburg.at

Film

Diagonale bilanziert positiv

Sechs aufregende Festivaltage, vier Kinos, 183 Filme und Videos im Rahmen von 123 Kinovorstellungen, rund 100 anwesende Regisseurinnen und Regisseure, Diskussionen, Ausstellungen, Konzerte und DJ-Lines: das war die Diagonale 2011.

Von 22. bis 27. März feierte das Festival des österreichischen Films in der steirischen Landeshauptstadt zum bereits 14. Mal die ganze Vielfalt des heimischen Kinos. Hier ein kurzes Resümee: Mit einem akzentuierten Profil in der Programmierung und verstärktem Augenmerk auf Branchenvernetzung hat die Diagonale in diesem Jahr ihre Bedeutung als zentrale Vermittlungsplattform für das Filmland Österreich erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Zu den Höhepunkten des Festivals zählte die auch international viel beachtete Personale Peter Tscherkassky in Kooperation mit Ö1. Mit der Regisseurin und Kamerafrau Elfi Mikesch war eine der gegenwärtig wichtigsten VertreterInnen des europäischen Autorenkinos in Graz zu Gast. Im Rahmen der Diagonale präsentierte Mikesch mit der ORF-Premiere „Judenburg findet Stadt“ und „MONDO LUX – Die Bilderwelten des Werner Schroeter“ auch zwei jüngst entstandene Arbeiten. Mitte April widmet ***http://www.dok.at*** dem Dokumentarfilmschaffen Elfi Mikeschs im Wiener Filmcasino eine Filmschau. Viel Beachtung fand auch das historische Spezialprogramm „Shooting Women“. Weibliche Pioniere des österreichischen Films, das im April im Filmarchiv Austria seine Fortsetzung finden wird. Eine breit gefächerte Auseinandersetzung mit dem weiblichen Filmschaffen fand bei der Diagonale 2011 aber nicht nur im Film- bzw. Rahmenprogramm, sondern auch auf filmpolitischer Ebene statt. Vetreterinnen von FC Gloria Frauen Vernetzung Film forderten, unterstützt von VertreterInnen der Filmbranche, mehr Sichtbarkeit von Frauen im Filmgeschäft sowie eine Frauenquote in Filmgremien und im universitären Bereich.

Darüberhinaus wurden bei der Diagonale-Preisverleihung am 26. März 17 Filmpreise mit einem Gesamtwert von über 100.000 Euro vergeben, darunter die vom Land Steiermark mit je 21.000 Euro dotierten Großen Preise für den jeweils besten österreichischen Kinospielfilm bzw. Kinodokumentarfilm.

Diagonale-Schauspielpreisträgerin Senta Berger

Als bester österreichischer Kinospielfilm wurde „Die Vaterlosen“ von Marie Kreutzer ausgezeichnet. „Nachtschichten“, der erste Langdokumentarfilm von Ivette Löcker gewann den Großen Diagonale- Preis für Kinodokumentarfilm. Der Preis Innovatives Kino ging an „Chiles en Nogada“ von Billy Roisz.

Marion Mitterhammer und Johannes Krisch wurden mit den diesjährigen Diagonale- Schauspielpreisen ausgezeichnet.

Bereits bei der Eröffnung war – in Kooperation mit der VDFS – die österreichische Schauspielerin Senta Berger mit dem Großen Diagonale-Schauspielpreis gewürdigt worden. „Wenn man in Hollywood nach österreichischen Schauspielerinnennamen fragt, die den Filmschaffenden und dem Publikum dort bekannt sind, dann fallen bis heute die Namen Oscar Werner, Klaus Maria Brandauer, Christoph Waltz und Senta Berger“, so die Kulturjournalistin Gabriele Flossmann in ihrer Laudatio. „Senta Berger hat ihre ersten Schritte im Film ‚Die unentschuldigte Stunde‘ unter der Regie des Österreichers Willy Forst gemacht. Seither hat sie in annähernd 100 Kino- und Fernsehproduktionen Hauptrollen gespielt. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem ebenfalls sehr erfolgreichen Regisseur Michael Verhoeven, hat sie die anspruchsvolle Filmkultur hochgehalten und Titel wie ‚Die weiße Rose‘ produziert. Senta Berger hat schon seit vielen Jahren dazu beigetragen, daß Österreich auf der internationalen Landkarte als Filmland wahrgenommen wird.“

Das diesjährige Branchentreffen zur „Digitalen Revolution“ in Vertrieb und Marketing fand bei den rund 200 teilnehmenden FachbesucherInnen großen Anklang. In zahlreichen international besetzten Panels und Case Studies ist es gelungen, den Status quo der Digitalisierung aufzuzeigen und eine realistische Einschätzung für zukünftige Entwicklungen zu treffen.

Darüber hinaus positionierte „Diagonale Goes Green“, eine längerfristig angelegte Strategie der gesellschaftlichen Verantwortung für Umwelt und Nachhaltigkeit, das Festival als eine der ersten kulturellen Veranstaltungen unter dem Dach von „Green Events Austria“.

Nach den vorläufigen Zahlen zählte die Diagonale 2011 rund 23.700 BesucherIinnen. Die Auslastung lag bei rund 72 Prozent. 40 von 123 Kinovorstellungen waren ausverkauft. Erstmals konnten Tickets auch online gekauft werden.

Auch abseits der Kinosäle – bei Diskussionen und Gesprächen, bei den Ausstellungen Nadim Vardag und Hollerer/Marte: „Brauchen wir einen Unfall?“, bei zahlreichen Empfängen oder der Diagonale Nightline – herrschte großer Andrang.

Die Diagonale findet von 20. bis 25. März 2012 statt. ■

http://www.diagonale.at

Foto: Sentana Filmproduktion GmbH / Ute Karen Seggelke

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Walter Reisch

Autor/Regisseur/Produzent

Walter Reisch, am 23. Mai 1903 in Wien als Sohn eines Zeitschriften- und Buchhändlers geboren, war gelegentlich Theater- und Filmstatist, arbeitete bei Graf Kolowrats Sascha-Film als Assistent der Regisseure Karl Hartl, Michael Kertész (später Michael Curtiz) und Alexander Korda, schrieb Zwischentitel für Stummfilme und verschaffte sich durch zahlreiche organisatorische Aufgaben Einblicke in alle Sparten der Filmproduktion. Neben satirischen Gedichten in der Zeitschrift „Faun“ und Feuilletons für das „Neue Wiener Tagblatt“ entstanden erste eigene Manuskripte für die Wiener Helios-Film, er wurde 1923 in Berlin Kamera-Assistent des Ungarn Stefan Lorant, stand später im Dienst einer News-Reel-Firma beim Völkerbund in Genf und begann 1925 wieder in Österreich mit der Erstellung von Scripts.

Da Berlin das eigentliche Zentrum der deutschsprachigen Filmproduktion war, wechselte der Wiener 1927 zur dortigen Althoff-Ambos-Film AG (Aafa), später zur Super-Film GmbH. Drehbücher für unterschiedliche Genres, darunter der in kongenialer Partnerschaft mit Robert Stolz entstandene Erfolgsfilm des Jahres 1930 „Zwei Herzen im 3/4-Takt“, steigerten Reischs Reputation und sicherten ihm einen Vertrag bei der damals größten Filmgesellschaft außerhalb Hollywoods. Mit seinem Namen ist ein Stück UFA-Geschichte verbunden, zu weiteren herausragenden Filmstoffen zählen das musikalische Lustspiel „Ein blonder Traum“ (Drehbuch mit Billie, in USA Billy Wilder), mit dem unvergessenen Liebespaar Lilian Harvey-Willy Fritsch sowie Karl Hartls „Die Gräfin von Monte Christo“ und das Fliegerabenteuer „F.P.1 antwortet nicht“ (alle 1932). Um diese Zeit zählte Reisch, ein Pionier des deutschen Tonfilms, zu den Star-Drehbuchautoren Europas. Sein Werk umfaßte bereits an die 55 Filme, von denen einige in drei Sprachversionen mit jeweils verschiedener Besetzung gedreht worden waren, dazu kam eine Reihe bekannter Schlagertexte, die sich als Evergreens behaupteten („Adieu, mein kleiner Gardeoffizier“). Vorlagen des Österreichers zeichneten sich durch Leichtigkeit und Esprit aus, Ingredienzien, die nach seinem erzwungenen Weggang Anfang 1933 weitgehend aus den deutschen Filmen verschwanden.

Foto: Filmarchiv Austria

Der Autor, Regisseur und Produzent Walter Reisch

Foto: Archiv Ulrich

Bei der 26th Annual Academy Award Presentation im RKO Pantage Theater in Los Angeles erhielten die Autoren Richard L. Breen, Charles Brackett und Walter Reisch (v.l.) die begehrte Statuette für die Story und das Drehbuch zur Fox-Produktion »Titanic«. 2. v.r. Presenter Kirk Douglas.

Im Rahmen der folgenden Kooperation mit Willi Forst in Wien 1933/34 entstanden die Schubert-Elegie „Leise flehen meine Lieder“ und die eskapistische Salonkomödie „Maskerade“. Mit den Streifen „Episode“ und „Silhouetten“ (1935/36), in denen Reisch als Produzent und Regisseur seine spätere zweite Frau Lisl Handl herausstellte, beendete er eine zeitbezogene Tetralogie mit Wiener Sujets. Da entgegen Zusagen, daß Reisch-Filme im seit 1933 politisch veränderten Deutschland ohne Einschränkung zur Aufführung gelangen könnten, „Episode“ aber wenige Tage vor der festgelegten Berliner Premiere im August 1935 dem Bann des Nazi-Propagandaministeriums zum Opfer fiel, sah sich der Autor gezwungen, an neue Verbindungen im Ausland zu denken. 1936 verhandelte er mit Hollywood über die Rechte für amerikanische Remakes seiner beiden letzten Filme, London wurde 1937 zur ersten Emigrationsetappe, wo er für Alexander Korda das Drama „Men Are Not Gods“ (ein Zitat aus Shakes-

Foto: Filmarchiv Austria

Yvonne de Carlo und Regisseur Walter Reisch am Set des Universal-Films »Song of Scheherazade«, der ausschließlich durch die reichlich und gut dargebotene Musik besticht.

peares „Othello“) inszenierte. Kurz danach verpflichtete ihn der MGM-Mogul Louis B. Mayer bei einem seiner jährlichen Europa-Besuche in die Filmweltmetropole.

Trotz aller europäischen Erfolge war es Hollywood, das Reisch Filme gestalten ließ, die noch heute zu den großen Produktionen gehören. Seine spezielle und unübliche Arbeitsweise bei der Erstellung eines Drehbuchs bestand darin, zuerst das Schlußkapitel festzulegen und dann „nach vorne“ zu schreiben. Er kreierte die Originalgeschichte, Dramaturgie und den szenischen Ablauf, die Dialoge steuerten meist amerikanische Ko-Autoren bei. Centfox hatte seine zu einer Story zusammengefaßten Einwanderungserlebnisse auf Ellis Island angekauft und 1938 unter dem Titel „Gateway“ verfilmt, noch ehe der MGM-Vertrag in Kraft trat. Nach seinem Debüt in Culver City, der Mitarbeit an dem Kassenschlager „The Great Waltz“ („Der große Walzer“, 1938), einer fiktiven Johann-Strauß-Biografie, die amerikanische Kritiker als „sacher torte of pleasure“ bezeichneten, lieferte der Spezialist für feminine Charakterisierungen großartige Scripts für die Topstars des Studios: Greta Garbo reüssierte in der Lubitsch-Satire „Ninotchka“ (1939, erneut im Team mit Billy Wilder), Hedy Lamarr in den Komödien „Comrade X“ (1940) und „The Heavenly Body“ (1944), Ingrid Bergmann im viktorianischen Thriller „Gaslight“ („Das Haus der Lady Alquist“, 1944). Der inzwischen auch in den USA tätige Alexander Korda verfilmte 1941 die Liebesromanze zwischen Admiral Nelson und Lady Hamilton, „That Hamilton Woman“ („Lord Nelsons letzte Liebe“) mit Laurence Olivier und dessen im Jahr zuvor mit ihrer Darstellung in „Gone With the Wind“ berühmt gewordenen Gattin Vivien Leigh.

Als die Arbeit bei MGM nach einem Jahrzehnt zur Routine wurde, bot Universal die Möglichkeit zu einer eigenen Inszenierung. Das einzige von Reisch in Hollywood selbst gestaltete Werk, das reich ausgestattete Musical „Song of Scheherazade“ („Das Lied des Orients“, 1947), eine pseudobiographische Episode aus dem Leben des russischen Komponisten Rimskij-Korsakow (LIF, Bd. 5) mit Yvonne de Carlo, stieß jedoch bei der Kritik auf Ablehnung. Während der folgenden zweijährigen Tätigkeit bei Paramount wirkte Reisch ungenannt an drei Bing-Crosby-Streifen und der von Charles Brackett produzierten Komödie „The Mating Season“ (1951) mit, bei 20th Century-Fox war der Filmschöpfer anschließend bis 1959 an neun Drehbüchern beteiligt. Die fulminantesten davon Henry Hathaways spannungsgeladener Krimiklassiker „Niagara“ (1953) mit Marilyn Monroe, die mit dieser Rolle den Sprung in die erste Reihe der Hollywood-Stars schaffte und Jean Negulescos Katastrophenfilm „Titanic“ („Der Untergang der Titanic“), der ihm 1954 nach drei Nominierungen endlich den begehrten „Oscar“ einbrachte. Damit war sein internationaler Ruf als Scripter fest verankert. Zwei durchaus interessante Regiearbeiten in der deutschen Bundesrepublik (Freistellung durch Fox) nach eigenen Drehbüchern, „Die Mücke“ (1954), ein Thriller, der 1955 in Cannes die „Goldene Palme“ errang, und „Der Cornet“ (1955) nach Rilkes Prosaweise, fanden nicht die gewünschte Aufmerksamkeit beim Publikum.

Reisch, der in den amerikanischen Film zusammen mit anderen Hollywood-Österreichern wie Billy Wilder, George Froeschel oder Fritz Lang Elemente der Dramaturgie des klassischen deutschen Dramas einbrachte, zählt zu den erfolgreichsten Szenaristen der Filmgeschichte. Mit der Jules-Verne-Adaption „Journey to the Center of the Earth“ („Die Reise zum Mittelpunkt der Erde“) endete 1959 seine Karriere. Der Wiener, dessen Filmografie die Beteiligung an 120 internationalen Filmen aufweist, davon 100 Mal als Autor in irgendeiner Form, blieb im Ruhestand dem Business verbunden, er schrieb oder berichtigte ohne Namensnennung weiterhin unzählige Manuskripte für Kino und Fernsehen und hielt Vorträge in den USA, Kanada und Japan. Eine letzte Arbeit, die

Serie »Österreicher in Hollywood«

Bühnenfassung von „Maskerade“ mit neuen Liedtexten und Musik von Georg Kreisler kam im Mai 1983 im Wiener Theater in der Josefstadt zur Uraufführung. Walter Reisch, der 1938 das Affidavit für seinen Cousin Georg Kreisler und dessen Eltern unterschrieb, das diesen die Flucht und Einwanderung in die USA ermöglichte, seit 1942 US-Bürger und 1973 mit der Grossen Goldenen Medaille der Stadt Wien ausgezeichnet, starb am 28. März 1983 in Los Angeles.

Walter Reischs Oscar-Nominierungen

1940 „Ninotchka“, Best Screenplay, mit Charles Brackett und Billy Wilder,
1941 „Comrade X“, Best Original Story,
1945 „Gaslight“, Best Story und Screenplay, mit Charles Brackett und Richard L. Breen

Elisabeth „Lisl“ Handl / Poldi Dur

Die 1917 geborene Wienerin Elisabeth Handl gehörte ein Jahrzehnt dem Staatsopern-Ballett an. Nach Komparserie und kleineren Parts, u.a. in „Episode“, wurde sie 1936 von Walter Reisch in einer Hauptrolle in dessen im Ballettmilieu angesiedelten Steifen „Silhouetten“ herausgestellt. Sie folgte Reisch 1937 in die Emigration, das Paar heiratete in England und übersiedelte anschließend in die USA. Lisl Handl-Reisch wirkte in Hollywood 1943/44 unter dem Künstlernamen Poldi Dur in einigen Anti-Nazifilmen mit, in Otto Premingers Fox-Produktion „Margin for Error“, Fritz Langs „Hangman Also Die!“, im Rahmen einer umfangreichen Besetzung mit Emigranten in „They Came to Blow Up America“ und im Oscar-nominierten Best Feature Documentary „Resisting Enemy Interrogation“. In der

Foto: Archiv Ulrich

Poldy Dur
(Elisabeth Handl, Lisl Reisch)

Paramount-Biografie „The Hitler Gang“ verkörperte sie Angela „Geli“ Raubal, die Halbnichte Hitlers. Lisl Reisch fand letztlich, daß ein Mitglied der Familie im Filmbusiness ausreichend wäre und beendete ihre darstellerische Tätigkeit. Das Ehepaar kam 1955 anläßlich der Aufführung des Rilke-Films „Der Cornet“ auch wieder nach Wien. Es gab hier keine Verwandten mehr und kaum Freunde, eine endgültige Rückkehr schlossen sie damit aus. Lisl Reisch starb 1996 in ihrem langjährigen Wohnort Bel Air. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; *622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1*
http://filmarchiv.at/shop/produkt_show.php?s_prod_id=30&language=de&s_menu_id=0#ov_item_30

Walter Reisch – Film schreiben

Der Herausgeber des vorliegenden Bandes über Walter Reisch, Günter Krenn, hat an der Universtität Wien Philosophie, Theater-, und Musikwissenschaft studiert. Er ist seit 1991 Mitarbeiter des Filmarchiv Austria und Koordinator und Mitarbeiter zahlreicher filmhistorischer Projekte und hat Publikationen zur Filmgeschichte, Kunst, Musik- und Literaturwissenschaft verfaßt.

Für die reich bebilderten 368 Seiten hat Günter Krenn Beiträge zusammengetragen, die nicht nur weitreichende Informationen über Walter Reisch vermitteln, sondern schon aufgrund der Schreibqualität der AutorInnen lesenswert ist. So stammt der erste Beitrag etwa von Georg Kreisler, der Einblick in die gemeinsame Familie und die Zusammenarbeit mit seinem Cousin gibt. Anschließend eröffnen zwei Interviews – geführt vom Filmhistoriker Herbert Holba und vom Filmkritiker Frank Arnold – wie Reisch den Filmbetrieb kennenlernte, wie er die Arbeit mit den internationalen Größen des Filmbusiness erlebte. Reisch kommt auch selbst zu Wort: einerseits in einem Text über „Manuskript und Drehbuch“, andererseits in „Briefen an Marlene Dietrich“.

Dieser Band stellt Walter Reischs Werk erstmals umfassend vor und dokumentiert es anhand der detaillierten Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Projekten. Es wird ein Bogen zwischen Reischs Weimarer Phase und seiner Exilkarriere gespannt, eine historische und künstlerische Entwicklungslinie nachgezeichnet und ein wichtiger Beitrag zu einer zentralen Persönlichkeit des Filmexils geleistet.

Weitere Beiträge stammen von Helmut G. Asper, Thomas Brandlmeier, Vinzenz Hediger, Jan-Christopher Horak, Herbert Holba, Jürgen Kasten, Thomas Koebner, Günter Krenn, Walter Reisch, Willy Riemer, Daniela Sannwald, Cornelius Schnauber, Alexander Sieghardt †, Ines Steiner und Ursula von Keitz. ■

Walter Reisch
Film schreiben
Günter Krenn (Hg.)
368 S., zahlreiche Abb., Verlag Filmarchiv Austria 2004;
Euro 24,90
exkl. Versandkosten
ISBN 3-901932-28-3

http://filmarchiv.at/shop/produkt_show.php?s_prod_id=34&language=de&s_menu_id=0#ov_item_34

ÖJ-Reisetip

»Sieben Sünden« und alle Sinne

Statt üblicher Massagen warten in Oberösterreich und in Niederbayern »Whirlbad Kamasutra«, im ersten Bierhotel der Welt genußreiche Wohlfühlkuren oder im ersten Singlehotel Europas »Freiheit mit allen Sinnen« auf die Wellnessurlauber.

Foto: Weisses Rössl

Atemberaubende Wellness-Kulisse für Entspannung in neuer Dimension: Das beheizte, schwimmende Spa im Wolfgangsee.

Wellness ist überall: Hot-Stone-Therapie, Wohlfühlmassagen, Yoga und Erlebnisbad zählen heute zum Komfort-Standard in jedem guten Urlaubshotel. Der Wellness-Urlaub der Zukunft erschließt neue Dimensionen, sagen die Tourismusexperten in Oberösterreich und im benachbarten Niederbayern – und lassen ihre Gäste bereits heute erleben, was die Wellness-Urlauber der Zukunft begeistern wird.

Das fragen die Betreiber des Liebeshotels Bergergut in Afiesl im oberösterreichischen Böhmerwald ihre Gäste – und geben auch gleich die Antwort: Mit Erlebnispaketen wie „Sieben Sünden Zorn", „Sieben Sünden Habgier", „Sieben Süden Neid" oder „Sieben Sünden Wollust" – je nach gebuchtem Paket ein Urlaub mit „Whirlbad Kamasutra" für zwei, Wohnen in der Teufelssuite und für die anwendungsfreie Zeit Spritztouren im Luxussportwagen inklusive. Immer mehr Hotels in der Urlaubsregion zwischen Alpen, Donau und Bayerischem oder Böhmerwald spezialisieren sich in ihrem Bemühen um noch mehr Urlaubsgenuß auf die ganz besonderen Wünsche bestimmter Gästegruppen.

Doppelzimmer gibt es nicht

Das Hotel Bergergut hat sich ganz auf die Bedürfnisse von frisch Verliebten und Paaren ausgerichtet: „ohne Kinder, Streß und Hektik". Im nur wenige Kilometer entfernten Hotel AVIVA, Europas erstem „Nur Single-Hotel" in St. Stefan am Walde, haben nur Solo-Urlauber oder lose zusammengewürfelte Freundesgruppen Zutritt. „Durch die außergewöhnliche Lage auf einem Kraftplatz mit atemberaubendem Weitblick herrscht eine spürbar positive Energetik im ganzen Haus", bringen die Betreiber ihre Gäste vieldeutig in kontaktfreudige Stimmung. Die Ausstattung ist entsprechend: Zum Genießen von Lebenslust und „AVIVA Highlife" gibt es ausschließlich Mehrblick-Einzelzimmer mit Top-Komfort, keine Doppelbettzimmer und auch keine Kinderbetten. Dafür überall im Haus Kommunikationsinseln sowie eine 2000 Quadratmeter große Wohlfühl-Entspannungswelt zum unbeschwerten Kontakten – alles ausgerichtet, um streßfrei „neue Freundschaften entstehen zu lassen".

Auf eine ganz andere Zielgruppe hat sich das Hotel Ulrichshof in Rimbach im Bayerischen Wald spezialisiert: Wellness speziell für Familien auch mit Kleinkindern. Von der Redaktion der Zeitschrift „Geo Saison" wurde das Haus dafür bei der Wahl der 100 besten Hotels in Europa in der Kategorie Familienhotels mit dem 1. Platz ausgezeichnet.

»Wellness«, die Schmerzen verschwinden läßt

Auf ein breiteres Publikum, das über Wellness hinaus Gesundheit schöpfen will, sind die Heilbäder im benachbarten Bayerischen Golf- und Thermenland ausgerichtet. Ihre Alternative zum Üblichen: Eintauchen und Aufleben in weltberühmtem Heilwasser. Das Vier-Sterne Hotel Holzapfel in Europas

beliebtestem Kurort Bad Füssing etwa bietet seinen Gästen Paracelsus-Medizin und medizinische Alchemie in entspannter Atmosphäre und dazu eine Therme mit dem legendären Bad Füssinger Heilwasser. 70 Prozent aller Bad Füssing Gäste mit Rücken- oder Gelenkproblemen berichten nach dem Bad von einer spürbaren Besserung ihrer Beschwerden.

Aus dem gleichen unterirdischen Thermalwasser-See werden auch die Thermen von Bad Gögging, Bad Griesbach oder Bad Birnbach gespeist. In den Orten mit völlig unterschiedlichem Charakter tauchen die Gäste beim Bad im heilsamen Tiefenwasser in die Welt der Römer oder des großen Geschmacks (Hotel Eisvogel, Bad Gögging). Bad Birnbach kombiniert Leben wie auf dem Land mit einer spektakulären Wohlfühlwelt, inklusive Salzwasserlagune, einer Grotte der Sinne, Aktivgarten und weitläufigem FKK-Thermenzentrum (Hotel Chrysantihof, Bad Birnbach). Alternativen dazu sind Toskana-Ambiente oder türkisches Hamam-Vergnügen (Hotel Birkenhof, Bad Griesbach).

Wohlfühlsee mit Trinkwasserqualität

Krönung des Wohlfühl-Urlaubsvergnügens: Die Seele baumeln lassen in einem wohltemperierten Pool mitten in einem See, umgeben von der atemberaubenden Kulisse der Alpen. Das kann das durch die gleichnamige Operette bekannte Hotel „Weißes Rössl“ am Wolfgangsee bieten. Die Wellness-Abteilung des Romantik-Hotels setzt sich nahtlos auf den See hinaus in den schwimmenden Pool, der im Sommer und Winter genutzt werden kann, fort. Ein erfrischender Sprung direkt in den See bietet Extra-Spaß ohne Reue: Das Wasser des Sees hat Trinkwasserqualität.

Für Gäste mit Lust auf eher „herzhafte“ Wellness ist das 1. Bierhotel der Welt ausgerichtet: das Hotel Gut Riedelsbach in Neureichenau am Nationalpark Bayerischer Wald. Dort warten Bierhefe-Bäder zur Entschlackung des Körpers auf die Gäste, die dann anschließend in ihrem Hofbräuhaus-Zimmer unter der Wolke des „Münchners im Himmel“ neue Kräfte sammeln können. Nicht weniger stark: das Wohlfühlhotel Bodenmaiser Hof im benachbarten Bodenmais. Hier kann man mit allen Sinnen die natürliche Energie erleben, die den Einheimischen zufolge überall spürbar ist – bei Bedarf verstärkt durch den Genuß von „geistreichen Erzeugnissen“ aus der hoteleigenen Schnapsbrennerei. ■

http://www.oberoesterreich.at

Foto: Hotel Bergergut

Das Hotel Bergergut weiß die Bedürfnisse von frisch Verliebten und Paaren.

Foto: Kur- & GästeService Bad Füssing

Entspannte Atmosphäre mit dem legendären Bad Füssinger Heilwasser

Foto: Hotel Bodenmaiser Hof

Die hoteleigene Schnapsbrennerei im Hotel Bodenmaiser Hof

ÖJ-Reisetip

Urlaub mit Geschichte

Erbhöfe in den Kitzbüheler Alpen sind mindestens 200 Jahre in Familienbesitz.

Foto: Kitzbueheler Alpen Marketing GmbH / Familie Schipflinger

Der 500 Jahre alte Erbhof Fragenstätt der Familie Schipflinger liegt auf 960 m Seehöhe mit herrlichem Blick auf die Bergwelt.

Wenn Wände sprechen könnten – die Erbhöfe in den Kitzbüheler Alpen hätten wahrlich viel zu erzählen. Die Bezeichnung „Erbhof" dürfen nur Bauernhäuser tragen, die seit mindestens 200 Jahren ohne Unterbrechung im Besitz ein und derselben Familie sind. Die über Jahrhunderte entstandene Einheit von Hof und Familie strahlt eine Gelassenheit aus, die jeden Gast in seinen Bann zieht

Die Kitzbüheler Alpen sind eine der größten Almenregionen Europas, entsprechend viele Almen und Bauernhöfe gibt es hier. Doch nur 82 von ihnen dürfen die Bezeichnung „Erbhof" tragen, die bezeugt, daß der Hof seit mindestens 200 Jahren ohne Unterbrechung im Besitz ein und derselben Familie ist. Wer also Urlaub auf einem echten Erbhof macht, der bucht die Geschichten, Gewohnheiten und Traditionen von acht oder mehr Generationen gleich mit. Erbhöfe in den Kitzbüheler Alpen liegen weit abseits des Lifestyles der Stadt Kitzbühel und bewahren altes Wissen und traditionelle Lebensweisen. An dieser jahrhundertealten Erfahrung teil zu haben, sie zu verstehen und zu erleben, macht das Besondere eines Urlaubes am Erbhof aus. Heute ist Nachhaltigkeit in aller Munde. Auf den Erbhöfen leben die Bauersleute bereits seit Generationen nach diesen wirtschaftlichen Prämissen und sicherten so mit Weitblick das Überleben der nachkommenden Generationen.

Von knarrenden Holzböden und echten Bauernprodukten

Erbhöfe sind keine Museen, die Annehmlichkeiten des 20. Jahrhunderts haben auch dort Einzug gehalten. Erbhöfe verharren nicht in der Geschichte, sondern entwickeln sich aus ihr. Jedoch wird auf Erbhöfen größter Wert auf Tradition gelegt – sei es bei der Herstellung hofeigener Produkte oder beim Umgang mit den Kühen. Christine Ehrensberger vom im Jahr 1580 erbauten Erbhof Thumerhof oberhalb von Westendorf versteht sich etwa vorzüglich auf die bäuerliche Kochkunst, überliefert von Generation zu Generation. Sie bereitet fruchtige Marmeladen nach Rezepturen ihrer Großmutter zu und gewinnt Honig aus der eigenen Bienenzucht. Das kleine Museum im Thumerhof entführt ins bäuerliche Leben längst vergangener Tage: Schafschere, Butterfaß, Krauthobel und Co lassen erahnen, wie anstrengend das Leben am Bergbauernhof noch vor einigen Jahrzehnten war.

Gäste im Erbhof Zinting oberhalb von Brixen im Thale werden von Gastgeberin Elfriede Landegger kulinarisch besonders verwöhnt. Als passionierte und experimentierfreudige Köchin kombiniert sie gerne traditionelle Tiroler Kost mit neuen, modernen Elementen. Die Zutaten für ihre Köstlichkeiten kommen großteils vom eigenen Hof, so auch das zarte Fleisch der Galloway-Rinder aus eigener Zucht, das Rindsrouladen, Rostbraten oder Tafelspitz eine besonders feine Note gibt.

Tradition verwoben mit der Moderne

Der Erbhof Fragenstätt der Familie Schipflinger oberhalb von Kirchberg ist Heimat für Rinder, Schweine, Schafe und Haflinger. Hans Schipflinger hat ein besonderes Interesse für alte Maschinen und die Techniken seiner Vorfahren. In stundenlanger Handarbeit hat er die alte Dreschmaschine für das Korn wieder in Gang gesetzt und präsentiert sie stolz seinen Gästen. Selbstgebrannten Schnaps serviert er seinen Gästen

ebenso, wie seine Speckspezialitäten. Seine Frau Herma steuert selbstgebackenes Dinkelbrot und hausgemachte Marmeladen bei. Im Jahre 1428 erstmals erwähnt, zählt der Fragenstätt-Hof zu den ältesten Erbhöfen der Region. Die Gäste müssen jedoch nicht auf die Annehmlichkeiten einer modernen Pension verzichten, die wenigen Zimmer wurden erst kürzlich renoviert. Der knarrende Holzboden und die kleine Kapelle im Garten tragen zum wunderbar echten Ambiente des Hofes bei. Nach wenigen Stunden am Hof hat man die Ruhe und Gelassenheit der Vermieter angenommen. Ein gutes Gespräch mit Hans bringt so manchen Gast dazu seine Sicht der Dinge und Prioritäten neu zu überdenken.

Foto: Kurt Tropper Kitzbueheler Alpen-Brixental

Das Museum im Thumerhof entführt ins bäuerliche Leben vergangener Tage.

Der Geschichte auf der Spur – am Erbhofweg Aurach

Ausgehend von Bichln erschließen sich die weiten Almwiesen der Kitzbüheler Alpen. Der klare Blick auf die Berge, die duftenden Wiesen und die Ruhe der Natur sind ständige Begleiter der Besucher des Erbhofweges Aurach. Die mittelschwere Wanderung führt an verschiedenen Erbhöfen vorbei und läßt die jahrhundertealte Geschichte der Höfe eindrucksvoll erahnen. Der im Jahr 1569 erbaute Biobauernhof am Niedernberg der Familie Erber bildet die erste Station. Joghurt, Brot und Schnaps werden hier produziert. Der Erbhof Buchau befindet sich seit 1759 im Besitz der Familie Mitterer und ist die zweite Station des Wanderweges. Der Weg führt weiter zum Erbhof Trategg, ein besonderes Juwel unter den alten Bauernhöfen der Region. Im hofeigenen Back- und Selchhaus wird heute noch regelmäßig Brot gebacken. Auch ein stillgelegtes Waschhaus befindet sich direkt neben dem Hof. An Waschtagen wurde einfach das kleine Bächlein umgeleitet und das Wasser im Waschhaus erhitzt. Der Branderhof ist der größte Hof in Aurach. Der Großvater der Besitzerfamilie war ein Pionier seiner Zeit und brachte erstmals die Haflingerzucht von Südtirol in den Ort. Die letzte Station der Wanderung bildet der über 300 Jahre alte Erbhof Hallerwirt, der ganz aus Holz erbaut und aufwändig verziert ist. Der Hallerhof wird seit Jahrhunderten als Gasthof betrieben. Auf der Speisekarte finden sich zahlreiche Gerichte, die mit Produkten der umliegenden Erbhöfe zubereitet sind. Die Wirtsleute Monika und Jürgen Stelzhammer machen traditionelle Tiroler Küche ihren Gästen zugänglich. Die leichte Erdäpfelsuppe, der Rindsbraten mit Serviettenknödel und der anschließende Kaiserschmarrn sind nur drei der zahlreichen Spezialitäten des Hauses. Das Ambiente des ältesten Holzblockhauses im Raum Kitzbühel trägt entscheidend zum kulinarischen Erlebnis bei. Sowohl in der Zechstube, der Wildererstube als auch im bäuerlichen Festsaal knarren die alten Holzböden. Im Erbhof Hallerwirt wird man sich bewußt, daß man nur ein Wimpernschlag der Zeit ist.

Foto: Kitzbueheler Alpen Marketing GmbH / Familie Stelzhammer

Der Erbhof Hallerwirt ist ein bäuerliches Juwel und seit Jahrhunderten Gasthof.

Schauplätze für romantische Szenen

Die Kitzbüheler Alpen gelten schon lange als Geheimtipp für Filmproduktionen. Die wunderschöne Landschaft und die vielen alten Bauernhöfe mit ihren blumengeschmückten Balkonen eignen sich vor allem für Heimatfilme. Der 200 Jahre alte Gast- und Erbhof Griesenau am Eingang zum Kaiserbachtal ist einer dieser begehrten Drehorte. Im malerischen Kaiserbachtal, mitten im Naturschutzgebiet des Wilden Kaisers, werden vorwiegend romantische Szenen gedreht. Große Bekanntheit erlangte auch der traditionsreiche Branderhof in Aurach und zwar als Filmheimat von Hansi Hinterseer. Eine Liste aller 24 Erbhöfe, die Zimmer oder Ferienwohnungen vermieten, finden sie unter ***http://www.kitzalps.com/erbhof*** ■